

DISKURS
STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS. HEFT 14



*ZWISCHEN DEN LAGERN
LINKSSOZIALISTEN IN
DEUTSCHLAND
1918-1933*

DISKURS - STREITSCHRIFTEN
ZU GESCHICHTE UND POLITIK
DES SOZIALISMUS

HEFT 14

ZWISCHEN DEN LAGERN

*Linkssozialisten in
Deutschland
1918-1933*

IM AUFTRAG DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG
SACHSEN E.V. HERAUSGEGEBEN VON
KLAUS KINNER, WOLFGANG SCHELER UND ERNST WURL

HEFT 14 *herausgegeben von Klaus Kinner
in Verbindung mit Mario Keßler*

INHALT

<i>Vorbemerkung</i>	3
JÖRG WOLLENBERG: <i>»Republik ist schon viel, Sozialismus bleibt das Ziel!« Ein Blick zurück nach vorn: Zur Aktualität des 4. Februar 1919 und der »Arbeiterpolitik« im Gefolge der Novemberrevolution</i>	5
DIETER ENGELMANN: <i>Die Nachfolgeorganisationen der USPD</i>	23
JENS BECKER: <i>»Außerhalb des Kampfes meiner Klasse hat das Leben für mich keinen Sinn« – Heinrich Brandlers wechselvolles Engagement für die Arbeiterbewegung</i>	39
HARALD JENTSCH: <i>August Thalheimers Kritik an der Politik von KPD und Kommunistischer Internationale</i>	73
WLADISLAW HEDELER / ALEXANDER WATLIN: <i>Das »Verfahren gegen Un- bekannt«. Zur Berichterstattung über Nikolai Bucharins Sturz in »Gegen den Strom« 1929 bis 1930</i>	91
HEINZ NIEMANN: <i>Linke Traditionen sozialistischer Programmatik. Das Beispiel Max Adler</i>	113
MARIO KESSLER: <i>Arthur Rosenberg (1889–1943). Geschichte und Politik zwi- schen Berlin und New York</i>	127
<i>Autorenverzeichnis</i>	153
<i>Weitere Veröffentlichungen</i>	155

© Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2003
Harkortstraße 10, D-04107 Leipzig

Redaktion: Mario Keßler, Satz: Daniel Neuhaus

Umschlag unter Verwendung des Plakates *»Proletarier aller Länder,
vereinigt euch!«* von Bertalan Pór, Budapest 1919

Herstellung: GNN Verlag Sachsen GmbH, Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz
ISBN 3-89819-147-8

VORBEMERKUNG DER HERAUSGEBER

Zwischen den beiden großen Lagern der Arbeiterbewegung standen in den Jahren der Weimarer Republik eine Reihe interessanter Persönlichkeiten und Gruppierungen. Sie erkannten, daß die Spaltung der Bewegung nur den Feinden des Sozialismus Nutzen brachte, und suchten zumindest die Folgen dieser Spaltung in Grenzen zu halten. Inhaltlich verhinderte das ungeklärte Verhältnis zwischen Reform und Revolution ein Zusammengehen von KPD und SPD. Hinzu kam, daß die Organisationsprinzipien einer »bolschewisierten« Partei mit Traditionen und Struktur der europäischen Arbeiterbewegung nicht in Einklang zu bringen waren. Schließlich lastete die Hypothek der unvollendeten deutschen Revolution 1918/1919 auf beiden Organisationen: Sahen die Sozialdemokraten in den Kommunisten oft nur Putschisten, brandmarkten diese ihre Kritiker als Verräter an der Revolution und faktische Helfer der Mörder Liebknechts und Luxemburgs. Gerade weil in all diesen Anwürfen ein Körnchen Wahrheit steckte, konnten sie unsinnig übersteigert werden – solange, bis dies zur Todfeindschaft zwischen KPD und SPD führte, die der nazistischen Konterrevolution den Weg zur Macht erleichterte.

Zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, und doch mit beiden je spezifisch verbunden, standen linkssozialistische Persönlichkeiten und Gruppierungen, deren Ideen und Tätigkeit dieser Sammelband nachgeht. Anhand möglichst neuer Forschungsergebnisse sollen Alternativen zum selbstzerstörerischen Kurs der Arbeiterbewegung ins politische Bewußtsein heutiger Leserinnen und Leser gerufen werden, für die manche dieser Namen unbekannt oder noch immer mit dem Stigma des »Renegaten« versehen sein mögen.

Zu danken ist Frau Christa Schneider (Potsdam) für die Hilfe bei der Herstellung dieser Publikation, die eine Diskussion um verschüttete Traditionen sozialistischer Politik befördern möchte.

JÖRG WOLLENBERG

**»REPUBLIK IST SCHON VIEL,
SOZIALISMUS BLEIBT DAS ZIEL!«**

*Ein Blick zurück nach vorn: Zur Aktualität
des 4. Februar 1919 und der »Arbeiterpolitik«
im Gefolge der Novemberrevolution*

Ein Jahr herber Enttäuschungen lag hinter ihnen, als die Fraktionen der Bremer Arbeiterbewegung am 4. Februar 1929 nach wie vor getrennt zur 10. Gedächtnisfeier für die Gefallenen der Bremer Räterepublik zusammenkamen. Ein Jahr zuvor hatten 600 Bremer und Bremerinnen am 4. Februar 1928 dem KPD-Bezirksleiter Nordwest, Paul Taube, im »Café Flora« zugejubelt. Einen Tag später folgten fast 1000 KP-Anhänger dem Leiter der »Roten Hilfe« und Bürgerschaftsabgeordneten Willi Deisen. Jahrelang war Deisen der Hauptredner bei den Gedächtnisfeiern zum 4. Februar 1919 in Bremen.

Am 4. Februar 1929 gehörte er inzwischen zu den »rechten« oppositionellen Kommunisten (KPD(O)) um Heini Busch, Adolf Ehlers und Franz Cavier. Sie kritisierten den Linksschwenk der KPD, vor allem aber die vom Bezirkssekretär Hannes Koschnik verantwortete oppositionelle Gewerkschaftspolitik der RGO. Eine »verrichtende Niederlage« hatte die RGO bei den Betriebsratswahlen von 1929 erlitten. Nur noch zwei von 20 Betriebsräten zählten im einstigen Vorreiterbetrieb, der AG Weser, zur »Revolutionären Gewerkschaftsopposition«.

Was damit auch die Arbeiterpolitik gescheitert, die sich auf Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht berief, und die unter dem Slogan »Freiheit und Sozialismus« jährlich zu den Revolutionsfeiern zusammenkam? Noch blieben die Arbeiterjugendlichen der KPD treu. 700 Mitglieder wies allein der KJV in 38 Ortsgruppen des Bezirks Nordwest im Jahre 1929 nach. Hans Geusendam und Heini Landwehr waren ihre herausragenden Sprecher. Sie hatten vor allem noch 1927 zahlreiche Mitglieder aus dem »Zentralverband der Angestellten« (ZdA) um Käthe Fürst-Lübeck (Popall), Hans Lübeck und Kurt Brumlop gewonnen. Minutiös berichten die Spitzel der politischen Polizei über diese Ereignisse, die in der KPD-Akte der Polizeidirektion im Bremer Staatsarchiv lagern.¹ Zum gleichen

¹ Staatsarchiv Bremen. 4.65-308/09.

Zeitpunkt polarisierte das Verbot des Rotfrontkämpfer-Bundes, der Berliner Blutmai von 1929 und der Nachrüstungsbeschluß der SPD-angeführten Reichsregierung die Bremer Arbeiterjugendlichen auch in der SPD. Die SAJ-Jugendlichen unter Karl Grobe und Albert Müller näherten sich der Gruppe der oppositionellen Kommunisten um Adolf Ehlers, Willi Deisen und Heinrich Vogeler, von denen Ehlers zusammen mit Grobe ab Januar 1932 die Bremer Gruppe der SAP leitete.

Trotz der herben Enttäuschungen über die Tolerierungspolitik der Weimarer SPD fand diese Gruppe der SAJ-Jugendlichen auf dem Treffen der Arbeiterjugend in Wien (12. bis 14. Juli 1929) dennoch erneut die Hoffnung bestätigt, daß der Sozialismus nach wie vor auf der Tagesordnung steht. Die Begegnung mit dem »Austromarxismus in Aktion« (Anton Pelinka), mit dem Roten Wien als gelungenem Experimentierfeld sozialistischer Kommunalpolitik, insbesondere im Bereich der Sozialpolitik und des Wohnungswesens, begeisterte die sozialistischen Arbeiterjugendlichen aus den Zentren der deutschen Arbeiterbewegung. Noch fünfzig Jahre später nahmen sie zu Tausenden am Wiedersehenstreffen in Wien teil. Viele dieser Arbeiterjugendlichen orientierten sich damals an den SPD-Parteioppositionellen der »Klassenkampfgruppe« um Otto Bauer, Max und Friedrich Adler, Kurt Rosenfeld und Max Scydewitz, deren deutsche Vertreter im September 1931 aus der SPD ausgeschlossen wurden. Zu den Mitbegründern der neuen »Sozialistischen Arbeiter-Partei« (SAPD) und ihren Jugendorganisationen gehörten später so bekannte Sozialdemokraten und Gewerkschafter wie Willy Brandt (Lübeck), Otto Brenner (Hannover), Walter Fabian und Peter Blachstein (Dresden), Karl Grobe (Bremen), Otto Kraus (Nürnberg), Willi Elsner (Hamburg), Fritz Sternberg und Ernst Eckstein (Breslau) sowie Anna und August Siemsen (Jena).

Geprägt durch die Bildungsarbeit der Arbeiterbewegung und ihren kulturellen Vorfeldorganisationen, erlebten sie in der Arbeiterfestkultur einen proletarisch-sozialistischen Gegenentwurf zur bürgerlichen Gesellschaft. Der 9. November 1918 und der 4. Februar 1919 gehörten zu den Gegenentwürfen. Auf dem Wiener Treffen fand dieses Konzept seinen wirksamsten Ausdruck. Mit dem Slogan »Republik, das ist nicht viel, Sozialismus bleibt das Ziel« zogen die Jugendlichen zu den Mai-Demonstrationen und beunruhigten 1929/1930 immer wieder prominente Sozialdemokraten, darunter auch den Reformjuristen und einstigen Reichsjustizminister Gustav Radbruch.

Noch in den 1945 diktieren biographischen Aufzeichnungen »Der innere Weg« notierte der – gewissermaßen – Gustav Heinemann der Weimarer Republik: »Wie dem nationalen Gedanken, so vermochten wir auch der demokratischen Staatsform nicht hinreichendes Pathos zu verleihen. Man konnte bei Umzügen der Arbeiterjugend auf mitgeführten Schildern folgende Inschrift lesen: »Republik das ist nicht viel, Sozialismus unser Ziel«. Man hätte umgekehrt der Masse mit allem Nachdruck sagen müssen, daß mit der Demokratie die Hälfte des sozialdemokratischen Programms verwirklicht sei und daß es nun zuerst gelte, die gewonnene Stellung fest auszubauen. Man hätte den Parteigenossen einprägen müssen, daß die Demokratie nicht nur Vorstufe zum Sozialismus, sondern eine Errungenschaft eigenen Wertes sei. Freilich fehlte es dazu an der gedanklichen Vorbereitung, hatte doch die sozialistische Theorie den Fall, der 1918 eintrat, den Fall der Machtübernahme in einem zur Durchführung des Sozialismus noch nicht reifen Staats, gar nicht erörtert.«²

»Gegenwartsforderungen« von 1918

Hier irrte Gustav Radbruch. Gerade in Bremen waren schon vor dem Ersten Weltkrieg in der noch geeinten, freilich in mehrere Flügel zersplitterten Arbeiterbewegung konkrete Vorstellungen entwickelt worden, die auf die Ausrufung einer sozialistischen Republik drängten. Neben der »Bremer Bürgerzeitung« (BBZ) war es vor allem die »Arbeiterpolitik«, die ab 24. Juni 1916 von Johann Knief herausgegebene »Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus«, die auf theoretische Fundierung und Konkretisierung eines Alternativmodells zum Kaiserreich orientierte. Selbstverständlich gehörte dazu die intensive Aufarbeitung der Erfahrungen der Russischen Revolution von 1917, aber auch die der Massenstreikdebatte von 1905. Der in Bremen fest angestellte Lehrer der Schule von SPD und Gewerkschaftskartell, Anton Pannekoek, wie auch der Vertraute Lenins, Karl Radek, gehörten neben Rosa Luxemburg und Friedrich Adler von Anfang an zu den Mitarbeitern der BBZ und der »Arpo«.

Am 9. November 1918 proklamiert die »Arbeiterpolitik« einen »Aufruf an die Arbeiter und Soldaten Deutschlands«, der mit folgenden Forderungen endet:

² Gustav Radbruch: *Der innere Weg. Aufriß meines Lebens. In: Gesamtausgabe. Bd. 16. Heidelberg 1987. S. 274f.*

»In Anbetracht dieser Lage überhaupt, in Deutschland im besonderen, ergeben sich für das Proletariat folgende Gegenwarts-Forderungen:

Zur Erzwingung und Übernahme der politischen Gewalt bilden die Arbeiterräte die Grundlage in Verbindung mit den Soldatenräten. Ein aus dem Arbeiterrat gewählter Aktionsausschuß muß durch Unterkommissionen sich der Ressorts der bisherigen Verwaltungsbehörden bemächtigen. Die Polizeitruppe muß sofort entwaffnet und aufgelöst werden.

1. Eine kombinierte Kommission aus Arbeiter- und Soldatenrat zur Verteidigung der Revolution muß sofort zur Bildung einer roten Garde schreiten. Offiziere, die durch ihren Rang ihre Klassenzugehörigkeit dokumentieren, finden in den Soldatenräten prinzipiell keine Aufnahme.

2. Die unverzügliche Freilassung all derer, die für die Sache des Proletariats wegen Vergehens gegen die Kriegsmaßnahmen in den Gefängnissen und Zuchthäusern, sei es in Schutzhaft oder in Strafhäft, schmachten. Befreiung aller Soldaten, die wegen militärischer und politischer Vergehen verurteilt sind. Aufhebung aller Beschränkungen, die aus politischen Gründen verhängt wurden. — Auflösung jeglicher bürgerlicher Gerichte und die Ersetzung dieser durch aus dem Volke gewählter Revolutionstribunale.

3. Abschaffung der Todesstrafe und der Zuchthausstrafe für politische und militärische Vergehen.

4. Die sofortige Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes, des Belagerungsaufstandes usw.

5. Kontrolle der Lebensmittelverteilung durch die Arbeiter.

6. Nationalisierung alles Groß- und Mittelgrundbesitzes. Übergabe der Leitung der Produktion an Delegierte der Landarbeiter und Kleinbauern.

7. Nationalisierung des gesamten Bankkapitals, der Bergwerke, Hütten, überhaupt jeglicher volkswirtschaftlich wichtiger Großbetriebe.

8. Annullierung sämtlicher Kriegsanleihen von 1000 Mark aufwärts.

Arbeiter und Soldaten!

Der historische Augenblick ist da, an dem ihr euer Schicksal in die eigene Hand nehmen sollt. Das morsche Gebäude der kapitalistischen Gesellschaft kracht und wankt. Zeigt euch der Situation

würdig. Seht auf eure Brüder in Rußland. Ruhig, fest und zielbewußt handeln. Kein Bündnis, kein Kompromiß!

Die gesamte politische und militärische Macht den Arbeiter- und Soldatenräten sei die Parole. Tragt die Propaganda hincin in die Städte, die noch zurückstehen. Unterstützt sie durch Waffen und Munition. Den Frieden und mit ihm das Brot, das euch die Besitzenden nicht geben können, müßt ihr selbst jetzt holen für euch, eure Kinder und eure Brüder auf der ganzen Welt.

Tod dem Kapitalismus! Hoch die kommunistische Republik!
Es lebe die Weltrevolution!«

Den »Weg von der bürgerlichen Republik zur proletarischen Revolution«, so Johann Knief am 7. Dezember 1918, verband die Gruppe der Bremer Linken mit dem »Ruf nach der Einheitsorganisation« und der Ablehnung des »Führertums«. Sie setzten auf die Spontaneität kommender Massenkämpfe und sprachen sich gegen jede Form des demokratischen Zentralismus aus. Intensives »Studium des Sozialismus« bildete die Voraussetzung ihrer Arbeit.³ Früh wurden diese Bremer Linken mit der Spartakusgruppe gleichgesetzt. Schon am 4. Dezember 1918 warnte der Preußische Generalkonsul in Bremen den einstigen Leiter des Bremer Arbeitersekretariats und jetzigen Reichskanzler, »Seine Exzellenz Herrn Ebert«: »Bremen gilt im ganzen Reich für die Hochburg und das Experimentierfeld der Spartakusgruppe«. Wohl mit Recht, denn die schon immer streikbereite Arbeiterschaft der AG Weser hatte am 18. November 1918 eine »Fabrikordnung« im Arbeiterrat beschlossen, die den 8-Stundentag durchsetzte, Mindestlöhne festlegte und das Akkordverrechnungssystem aufhob. Die Ausrufung der »Sozialistischen Republik Bremen« vom 10. Januar 1919 bildete den Höhepunkt dieser Entwicklung. Die moralische Rigorosität der politischen Neuordnung ist u. a. daran ablesbar, daß der Kommissar (Senator) für Presse und Propaganda, Alfred Faust, (USPD, später Reichstagsabgeordneter der SPD, Chef der Bremer Volkszeitung vor 1933 und Pressechef des Senats nach 1945) sein Amt niederlegte, weil er eine Diffamierung der ermordeten Liebknecht und Luxemburg im Feuilleton der »Weser-Zeitung« übersehen hatte - eine »unverzeihliche Fahrlässigkeit«, wie er am 17. Januar 1919 in einem unveröffentlichten Dokument schrieb.⁴

3 Siehe »Arbeiterpolitik« vom 17. Februar 1917.

4 Das Dokument befindet sich im Besitz des Verfassers.

Die bewaffnete Niederschlagung der Räterepublik bedeutete am 4. Februar 1919 die erste große Niederlage des linken Flügels der Bremer Arbeiterbewegung. Aber damit war deren Kraft noch nicht gebrochen. Nach der Eroberung der Stadt durch Freikorps-Truppen und der Einsetzung einer sozialdemokratischen Interimsregierung bildeten USPD und KPD einen 21er Ausschuß, der aus Betriebsräten der Bremer Großbetriebe bestand. Dieser hatte am 5. März Streiks zur Freilassung der inhaftierten Mitglieder der Räteregierung in Gang gesetzt. Am 15. April rief der 21er-Ausschuß zu einem Generalstreik auf, der das Ende des Bremer Belagerungszustands und den Rücktritt der nach den Bürgerschaftswahlen gebildeten Koalitionsregierung aus Bürgerlichen und Mehrheits-Sozialdemokraten (MSPD) forderte. Nachdem der Streik auf der AG-Weser einsetzte, folgten auch andere Betriebe. Dennoch mußte dieser Streik von 14000 Arbeitern am 29. April ohne Ergebnis abgebrochen werden, nicht zuletzt deshalb, weil das Bürgertum – Ärzte und Apotheker, Bäcker und Fleischer – einen Gegenstreik organisierten (»Stacheldrahtostern«). Diese zweite Niederlage der Bremer Arbeiterschaft innerhalb weniger Monate bedeutete, daß jede weitere politische Perspektive einer Veränderung der politischen Machtverhältnisse in Bremen aufgegeben werden mußte.

Peter Weiss hat den Folgen dieses Ereignisses im ersten Band der »Ästhetik des Widerstands« ein eindrucksvolles Kapitel gewidmet.

*»Freiheit und Sozialismus« – eine Forderung von 1918
und ihre Bedeutung für heute*

Lenin machte den Erfolg der Russischen Revolution davon abhängig, daß die starke Arbeiterbewegung in den hochkapitalistischen westeuropäischen Staaten den Schritt zur sozialistischen Umgestaltung wagte. Bremens Vorreiterrolle hing ebenfalls davon ab, ob die Arbeiter- und Soldatenräte bereit waren, den Weg zur sozialistischen Republik zu gehen. »Nationalversammlung oder Räteregierung?« war nicht nur für Rosa Luxemburg damals die »Kardinalfrage der Revolution«. Und sie fügte ihren Überlegungen in der »Roten Fahne« vom 17. Dezember 1918 hinzu: »Ein idyllischer Plan dies: auf parlamentarischem Weg, durch einfachen Mehrheitsbeschluß den Sozialismus zu verwirklichen! Schade, daß diese himmelblaue Phantasie aus dem Wolkenkuckucksheim nicht einmal mit den geschichtlichen Erfahrungen der bürgerlichen Revolution, geschweige mit der Eigenart der proletarischen Revolution rech-

net.«⁵ Das bedeutete eine eindeutige Positionierung zu den Republiken, die seit dem November 1918 in Deutschland verkündet worden waren – zwei Monate vor der Ausrufung der Sozialistischen Republik Bremen.

Denn am 9. November 1918 wurden in Berlin zwei Republiken ausgerufen: die »Freie Deutsche Republik« durch den Mehrheitssozialdemokraten Philipp Scheidemann und die »Freie Sozialistische Republik« durch Karl Liebknecht von der Spartakusgruppe. Schon zwei Tage zuvor hatte der Pazifist Kurt Eisner von der USPD den »Freistaat Bayern« verkündet und sich zum ersten Ministerpräsidenten der »Sozialistischen Republik Bayern« wählen lassen – mit der Parole »Freiheit und Sozialismus«. Gegen die von der Konterrevolution zu »Novemberverbrechern« diffamierten Anhänger der schnell erstickten Novemberrevolution begann ein beispielloser Kampf von rechts mit der Ermordung prominenter Sozialisten und Liberaler wie z. B. Kurt Eisner, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Gustav Landauer, Matthias Erzberger und Walter Rathenau. Die im Auftrag des Reichsjustizministers vorgelegte Denkschrift von Emil Julius Gumbel über »Vier Jahre politischer Mord« (1924) ist nach wie vor ein eindrucksvolles und erschütterndes Dokument zur Skrupellosigkeit der Verschwörer aus den Kreisen der deutschen nationalistischen Geheimbünde, Freikorps und ihrer Helfershelfer in der Reichskanzlei.

Die »Revolutionäre wider Willen« (Heinrich August Winkler) aus den Kreisen der MSPD um Noske und Ebert traten diesen Kräften nicht entgegen. Die Schwäche der Konkursverwalter des Obrigkeitsstaats, die aus Angst vor dem Bolschewismus notwendige gesellschaftliche Strukturreformen unterließen, nutzten die Gegner jeder Demokratisierung. Insofern ist die Zerstörung der Weimarer Republik durch jene Faktoren und Widersprüche mitbestimmt, die bei ihrer Gründung schon angelegt waren. Vor allem die fundamentale Schwäche der gespaltenen Arbeiterbewegung in der Endphase der Weimarer Republik muß mit aus dem Scheitern der Revolution von 1918/19 und der gleichzeitigen militärischen Unterdrückung oppositioneller Arbeitermassen durch die Führung der Mehrheitssozialdemokratie erklärt werden. Eindrucksvoll ist dieser Zusammenhang nach dem Verbot der SPD im Juni 1933 von prominenten sozialdemokratischen Politikern selbst aufgearbeitet worden. So schreibt der einstige Finanzminister Rudolf Hilferding am

5 Rosa Luxemburg: Nationalversammlung oder Räteregierung? In: Gesammelte Werke. Bd. 4. Berlin 1974. S. 460.

23. September 1933 an den Theoretiker der SPD, Karl Kautsky: »Unsere Politik in Deutschland war seit 1923 sicher im Ganzen und Großen durch die Situation erzwungen und konnte nicht viel anders sein. In diesem Zeitpunkt hätte auch eine andere Politik kaum ein anderes Resultat gehabt. Aber in der Zeit vor 1914 und erst recht von 1918 bis zum Kapp-Putsch war die Politik plastisch, und in dieser Zeit sind die schlimmsten Fehler gemacht worden.«⁶

Mit dieser Kritik an der Politik der SPD stand Hilferding keinesfalls allein. Der Zusammenbruch von Weimar zwang dessen Träger zur selbstkritischen Besinnung auf die Entstehungsphase der Republik und schärfte den Blick für politische Fehlleistungen. Im »Prager Manifest« von 1934 und in der 1935 vorgelegten Gesamtdarstellung der Weimarer Republik vom Historiker und einstigen KP-Reichstagsabgeordneten Arthur Rosenberg sind wichtige Analysen vorgenommen worden, die Alfred Döblin in seinem Erzählwerk »November 1918. Eine deutsche Revolution« verdichtete.

Dennoch überrascht, wie schwer sich die deutsche Geschichtsschreibung nach wie vor tut mit der Politik und Haltung der SPD seit 1914. Denn vor dem Hintergrund der Mitverantwortung von Ebert und Noske für die Massenmorde zwischen 1918 und 1920 konnte nur ein kompliziertes, gebrochenes Verhältnis zur Revolution von 1918/19 entstehen. »Die einen haben uns entrüstet vorgeworfen, daß wir Sozialdemokraten eine Revolution, die anderen ebenso entrüstet, daß wir keine Revolution gemacht hätten«, schrieb der Syndikus des Deutschen Metallarbeiterverbandes vor 1933, Ernst Fraenkel, am 9. November 1943 in der deutschsprachigen New Yorker »Neuen Volkszeitung«, und er fügte hinzu: »In diesem Vorwurf spiegelt sich die Logik eines Umsturzes wieder, der eine politische Umwälzung herbeiführte, aber eine soziale Revolution vermied. Und weil der 9. November somit eine halbe Revolution war ..., ist uns 14 Jahre später eine ganze Niederlage bereitet worden.«⁷

Die von der Führung der Mehrheitssozialdemokratie eingeschlagene und mit der Übernahme der Regierungsmacht auch zu verantwortende Politik der Konfrontation mit den Massenbewegungen (Januar- und März-Kämpfe 1919 in Berlin, Zerschlagung der Räterepubliken in Bremen und Bayern, der Märzereignisse von 1920 im Ruhrgebiet oder der Arbeiterregierungen in Sachsen und Thürin-

⁶ ISG Nachlaß Kautsky. DXII. 661. Zitiert nach Eberhard Kolb: *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919*. Frankfurt am Main 1978. S. 7.

⁷ Ernst Fraenkel in: »*Neue Volkszeitung*« (New York) vom 9. November 1943.

gen) mußte schon deshalb scheitern, weil sie die neue Republik in ihrer demokratischen Struktur ungesfestigt ließ und sie gegenüber allen Bedrohungen von rechts anfällig machte. Die mit einer solchen Politik einher gehenden beträchtlichen Mitglieder- und Wählerverluste schränkten die Handlungsfreiheit der Sozialdemokratie entscheidend ein, zumal sie mit einer prinzipiellen Abwehrhaltung gegenüber der KPD und der sozialistischen Linken – bei einer gleichzeitigen grundsätzlichen Koalitionsbereitschaft bis ins Lager der bürgerlichen Rechten hinein – verbunden war.

1938 hat Herbert Wehner (KPD) diesen Weg der deutschen Sozialdemokratie als einen »Irrweg« charakterisiert, »auf dem die Arbeiterklasse von Anfang an den schweren Gefahren seitens der Reaktion ausgesetzt war. Der Rückblick auf den 9. November 1918 lehrt, daß die Politik des Sozialdemokratismus (d.h. die Theorie und Praxis der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie) die demokratischen Errungenschaften gefährdet und die Arbeiterklasse entwaffnet ... und die – in anderen Formen – heute noch den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse gegen den Faschismus hemmen«⁸.

Auch wenn Herbert Wehner zum 50. Jahrestag des 9. November 1918 als inzwischen prominenter Sozialdemokrat zu einer anderen Interpretation jener »fundamentalen Schwächen und Fehler der sozialdemokratischen und anderer demokratischer Kräfte jener Zeit« kam und dabei zu Recht auf Fehlentscheidungen der KPD verweist, so bleibt nicht nur für ihn nach wie vor die Frage zu klären, »welcher Gewinn Deutschland und unserem deutschen Volk durch diese Partei entstanden wäre, wenn die SPD ihre Entwicklung unter anderen Bedingungen, die mit dem Datum des 9. November 1918 verknüpft sind, hätte nehmen können.«⁹

Auch für die liberalen Vertreter der Weimarer DDP gab der 9. November 1918 immer wieder Anlaß zum Nachdenken über die deutsche Geschichte. Für den Chefredakteur des »Berliner Tageblatts«, Theodor Wolff, war der 9. November 1918 »die größte aller Revolutionen«, die »wie ein plötzlich losbrechender Sturmwind das kaiserliche Regime mit allem, was oben und unten dazu gehörte, gestürzt hat.« Und: »Man kann sie die größte aller Revolutionen nennen, weil niemals eine so festgebaute, mit so soliden Mauern umgebene Bastille so in einem Anlauf genommen worden ist.«¹⁰

⁸ Herbert Wehner: *Wandel und Bewährung*. Frankfurt am Main 1981. S. 14f.

⁹ Ebenda. S. 396.

¹⁰ Theodor Wolff: *Die Wilhelminische Epoche*. Hrsg. von Bernd Sösemann. Frankfurt am Main 1989. S. 167.

Auf jeden Fall begünstigte eine solche Politik die rechtsradikale und ultrakonservative Anhängerschaft. Den 9. November 1918 rückgängig zu machen, war von Anfang an das erklärte Ziel der Nationalsozialisten. Das Werk jener »Novemberverbrecher, die 1918 das deutsche Heer erdolcht hatten«, war für Hitler das Werk des Kommunismus, Sozialismus und Liberalismus. Mit der Bolschewismus-Furcht besaßen die Nazis ein wirkungsvolles Instrument, das ebenso gegen die politisch gespaltene Linke wie gegen den Linksliberalismus eingesetzt werden konnte. Und weil die »Novemberverbrecher« zugleich als Handlanger der Juden galten, verknüpften die Nazis den Antikommunismus mit dem Antisemitismus. So ist es sicher kein Zufall, das Hitler am 9. November 1923 gegen die Republik marschierte und dabei Erich Ludendorff als Mitstreiter gewann. Auch am 9. November 1938 mußten die »Juden als Vorposten für die Bolschewisierung« herhalten.

Nach der Zerschlagung der Arbeiterbewegung begann die Entrechtung, Ausbürgerung und baldige Vernichtung der Juden. Deutschland ohne Sozialisten, Kommunisten, Liberale und Juden – das hieß, den 9. November 1918 ungeschehen machen.

Wer das Unfaßbare erklären will, muß mit den Gedenktagen zum 9. November nicht nur Geschichte in Erinnerung rufen. Es gilt vor allem auch, unseren Blick für gegenwärtige gesellschaftliche Umbrüche und deren Folgen zu schärfen. Das heißt auch, sich am 9. November jenen 9. Novembers zu erinnern, der vor dreizehn Jahren für allzu viele eine Welt zusammenbrechen ließ. Denn mit der sogenannten friedlichen Revolution vom 9. November 1989 verknüpfen sich Fehlentwicklungen des Sozialismus, die auf den 9. November 1918 und den 4. Februar 1919 zurückverweisen, vor allem aber auch auf die Russische Revolution von 1917. Warum wurden die bald nach 1917 einsetzenden Kritikansätze an Fehlentwicklungen eines strukturell deformierten Sozialismus so schnell unterdrückt? Und warum erklären so viele nach 1989 das welt-historische »Projekt Sozialismus« für beendet, nur weil der »reale Sozialismus« nach dem Scheitern der DDR und der UdSSR in einer tödlichen Krise steckt? Restbestände in Kuba, China und anderswo vermitteln wenig Hoffnung. Viele ziehen gar aus dieser Entwicklung den voreiligen Schluß, daß die »freie Marktwirtschaft« die beste aller Welten verkörpere und deshalb die Überwindung des privatkapitalistischen Systems nicht mehr geboten sei. Zahlreiche Sozialdemokraten und Gewerkschafter unterliegen neben Alt-Achtundsechzigern und Grünen der Dynamik des Turbo-Kapitalismus. Die »demokratische Ermächtigung« einer solchen Politik basiert

auf einem (Wieder)Vereinigungs-Patriotismus, dessen Freude auf die deutsch-deutsche Elefantenhochzeit alle sozialen Errungenschaften plattwalzte und das eingeklagte Recht auf Arbeit »unseren Brüdern und Schwestern in der Zone« ebenso verweigerte wie die Anerkennung des von der Volkskammer der DDR verabschiedeten Gewerkschaftsgesetzes mit dem ausdrücklichen Verbot der Aussperrung.

Damit wurden zugleich alle Reformversuche zum Scheitern erklärt, mit überkommenen Strukturen des Stalinismus inhaltlich aufzuräumen und die übersprungene Entwicklungsphase der parlamentarischen Demokratie nachzuholen. Vielen scheint nichts anderes übrig geblieben zu sein, als auf die Kräfte einer kapitalistischen Modernisierung zu setzen, deren moderate Variante noch die schrittweise Sozialdemokratisierung des Landes darstellt (Marktwirtschaft + Sozialstaatspostulat). Auch diese Sozialsanitäter am Krankenbett des Sozialismus und Kapitalismus sprechen nur noch von Modernisierungspolitik, nicht mehr vom demokratischen Sozialismus. Die Gegner im liberal-konservativen Lager machen gar die Einführung der »freien Marktwirtschaft ohne wenn und aber« zur Voraussetzung jeder Unterstützung.

Das Projekt der Moderne, der Sozialismus, hat sich für diese Gruppe erledigt.

Zunehmende Ratlosigkeit und Verunsicherung erschweren zugleich alle Versuche, diese Strukturkrise zu erklären und stalinistische Fehlentwicklungen genauer zu beschreiben. Das stärkt zugleich die NS-Entsorger auf der Rechten, die den Archipel Gulag für ursprünglicher erklären als Auschwitz (Ernst Nolte) und Stalin für alles verantwortlich machen – auch für Hitler-Deutschland, wie dies auch im »Schwarzbuch des Kommunismus« geschieht.

Wenn aber mit Karl Marx alle bisherige Geschichte nur die Vorbereitungsgeschichte der wirklichen Geschichte der Menschheit ist, so muß man wenigstens fragen dürfen, ob die Etappe des strukturell deformierten Sozialismus überhaupt der Vorgeschichte des Sozialismus angehört. Die Kontroverse zwischen Ernst Bloch und Georg Lukács hatte diese Frage schon in den zwanziger Jahren zum Ausgangspunkt einer Erneuerungsdiskussion werden lassen. Dagegen könnte die neu zu entwickelnde sozialistische Bewegung in den hochentwickelten Industrieländern des Westens heute die Vorbereitungsphase überspringen, weil die Verwirklichung des Individuums in der kollektiven Gesellschaft sich ohne Schwierigkeiten mit den besten Traditionen der bürgerlichen Demokratie verknüpfen läßt – im Übergang zur wirklichen Geschichte des

Sozialismus; im Sinne der Parole von Rosa Luxemburg: »keine Demokratie ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Demokratie!« Die Verbindung der besten Erbeile der beiden großen Revolutionen der Neuzeit, der Französischen und Russischen, mit den republikanischen Freiheiten und sozialen Errungenschaften führte gerade nach dem November 1918 die demokratischen Kräfte in Deutschland für kurze Zeit unter der USPD-Parole »Freiheit und Sozialismus« zusammen. Und es ist sicher kein Zufall, daß die KPD in ihrem Aufruf vom Juni 1945 verkündete, nach dem Sieg über den Faschismus sei erst einmal die bürgerliche Revolution von 1848 in Deutschland zu vollenden. Kurzum: In der heutigen Doppeldeutigkeit der historischen Situation bleibt es trotz alledem eine Aufgabe der demokratischen Kräfte, jenes Fernrohr anzulegen, das mit Ernst Bloch »notwendig ist, um den wirklichen Stern der Erde zu sehen«.

Nach Ernst Bloch heißt dieses Fernrohr: »Konkrete Utopie«. Wäre es nicht heute eine lohnenswerte Aufgabe, jene Utopie für das 21. Jahrhundert zu entwerfen, die das Projekt des »gemeinsamen Hauses Europa« realisieren hilft, wozu im Verständnis von Thomas Mann das geläuterte europäische Deutschland als Baumeister gehört, ein föderatives, soziales und demokratisches Deutschland, das jenes Dach konstruieren hilft, von dessen First die Trikolore und die Rote Fahne wehen?

Für zahlreiche Repräsentanten des deutschen Widerstands war und blieb eine solche Utopie Ausgangspunkt des Handelns – trotz aller Niederlagen. Kurz vor seinem Tode schrieb mir der unabhängige Historiker Walter Grab aus Tel-Aviv über die Folgen des Scheiterns der Revolution von 1848: »Wäre sie geglückt, so hätte es keinen Bismarck, keine fünf Angriffskriege von 1864, 1866, 1870, 1914 und 1939, keine Naziherrschaft und keinen Judenmord gegeben. So weit ich sehe, hat kein deutscher Historiker diese Erkenntnisse im Zusammenhang mit der 150. Wiederkehr der 1848er Revolution dargestellt.«

Die Vollendung der bürgerlichen Revolution von 1789 und 1848 durch eine sozialistische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft, das war und bleibt ein politisches Ziel. Diese Aufgabe kann jedoch nur durch Überzeugungsarbeit erreicht werden, kann nur ein Akt demokratischer Willensbildung sein. Auch hier folgen wir den Prinzipien Rosa Luxemburgs.

*Kritische Selbstüberprüfung und Eigeninitiative
als Ausgangspunkt der Erneuerung*

In Anlehnung an Rosa Luxemburg war und bleibt auch unter erschwerten Bedingungen die fundamentale Selbstüberprüfung der Organisationen der Arbeiterbewegung Ausgangspunkt der Arbeit. In der systematischen Unterdrückung der Eigeninitiativen sahen schon die »Rätebildner« nach 1918 eine wesentliche Ursache für die Niederlage im Kampf um eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft. Hier gilt es anzuknüpfen, antikapitalistische Strategien für heute zu entwerfen und in der Bildungsarbeit wieder eigenverantwortliche Tätigkeit und Selbstbestimmung einzuüben. Nur so läßt sich eine soziale Demokratie von unten erreichen. Hat jedoch ein solcher Ansatz angesichts des »Strukturkonservatismus« in der deutschen Arbeiterbewegung überhaupt eine Chance realisiert? Ist man in den Führungsetagen bereit, über notwendige Veränderungen nachzudenken? Der völlig zu Unrecht in Deutschland vergessene Sozialist und Pazifist Theodor Lessing hat zu den »konservativen Tendenzen« in der Arbeiterbewegung schon 1930 bemerkt: »Fortschritt ist die Funktion der gefährdeten Minderheit. Das ist das Gesetz der Notwendigkeit, die im wörtlichen Sinn immer Wende einer Not ist. Fruchtbar wird immer nur die Not. Darum sagt Marx gelegentlich mit Spott auf die eigene Partei: ›Wenn der Arbeiter auch nur ein Sparkassenbuch besitzt, dann ist er für die Revolution brauchbar.‹ Wir dürfen also durchaus nicht die gegenwärtige sozialdemokratische Partei mit Sozialismus gleichsetzen. Ja, wir dürfen nicht einmal voraussetzen, daß Sozialdemokratie identisch sei mit dem Proletariat.«¹¹

Fünfundzwanzig bzw. sechzig Jahre nach Rosa Luxemburg und faßt Peter Weiss noch einmal seine Reflexionen über die Opfer des Stalinismus und die Widersprüche im sowjetkommunistischen Lager als Folge des Spanischen Bürgerkrieges, der Moskauer Prozesse und des Hitler-Stalin-Paktes zusammen: »Die Forderung kam auf uns zu: zu unterscheiden zwischen den Morden der Faschisten und den Morden, die auf unsrer Seite begangen wurden. Hinter den faschistischen Morden sahen wir ein für immer mörderisches System, in dem es nur einen einzigen Änderungsversuch gab, welcher nicht aussichtslos war: der Angriff mit dem Ziel der völligen Vernichtung. Die Verbrechen im Namen des Kommunismus, so ungeheuerlich

¹¹ Theodor Lessing: *Ausgewählte Schriften*. Hrsg. von Jörg Wollenberg. Bd. 2. Bremen 1997. S. 110.

sie auch waren, ließen sich zurückführen auf historisch bedingte Deformationen: Sie konnten, auf dem Wege der Vernunft, zu einer Klärung gebracht werden. Während der Faschismus für immer verdammt werden mußte, waren im Kommunismus die Ausartungen unterm Druck einer kollektiven Paranoia zu verurteilen, doch wir konnten uns eine Zeit vorstellen, in der die Despotie ausgemerzt, die Bleikammern geöffnet, die Hintergründe der Unmenschlichkeit dargelegt, die Opfer rehabilitiert sein würden: Dafür kämpften wir. Manchmal aber fürchteten wir, daß alles schon allzu sehr vom Wahnsinn zerfressen und verwildert war, als daß es noch ein objektives Denken, ein Eingreifen in die eigene Geschichte geben könnte. Wir waren schrecklich bedroht. Wir mußten uns noch einmal entscheiden. Zwischen zwei Schrecklichkeiten zogen wir die eine vor, die vielleicht noch einen Ausweg, eine Möglichkeit zur Verbesserung enthielt. Starr vor Schrecken mußten wir unsre Wahl treffen – doch ich verstand Hodann, der sich von dieser Partei abwandte. Max Hodann, Arzt und Sexualpädagoge, gehörte zu den Gründern des »Kulturbundes« in Stockholm, einer Einheitsorganisation. Nach erneut wieder aufflammenden Kontroversen verließ er noch 1945 die KPD und ging zur SPD. Diese letzte Notiz von Peter Weiss, aus Anlaß des Abschlusses der »Ästhetik des Widerstands« in den »Notizbüchern« festgehalten,¹² erinnert uns zugleich an den Anfang dieses Jahrhundertwerkes. Hier versammeln sich die Widerstandskämpfer der »Roten Kapelle« vor dem Pergamon-Altar in Berlin. Anschließend werden die Ereignisse des 4. Februar 1919 dargestellt, die in Bremen zur Zerschlagung der Räterepublik führen. Wie kann man danach noch Sozialdemokrat sein, fragt der Sohn (Peter Weiss) seinen Vater, der der Partei treu bleibt: 'Trotz alledem!

Sich mit diesen Ereignissen kritisch auseinandersetzen, muß nach dem »Geschichtsbruch« von 1989/90 nicht heißen, den Sozialismus insgesamt auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen. Erinnerung, die die Frage nach den Opfern des Faschismus und Stalinismus nicht ausklammert, bedeutet für Peter Weiss keinesfalls, die Utopie Sozialismus aufzugeben. Der »russische Sonderfall« – die »allmächtige Regierungsmaschine des alle Seiten dieser Gesellschaft beherrschenden Zwanges« (August Thalheimer) – ist zu überwinden »und statt dessen das freiwillige von der Selbstdisziplin geleitete zur selbstverständlichen Gewohnheit gewordene und bewußte kollektive Handeln« zu fördern. Aus der dialektischen Be-

griffsfassung »eines Anfanges des Sozialismus«, in dem der »Widerspruch des Ausgangspunktes«, aber auch des »noch nicht Erreicht-habens des Endpunktes« enthalten ist, ergibt sich die Aufgabe, »nicht fortzusetzen, wo die Russen aufgehört haben, sondern neu anzufangen«, schreibt August Thalheimer, Mitbegründer der KPD und der KPD(O), nach 1945 aus dem kubanischen Exil. Und der Autor der vierzigbändigen »Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus«, der Altkommunist Jürgen Kuczynski, machte in seinem 90. Lebensjahr nicht nur den Bremer Metallarbeitern und Metallarbeiterinnen Mut für einen solchen Neuanfang. Wie Peter Weiss ließ er sich – trotz Trauer, Schmerz und Enttäuschung – die »Vorfreude auf eine neue Wende« nicht nehmen. Denn wer keinen Mut zum Träumen hat, der hat auch keine Kraft zum Erkennen und Kämpfen (im September 1994 im Kultursaal der Arbeiterkammer Bremen). Und auch das ist kein Zufall: Kuczynski wurde am 141. Jahrestag des Bastille-Sturms vom 14. Juli 1789 KPD-Mitglied. Zu diesem Zeitpunkt gehörten enge politische Freunde Rosa Luxemburgs zu denjenigen, die nach ihrem Austritt oder Rausschmiß aus der KPD um Paul Levi den linken Flügel der SPD repräsentierten, bevor sie zur SAP oder KPD(O) gingen. Sie sahen ihre Aufgabe darin, die Trikolore mit der Roten Fahne zu verbinden. Sie hielten an der Auffassung fest, daß es keinen Sozialismus ohne Demokratie und keine Demokratie ohne Sozialismus geben könne. So gesehen waren sie »Luxemburgisten«, die betonten, daß ein Sozialismus ohne bürgerliche Freiheiten nur zu einer Entartungsform des Sozialismus führen könne. Dabei konnten sie sich auf Rosa Luxemburgs »Russische Revolution« berufen. Und es ist für die politische Biographie dieser Gruppe zweifelsohne von Bedeutung, daß sie den einstigen Repräsentanten der Bremer Linken, Mitbegründer der KPD und der KPD(O), Paul Frölich, veranlaßten, 1937 die »Russische Revolution« mit bis dahin unterdrückten Passagen für den »Neuen Weg« herauszugeben.

An dieser von Paul Levi erstmals im November 1921 posthum veröffentlichten Arbeit Rosa Luxemburgs schieden sich die Geister; denn Rosa Luxemburg hatte schon 1918 aus der Gefängniszelle heraus Entartungsformen eines von oben verordneten Sozialismus kritisiert und für eine autonome Gestaltung des Demokratisierungsprozesses von unten plädiert: »Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt!« Und an den linken Rand dieser Passage schrieb Rosa Luxemburg

1918 jene berühmte Bemerkung, die die Erinnerung an sie bis heute bewahrt: »Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der »Gerechtigkeit«, sondern weil all das belebende, heilsame und reinigende der politischen Freiheit an diesem Wege hängt und seine Wirkung versagt, wenn die Freiheit zum Privilegium wird.«¹³

Die Reformkommunisten und Linkssozialisten um Paul Frölich, Erwin Ackerknecht und Walter Fabian zählten noch im Februar 1936 zu den Repräsentanten der SAP-Auslandsleitung, die den programmatischen Aufruf des »Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront«: »Bildet die Deutsche Volksfront! Für Frieden, Freiheit und Brot!« vorbereiteten. Dem engeren Vorstand dieses »Lutetia-Kreises« gehörten neben Walter Fabian (SAP) Willi Münzenberg und Herbert Wehner für die KPD, Max Braun und Georg Decker für die SPD, zunächst auch Leopold Schwarzschild und Georg Bernhard (Bürgerliche) wie auch Kurt Glaser für die Revolutionären Sozialisten Deutschlands (RSI) an. Die unterschiedlichen Einschätzungen zu den Moskauer Prozessen und dem Spanischen Bürgerkrieg führten bald zum Bruch der Volksfront. Innerhalb der SAPD-Auslandsleitung kulminierten z. B. die unterschiedlichen Einschätzungen zur Politik Stalins und zu den Moskauer Prozessen im Februar 1937 in dem Ausschluß der Gruppe Fabian-Ackerknecht-Frölich aus der SAPD (mit 29 gegen 27 Stimmen). Die Ausgegrenzten gründeten im März 1937 die Gruppe »Neuer Weg«. Ins Abseits gedrängt, entfalteten sie eine rege publizistische Tätigkeit, die in der Herausgabe der *Russischen Revolution* einen programmatischen Höhepunkt fand.

Für die in langen Zeiträumen denkenden linken Repräsentanten der Arbeiterbewegung muß der Zusammenbruch des »real existierenden Sozialismus« keinesfalls das Ende eines beharrlichen Kampfes für den Sozialismus bedeuten. Es war das Ende der Spielart eines von oben verordneten Weges zum Sozialismus, den man nicht besonders schätzten mußte, den es dennoch zu verteidigen galt, wenn er bedroht wurde. Der von Rosa Luxemburg beschriebene und gelebte Sozialismus wartet immer noch darauf, verwirklicht zu werden. Um so mehr, wenn wir bereit sind, »wenigstens aus eigenen Fehlern zu lernen« (Rosa Luxemburg) und die gescheiter-

¹³ Rosa Luxemburg: *Zur russischen Revolution*. In: *Gesammelte Werke*. Bd. 4. S. 359.

»REPUBLIK IST SCHON VIEL, SOZIALISMUS BLEIBT DAS ZIEL.« 21

ten sozialistischen Republiken in Bremen, München und Berlin als Lernfeld für mehr soziale und industrielle Demokratie zu erinnern. Denn, um die Überlegungen von Gustav Radbruch noch einmal aufzugreifen: »Republik ist schon viel. Sozialismus bleibt das Ziel«.

DIETER ENGELMANN

DIE NACHFOLGE- ORGANISATIONEN DER USPD

Der Erste Weltkrieg, die Novemberrevolution 1918/19 und die ihr folgende, nachrevolutionäre Krise hatten in Deutschland und vor allem in der deutschen Arbeiterbewegung zunächst zu einer deutlichen Differenzierung der politischen Kräfte geführt. Sichtbarer Ausdruck dessen war die Spaltung der SPD im Frühjahr 1917 und die damit verbundene Entstehung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) sowie der Gründung der KPD um die Jahreswende 1918/19. Als sich Anfang 1920 von der KPD dann noch die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschland (KAPD) abspaltete, gab es in Deutschland vier Arbeiterparteien. Im Zusammenhang mit den revolutionären Kämpfen in den Jahren 1918 bis 1923 setzte aber als gegenläufige Tendenz auch ein Prozeß der Polarisierung und schließlich Konsolidierung der politischen Kräfte ein, als deren Ergebnis sich die beiden Hauptströmungen der deutschen Arbeiterbewegung, die sozialdemokratische und die kommunistische, herausbildeten. Die wichtigsten Etappen auf diesem Wege waren der unter dem maßgeblichen Einfluß der Kommunistischen Internationale vollzogene Zusammenschluß des linken Flügels der USPD mit der KPD im Dezember 1920 und die Vereinigung der übrigen USPD mit der SPD im September 1922. Die KAPD hatte ihre Vitalität bereits am Ende des Jahres 1922 wieder verbraucht und war als politischer Faktor bedeutungslos geworden.

Obwohl die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung während der Weimarer Republik vom Dualismus der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei und deren Politik bestimmt wurde, vermochte es keine der beiden Parteien, alle in ihrem Umfeld agierenden Kräfte und Organisationen der Arbeiterklasse an sich zu ziehen. Während der gesamten Zeit der Weimarer Republik gab es kleine, aber politisch oft sehr aktive Parteien und Organisationen. Die bekanntesten waren zweifellos die Kommunistischen Partei Deutschlands-Opposition (KPD(O)) und die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP). Dazu gehörten auch zwei Nachfolgeorganisationen der USPD: die USPD und der Sozialistische Bund. Beide standen zwischen der SPD und der KPD, grenzten sich deutlich von

ihnen ab und erhoben den Anspruch, als einigende Kraft für das gesamte deutsche Proletariat wirken zu wollen.

Schon im Vorfeld der Vereinigung von SPD und USPD zeichnete sich ab, daß durchaus nicht alle USPD-Mitglieder – darunter bekannte Funktionäre wie Georg Ledebour und Kurt Rosenfeld oder prominente Persönlichkeiten wie Theodor Liebknecht – bereit waren, der SPD wieder beizutreten. So lagen den 192 Delegierten des vom 17. bis 20. September 1922 in Gera tagenden USPD-Parteitagess vier unterschiedliche Resolutionen zum wichtigsten Tagesordnungspunkt, die Einigung des Proletariats, vor. Dabei war allerdings den Delegierten von vornherein klar, daß es sich nicht um eine Einigung des Proletariats, sondern lediglich um den Zusammenschluß von SPD und USPD handeln sollte. Die KPD war von der überwiegenden Mehrheit der USPD-Funktionäre als Partner für einen Zusammenschluß des Proletariats längst deutlich ausgegrenzt worden.

Eine der Resolutionen brachten Georg Ledebour, Kurt Rosenfeld, Theodor Liebknecht und Gerhard Obuch ein. Sie ging davon aus, daß das Ziel der USPD »die Umgestaltung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaftsordnung« ist. Als »notwendige Vorbedingung zur Erreichung dieses Zieles« wurde »die Einigung des klassenbewußten Proletariats für den revolutionären Klassenkampf« angesehen. Die »jetzt beantragte einseitige Verschmelzung unserer Partei mit der SPD« sei »weit entfernt, diesen umfassenden Einigungsprozeß zu fördern«, denn die SPD hätte »in der Vergangenheit die imperialistische Kriegspolitik unterstützt und die proletarische Revolution verraten«. Sie verharre »heute noch auf dem Boden der Koalition mit bürgerlichen Parteien« und versage daher »im Kampf gegen die Reaktion und Verelendung«. Die Verfasser der Resolution befürchteten, daß die »organisatorischen Vereinbarungen, auf Grund derer die Vereinigung von SPD und USPD durchgeführt werden soll,« zeigen, »daß es sich in Wirklichkeit gar nicht um ein Aufgehen dieser Parteien in einer neuen Partei handelt, sondern um einen Übertritt der USPD in die SPD, noch dazu ohne Sicherung für die Freiheit der Meinungsäußerungen und für die Durchführung des Willens der Parteigenossenschaften.« Die Freiheit der Meinungsäußerung in und vor allem außerhalb der Partei, die der Opposition von der Mehrheit im Zusammenhang mit der Burgfriedenspolitik in den Jahren 1914 bis 1917 verweigert worden war, hatte sich aber für Ledebour und seine Gefährten im April 1917 als einer der entscheidenden Gründe für die Trennung von der SPD erwiesen. Wenn das auch jetzt noch nicht gewährleistet war,

gab es für sie nur die Konsequenz, »die USPD als selbständige Partei des revolutionären proletarischen Klassenkampfes aufrechtzuerhalten«¹. Ledebour ließ auch keinen Zweifel daran, daß es für ihn persönlich unmöglich war, jemals wieder mit Sozialdemokraten wie Ebert, Scheidemann oder Wels in einer Partei zusammenzuarbeiten. Für ihn waren sie die Verräter an der Revolution, mit denen man keine Kompromisse schließen konnte. So bezeichnete er in seinem Korreferat den Zusammenschluß mit der SPD als »Bruch mit der revolutionären Vergangenheit ... und Selbstmord der USPD«². Den Befürwortern der Vereinigung warf er vor, keine revolutionären Sozialisten mehr zu sein. Ledebour verfocht zu diesem Zeitpunkt die Konzeption, alle revolutionären Kräfte des Proletariats zusammenzufassen und bei einer Einigung auch die Mitglieder der KPD einzubeziehen. Das war jedoch 1922 keine von den Realitäten ausgehende Politik mehr. Der Polarisierungs- und Konsolidierungsprozeß bei Sozialdemokraten und Kommunisten war bereits so weit vorangeschritten, daß eine Einigung auf lange Sicht als ausgeschlossen betrachtet werden mußte. Obwohl für die Resolution Ledebours, Rosenfelds, Liebknechts und Obuchs nur 7 Delegierte votierten, waren die Stimmen gegen die Vereinigung und vor allem das Tempo bei ihrer Durchführung unüberhörbar. So erklärte Robert Dißmann, daß er wie viele andere nur »mit starker Überwindung den Vereinigungsprozeß«³ mitmachen könne.

Fritz Zubeil war »entsetzt über die Einheitsrede« des USPD-Parteivorsitzenden Artur Crispian, der von einer Vereinigung um jeden Preis ausgegangen war. Auch er sah darin die Gefahr einer Selbstaufgabe der USPD. Zubeil erkannte aber, daß die Mehrheit der USPD-Mitglieder für die Vereinigung war. »Das Rad ist im Rollen. Niemand ist heute noch in der Lage, es zum Stillstand zu bringen. Eher geht es über uns hinweg«⁴, war seine Devise. Von diesem Gesichtspunkt ließ sich letztlich auch Kurt Rosenfeld leiten, als er sich trotz schwerer Bedenken entschloß, mit in die Vereinigte Sozialdemokratische Partei zu gehen. Damit hatte die kleine Gruppe um Ledebour und Theodor Liebknecht, welche die USPD unter allen Umständen als eigenständige Partei weiterführen wollte, eine bekannte Führerpersönlichkeit verloren, Theodor Liebknecht gab am Ende des Parteitages, der gegen 9 Stimmen die Vereinigung mit

1 Protokoll der sozialdemokratischen Parteitage in Augsburg, Gera und Nürnberg. Berlin 1922. S. 130.

2 Ebenda. S. 146. *3* Ebenda. S. 158.

der SPD beschloß, im Namen von 7 Delegierten folgende Erklärung ab: »Der Zusammenschluß mit der sozialdemokratischen Partei bedeutet die Preisgabe des revolutionären Klassenkampfes. Die Mehrheit des Parteitages, die mit der sozialdemokratischen Partei zur Bildung einer neuen Partei schreitet, ist in Zukunft an Beschlüsse gebunden, die von den bisherigen Grundsätzen der Partei nicht getragen sind. Demgegenüber halten wir fest an unseren Grundsätzen und unserer Selbständigkeit und fordern die Genossen auf, der fortbestehenden Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei die Treue zu bewahren.«⁴

Obwohl es nach dem Vereinigungsparteitag von Nürnberg völlig aussichtslos geworden war, die nicht zur VSPD gegangenen Mitglieder weiterhin zu, einer einflußreichen Partei zusammenzufassen und die USPD wie bisher weiterzuführen, ließen sich die Untertwegten um Georg Ledebour und Theodor Liebknecht nicht entmutigen. Am 4. Oktober 1922 traten sie mit einem neuen Publikationsorgan, dem »Klassenkampf«, Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,⁵ an die Öffentlichkeit. Darin wurde zunächst noch einmal hervorgehoben, daß der Zusammenschluß von SPD und USPD nicht die Einigung des deutschen Proletariats sein konnte. »Was alle klassenbewußten Proletarier in Wahrheit anstreben«, hieß es weiter, »ist die Einigung der gesamten proletarischen Organisationen für den revolutionären Endkampf zur Eroberung der politischen Macht.« Die Verfasser des Aufrufs befürchteten, daß mit dem Verschwinden der USPD der Bruderkampf zwischen den beiden großen Arbeiterparteien schärfer emporlohen würde als je zuvor. Um das unter allen Umständen zu verhindern, sei die kleine Minderheit, welche die Vereinigung von Nürnberg nicht mitgemacht habe, zusammengekommen und habe einstimmig beschlossen, »die USPD aufrecht zu erhalten«⁷.

Am Schluß des Aufrufs wurde die provisorische Parteileitung vorgestellt. Als Vorsitzende fungierten Georg Ledebour, der auch Herausgeber des »Klassenkampf« war, und Theodor Liebknecht, Beisitzer waren Gustav Laukant, Franz Salzbrunn und Elsa Wiegmann. Schon im Parteirat tauchten bisher weniger bekannte USPD-Mitglieder auf, lediglich Gerhard Obuch und Maria Reichheim gehörten noch zu den bekannteren. Die USPD verfügte bis Mai 1924

⁴ *Ebenda*. S. 160. ⁵ *Ebenda*. S. 173.

⁶ Der »Klassenkampf« war eine Wochenschrift. Außerdem wurde der »Weckruf« herausgegeben, der als Tageszeitung vorgesehen war.

⁷ »Klassenkampf« vom 4. Oktober 1922.

noch über zwei Reichstagsmandate, die von Georg Ledebour und Paul Wegmann wahrgenommen wurden.

Über die Mitgliederzahl der USPD liegen keine genauen Angaben vor; sie dürfte in ihrer Anfangsphase 30000 bis 40000 nicht überschritten haben. Über ein bestimmtes Reservoir konnte sie jedoch verfügen, denn immerhin mußte auf em Berliner Parteitag der SPD im Jahre 1924 festgestellt werden, daß sich von den 290762 Mitgliedern der USPD 84697 der USPD nicht angeschlossen hatten.⁸ Da sich die USPD an Reichstagswahlen beteiligte – am 18. Oktober 1922 präsentierte sie sogar Georg Ledebour im »Klassenkampf« als Kandidaten für mögliche Reichspräsidentenwahlen –, kann man einige Aufschlüsse über ihren Einfluß erlangen. Sie erreichte bei den Reichstagswahlen am 4. Mai 1924 235 145 Stimmen (0,8 Prozent), am 7. Dezember 1924 98 809 (0,3 Prozent), am 20. Mai 1928 20 725 (0,1 Prozent) und am 14. September 1930 11 651 (nach der offiziellen Wahlstatistik 0,0 Prozent)⁹.

Vom 30. März bis 2. April 1925 führte die USPD in Berlin ihren »ersten Parteitag nach der Zerstümmung in Gera«¹⁰ durch, wie es wie es Ledebour in seinen Begrüßungsworten formulierte. Auch Liebknecht ließ in seinem Rechenschaftsbericht erkennen, daß Gera für die USPD ein größeres Trauma war als Halle, denn während »die Spaltung in Halle aber eine gewisse Größe hatte, ist der Verschmelzungsprozeß mit den Rechtssozialisten ein solcher der Verfaulung«¹¹. Die parlamentarische Tätigkeit von Ledebour und Wegmann im Reichstag habe nicht nur »den anderen Parteien die Maske vom Gesicht« gerissen, »sondern auch die Presse gezwungen, von der Existenz unserer Partei Notiz zu nehmen«. Liebknecht gestand zwar ein, daß er »angesichts der sich im Flusse befindlichen Dinge« keine Angaben über die Mitgliederzahlen machen könne, ging aber voller Selbstbewußtsein davon aus, »daß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei der Sammelpunkt wird für alle revolutionären Kräfte«¹².

In diesem Punkt gab es mit Georg Ledebour volle Übereinstimmung. Auch dieser sah in seinem Referat zur politischen Lage »mit

⁸ Siehe Sozialdemokratischer Parteitag 1924. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz. Berlin 1924. S. 16.

⁹ Siehe Statistik des Deutschen Reiches. Bd. 315, II. S. 5; Bd. 315, III. S. 7; Bd. 372, II. S. 6 und Bd. 382, II. S. 6.

¹⁰ USPD. Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 30. März bis 2. April 1925 zu Berlin. Berlin 1925. S. 2.

¹¹ Ebenda. ¹² Ebenda. S. 3f.

Sicherheit dem Tag entgegen, wo wir wieder stark sein werden«¹³. In diesem Zusammenhang distanzierte er sich sowohl von der SPD als auch der KPD, sprach sich aber für gemeinsame Aktionen mit diesen beiden Parteien aus. Bereits zu diesem Zeitpunkt warnte er vor der drohenden »Gefahr des Faschismus« und forderte die USPD-Mitglieder auf, dagegen »mit Rechtssozialisten und Kommunisten eine Einheitsfront zu schaffen«¹⁴. Das Kardinalproblem bestand darin, eine kritische, aber auch realistische Analyse der jüngsten Geschichte zu geben, d.h. zugleich Ergebnisse und Versäumnisse der Novemberrevolution aufzuzeigen, den Staat Weimarer Republik politisch ausgewogen zu bewerten sowie die nationale und internationale Komponente des politischen Kampfes richtig abzuwägen. Liebknechts Feststellung »Wir schulden der Welt noch eine Revolution!«¹⁵ entsprach unter diesem Gesichtspunkt nicht nur der Auffassung der USPD-Mitglieder, sondern hatte auch in der KPD und bei linken SPD-Vertretern Anhänger. Als problematisch, weil einseitig, muß aber seine Bemerkung angesehen werden, »daß wir einer wirklichen auch nur bürgerlich demokratischen Republik ferner sind als je, daß sich die politischen Verhältnisse Deutschlands gegenüber 1914 sicher nicht verbessert, nach meiner Meinung sogar sehr verschlechtert haben«¹⁶. Die entscheidenden Auseinandersetzungen auf dem Parteitag wurden aber von der ab dem 11. Januar 1923 erfolgten Besetzung des Ruhrgebietes durch französisches und belgisches Militär und dem dadurch verschärften, aber auch komplizierten politischen Kampf in Deutschland bestimmt. Sie führten bis zum offenen Bruch zwischen einer Mehrheit um Theodor Liebknecht und einer Minderheit um Georg Ledebour.

Theodor Liebknecht ging einseitig und unter Ignorierung der veränderten politischen Situation davon aus, daß die von Karl Liebkecht während des Ersten Weltkrieges aufgestellte Losung »Der Hauptfeind steht im eigenen Land« nach wie vor gelten müsse. Nicht ohne Grund sah er die Gefahr einer nationalistischen und chauvinistischen Bewegung gegen Frankreich, die bis in kriegerische Auseinandersetzungen münden konnte. Nach seiner Erkenntnis wäre auch ein beträchtlicher Teil der deutschen Arbeiter schon wieder bereit, gegen Frankreich zu kämpfen. »Das ist furchtbar«, rief er den Delegierten zu und forderte sie auf, alles zu »vermeiden, was Öl in das nationalistische Feuer gießen und dieser Revanche Stimmung Vorschub leisten könnte«. Er schloß seine Rede mit den

13 *Ebenda.* S. 4. 14 *Ebenda.* S. 5. 15 *Ebenda.* S. 14. 16 *Ebenda.* S. 15.

Worten: »Deshalb erklären wir nach wie vor: der Feind sind unsere eigenen Machthaber!«¹⁷ Liebknechts Worte entsprangen seiner tiefen und berechtigten Sorge um die Erhaltung des Friedens, ließen aber die nationale Komponente der politischen Kämpfe des Jahres 1923, die sich vor allem für die betroffenen Arbeiter des Ruhrgebietes auch immer wieder mit der sozialen vermischte, außer acht. Dies traf auf den entschiedenen Widerspruch Georg Ledebours. In seinem Schlußwort auf dem Parteitag kam er sofort zum Wesen der Sache und hielt Liebknecht entgegen: »Poincaré will, selbst wenn er die Annexion nicht beabsichtigt, das Ruhrgebiet für den französischen Kapitalismus zur Ausbeutung.« Deshalb müßten die deutschen Arbeiter auch gegen den französischen Kapitalismus kämpfen. »Im Kriege war das Wort: »Der Hauptfeind steht im eigenen Land« zutreffend, weil wir damals nur mit dem deutschen Militarismus zu tun hatten. Heute aber steht neben dem deutschen Kapitalismus auch der französische Kapitalismus in unserem Land.«¹⁸

Ledebour legte gemeinsam mit seinen Anhängern dem Parteitag eine Erklärung vor, in welcher er sich von einer im Sinne Liebknechts angenommenen Resolution zur Ruhrbesetzung distanzierte und in richtiger Verbindung der nationalen und sozialen Problematik erklärte: »Die militärische Besetzung des Ruhrgebiets ist ein im Interesse der Ausbeutungsbedürfnisse des französischen Schwerkapitals unter nichtigen Vorwänden durchgeführter imperialistischer Gewaltakt der stärksten Militärmacht Europas gegen ein zur Zeit militärisch wehrloses Land. Der verbrecherische Charakter dieses Überfalls wird nicht dadurch gemildert, daß der deutschen Regierung und ihren kapitalistischen Hintermännern ein mehr oder minder großes Maß an Mitschuld daran zugemessen werden muß ... Der vom gesamten internationalen Sozialismus anerkannte Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker sowie die eigene Selbstachtung verbieten dem deutschen Arbeiter, sich diesem Gewaltakt widerspruchslos zu fügen, oder gar ihm Beihilfe zu leisten.« Daraus leitete er folgende Forderungen für den weiteren politischen Kampf ab: »1. muß das deutsche Proletariat beispielgebend im eigenen Lande mit dem revolutionären Klassenkampf gegen die heimischen Machthaber vorgehen; 2. darf es auch der fremden Willkürherrschaft sich nicht sklavisches fügen.« Gleichzeitig wurde die Hoffnung ausgesprochen, »daß die Parteigenossen ... die Umstoßung dieses Parteibeschlusses erwirken, und ich auf unseren Standpunkt stellen werden«¹⁹.

Ledebour's Konzeption, gleichermaßen gegen den deutschen und französischen Imperialismus zu kämpfen, ging von den politischen Realitäten des Jahres 1923 in Deutschland aus und entsprach nicht nur den Interessen der deutschen Arbeiterklasse, sondern des deutschen Volkes insgesamt. Sie richtete sich gegen die Ausbeutung der Arbeiter durch welchen Kapitalismus auch immer und verurteilte sowohl die nationale Unterdrückung der Deutschen durch die französische Regierung als auch den deutschen Chauvinismus gegenüber Frankreich. In diesem Punkt gab es eine weitgehende Übereinstimmung mit der KPD, die die Losung aufgestellt hatte: »Schlagt Poincaré an der Ruhr und Cuno an der Spree.« Auf dem USPD-Parteitag konnte sich Ledebour jedoch mit seiner Konzeption nicht durchsetzen.

In so grundsätzlichen Fragen gab es für ihn keine Kompromisse und kein Einlenken. Deshalb erklärte er in seinem Schlußwort kategorisch: »Ich lehne die Auffassung Liebknechts und der Genossin Reichheim ab, denn sie sind ein Schlag ins Gesicht der internationalen Sozialisten. Ich lehne jede Gemeinschaft mit solchen Anschauungen ab.«²⁰ Gleichzeitig zog Ledebour sich gemeinsam mit Paul Wegmann von allen Parteiämtern zurück und lehnte auch seine erneute Wahl zum Vorsitzenden, wozu er bereits vorgeschlagen war, ab. Die Delegierten des Parteitages wählten schließlich Theodor Liebknecht und Elsa Wiegmann zu Vorsitzenden, Gustav Laukant zum Schriftführer, Mendyka und Philip Braun sowie Born zu Beisitzern.²¹

Im Januar 1924 gab Ledebour ein Flugblatt unter dem Titel »Einigt Euch zum Klassenkampf!« heraus. Darin wurde die USPD scharf kritisiert und zur Gründung einer neuen Partei aufgerufen, die »unbelastet mit dem Odium der üblichen Mißgriffe bestehender Parteien«²² das Vertrauen der Arbeitermassen verdiene. Die Konsequenz dieser Handlungsweise war der Ausschluß Ledebours aus der USPD am 11. Januar 1924. Am 22. März 1924 veröffentlichte er das »Programmatiscbe Manifest« des von ihm begründeten »Sozialistischen Bundes«²³. Damit war die USPD erneut gespalten worden, so daß die von 1917 bis 1922 bestehende USPD nunmehr über zwei Nachfolgorganisationen verfügte. Mit dem Weggang von

20 *Ebenda*. S. 20. 21 *Siehe ebenda*. S. 35.

22 *Zitiert in Ursula Ratz: Georg Ledebour 1850 bis 1947. Berlin 1961. S. 217.*

23 *Siehe ebenda. Anmerkung 71 weist daraufhin, daß sich ein Exemplar im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin, Hauptabteilung XII, Zeitgeschichtliche Sammlung, IV/ Flugblätter, Nr. 221, Bl. 4 und 5, befindet.*

Ledebour und Wegmann verlor die USPD nicht nur zwei ihrer bekanntesten Funktionäre, sondern auch die beiden von ihnen wahrgenommenen Reichstagsmandate. Trotzdem führte Theodor Liebknecht die USPD weiter, als wäre sie die alte Partei. Äußeres Zeichen dafür war, daß neben der Beteiligung an Reichstagswahlen wie in alten Zeiten Parteitage abgehalten wurden. So führte man im März 1924 einen Parteitag in Eisenach durch, dessen Ziel darin bestehen sollte, dem Proletariat »die Wege« zu weisen, die »zum Siege führen«²⁴. Aus einer Notiz des »Vorwärts« geht hervor, daß der »USPD-Parteitag in Eisenach« einen »Antrag, Ledebour, Wegmann und Rusch zu den Verhandlungen einzuladen, gegen vier Stimmen (Zwickau) abgelehnt« hat.²⁵

Ein weiterer Parteitag fand 1925 in Berlin statt. Für den vom 2. bis 5. Januar 1926 durchgeführten Parteitag in Leipzig liegt ein gedrucktes Protokoll vor, welches Aufschluß über den Zustand der USPD und die zur Beratung anstehenden Probleme gibt.²⁶ In der Einführung zu diesem Protokoll wird die Tatsache, daß zumindest bis 1926 Parteitage der USPD stattfanden, noch einmal dokumentiert. Es heißt dort: »Wenn man geschichtlich den Verlauf des Parteitages in Leipzig würdigt, wird man ihn aller Einzelkritik zum Trotz als einen Parteitag des Fortschritts bezeichnen müssen. Und wie Berlin und Eisenach Marksteine in der Parteigeschichte der USPD sind, reiht sich Leipzig nun würdig als dritter Ort an.«²⁷ An anderer Stelle wird festgestellt: »Wir haben zwei Parteitage hinter uns; dem Eisenacher Parteitag hatte ein Programmentwurf vorgelegen, und der vom Eisenacher Parteitag gewählten Programm-Kommission war eine schwere Aufgabe zugeteilt worden. In Berlin waren nur wenige Mitglieder, die übrigen waren im Reiche und infolgedessen wegen Mangel an Mittel niemals herauszuholen.«²⁸

Über die finanziellen Schwierigkeiten der USPD gibt auch der auf dem Parteitag vorgetragene Kassenbericht für die Jahre 1924/25 Auskunft. In diesem Zeitraum standen Einnahmen von 17008,28 Mark Ausgaben in Höhe von 16623 Mark gegenüber, so daß der Kas senbestand dürftige 385,28 Mark betrug.²⁹

24 *Zentrales Staatsarchiv Potsdam. Reichslandbund. 388. Bd. 9. Bl. 134.*

25 *»Vorwärts« vom 9. März 1924. Sonntagsausgabe. S. 3.*

26 *Ein Exemplar befindet sich in der Bibliothek des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin.*

27 *Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Protokoll über die Verhandlungen in Leipzig vom 2. bis 5. Januar 1926. Berlin 1926. S. 3.*

28 *Ebenda. S. 64. 29 Ebenda. S. 30f.*

In einem »Manifest« und einer »Programmatischen Erklärung« finden sich interessante Hinweise auf die revolutions- und staats-theoretische Konzeption der USPD. Im Manifest spielten wohl eher agitatorische als realpolitische Prämissen eine Rolle, wenn man davon ausging, daß eine »schwere Krise« die Weltwirtschaft erschüttert. Trotzdem schickte sich das Proletariat nirgendwo an die Macht zu ergreifen. Die kritische Distanz gegenüber der bürgerlich-parlamentarischen Weimarer Republik kam in den Worten zum Ausdruck: »Trotz ›Revolution‹, ›Republik‹ und ›parlamentarischer Demokratie‹ ist der alte Obrigkeitsstaat erhalten geblieben.« Daraus leitete man in der »Programmatischen Erklärung« für die im Kampf gegen den Kapitalismus perspektivisch siegreiche Arbeiterklasse die Pflicht ab, »die alte herrschende Klasse aus sämtlichen Machtpositionen zu vertreiben und ihre eigene Macht zu verankern, um der Gefahr der Gegenrevolution zu begegnen.« Um »den Feind im eigenen Land« zu überwinden, sei es notwendig, in einer »Übergangszeit vom bürgerlich kapitalistischen Regime zum Sozialismus« eine Periode zu durchlaufen, die durch »die Aufrichtung der Diktatur der Werktätigen und durch die Anwendung revolutionärer Gewalt gekennzeichnet wird.«

Gleichzeitig wurde aber betont: »Die Anwendung revolutionärer Gewalt darf nicht in Terrorismus ausarten. Die Diktatur darf keine Personen- oder Parteidiktatur sein; sie darf nur eine sich auf die Mehrheit der werktätigen Bevölkerung stützende Klassendiktatur sein...« Die »sozial-revolutionäre Entwicklung« zu diesem Ziel werde einerseits durch die Reformisten »der sozialdemokratischen Parteien und der Amsterdamer Gewerkschaften«, andererseits »durch die verantwortungslose Politik des Moskauer Bolschewismus unterbunden ..., die sich nicht auf der Klassendiktatur aufbaut, sondern auf einer terroristischen Parteidiktatur über die werktätigen Massen der Arbeiter und Bauern Rußlands«³⁰.

Die USPD verstand sich also weiterhin als revolutionäre Klassenkampfpartei, die bar aller parlamentarischer Illusionen durch politischen und wirtschaftlichen Klassenkampf die Macht der Arbeiterklasse errichten und den Sozialismus aufbauen wollte. Dabei grenzte sie sich nach wie vor gleichermaßen von der II. und III. Internationale ab. Auf dem Leipziger Parteitag 1926 wurde Theodor Liebknecht als erster und Elsa Wiegmann als zweiter Vorsitzender gewählt, Gustav Laukant als Kassierer und Albert Rose als Schriftführer. Beisitzer wurden Anna Schubert, Leopold Weißberg,

Otto Loose, Karl Kronenberg und Selma Peter. Im Gegensatz zum Sozialistischen Bund Ledebours unterstützte die USPD die Kandidatur Ernst Thälmanns bei den Reichspräsidentenwahlen 1925 nicht und rief zur Stimmenthaltung auf. Die »Leipziger Volkszeitung« kommentierte das folgendermaßen: »Wie wir von der hiesigen Ortsgruppe der USPD erfahren, ist beim ersten Wahlgange die Parole Thälmann zu wählen vom Sozialistischen Bunde (Gruppe Ledebour) ausgegeben worden. Der übrige Teil der »USP« hat damals für ganz Deutschland Stimmenthaltung proklamiert und fordert auch diesmal wieder seine Mitglieder zur Stimmenthaltung auf.«³¹

Diese kurze Notiz der »Leipziger Volkszeitung« ist in zweierlei Hinsicht aufschlußreich. Erstens macht sie deutlich, daß von der USPD und dem Sozialistischen Bund auch in Kreisen der Arbeiterbewegung kaum noch Notiz genommen wurde; man betrachtete sie im Grunde genommen als zwei Teile einer Splittergruppe. Zweitens ist daraus zu entnehmen, daß in der alten USPD-Hochburg Leipzig die Ortsgruppe der USPD 1926 noch so bekannt war, daß man bei Äußerungen zu wichtigen politischen Anlässen von ihr Kenntnis nahm.

Für die nachfolgende Zeit wird das Material über die USPD immer spärlicher. Aus der gleichen Ausgabe der »Leipziger Volkszeitung« geht jedoch hervor, daß das »Volksrecht« (Hagen) die einzige »noch existierende unabhängige Zeitung Deutschlands«³² war. Vom 3. bis 5. Dezember 1926 nahm die USPD am Reichskongreß der Werkütigen in Berlin teil und stellte 16 von 2000 Delegierten.³³ Das Grundanliegen des Kongresses, »die in der Volksentscheid-Bewegung mobilisierten Massen zusammenzufassen zum Kampf gegen den Vormarsch der Reaktion«³⁴ wurde von der USPD voll mitgetragen.

Obwohl der Name USPD von der Gruppe um Theodor Liebknecht allein weitergeführt wurde, muß auch der Sozialistische Bund Georg Ledebours als Nachfolgeorganisation der alten USPD angesehen werden. Das ergibt sich daraus, daß er weitgehend von der Persönlichkeit Georg Ledebours, des bekannten Vorsitzenden der USPD und geachteten »alten sozialistischen Hauddegens« geprägt war. Sein politisches Programm nach der Abspaltung von der USPD hatte er, in dem bereits erwähnten »Programmatischen Manifest«

31 »Leipziger Volkszeitung« vom 21. April 1925.

32 Ebenda.

33 Siehe Reichskongreß der Werkütigen. Berlin 1926. S. 4.

veröffentlicht. Darin wurden sowohl die KPD als auch die VSPD und die USPD erneut scharf kritisiert und ihnen die Fähigkeit abgesprochen, »eine grundsätzlich sozialistische Politik« zu betreiben. Aus diesem Grunde sei es Aufgabe des Sozialistischen Bundes, alle »Enttäuschten und Verärgerten« zurückzugewinnen.³⁵ Damit erhob Ledebour in völliger Verkennung der politischen Realitäten den Anspruch, mit dem Sozialistischen Bund als einigende Kraft für das deutsche Proletariat wirken zu können.

Der Sozialistische Bund war wie die USPD eine der vielen kleinen, kaum über Einfluß verfügenden, aber politisch aktiven und engagierten Gruppen am Rande des Parteienspektrums der Weimarer Republik. Er war eine Schöpfung Georg Ledebours und lebte fast ausschließlich von dessen Ausstrahlungskraft als Veteran der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung. Bis Mai 1924 verfügte der Sozialistische Bund noch über zwei Reichstagsmandate, die Ledebour und Wegmann von der USPD eingebracht hatten. Am 4. Mai 1924 stellte sich der Sozialistische Bund den Reichstagswahlen und erhielt insgesamt 20418 Stimmen (0,1 Prozent). Damit waren auch die Mandate von Ledebour und Wegmann erloschen. Danach beteiligte er sich nicht mehr an Reichstagswahlen. Seine stärksten Positionen besaß der Sozialistische Bund in Berlin, der Wirkungsstätte Ledebours. Aus den Ergebnissen der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 läßt sich schließen, daß er auch Anhänger in Magdeburg (Wahlkreis 10: 3606 Wählerstimmen), Leipzig (Wahlkreis 29: 1597 Stimmen) und Chemnitz-Zwickau (Wahlkreis 30: 4963 Stimmen) hatte. Trotz seines unrealistischen Anspruchs, als einigende Kraft für das deutsche Proletariat wirken zu können, muß Ledebour und dem Sozialistischen Bund zugestanden werden, engagiert für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse gegen den Abbau sozialer und politischer Rechte in der Weimarer Republik und gegen den aufkommenden Faschismus gekämpft zu haben.

In den Jahren 1925/1926 kam es im Zusammenhang mit der Fürstenabfindung zu einer kurzfristigen Aktionsgemeinschaft zwischen dem Sozialistischen Bund, der »Gruppe Revolutionärer Pazifisten« und dem »Internationalen Sozialistischen Kampfbund«. Auch mit der »Internationalen Arbeiterhilfe« arbeitete der Sozialistische Bund zusammen; Ledebour selbst nahm an Kongressen dieser Organisation teil.

Obwohl der Sozialistische Bund bestrebt war, mit allen proletarischen Organisationen gemeinsame Aktionen im Kampf gegen

Unterdrückung und Ausbeutung der Werktätigen und zur Verteidigung ihrer demokratischen Rechte durchzuführen, prägte sich die Zusammenarbeit mit der KPD am deutlichsten aus. So entschied er sich bei den Reichspräsidentenwahlen 1925 klar und eindeutig für die Unterstützung des Kandidaten der KPD, Ernst Thälmann. In einem Aufruf des Vorstandes des Sozialistischen Bundes vom 18. März 1925, den die »Rote Fahne« veröffentlichte, wurde noch einmal betont, daß sein Ziel »die Einigung aller proletarischen Kämpfer zur Eroberung der politischen Macht« sei. Da er keinen eigenen Kandidaten aufstellen wolle und weder die Unterstützung eines bürgerlichen noch die des Kandidaten der SPD in Frage käme, da diese Partei durch »jahrzehntelange Anpassung an militärische und bürokratische Regierungsmethoden des Kapitalismus« nicht mehr das Vertrauen der Werktätigen rechtfertigen könne, bliebe nur die Kommunistische Partei. Trotz tiefgreifender Meinungsverschiedenheiten sei die KPD »die einzige Massenpartei der Arbeiterschaft in Deutschland«, die gleich dem Sozialistischen Bund »die sozialistische Weltrevolution erstrebt«. Wegen dieser konsequenten Haltung würde die KPD seitens der herrschenden Klasse am brutalsten unterdrückt. Dies hätte der Polizeiüberfall auf die erste KPD-Kundgebung zur Reichspräsidentenwahl am 13. März 1925 in Halle gezeigt, bei der 10 Tote und 25 Schwerverletzte zu beklagen waren. Der Aufruf schloß mit der Wahllosung: »In Bekundung der Interessengemeinschaft des sozialistischen Proletariats und zum Protest gegen die reaktionäre Gewaltherrschaft und ihre neueste Schandtat in Halle stimmt am 29. März für den Präsidentschaftskandidaten der KPD Ernst Thälmann.«⁵⁶

Auch bei der Vorbereitung und Durchführung des Reichskongresses der Werktätigen im Jahre 1926 arbeitete der Sozialistische Bund eng mit der KPD zusammen. Auf dem Kongreß war er mit 15 Delegierten vertreten. Ledebour, der den Kongreß eröffnete, vertrat zu diesem Zeitpunkt Positionen, die oft denen der KPD entsprachen oder nahe kamen. Das kam in der zum damaligen Zeitpunkt unter linken Kräften verbreiteten Auffassung zum Ausdruck, daß die Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands das Beispiel dafür gegeben hätten, welchen Weg das arbeitende Volk gehen muß. Er forderte die Werktätigen in Deutschland auf, diesem Beispiel zu folgen und sich in Stadt und Land im Kampf gegen den Kapitalismus zusammenzuschließen. Gemeinsam mit anderen Delegierten stimmte er für eine Resolution, die unter maßgeblichem Einfluß der KPD

ausgearbeitet worden war, den Sturz der kapitalistischen Regierung und eine Arbeiter- und Bauernregierung forderte. Sein Verhältnis zur KPD bestimmte Ledebour mit den Worten: »Ich bin kein Kommunist ..., aber wenn immer die Kommunisten ein praktisch-revolutionäres Ziel oder eine Aktion verfolgen, so schlieÙe ich mich ihnen an.«³⁷

Das tat der Sozialistische Bund erneut, als er 1928 gemeinsam mit der KPD für die Durchführung eines Volksentscheides gegen den Panzerkreuzerbau eintrat. Ledebour selbst war neben Willi Münzenberg Mitglied des »Reichsausschusses gegen den Panzerkreuzerbau«. Bei den Reichstagswahlen im September 1930 unterstützte der Sozialistische Bund die Wahl der KPD-Kandidaten, obwohl Ledebour wiederum betonte, daß es in manchen innenpolitischen und internationalen Fragen unterschiedliche Ansichten gäbe. Konnten sich USPD und Sozialistischer Bund in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs und der politischen Stabilisierung als kleine politische Gruppe noch über Wasser halten, so wurde das mit der Verschärfung der ökonomischen und politischen Kämpfe zur Zeit der Weltwirtschaftskrise immer schwieriger. Als schließlich im Oktober 1931 linksoppositionelle Kräfte unter Führung von Max Seydewitz und Kurt Rosenfeld, zu denen sich auch manches andere »alte« USPD-Mitglied gesellte, aus der SPD ausgeschlossen wurden und mit der Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) erneut den Versuch unternahmen, eine dritte Partei zwischen KPD und SPD zu schaffen, zog sie natürlich Splittergruppen wie die USPD und den Sozialistischen Bund sofort an. Beide schlossen sich der SAP an, der Sozialistische Bund noch im Oktober, die USPD am 1. November. Wie bedeutungslos sie bis zu diesem Zeitpunkt bereits geworden war, zeigt die Tatsache, daß sie keine ihrer Beitrittsforderungen durchsetzen konnte. Mit dem Eintritt der USPD und des Sozialistischen Bundes in die SAP waren nunmehr auch die Nachfolgeorganisationen der USPD von der historischen Szene verschwunden.

Die Tradition und den Kampfgeist der alten USPD brachten sie aber sehr wohl in die SAP ein. So betonte die Witwe Hugo Haases, Thea Haase, in einem Brief an den Gründungsparteitag, daß Hugo Haase – wenn er diesen Tag erlebt hätte – mit dabei sein würde. Noch im amerikanischen Exil erklärte Felix Boenheim, ein Neffe

37 Das Flammenzeichen vom Palais Egmont. Offizielles Protokoll des Kongresses gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus. Brüssel, 10.–15. Februar 1927. Berlin 1927. S. 183.

Hugo Haases, daß vor allem durch die Tätigkeit Kurt Rosenfelds immer wieder der alte Kampfgeist der USPD zu erkennen war.

Auch während der Wende in der DDR in den Jahren 1989/1990 gab es den Versuch, die USPD wieder zu beleben. Wie aus einer Pressemitteilung hervorgeht, fand der Gründungskongreß dieser USPD am 10. Februar 1990 in Fürstenberg statt. Sie wollte entsprechend ihrer Programmatik auf dem Boden der DDR für einen demokratischen Sozialismus kämpfen und fühlte sich dem traditionellen linken sozialdemokratischen Erbe aufs engste verbunden.³⁸ Dabei war der Bezug auf die alte USPD im Selbstverständnis der Gründungsmitglieder nach Aussagen des Vorsitzenden Dr. Steffen Hultsch durchaus gegeben.

In einem Brief an den Autor betonte der damalige Pressesprecher der USPD, Herbert Driebe, daß die weitere Profilierung der Partei mit dem Traditionsverständnis der USPD verbunden werden sollte. Politisch bestand ihr Ziel darin, in dem sich in der DDR neu herausbildenden Parteienspektrum die Lücke zwischen der SED/PDS und der 1989 in der DDR neu entstandenen Sozialdemokratischen Partei (SDP) zu schließen. Gleichzeitig setzte sie sich für den Erhalt der DDR und deren umfassende und tiefgreifende demokratische Erneuerung ein. Die USPD beteiligte sich an den ersten freien Wahlen zur Volkskammer in der DDR am 18. März 1990, konnte aber den Status einer politischen Kleingruppe nicht überschreiten. Sie erreichte 3891 Stimmen (0,03%).³⁹

Abgesehen davon, daß dieser Neubeginn schon angesichts der geringen materiellen Mittel und der sehr kurzen Zeit für die Wahlvorbereitung außerordentlich erschwert wurde – die großen bundesdeutschen Parteien (CDU/CSU, SPD, FDP) investierten ihre materielle und organisatorische Hilfe in andere Parteien – war es in der Zeit des politischen Wandels in der DDR für neu entstehende kleine Parteien und Gruppen generell sehr schwer, sich zu behaupten. Ein halbes Jahr nach den Volkskammerwahlen existierte die DDR nicht mehr! Eine gesamtdeutsche Ausweitung gelang ihnen allesamt nicht. Die meisten gingen in den großen Parteien der Bundesrepublik auf oder wurden politisch bedeutungslos. Auch war es außerordentlich schwer, in dieser Zeit, die schon bald von einer zunehmenden Parteienverdrossenheit geprägt wurde, neben der PDS im Osten und Bündnis 90/Die Grünen im Westen eine neue Partei links von der SPD dauerhaft zu erhalten. Nach der

38 »Neues Deutschland« vom 23. Januar 1990.

39 »Leipziger Volkszeitung« vom 20. März 1990.

Volkskammerwahl vom 18. März 1990 und dem geringen Wahlergebnis gelang es nicht, die USPD erfolgreich weiterzuentwickeln. Sie ist zwar heute offiziell noch als Partei registriert, stellte aber ihre Tätigkeit 1993/94 faktisch ein.

Ein weiterer Versuch, die Traditionslinie der alten USPD bei der Gründung gleichen Namens zur Grundlage der Politik zu machen, wurde im März 2000 in Göttingen unternommen. Wie aus der Presse zu erfahren ist, waren die Akteure diesmal »SPD- und PDS-Dissidenten«. Für einen der Gründungsaktivisten, Thomas Post, war der Beginn des Angriffs auf Jugoslawien der Anlaß, aus der SPD auszutreten und die Gründung einer USPD vorzubereiten. Aktives Engagement für den Frieden, kurzfristiger Austritt aus der NATO und mittelfristig eine Auflösung der Bundeswehr sind einige ihrer politischen Forderungen. »Friedenspolitik im Sinne Willy Brandts und keine Kriegspolitik à la Schröder, Scharping, Fischer« soll nach einer Pressemitteilung eine entscheidende Forderung im noch unveröffentlichten Programmentwurf der USPD sein. Auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik habe die Schröder-SPD ureigene sozialdemokratische Positionen aufgegeben. So werden auf sozialem Gebiet u. a. die Rücknahme der Streichungen bei Renten, Arbeitslosen- und Sozialhilfe, das Verbot von bezahlten Überstunden, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer sowie gleiche Löhne in Ost und West gefordert.

Der Versuch, Oskar Lafontaine als Parteivorsitzenden zu gewinnen, ist jedoch gescheitert. Der ehemalige SPD-Vorsitzende lehnte dankend ab.⁴⁰

Die Rückbesinnung auf die USPD bis zum heutigen Tag ist ein Phänomen und zeugt von ihrer Ausstrahlungskraft als einer revolutionären, sozialistischen und demokratischen Partei, welche die Interessen breiter Schichten der werktätigen Bevölkerung in Deutschland vertrat. Sie konnte aber nur in einem konkret historischen Umfeld wirken, der Zeit des Ersten Weltkriegs, der Novemberrevolution und der frühen Weimarer Republik; dann verschwand sie von der historischen Szene, ohne ihre Faszination für nachfolgende Generationen vollständig zu verlieren.

Auch die beiden anderen großen Arbeiterparteien aus ihrer Zeit, KPD und SPD existieren so nicht mehr. Von der KPD sind nur noch kleine unbedeutende Nachfolgeorganisationen vorhanden; die SPD hat sich völlig gewandelt. Liegt auch darin eine Ursache, daß sich engagierte Demokraten und Sozialisten immer noch auf die USPD besinnen?

JENS BECKER

»AUSSERHALB DES KAMPFES
MEINER KLASSE HAT DAS LEBEN
FÜR MICH KEINEN SINN«¹

*Heinrich Brandlers wechselvolles Engagement
für die Arbeiterbewegung*

Vorbemerkung

Die politische Biographie von Heinrich Brandler (1881–1967)², sein Aufstieg und Fall innerhalb der Arbeiterbewegung, auf deren linksradikalem Flügel er stand, erscheint beispielhaft für jenen Teil einer Arbeitergeneration, der in jungen Jahren, zumeist schon gewerkschaftlich engagiert, den Weg zur Sozialdemokratie fand, um sodann, den Ausbruch des Ersten Weltkrieges als epochale Zäsur begreifend, über den von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht geführten Spartakusbund in die KPD überzugehen und in ihr zu verbleiben oder später von ihr ausgeschlossen zu werden. Das Ziel des Beitrages besteht darin, anhand der politischen Vita Brandlers einige markante Stationen auf dem Weg zur Stalinisierung des deutschen Kommunismus aufzuzeigen. Als einer der maßgeblichsten Repräsentanten des realpolitischen – das heißt in der damaligen Sprache der Kommunistischen Internationale (KI) des »rechten« – Flügels setzte Brandler, der an die Ideale der KI durchaus »glaubte« und bei deren Umsetzung keineswegs fehlerfrei agierte, auf einen Kommunismus mit demokratischem Anlitz, dessen Wurzeln in den proletarischen Milieus der Vorkriegssozialdemokratie und ihren sozialistischen Transformationsvorstellungen liegen. Bei aller Kritik, die man an Brandlers Politik in den 1920er Jahren haben kann, jene Jahre, die den Aufstieg und Fall des überzeugten Kommunisten Brandler markieren, läßt sich zeigen, daß er bereit war, dafür »Isolierung, Verfemung und Verfolgung« auf sich zu

¹ Brandler an Boserup, 16. Juli 1956. In: Hermann Weber (Hg.): *Unabhängige Kommunisten. Der Briefwechsel zwischen Heinrich Brandler und Isaac Deutscher 1949 bis 1967*. Berlin 1981. S. 235 (im folgenden: *Unabhängige Kommunisten*).

² Siehe Jens Becker: *Heinrich Brandler. Eine politische Biographie*. Hamburg 2001.

nehmen. Arbeiterfunktionäre wie Brandler »wurden auch nach ihrem Tod mit Vergessen, Verdrängung oder polemischen Verzerrungen ihrer Geschichte bestraft.«³

Politische Sozialisation in der Vorkriegssozialdemokratie

Mit 16 Jahren trat der junge Maurer aus dem böhmischen Warnsdorf dem Bauarbeiterverband, während seiner Wanderschaft 1901 der Hamburger SPD bei. Regelmäßige Spitzelberichte der Politischen Polizei meldeten, er agitiere immer wieder auf Gewerkschaftsversammlungen für die Gleichrangigkeit von historischer, politischer und allgemeiner Bildung für die Arbeiter.⁴ Am 24. April 1904 wurde der unbequeme Österreicher von den Hamburger Behörden ausgewiesen. In Bremen widmete er sich zusammen mit Friedrich Ebert, Johann Knief, Wilhelm Pieck und Heinrich Schulz der Arbeiterbildung. Da er gleichzeitig – wie Karl Liebknecht, mit dem er korrespondierte⁵ – für eine selbständige Jugendkonzeption eintrat, die jungen Menschen politische Bildung vermitteln und sie in die Klassenkämpfe der Erwachsenen integrieren sollte, lag er zunehmend mit Ebert und auch Schulz im Widerstreit. In Zürich lernte er Fritz Heckert kennen. Beide arbeiteten für den internationalen Arbeiterbildungsverein »Eintracht«.

1914 wurde Brandler als zweiter Sekretär des Chemnitzer Bauarbeiterverbandes angestellt. Die »Burgfriedenspolitik« von SPD und Gewerkschaften während des Ersten Weltkrieges lehnte er kategorisch ab.

In Chemnitz und mehreren Nachbarorten des Bezirkes organisierte Brandler innerhalb der USPD die Spartakusgruppe, gab Flugblätter gegen den Krieg heraus und förderte Streiks und Demonstrationen, denen teils Ernährungs- und Lohnprobleme, teils aber auch schon deutlich antimilitaristische Stimmungen zugrunde lagen. Im Oktober 1918 aus Deutschland ausgewiesen, gehörte er kurze Zeit später zu den Gründern der KPD.

³ Klaus Fritzsche: *Ein widerständiges Leben in der Arbeiterbewegung*. In: *Ebenda*. S. 9.

⁴ Siehe *Polizeiakten (Politische Polizei)*, Abl. 4, im Hamburger Staatsarchiv vom 14. April bis 24. Dezember 1904.

⁵ Siehe *Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften*. Bd. 2. Berlin 1958. S. 230ff.

Die Novemberrevolution in Chemnitz

Ganz Sachsen wurde ab dem 8. November 1918 von einem engmaschigen Netz aus Arbeiter- und Soldaten-Räten (AuSR) überzogen, an dessen Schalthelben Vertreter der organisierten Arbeiterbewegung saßen. Symptomatisch für den friedlichen Charakter der sächsischen Protestbewegung war die Kooperation zwischen den Räten und Teilen der alten Administration.⁶ Mit Brandlers Rückkehr und seinem Eintritt in den AuSR am 20. November 1918 änderte sich die USPD-Politik dahingehend, daß sie die Kontrolle staatlicher Institutionen, insbesondere bei den Machtapparaten Polizei und Militär, nicht mehr allein der MSPD überließ.⁷

Diametral standen sich die unterschiedlichen Demokratiekonzeptionen von MSPD und Spartakusbund gegenüber. Ganz im Sinne der Berliner Spartakusführung betrachtete Brandler die AuSR als Kampforgane der Revolution. Bereits damals stellte Brandler die Lösung der akuten Tagesnöte (Repatriierung, gerechte Lebensmittelzuweisung, betriebliche Mitbestimmung etc.) der Arbeiter in den Vordergrund. Ihm schwebte dabei alles andere als eine Kopie des russischen Modells vor. Die anvisierten Maßnahmen, schrieb Brandler, »sind noch lange kein Sozialismus, sondern nur Notmaßnahmen für die Übergangszeit, eine Maßregel, die die spätere Sozialisierung vorbereitet.«⁸

Die Wahlniederlage des Spartakusbundes, der zu den Wahlen des AuSR am 9. Dezember nochmals als Ortsgruppe der USPD antrat, zerstörte das relative Gleichgewicht, das bis dahin im Rat vorgeherrscht hatte. Die Hegemonie der Chemnitzer MSPD erschien mit 79165 gegenüber 6705 Stimmen für die USPD deutlicher denn je. Lediglich Brandler und Heckert zogen für die Liste der Unabhängigen in den dreißigköpfigen Rat. Das Selbstbildnis einer »kleinen

6 Siehe Karsten Rudolph: Vom »Roten Königreich« zum linksrepublikanischen Projekt. Die sächsische Sozialdemokratie im Kaiserreich und in der frühen Weimarer Republik. Diss. Bochum 1993. S. 213f.; zur Rätediskussion im allgemeinen: Volker Arnold: Rätebewegung in der Novemberrevolution. 2. Aufl. Hannover 1985.

7 Siehe Polizeiliche Meldebücher der Stadt Chemnitz. Br 391. Bl. 469b. Stadtarchiv Chemnitz. Brandler übernahm auch die Position des stellvertretenden Garnisonsältesten, die ihm Einflußmöglichkeiten auf die militärischen Strukturen eröffnete.

8 »Der Kämpfer« vom 30. November 1918.

Elitegruppe« erscheint angesichts der Isoliertheit der Spartakusgruppe adäquat.⁹ Zur Jahreswende 1918/19 befand sich Spartakus in Chemnitz in der Defensive. Die Konsolidierung der alten Strukturen schritt voran. Symbolischen Ausdruck fand die restaurative Wende in der Tatsache, daß »Beamte der politischen Polizei, die jahrelang die Chemnitzer Arbeiterbewegung bespitzelt hatten und in den ersten Revolutionstagen verhaftet worden waren, wieder in ihre Stellungen gelangten«¹⁰.

Das überragende Ziel Brandlers blieb die Propagierung der sozialistischen Gesellschaft auf der Basis des Räteystems. Dabei konzentrierte er sich stärker auf das politische Tagesgeschäft: organisatorische Vorbereitungen zur Gründung der Chemnitzer KPD, die Aufrechterhaltung des Bauarbeiter-Büros, die Arbeit im AuSR und die Herausgabe des »Kämpfer«. Mit Sarkasmus kommentierte Brandler die Entscheidung des Berliner Reichsrätekongresses (16. bis 21. Dezember 1918), dem Antrag der MSPD zu folgen, am 19. Januar 1919 die Wahlen zur Nationalversammlung durchzuführen. Überall hätten die sozialdemokratischen »Angst- und Sorgenräte« die »Revolution verraten«. Der soeben eingeführte Acht-Stunden-Tag sei ein »Feigenblatt«, das nur eine »vorübergehende Notstandsmaßregel« der Herrschenden darstelle.

Für den Spartakusbund reklamierte Brandler auf einer Sitzung des Chemnitzer AuSR, den Massen 1914 genauso wie 1918 die Wahrheit gesagt und eine »revolutionäre, praktische Politik« vor Augen gehabt zu haben.¹¹ Maßgebliche Teile des Spartakusbundes machten die USPD-Volksbeauftragten für den aus ihrer Sicht enttäuschenden Verlauf der Revolution mitverantwortlich. »Ein weiteres Verbleiben in der U.S.P.D. wäre Solidarisierung mit der Konterrevolution. Die Trennung von ihr ist geboten durch die Treue zur Revolution«, zitierte der »Kämpfer« zustimmend Liebknechts Rede vom Gründungsparteitag der KPD.¹² Zu Vorsitzenden der am 6. Januar 1919 gegründeten Chemnitzer KPD wurden Brandler und Heckert gewählt.¹³ Bei den Märzahlen zum AuSR

9 »Der Kämpfer« vom 12. Dezember 1918.

10 Karlheinz Schaller: *Die Arbeiterparteien in Chemnitz und die Revolution 1918/19*. In: Helga Grebing, u. a. (Hrsg.): *Demokratie und Emanzipation zwischen Saale und Elbe. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung*. Essen 1993. S. 209.

11 »Der Kämpfer« vom 25. Dezember 1918.

12 »Der Kämpfer« vom 5. Januar 1919.

13 »Der Kämpfer« vom 8. Januar 1919.

gewann sie 10000 Stimmen hinzu und konnte mit insgesamt 16500 Stimmen den Abstand zur MSPD verringern.¹⁴ Begleitet vom Enthusiasmus eines Teils der Arbeiterklasse, unterstützt vom zielstrebigem Handeln einiger kommunistischer Lokalpolitiker, gelang es Brandler und Heckert bis 1920, den mit etwa 14000 Mitgliedern weitaus größten Parteibeizirk der KPD aufzubauen.¹⁵

Während in der Konstituierungsphase der Weimarer Republik vielerorts bürgerkriegsähnliche Zustände herrschten, schien die Revolution in Chemnitz beendet zu sein. Weder die Ermordung von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Leo Jogiches noch die nach wie vor katastrophalen sozioökonomischen Rahmenbedingungen (Hunger, Arbeitslosigkeit und Preissteigerungen) änderten etwas an diesem Tatbestand. Brandler war an einer direkten Konfrontation mit der Staatsmacht nicht gelegen, weil er die Kräfteverhältnisse realistisch einschätzte. Zudem war die KPD 1918/19 reichsweit in einem desolaten Zustand. Auch Jogiches, von dem Brandler behauptete, er habe seine Verhaftung (und damit seinen sicheren Tod) in Kauf genommen¹⁶, konnte als Interimsführer die erodierende Partei nicht konsolidieren. Die endgültige Niederlage der Novemberrevolution und die im Frühjahr 1919 einsetzende landesweite Hungersnot verursachten soziale Proteste, die staatliche Gegenreaktionen, insbesondere das »Chemnitzer Blutbad« mit 50 von der Polizei erschossenen Demonstranten, auslösten.¹⁷

Der Aufstieg zum Parteivorsitzenden

Wie viele Kommunisten ging Brandler in den Jahren 1918–1921 vom nahen Zusammenbruch des Kapitalismus aus. Diese Situationseinschätzung basierte auf der Wechselwirkung zwischen praktischen Erfahrungen und theoretischer Reflexion. Beide Momente wurden in der Beschlußlage von KPD und KI politisch wirksam und

¹⁴ Siehe Schaller: *Arbeiterparteien*. S. 209.

¹⁵ Siehe Bericht über den 3. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 25. und 26. Februar 1920. O. O. o. J. S. 35.

¹⁶ Siehe Isaac Deutscher: *Aufzeichnung einer Diskussion mit Brandler*. 15. Februar 1948. In: *Unabhängige Kommunisten*. S. 4.

¹⁷ Am 24. Juni standen Brandler u. a. KPD-Aktivistinnen als Angeklagte vor dem Chemnitzer Schöffengericht, weil sie in öffentlichen Versammlungen gegen Belagerungszustand und Standrecht protestiert hatten. Siehe »Der Kämpfer« vom 28. Juni 1919.

geschichtsbildend.¹⁸ Trotz der faktisch vorhandenen Krisentendenzen in der deutschen Gesellschaft befand sich die KPD jedoch 1919 in einer Sackgasse. Der Aktionsradius der Partei beschränkte sich auf einige Organisationskerne in diversen Großstädten. Der auf dem Gründungsparteitag sichtbar gewordene Antagonismus zwischen »Spartakisten« und »Linkskommunisten« setzte sich 1919 fort¹⁹ und konnte auf dem Heidelberger Parteitag nur vorübergehend aufgehoben werden. Mit der These, die KPD könne auf die Teilnahme bei Parlamentswahlen und auf die Mitarbeit in den reformistisch-geprägten Gewerkschaften nicht verzichten, lagen die »Leitlinien« des Parteitages auf Brandlers Linie. Die Revolution war für ihn kein einmaliges Losschlagen, sondern ein zähes Ringen einer seit Jahrhunderten unterdrückten Klasse, die alle Kampfmittel nutzen müsse, den Kapitalismus zu überwinden.²⁰ Seine Wahl in die Zentrale der KPD ist beredtes Zeugnis dafür, daß er den Ausgrenzungskurs gegen den linkskommunistisch-syndikalistischen Flügel unterstützte.²¹

Der ansonsten eher nüchterne Praktiker glaubte weiterhin daran, daß die »Mehrzahl der deutschen Bevölkerung« den Sozialismus wolle und daß man nur noch über die Mittel und Methoden zu streiten brauche. Für ihn war die Zweiteilung in Staats- und Wirtschaftsbürger das Grundübel der demokratischen Staatsform. Trotz formeller Rechtsgleichheit werde die nichtbesitzende Bevölkerungsmehrheit durch die übermächtigen Klasseninteressen der besitzenden Klasse strukturell benachteiligt. Ohne den Machtwillen der Massen (und der Partei) keine Veränderung der Gesellschaft – das war sein Fazit der Jahre 1914–1919: »Für uns gibt es kein anderes Mittel als die Gewalten, die uns hemmend entgegentreten ..., mit allen Machtmitteln zu bekämpfen.«²²

18 Rudolf Luz: *KPD, Weimarer Staat und politische Einheit in der Nachkriegskrise 1919–1922/23*. Diss. Konstanz 1987. S. 101.

19 Siehe *Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918/1919*. Hrsg. und eingeleitet von Hermann Weber. Berlin 1993; Hans Manfred Bock: *Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923. Ein Beitrag zur Sozial- und Ideengeschichte der frühen Weimarer Republik*. Darmstadt 1993. S. 141.

20 Heinrich Brandler: *Die Aktion gegen den Kapp-Putsch in Westsachsen*. Hrsg. von der KPD(Sachsen). Berlin 1920. S. 52.

21 Hermann Weber: *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*. Bd. 2. Frankfurt am Main 1969. S. 84.

22 Heinrich Brandler: *Durch die Räte zur Einheit der Arbeiterklasse und zum Kommunismus*. Chemnitz o. J. [1919]. S. 3, 5 und 13.

»Wir haben überhaupt noch keine Partei«, konstatierte Brandler auf dem 3. Parteitag der KPD im Februar 1920.²³ Zwar bezog sich dieser Hinweis vor allem auf das rheinland-westfälische Gebiet, wo es heftige Kämpfe zwischen der anarchosyndikalistisch geprägten »Roten Ruhrarmee« und der Reichswehr in dieser Zeit gab²⁴. Doch er betraf fast die gesamte KPD, die weitgehend ohne Masseneinfluss und funktionierenden organisatorischen Apparat blieb. Beides hoffte er, in einer kombinierten Strategie – Unterstützung von Betriebsräten, konkreten Tagesforderungen und dem Einreten für »Produktionskontrolle« – zu erlangen.²⁵ Die Aktion gegen den Kapp-Putsch ermöglichte der Rätebewegung im März 1920 noch einmal eine kurze Renaissance. Als einer von drei gleichberechtigten Präsidenten des Arbeitervollzugsrates avancierte Brandler zu einer Schlüsselfigur unter den vorübergehend veränderten Chemnitzer Machtverhältnissen, die der Generalstreik erbracht hatte.²⁶ Hervorzuheben ist der Pragmatismus, den er im Umgang mit der neu erlangten Macht an den Tag legte. Ihm war klar, daß die KPD, obwohl stärkste Fraktion im Vollzugsrat, nicht gegen MSPD und USPD regieren konnte. Von daher lehnte er, obwohl einige tausend bewaffnete Chemnitzer Arbeiter ihn sicherlich darüber nachdenken ließen, eine militärische Einmischung in die Leipziger Auseinandersetzungen als überflüssigen »Feuerwehrdienst« ab.²⁷ Auch stand er den bewaffneten Aktionen seines Parteigenossen Max Hoelz skeptisch gegenüber.²⁸ Den Blick fürs Machbare behielt er auch, als er sich, trotz interner Kritik, widerstrebend dem Druck der MSPD beugte und am 3. Mai den Arbeiter- und Vollzugsrat mit auflöste.²⁹

23 Bericht über den 3. Parteitag. S. 16.

24 Siehe Larry Peterson: *German Communism, Workers' Protest and Labour Unions. The Politics of the United Front in Rhineland-Westphalia 1920–1924*. Dordrecht etc. 1993.

25 Siehe Bericht über den 3. Parteitag. S. 17.

26 Siehe Brandler: *Die Aktion; zusammenfassend: Erhard Lucas: Der bewaffnete Arbeiteraufstand im Ruhrgebiet in seiner inneren Struktur und in seinem Verhältnis zu den Klassenkämpfen in den verschiedenen Regionen des Reiches*. Frankfurt am Main 1973. S. 162ff.

27 Brandler: *Die Aktion*. S. 69.

28 Ebenda. S. 54ff.

29 Brandler: *Die Aktion*. S. 82f.; zur Kritik an Brandlers Kurs aus Sicht der DDR-Forschung: Erwin Könnemann, Hans-Joachim Krusch: *Aktionseinheit contra Kapp-Putsch. Der Kapp-Putsch im März 1920 und der Kampf der deutschen Arbeiterklasse sowie anderer Werktätiger gegen die Errichtung der Militärdiktatur und für demokratische Verhältnisse*. Berlin 1972. S. 198ff. und 427f.

Die nun eingetretene reichsweite »Kampfunentschlossenheit« der SPD-Arbeiter und der erneute »Verrat« ihrer Führer zwinge die schwache KPD, den Kampf einzustellen.

Auf Reichsebene war Brandlers Kompetenz als Gewerkschaftsfachmann und politischer Praktiker, der sein Wissen immer häufiger auch in theoretischen Schriften darlegte, zunehmend gefragt. Die Tatsache, daß er auf verschiedenen Parteitag – so auf dem Berliner »Vereinigungsparteitag« von USPD-Linke und KPD Anfang Dezember 1920 – zum Thema »Gewerkschaften und Betriebsräte« referierte, unterstreicht seinen nunmehr erlangten Stellenwert in der Parteihierarchie.³⁰ Im Februar 1921 wurde er Nachfolger des KPD-Vorsitzenden Paul Levi³¹ – ein Amt, das er sich mit Walter Stoecker teilte und in dem er zum leitenden Mitverantwortlichen eines sinnlosen Putsch-Versuches wurde, der als »Märzaktion« in die Geschichte der KPD einging.³² Auf der Sitzung des Zentralaussschusses (ZA) vom 17. März 1921 gab Brandler in einer völligen Verkenntung der Situation das Signal zum Übergang der Partei in die Offensive: »Ich behaupte, daß wir heute schon 2–3 Millionen nichtkommunistischer Arbeiter im Reich haben, die wir durch unsere kommunistische Organisation ... beeinflussen, die in Aktionen auch in einer Angriffsaktion von uns unter unserer Parole kämpfen werden. Ist diese meine Auffassung richtig, dann verpflichtet uns dieser Stand der Dinge, daß wir uns ... nicht länger nur passiv, abwartend verhalten können ..., sondern dann verpflichtet uns die jetzige Situation, mit Aktionen einzugreifen, um die Dinge in unserem Sinne zu ändern.«³³ Das widersprach diametral seinem

30 Heinrich Brandler: *Koreferent der Opposition. In: Protokoll der Verhandlungen des Ersten Reichskongresses der Betriebsräte Deutschlands, abgehalten vom 5.–7. Oktober 1920 zu Berlin. In: Reprints zur Sozialgeschichte, hrsg. von Dieter Dowe, Berlin/Bonn 1981. S. 210ff.; Ders.: Betriebsräte und politische Arbeiterräte, nebst Anhang (Leitsätze über die Aufgaben der Betriebsräte, Organisation der Betriebsräte und Leitsätze für die politischen Arbeiterräte). Rede des Genossen Brandler auf dem 5. Parteitag der KPD(S) in Berlin am 2. November 1920. o. J.; Ders.: Gewerkschaften und Betriebsräte. In: Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der U.S.P.D. (Linke) und der K.P.D. (Spartakusbund). Abgehalten in Berlin vom 4. bis 7. Dezember 1920. Berlin 1921. S. 155ff.*

31 Siehe Charlotte Beradt: *Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik. Frankfurt am Main 1969. S. 52ff.*

32 Siehe Sigrid Koch-Baumgarten: *Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921. Frankfurt am Main 1986; Stefan Weber: Ein kommunistischer Putsch? Märzaktion 1921 in Mittedeutschland. Berlin 1991.*

Politikansatz während des Kapp-Putsches, bei dem er darauf bedacht war, die Kräfteverhältnisse realistisch einzuordnen. Wie viele andere Kommunisten auch war er plötzlich von der Aktualität der Revolution überzeugt, zumal es darum ging, Deutschland »in Richtung des Bündnisses mit Sowjetrußland« zu bringen.⁵⁴ Eine gewisse Vermischung von deutschen und russischen Interessen war damit auch für Brandler selbstverständlich, ging es doch um die Fortsetzung der Weltrevolution. Das Scheitern der Märzaktion erklärte er unter anderem mit organisatorischen Mängeln des Parteiapparates und mangelnder Parteidisziplin. Er bezeichnete denjenigen, der behaupte, der Aufstand sei vom EKKI eingeleitet worden, als einen »verlogenen Strolch«, womit er für die Zentrale die Hauptverantwortung übernahm.⁵⁵

Im April 1921 wurde Brandler verhaftet. Vor Gericht übernahm er öffentlich die politische Hauptverantwortung für den gescheiterten Aufstandsversuch.⁵⁶ Verurteilt zu fünf Jahren Festungshaft im ostpreußischen Gollnow, gelang es Brandler, im November 1921 in die Sowjetunion fliehen,⁵⁷ wo er auf Vorschlag seines Mentors Karl Radek zum offiziellen Vertreter der KPD in der Exekutive der KI ernannt wurde.⁵⁸ Selbstkritisch hielt er fest: »Nach der Märzaktion hat sich in Teilen der Partei immer mehr das Bestreben geltend gemacht, die eigene Schwäche durch radikal sein wollende Redensarten zu vertuschen. Das muß aufhören. Wir täuschen damit nicht den Gegner, sondern nur uns selbst. Die sterile Methode, bei allen auftauchenden Fragen eine Antwort zu geben, was zu tun ist, wenn wir die Macht hätten, schafft uns kein Quentchen Macht. Die Partei hat versäumt, an das Konkrete anzuknüpfen.«⁵⁹

33 *Protokoll der Sitzung des Zentralaussschusses vom 17. März 1921, ZPA. I 2/1/6. Bl. 8.* Brandler bezeichnete 1924 die März-Aktion als »Sturmangriff« auf den Kapitalismus, um die Machtübernahme der KPD beschleunigen zu können. Siehe Koch-Baumgarten: *Aufstand*. S. 131.

34 *ZPA. I 2/1/6. Bl. 9.*

35 Siehe Koch-Baumgarten: *Aufstand*. S. 334.

36 *Der Hochverratsprozeß gegen Heinrich Brandler vor dem außerordentlichen Gericht am 6. Juni 1921 in Berlin. Leipzig/Berlin 1921.* S. 8.

37 *Weber: Wandlung.* Bd. 2. S. 85.

38 Siehe Becker: *Brandler*. S. 143.

39 *Heinrich Brandler, Gollnow, den 1. August 1921: An den Zentralaussschuß der VKPD.* In: *SAPMO-B.Arch. RY I 2/2/29. B. 7-14.*

Auf dem Weg zum »deutschen Oktober«

Nach seiner Rückkehr im September 1922 übernahm Brandler erneut die Führung der KPD.⁴⁰ Damit war ein entscheidender Schritt seiner politischen Laufbahn vollzogen. Vom VIII. Parteitag der KPD Anfang 1923 mit großer Mehrheit in dieser Funktion bestätigt, schien Brandler auf dem Höhepunkt seiner Macht. Doch das ständige Katz-und-Maus-Spiel zwischen Brandler und seinen Getreuen auf der einen, der sogenannten »linken« Opposition, und der KI auf der anderen Seite ließ eine dauerhafte Konsolidierung der KPD nicht zu. Relativ früh konnte man erkennen, daß eine in Fraktions- oder Apparatkämpfe verstrickte KPD im Grunde handlungsunfähig war. Diese strukturellen Schwierigkeiten offenbarten sich beispielsweise bei der angesagten Umsetzung der Beschlußlage des IV. Kongresses der KI und des Leipziger Parteitages, denn die darin geforderten Postulate, Einheitsfront und Arbeiterregierung, galten als grundlegende Voraussetzungen zur Vorbereitung der Revolution. Doch bereits zu diesem Zeitpunkt spitzte sich der Konflikt zwischen der Brandler-Zentrale und der innerparteilichen Opposition um Ruth Fischer und Arkadij Maslow zu und führte zu einer dauerhaften – nicht mehr korrigierbaren – Paralyse der KPD, an der die Brandler-Zentrale letztlich zu Grunde gehen sollte. Beide Seiten beschwerten sich ständig beim EKKI und schwächten damit die Position der KPD. Der auf der Moskauer »Verständigungskonferenz« Ende April / Anfang Mai 1923 herbeigeführte Kompromiß bedeutete letztlich einen Rückschlag für Brandler, denn er forderte, vier Vertreter der Linken, darunter Fischer und Thälmann, in die Zentrale aufzunehmen und künftig auch bei Meinungsverschiedenheiten geschlossen aufzutreten.⁴¹ Brandler lehnte diesen von ihm

40 Als gesichert gilt Brandlers Abreise aus der Sowjetunion im Juli 1922. Offenbar weilte er bis September in der CSR, wo er wahrscheinlich als Berater der tschechischen Parteiführung fungierte. Siehe hierzu Brandler an Deutscher am 12. Januar 1959. In: Unabhängige Kommunisten. S. 179; Weber: Wandlung. Bd. 2. S. 85.

41 SAPMO-BArch. RY I 6/10/7. Bl. 157. – Siehe hierzu auch: Das Exekutivkomitee der K.J., Resolution zu den Differenzen in der deutschen Partei (Nicht endgültige Formulierung! Streng vertraulich!). In: Ebenda. I 6/10/7. Bl. 233 bis 239; die vom EKKI geforderte Erklärung der Opposition, datiert Moskau, den 4. Mai 1923, und unterzeichnet von Fischer, Thälmann und Maslow. In: Ebenda. I 6/3/117. Bl. 35; Resolution des EKKI, der Vertreter der Zentrale der KPD und der linken Opposition von Anfang Mai 1923 zu den taktischen Differenzen in der KPD. In: »Die Rote Fahne« vom 13. Mai 1923.

als »Pferdefuß« bezeichneten Kompromiß zunächst ab, beugte sich jedoch »unter der Bedingung, daß in den nächsten Monaten die Zusammenarbeit in erträgliche Bahnen gelenkt ... und ... zur völligen Entgiftung der Atmosphäre und Herstellung eines wirklichen Vertrauensverhältnisses zwischen Opposition und der Parteimehrheit ausgenutzt werden sollte«⁴².

Im Sommer 1923 kam es wegen der von der KPD-Fraktion betriebenen Tolerierung der sächsischen SPD-Minderheitsregierung erneut zu erheblichen Spannungen⁴³. Während die Mehrheit der Zentrale im sächsischen Experiment ein Bollwerk gegen die sich vor allem in Bayern formierenden faschistischen Verbände und den Ausgangspunkt für alle weiteren »Aktionen im Reich« antizipierte, forderte die »linke« Opposition den Sturz der sächsischen Minderheitsregierung. Wiederum verlangte Brandler vom EKKI eine Grundsatzentscheidung, um ohne ständige Störmanöver handeln zu können. Die Russen sollten dafür sorgen, daß die Berliner »eins aufs Maul bekommen«⁴⁴.

Dagegen löste Radeks »Schlageter-Rede« vom 21. Juni 1923⁴⁵, jener Höhepunkt der nationalbolschewistischen Taktik, mit der die KPD nach »rechts« geöffnet werden sollte, in den Führungsgremien der kommunistischen Bewegung weniger Dissens aus. Vielmehr deutet vieles darauf hin, daß die von Radek geforderte Ausnutzung nationalistischer Stimmungen zur Gewinnung von Bündnispartnern in allen Bevölkerungsschichten, vor allem bei den Mittelschichten, schon vor seiner Rede im Führungszirkel der KPD weitgehend unumstritten war.⁴⁶ Nach eigener Aussage habe Brandler

42 Brandler, *Moskau, den 2. Mai 1923, An die Zentrale der KPD, Berlin*. In: SAPMO-BArch. RY I 2/3/203. Bl. 80f. – Die von der Kommission geführten Gespräche mit den beiden deutschen Delegationen wurden nicht protokolliert, so daß der Brief Brandlers, geschrieben vor der abschließenden Sitzung der »Verständigungskonferenz« als einziges verfügbares Dokument einen Eindruck vom Verlauf der internen Verhandlungen vermittelt.

43 Brandler, *Berlin, am 13. Juni 1923, An die Deutsche Delegation, z. H. d. Gen. Hörnle, Moskau*. In: *Ebenda*. I 2/3/203. Bl. 105–107; Brandler, *Berlin, am 16. Juni 1923, An die Deutsche Delegation, z. H. d. Gen. Hörnle, Moskau*. *Ebenda*. I 2/3/203. Bl. 108–111.

44 *Ebenda*. I 2/3/203. Bl. 109.

45 Siehe Protokoll der Konferenz des EKKI. Hamburg 1923. S. 240–245; siehe auch Louis Dupeux: *Nationalbolschewismus in Deutschland 1919–1933. Kommunistische Strategie und konservative Dynamik. Frankfurt am Main 1985*. S. 186ff.

46 Hoernle an Brandler, 18. Juni 1923. In: SAPMO-BArch. RY I 6/3/115. Bl. 74–78.

z. B. »in allen Berliner Mitgliederversammlungen, auch im Reich, unseren Proleten und auch den SPD-Arbeitern in fünf Minuten begreiflich machen können, um was es sich (bei der Schlageter-Rede – der Verf.) handelt«⁴⁷. Bei »leitenden Faschistenkreisen« – Brandler spielt auf nationalrevolutionäre Sympathisanten, etwa auf General Lettow-Vorbeck, an – herrsche hingegen »Verwirrung«, die der KPD nutzen könnte.⁴⁸ Eine sichtbare Konsequenz des Schlageter-Kurses war denn auch die partielle Kooperation einer Minderheit aus dem nationalrevolutionären bzw. faschistischen Dunstkreis mit der KPD. Einige davon, wie Hans von Hentig, zu dem Brandler schon seit 1921/22 Kontakt hatte, unterstützten seit Sommer 1923 aktiv die Planungen zum »deutschen Oktober«.⁴⁹

Die Oktoberniederlage

Die Unfähigkeit von Politik und Wirtschaft, den Ruhrkonflikt, aber auch die Hyperinflation und Pauperisierung oder den Bankrott der Staatsfinanzen zu beenden, stieß zunehmend auf Widerstand aus allen Bevölkerungsschichten. Das äußerte sich sowohl in einem Erstarken der nationalistischen Bewegungen bis hin zu Separationsbestrebungen im Rheinland und in Bayern als auch in vereinzelt Streikaktionen der Arbeiterschaft. In beiden Bewegungen waren in starkem Maße auch die kleinbürgerlichen Mittelschichten involviert. Die KPD führte am 29. Juli 1923 einen reichsweiten »Anti-faschistentag« durch, auf dem sie nach Brandlers Auffassung zwei Aufgaben zu erfüllen hatte: »Wir müssen ideologisch um SPD-Arbeiter und Kleinbürgermassen kämpfen. Wir müssen ihnen aber auch mit der anderen Hand den Knüppel zeigen.«⁵⁰

Vor dem Hintergrund der komplizierter werdenden Situation forderte Brandler die »rasche Herstellung der proletarischen Einheitsfront zur Eroberung der politischen Macht, Kampf zum Sturz der Cuno-Regierung, Verhinderung jeder neuen Koalitionsregierung

47 Brandler an Radek, 12. Juli 1923. *Ebenda.* I 2/3/208. Bl. 438f.

48 *Ebenda.* Bl. 440f.

49 Dupeux. S. 169 und 202f.

50 Brandler, Berlin, den 18. Juli 1923, an den Gen. Karl Radek, Moskau. In: *S.IPMO-B.Arch.* RY. I 2/3/208. Bl. 448–450; eine Kopie des Briefes schickte Brandler auch an Hoernle: Brandler, Berlin, den 18. Juli 1923. An die Deutsche Delegation, zu Händen des Gen. Hoernle, Moskau. *Ebenda.* I 2/2/203. Bl. 151–153.

und Bildung einer Ar[beiter]- und Bauernregierung.⁵¹ Diese Ziele seien nur mittels einer Kombination von parlamentarischen und außerparlamentarischen Forderungen zu erreichen: Reichstagsauflösung und Reichsbetriebsrätekongreß. Erstere sollte mit dem Programm einer Arbeiter- und Bauernregierung inklusive einer Erfassung der Sachwerte, Produktionskontrolle, Entwaffnung der faschistischen/nationalistischen Verbände und Bewaffnung der proletarischen Kampforganisationen verbunden werden. Die außerparlamentarische Schiene sollte vom Reichsbetriebsrätekongreß maßgebliche Impulse bekommen. Von diesem Paket erhoffte sich Brandler eine mobilisierende Wirkung auf die Massen, denn der von der KPD antizipierte Bürgerkrieg schien unvermeidlich. Er widersprach der »linken« Opposition, die statt der Losung »Arbeiter- und Bauernregierung« die der »Diktatur des Proletariats« bzw. der KPD, forderte. Das sei eine »gefährliche Dummheit«, welche die KPD in eine »furchtbare Niederlage« führen würde, da sie die notwendige Einheit der Arbeiterschaft sowie die Gewinnung der städtischen und ländlichen Mittelschichten gefährde. Eine Zuspitzung der Differenzen zwischen Zentrale-Mehrheit und Opposition erfolgte bereits während des sogenannten Cuno-Streiks. Nach dem Cuno-Streik verteidigte Brandler die abwartende Haltung der Parteiführung.⁵² In seiner Begründung wird der Gegensatz zwischen

⁵¹ *Stenographisches Protokoll der 2. Tgung des Zentralaussschusses der KPD am 5./6.8.1923. ZPA. I 2/1/18. Bl. 60ff.; eine Zusammenfassung der Tgung für das EKKI: H. Möller, Deutscher Referent, o. O. u. D. (Moskau, vor dem 11. 8. 1923): Die Tgung des Zentralaussschusses der KPD am 5./6.8.23. Ebenda. I 6/3/119. Bl. 92-95; H. Brandler, Polbüro, Berlin, den 8. August 1923, An die Exekutive der Komintern. Ebenda. I 2/3/208. Bl. 458-459.*

⁵² *Unmittelbares Ergebnis des Generalstreiks war der Rücktritt der Regierung Cuno am 11. August 1923 und die Konstituierung der Großen Koalition mit G. Stresemann (DVP) an der Spitze. Auf den Verlauf der Cuno-Streik-Bewegung und dessen Auswertung durch die KPD-Führung kann hier nicht näher eingegangen werden, es liegen jedoch auch hierzu interessante Materialien im ZPA vor, wovon u. a. zu nennen sind: Polbürositzung vom 14.8.1923. Ebenda. I 2/3/3. Bl. 231-232; Polbürositzung vom 17.8.1923. Ebenda. Bl. 233-234; Polbürositzung vom 21.8.1923. Ebenda. Bl. 235-238; H. Brandler, Berlin, 20. August 1923, An die Deutsche Delegation, z. H. Gen. Hörnle, Moskau. Ebenda. I 2/3/203. Bl. 162; H. Möller, Deutscher Referent, o. O. u. D. (Moskau, nach dem 15.8.1923): Bericht über die Massenstreikbewegung vom 8.-15.8.1923; ebenda. I 6/3/119. Bl. 86-91; Protokoll der Konferenz der Zentrale der KPD mit den Bezirkssekretären und Redakteuren vom 24.8.1923 in Leipzig. Ebenda. I 2/2/3. Bl. 235ff.*

ihm und der linken Opposition sowie der russischen Führung über die Realisierung eines geplanten Aufstandes in Deutschland deutlich: Eine Revolution lasse sich nicht bzw. nur bedingt »organisieren«. Grundlage der proletarischen Revolution sei zunächst eine spontane Reaktion der Massen auf die Krise. Erst wenn die Massen ein bestimmtes Maß an Aktivität erreichten, könne die kommunistische Partei lenkend eingreifen und die Führung der Bewegung übernehmen. Also nicht avantgardistisches Vordrängen, auch auf die Gefahr einer Niederlage hin, sondern Kampf auf wirklicher Massenbasis. Sowohl für die Opposition als auch für die Führer der russischen Partei – bei aller sonst gegebenen Differenz – war die proletarische Revolution prinzipiell organisierbar, weshalb für sie die Frage der Maximalforderungen und die der materiell-technischen Aufstandsvorbereitungen (bis hin zur Terminsetzung) im Vordergrund standen. Die KPD benötige eine Frist von sechs bis acht Monaten für den Beginn der entscheidenden Kämpfe.⁵³

Demgegenüber erwarteten die russischen KI-Führer auf Grund der aus Deutschland eintreffenden Meldungen eine wesentlich schnellere Zuspitzung der Situation und drängten die KPD-Führung im August/September 1923, zur Aufstandsplanung nach Moskau zu kommen. Der sonst eher nüchterne Brandler geriet durch die ihm in Moskau entgegengebrachten Sympathien und Erwartungen offenbar so in Euphorie, daß er sich vom Optimismus der russischen Parteiführer anstecken ließ. Seine Zurückhaltung gegenüber einer kurzfristigen Aufstandsplanung in Deutschland hielt er jedoch aufrecht. Des weiteren verdeutlichte er, daß die Differenzen mit der linken Opposition in »normalen Zeiten« binnen eines halben Jahres auszuräumen gewesen wären, nicht aber in einer Phase der Bürgerkriegsvorbereitung. Die Situation sei jetzt die, daß, »wenn wir den Kampf wagen und unterliegen, die Weltrevolution auf 10 bis 20 Jahre zurückgeworfen wird«. Das EKKI müsse eine Entscheidung fällen, da die KPD intern nicht zur Konfliktlösung fähig sei.⁵⁴ Am 4. Oktober 1923 faßte Sinowjew die Diskussion zwischen KPD-, und KI-Vertretern zusammen: Es herrsche allgemeiner Konsens, »daß die revolutionäre Krise in Deutschland

⁵³ H. Brandler, Berlin, 28. August 1923, An die Exekutive der KI (Abschrift). ZPA. I 2/3/208. Bl. 475–476.

⁵⁴ Ebenda. I 6/3/126. Bl. 124; ebenda. I 6/10/78. Bl. 43–47. – Maslow wurde durch eine vom EKKI eingesetzte Kommission zur Klärung gegen ihn erhobener Vorwürfe von den weiteren Verhandlungen ausgeschlossen. Er blieb bis Januar 1924 in Moskau.

herangereift ist und daß jetzt die Frage des bewaffneten Aufstandes und entscheidenden Kampfes eine Tagesfrage geworden ist ... Wir haben zu unserer gemeinsamen Orientierung eine Frist gesetzt, weil wir der Meinung sind, daß, wenn alle objektiven Vorbedingungen herangereift sind, es einer revolutionären Partei genügt, sich eine Frist zu setzen zur Vorbereitung aller notwendigen Vorarbeiten. Als eine solche provisorische Frist ist vorgesehen der 9. November.«⁵⁵

Somit rechnete die KPD-Führung Anfang Oktober mit einer sich schnell verschärfenden Situation durch die Kräfte der »Konterrevolution«, welche sie schnell und trotz mangelhafter technischer Vorbereitung zur Aufnahme von Kämpfen zwingen könnte. Den Eintritt in die Landesregierungen von Sachsen und Thüringen verstand die KPD-Zentrale als den »notwendigen proletarischen Faustschlag auf den Tisch der Bourgeoisie«⁵⁶. Am 10. Oktober 1923 berief der sächsische Ministerpräsident Zeigner (SPD) die KPD-Funktionäre Böttcher und Heckert zum Finanz- bzw. Wirtschaftsminister. An Stelle des ursprünglich geforderten Innenressorts wurde Brandler zum Leiter der Staatskanzlei ernannt.⁵⁷ Ob es Zeigner aber wirklich gelang, ihn de facto »noch unter das Niveau eines Sekretärs« zu drücken⁵⁸, ist zweifelhaft. Wenigstens sollte bei solchen Einschätzungen berücksichtigt werden, daß die kommunistischen Regierungsmitglieder lediglich zwei Wochen Zeit hatten, sich in die administrative Arbeit einzufinden und erste eigene Vorstellungen umzusetzen. Durch die von Reichspräsident und Reichsregierung befohlene Reichsexekutive gegen Sachsen sah sich die KPD-Führung jedoch gezwungen, ihre ohnehin überhasteten Kampfvorbereitungen noch zu forcieren. Damit wollte sie der Gefahr vorbeugen, ohne Gegenwehr aktionsunfähig zu werden. Deshalb beschloß

55 Stenographisches Protokoll der zweiten Sitzung der russischen Mitglieder des Exekutivkomitees der Komintern mit der Delegation der Zentrale der KPD und der Delegation der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg. In: RCChDNI. Moskau 4.10.1923. 495, 19, Bl. 68.

56 W. Koenen, Berlin, den 10. Oktober 1923, An die deutsche Delegation beim E. K. der Komintern, z. H. Genossen Hoernle und Zetkin, Moskau. In: SAPMO-BArch. NY I 2/3/203. Bl. 222-225.

57 Brandler schrieb in seinem Brief vom 8. Dezember 1924 an Deutscher, er habe bei den Koalitionsverhandlungen mit Zeigner »kategorisch das Innenministerium gefordert«, die Verhandlungen endeten mit dem Kompromiß, »daß ich nicht Minister, sondern Staatssekretär beim Ministerpräsidenten werden sollte mit der Vollmacht, daß mir die Polizei unterstellt wird«. Unabhängige Kommunisten. S. 126. 58 Rudolph: »Rotes Königreich«. S. 465.

die Zentrale der KPD, den unter der Losung »Kampf gegen die wirtschaftliche Not« stehenden Chemnitzer Arbeiterkongreß am 21. Oktober zu nutzen, um zum Generalstreik gegen die Reichsexekutive aufzurufen. Brandler betonte dessen defensiven Charakter: »Ich unterbreite Ihnen einen Antrag, von dem das Schicksal Deutschlands abhängt. Hätte der Generalstreik-Beschluß gestern noch so ausgesehen, als ob die Arbeiterschaft zum Angriff übergegangen wäre, so ist er nach der neuesten Kriegserklärung des General Müller an die sächsische Landesregierung und an das sächsische Proletariat ein Gebot der Selbstverteidigung.«⁵⁹

Brandlers Appell an die SPD-Vertreter, dem Aufruf zu folgen, da der Streik ohne sie nicht durchführbar sei, war vergebens. Arbeitsminister Graupe (SPD) wandte sich gegen den Antrag, die von ihm vorgeschlagene paritätisch besetzte Kommission lehnte den Antrag auf Durchführung eines Generalstreiks ab – ein Revolutionsbegräbnis dritter Klasse, wie Thalheimer Jahre später lakonisch formulierte⁶⁰. Die von Brandler initiierte Aufstandsabsage leitete nicht nur seinen Sturz ein, sondern trug zur Entstehung der »Oktoberlegende«, dem Verrat Brandlers und der »rechten« Führung an der deutschen Revolution.

Der Sturz

Der Einmarsch der Reichswehr zwang nicht nur die Zeigner-Regierung zum Rücktritt, sondern führte auch zum zeitweiligen Verbot der KPD. Daher mußte am 3. November 1923 der ZA in Berlin in »strengster Illegalität« tagen.⁶¹ Der zunehmend unter Beschuß geratene Brandler verwies darauf, daß die Politik der KPD auf ein »einstweiliges Ausweichen des Entscheidungskampfes« eingestellt sei. Der Optimismus basierte auf der Hoffnung, daß die Arbeiter nach dem »erneuten Verrat« der SPD wieder verstärkt der KPD folgen würden. Die »Zerstörung der Sozialdemokratie als der letzten Reserve des Banken-, Agrar- und Industriekapitals im Lager der Arbeiterschaft« bezeichnete er als »wichtigste Aufgabe zur Zersetzung des Gegners«. Ferner hob Brandler hervor, daß nicht die technischen Fragen die Hauptmängel der Aufstandsvorbereitungen

⁵⁹ »Die Rote Fahne« vom 22. Oktober 1923.

⁶⁰ August Thalheimer: 1923. Eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923. Berlin 1931.

⁶¹ N. N.: Die Sitzung des Zentrallausschusses vom 3.11., Berlin, den 4.11.1923. In: SAPMO-BArch. RY I 6/10/78. Bl. 201-211.

gewesen seien, »sondern die Uneinigkeit, Meinungsdivergenzen innerhalb der Zentrale«.

Indessen bereitete sich die »linke« Opposition mit Hilfe Sinowjews darauf vor, die Führung in der KPD zu übernehmen.⁶² Somit war es nicht verwunderlich, daß es der zerstrittenen Parteiführung nicht gelang, die vom EKKI geforderten gemeinsamen Thesen zum »deutschen Oktober« zu erarbeiten. Das Resultat war eine Spaltung der bisherigen Zentralemehrheit in die Brandler-Thalheimer-Gruppe und die sog. »Mittelgruppe«, womit es in der Zentrale nunmehr drei Fraktionen gab, die alle eigene Thesen vorlegten.⁶³ Brandler betonte, daß »die grundlegenden Ursachen der Oktober-Niederlage ... objektiver Art und nicht wesentlich Fehler der KPD waren. Die entscheidende Ursache liegt zweifellos darin, daß wir den hemmenden Einfluß der Sozialdemokratie unterschätzt haben. Die Mehrheit der Arbeiterklasse ... war noch nicht für den Kommunismus gewonnen.«

Zu Recht problematisierte er die Übertragung russischer Schemata auf deutsche Verhältnisse – ein Wesenszug der nun einsetzenden Bolschewisierung der KPD. Hatten die russischen Menschewiki, mit denen die deutschen Sozialdemokraten verglichen worden waren, zeitlich eine etwa gleiche Tradition wie die Bolschewiki, so könne das für die deutsche Arbeiterbewegung nicht gelten: Hier habe die Sozialdemokratie eine über sechzigjährige Tradition mit »eingefrorenen Ideologien, festen Organisationen, Tausenden von Bürokraten«, die ungleich schwerer zu überwinden seien, als die menschewistischen Einflüsse in der russischen Bewegung. Die deutschen Kommunisten verfügten erst seit fünf Jahren über eine eigene Organisation, deren ideologische Tradition zwar schon seit zwölf Jahren existiere, aber aus der sozialdemokratischen hervorgegangen sei.⁶⁴

Vom 8. bis 21. Januar 1924 fanden in Moskau die Beratungen des Präsidiums des EKKI mit den Vertretern der drei Richtungen in der KPD statt. Brandler konnte seine Auffassungen referieren, wurde aber, wie auch Radek, nicht in die Kommission zur Ausarbeitung der politischen Resolution über die Lehren der deutschen Ereignisse

62 Am 23. November 1923 verfügte von Seeckt das reichsweite Verbot der KPD.

63 Den Prozeß der Spaltung der Zentralemehrheit beschreibt sehr anschaulich ein Brief von Hugo (Eberlein), Berlin, am 21. Dezember 1923, An den Gen. Pieck, Moskau. In: SAPMO-Barch. RY 1 6/3/126. Bl. 151–158.

64 Ebenda. 1 6/3/120. Bl. 86.

gewählt. Damit war seine Demontage als KPD-Vorsitzender intern bereits perfekt, da bis zur Abschlusssitzung keine Diskussionen mehr im Plenum stattfanden und er keinen Einfluß mehr auf die Abschlusdokumente nehmen konnte.⁶⁵ Rund dreißig Jahre später bezeichnete Brandler seine Disziplin, die Moskauer Aufstandspläne wider besseren Wissens mitzutragen, als den größten Fehler seines Lebens: »Ich unterwarf mich, weil ich glaubte, daß ich mich Kommunisten, die in drei Revolutionen Erfahrungen gesammelt hatten, nicht widersetzen und die Partei nicht im Augenblick des Beginns eines Entscheidungskampfes durch meinen Rücktritt schwächen dürfte.«⁶⁶ Mit der Tatsache, daß Brandler steckbrieflich gesucht wurde, war eine gute Anlaß gegeben, ihn von der Arbeit in Deutschland fernzuhalten. Offiziell endete seine führende Rolle in der KPD mit dem Frankfurter Parteitag, auf dem die Brandler-Thalheimer-Gruppe als »rechter Flügel« stigmatisiert wurde.

»Kominterniert« in Moskau⁶⁷

Im April 1924 folgten Brandler mit seiner Frau Gertrud, Thalheimer mit Frau der Aufforderung des EKKI, nach Moskau zu kommen. Obwohl ihnen die Annahme, Rußland auf unbestimmte Zeit nicht verlassen zu können, noch fern lag und obwohl kein formeller Beschluß irgendeiner Parteiinstanz vorlag, der sie verpflichtete, dort zu bleiben, fühlten sie sich zunehmend »kominterniert«. Nach dem Ende des V. Weltkongresses 1924 wurde ihnen fortan die Ausreise verweigert.⁶⁸ Da gegen Thalheimer und Brandler noch immer

65 Die Referate von Radek, Brandler, Remmele, Fischer und Sinowjew sowie die Abschlussdokumente einschließlich der Erklärung der Minderheit (der nunmehr neben Zetkin, Pieck u.a. auch Brandler angehörte) wurden publiziert in: Die Lehren der deutschen Ereignisse. Das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zur deutschen Frage. Januar 1924. Hamburg 1924; die Thesen der drei Richtungen wurden sowohl in der Zeitschrift »Die Internationale« als auch in der INPREKORR veröffentlicht; umfangreiche Materialien, so die stenographischen Protokolle der Sitzungen sowie die verschiedenen Thesenentwürfe, befinden sich in: SAPMO-BArch, RY I 2/3/62b, I 2/3/197, I 6/3/122, I 6/3/139, I 6/10/8-14.

66 Brandler an Deutscher, 8. Dezember 1954. In: Unabhängige Kommunisten. S. 130.

67 Nach Aussage von R. Wolfstein stammt dieses bittere Bonmot von August Thalheimer. Siehe Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition. S. 45.

68 Siehe Brandler an das Polbüro RKP und KPD und das Präsidium des EKKI, 13. August 1928. In: SAPMO-BArch. I 2/3/67.

deutsche Haftbefehle vorlagen, gab es zur Emigration zwar keine realistische Alternative, doch das enorme Maß an Willkür, dem beide ausgesetzt waren, warf ein beredtes Licht auf Defizite des innerparteilichen Regimes. Trotz heftigster Kritik an dieser Praxis waren beide lange Zeit bereit, sich den Beschlüssen des EKKI zu fügen. Viel mußte geschehen, ehe insbesondere bei Brandler der Geduldsfaden riß.

Untergebracht im legendären Hotel Lux, benutzte Brandler – wie andere Politemigranten auch – wechselnde Decknamen.⁶⁹ Ohnehin wurden seine Bewohner auf Schritt und Tritt überwacht und einem rigiden Passierschein-System (Propusk) unterworfen, wodurch beispielsweise alle Besuche registriert wurden. Trotz aller Widrigkeiten wird sich Brandler in dieser politikbesessenen Atmosphäre nicht unwohl gefühlt haben.⁷⁰ Da zunehmend die Gefahr bestand, sich von der deutschen Bewegung zu entfremden, nutzte er jede Gelegenheit, mit deutschen Genossen, die Moskau besuchten, ins Gespräch zu kommen.⁷¹

»Der größte Fehler, den Sie machen können, ist – wegen Ihres Sieges über Brandler den Kopf zu verlieren«⁷², ermahnte Sinowjew die neue KPD-Führung. Insbesondere Fischer, Maslow und Thälmann erwiesen sich, etwa mit ihrer Gewerkschaftspolitik, als unberechenbar, obgleich sie die Bolschewisierungssparolen⁷³ begeistert

69 *Personalakte Brandler*. In: *RCChJdNI*. 495/205; Brandler nannte sich »Totila«.

70 *Der Genosse Genrich Jusefowitsch Brandler war mittlerweile mit Mitgliedsnummer 687179 in die Russische Kommunistische Partei (RKP) eingetreten. (Siehe Personalakte Brandler.) Was er empfand, als man ihm diesen Schritt nahe legte, blieb sein Geheimnis. Zumindest mußte er diesen Schritt nach rund 25jähriger Verwurzelung in der deutschen Arbeiterbewegung als Zäsur empfinden.*

71 *I. Deutscher: Aufzeichnungen*. In: *Weber (Hrsg.) Unabhängige Kommunisten*. S. 11.

72 *Sinowjew an Maslow, Thälmann und Fischer, 7 März 1924*. In: *SAPMO-Bdch*. I 6/10/79.

73 »Bolschewisierung«, so Sinowjew, »ist der unbeugsame Wille zum Kampfe für die Hegemonie des Proletariats, ist der flammende Haß gegen die Bourgeoisie, gegen die konterrevolutionären Führer der Sozialdemokratie ... und alle Auswüchse der bürgerlichen Ideologie. Bolschewisierung – das ist die Schaffung einer festgefügtten, wie aus einem Stein gehauenen, zentralisierten Organisation, die harmonisch und brüderlich die Differenzen in ihren Reihen austrägt, wie es Lenin gelehrt hat. Bolschewismus ist Marxismus in Aktion, ist Treue gegenüber der Diktatur des Proletariats, den Ideen des Leninismus« (*Protokoll. Fünfter Kongress der Kommunistischen Internationale. Hamburg 1924*. S. 508).

aufgriffen und umzusetzen suchten.⁷⁴ Brandler und Thalheimer wurden mehr und mehr zum Spielball der Apparate. Das ERKKI benutzte beide als Druckmittel zur Disziplinierung der KPD-Führung, welche im Gegenzug den »Brandlerismus« zum Hauptfeind der deutschen Partei erklärte. »Würde ich den Kampf beginnen«, so Brandler an Clara Zetkin, »wäre ich in drei Tagen ausgeschlossen. Ruth [Fischer], Maslow ... arbeiten mit aller Kraft auf meinen Ausschluß hin. ... Als Ausgeschlossener bin ich auch für die Reorganisation der Partei tot, wenn die Zeit und die Möglichkeit dafür gekommen ist. Mir bleibt also nichts übrig als mit offenem Auge, ohnmächtig daneben zu stehen und zu emigrieren«⁷⁵.

Lange hegten Brandler und seine Anhänger die Hoffnung, mit sachlicher Arbeit die Partei für das eigene Projekt überzeugen zu können. Noch war die KI kein gleichgeschalteter Apparat und ihre Bolschewisierung nicht unumkehrbar, obgleich Beschlußlage und Atmosphäre des 5. Kongresses wenig Anlaß zum Optimismus gaben. Dort verwahrte sich Brandler energisch gegen den Vorwurf, die deutsche Revolution 1923 verraten und aus Feigheit nicht den Entscheidungskampf mit der Bourgeoisie gesucht zu haben. Ironisch betonte er, daß er sich durchaus schuldig bekenne, die Einheitsfrontthesen des 3. und 4. Weltkongresses »mit aller Kraft angewandt und durchgeführt zu haben«. Fehler seien viele gemacht worden, und zwar von allen. Es sei deshalb reine »Geschichtsklitterung«, ihn als Hauptverantwortlichen der »Oktoberniederlage« abzustempeln.⁷⁶

Wenig später stellte Thalheimer einen Zusammenhang zwischen der deutschen und russischen Parteikrise einerseits und dem Verlauf des Weltkongresses andererseits her: Das vermeintliche russische Erfolgsrezept, »direkte Leitung durch das Zentrum«, bringe unerfahrene, wortradikale Nachwuchskader, »unbeschriebene Blätter«, auf die man den »reinen kommunistischen oder bolschewistischen Text« schreiben könne, zu Lasten erfahrener Kader in Führungsfunktionen, denen sie nicht gewachsen seien. Gerade dies gelte es zu verhindern, »sonst bekommen wir Phonographen oder Leierkasten, aber keine wirklichen Führer«. Dieser, vermutlich mit Brandler abgestimmte, unveröffentlicht gebliebene Artikel, wurde von der Fischer-Maslow-Führung zum Fraktionsmaterial erhoben und bildete einen der Hauptanklagepunkte im Parteiverfahren ge-

⁷⁴ Siehe insbesondere Weber: *Wandlung*, Bd. 1, S. 85ff.

⁷⁵ H. Brandler an C. Zetkin, 24. Februar 1924. In: *SAPMO-BArch*, NL 5/103.

⁷⁶ *Protokoll. Fünfter Kongress*, S. 219.

gen Brandler, Radek und Thalheimer vor der Zentralen Kontrollkommission (ZKK) der RKP, welches im März 1925 stattfand.⁷⁷ Erstmals wurden hier Methoden erprobt, wie Denunziation, Diffamierung des innerparteilichen Gegners, »Verhöre« angeblicher Fraktionsmitglieder und Verletzung des Postgeheimnisses. Die vergleichsweise milden Parteistrafen »strenge Rügen« und Verbot, sich innerhalb der KPD »in irgendwelcher Form« zu betätigen, entsprachen nicht den Erwartungen der Initiatoren. Da laut Beschluß der russischen ZKK Brandler eine direkte Beschäftigung innerhalb der Komintern untersagt war, mußte er seine Funktion als Leiter der Kooperativsektion aufgeben. Statt dessen wurde er vorübergehend in den Obersten Volkswirtschaftsrat der UdSSR berufen, wo er Einblicke in den schwierigen Aufbau der sowjetischen Wirtschaft bekam, die sein Bild der Sowjetunion nachhaltig prägen.

Nachdem seiner Frau Gertrud 1927 und Thalheimer im Frühjahr 1928 die Ausreise gestattet worden war, blieb Brandler allein in Moskau zurück.⁷⁸ Persönliche und politische Schwierigkeiten vermischten sich. Die anhaltende Isolierung wurde zur nervlichen Zerreißprobe. Deshalb teilte er dem ZK der KPD mit, daß wegen des Dauervorwurfs, »Hauptrepräsentant des Opportunismus zu sein«, seine Autorität in der Bauerninternationale, für die er seit 1927 tätig war, leide und jede erfolgreiche Arbeit in ihr unmöglich mache. Er beanspruche keine Führungsposition in der KPD, verlange aber »kategorisch« seine Ausreise nach Deutschland. Sollten die verantwortlichen Gremien der mittlerweile von Ernst Thälmann beherrschten KPD weiterhin der Meinung sein, daß er unfähig sei, »als gewöhnliches Parteimitglied im Lande zu leben, mit dessen revolutionärer Bewegung ich mit allen Fasern verwachsen bin, dann soll man mich ausschließen«⁷⁹.

Im Sommer/Herbst 1928 wurde immer deutlicher daß die Thälmann-Führung - mit Billigung Stalins - Brandlers Rückkehr unterband.⁸⁰ Vor dem Hintergrund des ausufernden Korruptions-

77 August Thalheimer: Der V. Kongreß der KI und seine Ergebnisse. In: Jens Becker u. a. (Hrsg.): Das erste Tribunal. Das Moskauer Parteiverfahren gegen Brandler, Thalheimer und Radek. Mainz 1993. S. 43-62; Beschuldigungen und protokollierte Sitzungen vor der ZKK der RKP sind wiedergegeben ebenda S. 63-179.

78 Siehe hierzu: Kaderakte Gertrud Brandler. In: SAPMO-BArch. IV 2/11/3643.

79 Brandler an Polbüro der RKP und der KPD, 13. August 1928. In: SAPMO-BArch. RY I 6/3/180.

80 Siehe hierzu und dem folgenden den gegen die Stimme von Arthur Ewert

skandals in der KPD (Thälmann-Wittorf-Affäre) und eines ergebnislosen Vier-Augen-Gesprächs mit Stalin, der Thälmann stützte, entschloß sich Brandler aufs Ganze zu gehen. Nachdem ihm das Politbüro der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) erneut einen Deutschland-Aufenthalt untersagte, verlangte er ultimativ die Aushändigung seines Reisepasses samt gültiger Visa.⁸¹ »Im Oktober (1928)«, bilanzierte Brandler, »werden es dreißig Jahre, daß ich politisch organisiert bin. Ich habe schon viel unangenehmes in meinem Leben tun und erdulden müssen. Der Gang zur deutschen Botschaft gegen die Behörden Sowjetrußlands ist ein schwerer Weg. Aber mir bleibt kein Ausweg, wenn ich nicht kapitulieren will. Und das will ich nicht mehr.«⁸² Nach dieser Kraftprobe kehrte er am 27. Oktober – nach mehr als vierjähriger Abwesenheit – nach Berlin zurück.⁸³

Parteiausschluß und Gründung der KPD(O)

Nach der von Stalin betriebenen Rehabilitierung Thälmanns ging der Apparat der KPD systematisch dazu über, oppositionelle Parteimitglieder, die sogenannten »rechtsopportunistischen Abweichungen«, durch Parteigänger Thälmanns zu ersetzen. Da Brandler und viele seiner Gefolgsleute den Hamburger Korruptionsskandal weiterhin zum Anlaß nahmen, »die Krankheit aufzudecken, deren Auswirkung der Fall Thälmann-Wittorf ist.«⁸⁴, war die Eskalation vorprogrammiert. Ihre Forderungen – Wahrung der innerparteilichen Demokratie durch freie Diskussion, Wahl- bzw. Absetzbarkeit der Parteifunktionäre und »Säuberung der Partei von den entarteten und korrupten Elementen« – hatten keine Durchsetzungschance.⁸⁵ Mit einer reichsweiten Veranstaltungsserie, in der vor allem Brandler als Zugpferd diente, sollte das Terrain für eigenständige organisatorische Strukturen des deutschen Rechtskommunismus er-

angenommenen Antrag des Polbüros der KPD vom 24.8.1927. In: SAPMO-BArch. RY I 2/3/8b.

81 Brandler an das Sekretariat Molotow, 13. Oktober 1928. In: SAPMO-BArch. NL 5/71.

82 Brandler an Zetkin, 14. Oktober 1928. In: SAPMO-BArch. RY I 2/5/19.

83 »Gegen den Strom« (im folgenden: GdS) vom 24. November 1928. S. 30.

84 Thalheimer, Walcher u.a. an das Exekutivkomitee der KI in Moskau, 18. Oktober 1928. In: GdS. Bd. 1. S. 39 (Vorwort zur Reprint-Ausgabe).*

85 Zit. nach Weber: Wandlung. Bd. 1. S. 207.

kundet werden.⁸⁶ Darüber hinaus konnte man nur mit einigen regionalen Parteizeitungen und mit Flugblättern die Mitglieder erreichen. Vor allem die von Brandler, Thalheimer und Walcher redigierte Zeitschrift *Gegen den Strom* avancierte in der Folgezeit zum wichtigsten Publikationsorgan der sich zur Jahreswende 1928/1929 konstituierenden Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition) (KPD(O)), die ihre Hochburgen in Berlin-Brandenburg, Sachsen, Thüringen, Württemberg, Südhessen, Hamburg und im Ruhrgebiet hatte.⁸⁷ Brandlers Ziel bestand darin, die KPD zu erobern, sie umzugestalten und, wenn möglich, zugleich mit ihr die von den Russen dominierte KI umzuwandeln. Das konnte nur durch einen Kompromiss zwischen Mitgliedschaft und Führung gelingen. Deshalb verstand sich die KPD(O) lediglich als »organisierte kommunistische Richtung«, die sich in Zielen und Grundsätzen nicht wesentlich vom offiziellen Parteikommunismus unterscheidet.⁸⁸ Auf der 1. Reichskonferenz der KPD(O) wurde Brandler in die Reichsleitung (RL) gewählt.⁸⁹

Der Parteiausschluß im Januar 1929 markierte eine Zäsur in seiner politischen Biographie, vergleichbar mit dem Kriegsausbruch 1914, der daraus resultierenden Parteispaltung und der Absetzung als Parteivorsitzender 1924. Trotz großer Anstrengungen der circa 3500 Mitglieder⁹⁰, Einbehaltung der Mandateinnahmen, Spenden von Sympathisanten und Genossenschaftsmodellen für den defizitären Zeitungsbetrieb, litt die KPD(O) unter chronischer Geldnot. Als Mitherausgeber von »Gegen den Strom«, dessen Stil das Gespann Brandler/Thalheimer »durch eine eigenartige Mischung von seriöser Sachlichkeit und handfester, wenngleich nicht primitiver Polemik« prägte⁹¹, und Chef des kleinen Junius-Verlages tat Brandler alles, was in seiner Macht stand, um die politische Arbeit der Gruppe voranzutreiben. Neben dem gewohnt hohen Arbeitspensum verschuldete er sich, damit durch Kredite die Verlagsarbeit

86 Zum Rechtskommunismus siehe grundlegend ebenda. Bd. I. S. 16f.; Tjaden. S. 119f.

87 Siehe dazu grundlegend Theodor Bergmann: »Gegen den Strom«. Die Geschichte der Kommunistischen Partei-Opposition. 2. Aufl. Hamburg 2001. S. 64.

88 Siehe Plattform der Kommunistischen Partei Deutschland (Opposition). Berlin 1930. S. 6; die Formulierung »organisierte kommunistische Richtung« dürfte auf Thalheimer zurückgehen, der sie wohl erstmals in seinem Vortrag »Um was geht es?« (Anm. 34), S. 68* verwandte.

89 Siehe GdS vom 12. Januar 1929. S. 131–132.

90 Siehe Tjaden. S. 120. 91 Ebenda. S. 131.

fortgesetzt werden konnte.⁹² Wie der Mensch Heinrich Brandler dieses nervenaufreibende Leben verkraftete, muß offen bleiben – die 1932 erfolgte Scheidung von seiner Frau Gertrud darf aber sicher als Tribut an sein rastloses Politikerleben interpretiert werden.⁹³

Insgesamt hielt Brandler an seiner Strategie fest, mittels Einheitsfrontpolitik die Revolutionierung der Massen voranzutreiben. Zu schaffen machte ihm jedoch die krasse Ablehnung entsprechender KPD(O)-Initiativen durch die Führungen der anderen Arbeiterorganisationen. Geißelten KI- und KPD-Führung weiterhin den »Brandlerismus« als ideologische Abweichung, diente die Personalisierung des Streits dazu, Brandler vor der KPD-Mitgliedschaft restlos abzuqualifizieren. Ähnlich wie Trotzki wurde Brandler zum bevorzugten Diffamierungsobjekt der stalinistischen Propagandamaschinerie. Zwar waren Brandlers Angriffe auf Thälmann, Neumann und andere prominente KPD-Führer polemisch und wenig schmeichelhaft für die Betroffenen. Doch die primitive Art und Weise, wie der KPD-Apparat zurückschlug, dürfte auch den hartgesotenen Brandler abgestoßen haben, denn über die Positionen der KPD(O) fand keine inhaltliche Debatte statt – ein Faktum, das, wenn auch nuancierter, von der DDR-Historiographie fortgesetzt wurde.⁹⁴ So warfen etwa in Leipzig, wo Brandler vor rund 2000 Besuchern sprach, KPD-Mitglieder Bierkrüge in Richtung Podium. Um ihr Ziel, die Auflösung der Versammlung durch die Polizei, zu erreichen, nahmen sie billigend mehrere Schwerverletzte in Kauf, womit sie in die »engste Nachbarschaft der Faschisten« gerieten.⁹⁵

Die Machtübernahme der NSDAP bedeutete die Freisetzung einer ungeheuren Gewaltspirale. Drastisch hob Brandler die Gefahren hervor, die der Arbeiterbewegung drohten, wenn die Staatsgewalt in die Hände der SA-Horde geriet. In einem »Arpo«-Artikel betonte er: »Der Faschismus bedeutet für die deutsche Arbeiterklasse Beseitigung aller Errungenschaften eines siebenzigjährigen schweren proletarischen Klassenkampfes. Der Sieg des Faschismus bedeutet ...

92 Bergmann: »Gegen den Strom«. S. 209.

93 Die am 8.11.1917 in Chemnitz geschlossene Ehe zwischen Heinrich und Gertrud Brandler (geb. Seidel) wurde am 28.9.1932 rechtskräftig durch das Landgericht Berlin geschieden. (Siehe Heiratsbuch des Standesamts Chemnitz I, Nr. 371).

94 Siehe Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 4. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin 1966. S. 181ff.

95 GdS vom 4. Mai 1929. S. 374.

Rückfall in die Barbarei. ... Einen anderen Ausweg wie die Er kämpfung der proletarischen Einheitsfront zum Widerstand gegen die Kapitaloffensive und den drohenden Faschismus gibt es nicht mehr.⁹⁶ Wer wie SPD und ADGB den Arbeitern einrede, den Sieg des Faschismus mit dem Stimmzettel verhindern zu können, betrüge sie. Wer dagegen wie KPD und KI undifferenziert von Sozialfaschismus spreche, die Gewerkschaften spalte und sinnlose Streiks provoziere, entmutige die Arbeiterschaft und verdamme den Abwehrkampf gegen den Faschismus zur Ohnmacht.⁹⁷ Unterschiedliche Formen politischen oder klassenmäßigen Bewußtseins waren für Brandler ein durch Erziehungs- und Agitationsarbeit lösbares Problem: »Wenn wir noch keine entscheidende Anziehungskraft auf breite Arbeitermassen auszuüben vermögen, so deshalb, weil man trotz Einverständnis mit unserer richtigen Politik, uns noch für zu schwach hält, SPD und KPD zu ersetzen. ... Diesen Irrtum gilt es durch verstärkte Propaganda unserer richtigen Politik zu bekämpfen.«⁹⁸

Exil (1933–1947)

Durch die bereits 1932 erfolgte Umstellung auf die Illegalität und die rechtzeitige Ausreise wichtiger Führungsmitglieder – Brandler verließ Deutschland im Februar 1933 – hatte die KPD(O) rechtzeitig Vorsorge getroffen, um nicht von der drohenden NS-Diktatur über rumpelt und vollständig liquidiert zu werden. Hingegen verbarg sich hinter der Revolutionsrhetorik der KPD eine konzeptlose Parteiführung, die, unzureichend auf die Illegalität vorbereitet, das organisatorische Desaster 1933 zu verantworten hatte.⁹⁹ Ähnlich desaströs erwies sich die Illusion vieler SPD- und ADGB-Funktionäre, man könne die eigenen Organisationen, wie zu Zeiten des Bismarckschen Sozialistengesetzes, durch geschicktes Taktieren

⁹⁶ Heinrich Brandler: *Unser Sieg! Trotz alledem! Kampfmai 1931*. In: »Arbeiterpolitik« (Arpo) vom 1. Mai 1931.

⁹⁷ Heinrich Brandler: *Die kommunistische Opposition im Wahlkampf*. In: *GdS* vom 18. Juli 1930. S. 468.

⁹⁸ Heinrich Brandler: *Wo stehen wir?* In: »Der Junge Kämpfer«, Organ der KJV-Opposition. Nr. 5/1930. S. 56.

⁹⁹ Siehe Siegfried Bahne: *Die Kommunistische Partei Deutschlands*. In: Erich Matthias / Rudolf Morsey (Hrsg.): *Das Ende der Parteien*. Düsseldorf 1979. S. 699ff. Siehe auch Johannes Wachtler: *Zwischen Revolutionserwartung und Untergang. Die Vorbereitung der KPD auf die Illegalität 1929–1933*, Frankfurt am Main 1983.

und unauffälliges Auftreten retten.¹⁰⁰ Warnungen der KPD(O) vor der These, Deutschland sei nicht Italien, blieben unbeachtet, so daß die großen Arbeiterorganisationen das Ausmaß des NS-Terrors unterschätzten.¹⁰¹ Am 4. März 1933 konstituierte sich mit Brandler, Leo Borochowicz und Thalheimer das Auslandskomitee (AK)¹⁰², welches der KPD(O)-Inlandsleitung, dem Berliner Komitee (BK), gleichgestellt war. Diese Sprechergruppe und ihr Umfeld redigierten neben der vierseitigen Tageszeitung der elsässischen KPD(O) »Neue Welt« auch »Gegen den Strom« und publizierten Materialien der von Brandler 1930 mitbegründeten IVKO sowie Flugblätter für den Widerstand, um das Deutschlandbild der öffentlichen Meinung in den Zufluchtsstaaten zu beeinflussen.¹⁰³ Im Sommer 1933 wurde den AK-Mitgliedern der Aufenthalt in Straßburg polizeilich verboten, weshalb sie nach Paris übersiedelten.¹⁰⁴ Der Anspruch, als AK- und IVKO-Sprecher ernstgenommen zu werden, erweist sich als jener rote Faden, der Brandlers Tätigkeit 1933–1939 prägen sollte. Anhand von Brandlers Pariser Exiljahren läßt sich zeigen, daß das AK seine Vormachtstellung gegenüber anderen Führungsgremien auszubauen suchte. Die bei vielen Oppositionsgruppen auftretende »Verlagerung der Initiative von innen« in das sich auf-fächernde Exil (war) weniger das Resultat einer geplanten Verlegung.¹⁰⁵ Vielmehr handelte es sich um einen Reflex auf die zugespitzten innenpolitischen Verhältnisse im Dritten Reich. Außerdem hingen diese Maßnahmen eng mit der politischen und militärischen Entwicklung in Europa (z. B. Volksfrontpolitik, spanischer Bürgerkrieg, Moskauer Prozesse oder Vormarsch des Faschismus) zusammen.

Das von den französischen Kommunisten und Sozialisten getragene Volksfrontprojekt, das eine Zusammenarbeit mit anderen antifaschistischen Parteien einschloß, leitete eine Wende der KI ein.

100 Solches Wunschdenken fand seinen Ausdruck in Leiparts Formel »Organisation – nicht Demonstration ist die Parole der Stunde. Die Gewerkschaften haben Jahrzehnte hindurch in diesem Geiste gehandelt«.

101 Siehe Bergmann: »Gegen den Strom«, S. 212f.

102 Brandler an Wolfgang Abendroth, 2. Dezember 1955. In: Privatarchiv Jens Becker.

103 Peter Steinbach: Widerstand gegen den Nationalsozialismus aus dem Exil? Zur politischen und räumlichen Struktur der deutschen Emigration 1933–45. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (GWU), 41 (1990), S. 592.

104 Tjaden. S. 323ff.

105 Steinbach: Widerstand. S. 600.

Nach internen Reibereien zog die KPD, die bereits 1934 von der wahnhaften Sozialfaschismusthese abgerückt war, wenig später nach.¹⁰⁶ Wegen des partiellen Abrückens von ihren ultralinken Beschlüssen ihres 6. Kongresses wurden im Vorfeld des 7. Kongresses der KI an der KPD(O)-Basis Stimmen laut, welche die Trennung der Parteiopposition von der KI rückgängig machen wollten.¹⁰⁷ Auf ihrer 1. Illegalen Auslandskonferenz im April 1934 holte sich die KPD(O)-Führung daher von den Delegierten ein zweifaches Mandat: Zum einen ließ sie sich die Losung von der Vereinigung aller kommunistischen Kräfte bestätigen, zum anderen den Vorschlag an das EKKI, IVKO-Vertreter mit beratender Stimme am 7. Weltkongreß der KI teilnehmen zu lassen.

Vor diesem Hintergrund fand das erste Pariser Gespräch mit Brandler statt, zu dem dieser vom EKKI am 7. September 1934 eingeladen worden war.¹⁰⁸ Man wolle nicht von Partei zu Partei verhandeln, sondern ein Gespräch unter Genossen führen, eröffnete Brandler den KPD-Vertretern. Die KPD(O) habe nur auf Grund taktischer Differenzen sechs Jahre die ultralinke Parteilinie bekämpft. Weder fand Brandlers Vorschlag, eine gemeinsame Führung zu bilden, Anklang, noch herrschte Einigkeit darüber, ob die von den beiden ZK-Vertretern gewünschten Aktionsgemeinschaften zwischen KPD(O) und KPD in Deutschland geschaffen werden sollten.¹⁰⁹ Eine Annäherung beider Standpunkte hätte ein Nachgeben der KPD(O) bedeutet.

Gegen Ende der dreißiger Jahre befand sich die KPD(O), wie nahezu die gesamte europäische Arbeiterbewegung, in einer Niedrigsphase. Die Auflösung des Londoner Büros, Koordinierungsstelle der linkssozialistischen Kleingruppen, und die Auflösung der IVKO waren berechte Beispiele.¹¹⁰ Brandlers 1939 auf der Februar-

106 Siehe die Diskussion innerhalb der KPD in: Die Brüsseler Konferenz der KPD (3.–15. Oktober 1935). Hrsg. und eingeleitet von K. Mammach. Berlin 1975. Siehe jetzt auch Protokoll der »Brüsseler Konferenz« der KPD 1935. München 1997 sowie die CD-ROM-Edition bei Dietz 2000 (=Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. Bd. II. Hrsg. von Klaus Kinner).

107 Siehe Tjaden. S. 324. 108 Bericht über die Verhandlungen mit Brandler. In: SAPMO-B.Arch. RY I 2/3/411. Bl. 47; ohne vorherige Rücksprache erschien Brandler in Begleitung Thalheimers.

109 Ohne formelle Garantien bargen gemeinsame Organisationsformen für die KPD(O) die Gefahr, von der wesentlich größeren KPD vereinnahmt zu werden.

110 Siehe Willi Buschak: Das Londoner Büro. Europäische Linkssozialisten in der Zwischenkriegszeit. Amsterdam 1985. S. 277ff.

konferenz der »Internationalen Front gegen den Krieg« geäußerte These, wonach die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung defätistisch eingestellt sei und ein Teil von ihr Sabotageakte gegen die deutschen Kriegsvorbereitungen unternahme, klang wirklichkeitsfremd und war Ausdruck von Fehleinschätzungen, denen viele Emigranten unterlagen.¹¹¹ Abgesehen von der Unzufriedenheit wegen des enormen Arbeitsdrucks gab es in der Bevölkerung angesichts der außenpolitischen Erfolge eher einen »passiven Grundkonsens mit dem Regime«.¹¹² Auch Brandler befürwortete den Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Nachdem sich wegen der Stellung der KPD(O) zum Krieg das AK in eine Mehrheits- (Brandler und Thalheimer) und Minderheitsfraktion (Leo) spaltete und die 25- bis 30köpfige Pariser KPD(O)-Gruppe in zwei Lager zerfiel, löste sich der organisierte Rechtskommunismus auf.¹¹³

Die im September 1939 erfolgte Internierung Brandlers und Thalheimers verdeutlicht das harte Los vieler Antifaschisten.¹¹⁴ Ein ärztliches Attest ermöglichte es dem rückenkranken Brandler, am 14. Oktober mit der Auflage freizukommen, »sich in seine Privatwohnung zu begeben, wo er sich zur Verfügung der Polizei halten muß«.¹¹⁵ Um einer Verhaftung durch die Wehrmacht zu entgehen, floh er im Sommer 1940 zu befreundeten Genossen nach Südfrankreich.¹¹⁶ Anstelle des beantragten USA-Visums erhielten Brandler und die Thalheimers eine Einreiseerlaubnis für Kuba. Am 9. September schifften sie sich in Lissabon nach Havanna ein, wo sie am 21. des selben Monats eintrafen.¹¹⁷ Nach einem neuntägigem Zwangsaufenthalt im Internierungslager verhalf ihm Boris Golden-

111 H. Brandler (=Gen. Roth): *Krieg und Gewerkschaften. Rede des Vertreters der KPDO auf der Februartagung der »Internationalen Front gegen den Krieg«.* Paris 1939. In: *Arbejderbevaegelsens Bibliotek og Arkiv, Kopenhagen* (im folgenden: *ABA*), *NL Heucke; die kritische Sicht Buschaks*. S. 305.

112 Siehe Francis L. Carsten: *Widerstand gegen Hitler. Die deutschen Arbeiter und die Nazis.* Frankfurt am Main/Leipzig 1996. S. 116 und 177ff.

113 *Internationale Korrespondenz*. Juni 1939. S. 5.

114 *Mündlicher Bericht Rudolf Zollmann, Niederschrift*. 21.10.1962. In: *Privatarchiv Jens Becker*.

115 *Übersetzte Kopie der Bescheinigung des Chefarztes des Krankenhauses »Ambroise Pare«, Boulogne*, 14.10.1939. In: *ABA, Arkiv 141 (NL Brandler)*.

116 *Eidesstattliche Erklärung der Eheleute Philipp und Toni Pless*. 17.7.1950. In: *ABA, Arkiv 144 (NL Brandler)*.

117 H. Brandler an A. Futran, 6. Februar 1944. *Ebenda*.

berg in Havanna zu einem Zimmer.¹¹⁸ Die materielle Hilfe des »American Joint« reichte nur für das Existenzminimum. Nach Abzug der Miete blieben Brandler noch 13 US-Dollar zum Leben – angesichts seines medizinisch zu behandelnden Rückenleidens ein geringer Betrag.¹¹⁹ Ohne ständige Bittgesuche bei Hilfsorganisationen und deren Unterstützung wäre das Leben noch schwieriger geworden. »Faktisch«, berichtete Brandlers ehemaliger Widersacher, Maslow, »geht er nicht aus seinem Zimmer, da er nach zehn Minuten auf den Beinen sich irgendwo setzen muß und wirklich kein Geld hat: Sein Abendbrot, das er vor mir aß, waren drei Bananen«¹²⁰.

Sich von Hitler selbst zu befreien, schlußfolgerte Brandler 1945, dazu war die deutsche Arbeiterklasse nicht in der Lage. Sie bedurfte der Hilfe von außen. Anknüpfend an Lenins Parteikonzeption führte er das unter anderem auf das Fehlen eines »führenden Kerns, der fähig ist, die Massen zum Kampf vorzubereiten und gegen die schwankende herrschende Klasse zu führen.« Daneben kettete laut Brandler die völlig verfehlte und antirevolutionäre Kriegszielpolitik der Alliierten – bedingungslose Kapitulation, Kollektivschuldthese, Zerstückelung Deutschlands – die Bevölkerung an das NS-Regime. Insbesondere dem amerikanischen und britischen Imperialismus ginge es vorrangig um die Vernichtung des deutschen Konkurrenten.¹²¹ Skeptisch stand Brandler auch der machtzentrierten Politik Stalins gegenüber, dem er – nach den Erfahrungen in Spanien – zu Recht unterstellte, an einer selbständigen revolutionären Bewegung in Deutschland kein wirkliches Interesse zu haben.¹²²

118 Brandler an Dora Nichtenhauser, 7. Oktober 1941. In: *Archiv der sozialen Demokratie*. NL Butlinger.

119 Siehe Brandler an N. N., 4. Februar 1942. In: *Privatarchiv Theodor Bergmann*.

120 Maslow an Fischer, 11. Oktober 1941. In: *Ruth Fischer / Arkadij Maslow: Abtrünnig wider Willen. Aus Briefen und Manuskripten des Exils*. Hrsg. von Peter Lübke. München 1990. S. 124. Auch die Brüder Josef und Theodor Bergmann halfen, so gut sie konnten, aus dem schwedischen Exil.

121 Siehe Brandler an N. N., 15. Mai 1945. In: *ABA. Arkiv 224. Kass. 2 (NL. Grdf)*.

122 Brandler an N. N., 12. März 1945. *Ebenda*.

Politische Arbeit im kapitalistischen Nachkriegsdeutschland

Mit den von Thalheimer verfaßten und von Brandler redigierten »Internationale[n] monatliche[n] Übersichten 1945–48« hofften beide, größere Teile der Arbeiterschaft anzusprechen und unter dem revolutionären Banner vereinigen zu können.¹²³ Der in großen Teilen der Arbeiterklasse und auch bei Teilen der KPD(O)-Restkader vorhandene Wille zur »Einheit« der Arbeiterbewegung wurde von Brandler und Thalheimer wohl registriert. Eine Kooperation mit der SPD oder eine – ohne Rehabilitation erfolgte – Rückkehr in der KPD kam für sie nicht in Frage.¹²⁴ Da Brandler dem Stalinismus in seiner damals bestehenden Form und der Sozialdemokratie grundsätzlich die Fähigkeit dazu absprach, verwies er selbstbewußt auf die historische Leistung der KPD(O): »Wir haben (gegen die Bolschewisierung – d. V.) gekämpft und sind deshalb ausgeschlossen worden – und, um auf dem Boden der kommunistischen Grundsätze weiterkämpfen zu können, haben wir uns selbständig organisiert. Unsere Gruppe ist von Hitler vernichtet worden wie die KP. Aber was nicht vernichtet werden konnte, ist unsere kritische Arbeit. Auf sachkundige konkrete Kritik werden wir uns noch eine ganze Weile beschränken müssen. Aber das wird ein solides Fundament abgeben für die neue KP.«¹²⁵

¹²³ Siehe Fußnote 135.

¹²⁴ Ohne Zweifel erkannten die ehemaligen KPD(O)-Kader die politisch-theoretische Führungsrolle Brandlers und Thalheimers an. Trotz späterer Avancen seitens der SED kam für beide der Eintritt in KPD oder SED nur dann in Frage, wenn alle Beschuldigungen aus der Vergangenheit widerrufen würden und mit einer öffentlichen Rehabilitation verbunden wären. Hielt er es 1946 zumindest für denkbar, dass von der SED aufgestellte Minimalprogramm (Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des ZK und des Parteivorstandes. Bd. 1. Berlin 1952. S. 5–10; zur Geschichte der SED: Andreas Malycha: Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950. Berlin 1996) hinsichtlich seiner – zu modifizierenden – Anwendung auf die Westsektoren zu diskutieren (H. Brandler an N.N., 7. Dezember 1946), stellte er 1949 ernüchert fest, die SED sei bereits »vernutzt«, weil sie als willfähriger »Handlanger« der sowjetischen Besatzungspolitik den Hass der Arbeitermassen auf sich ziehe (H. Brandler an Deutscher, 8. Juni 1949. In: Unabhängige Kommunisten. S. 17). – Später, im November 1956, sollte Brandler berichten, schon zweimal von einem in Ost-Berlin tätigen ehemaligen KPD(O)-Genossen besucht worden zu sein. Dessen Aufforderung, zur Aussprache in die DDR zu kommen, stand Brandler skeptisch gegenüber. »Ich habe zur Bedingung gemacht, erst öffentliche Zurück-

Ohne die Unterstützung von Harold J. Laski und Fenner Brockway hätte Brandler kein Besuchervisum erhalten, womit er am 26. September 1947 nach Großbritannien einreisen konnte. Der unerwartete Tod von August Thalheimer war ein weiterer Schlag. Nunmehr fehlte ihm der wichtigste Gesprächspartner für theoretische Fragen, so daß ihm in den Folgejahren mitunter gravierende Fehltritte zu wichtigen politischen Problemen unterliefen. Im Frühjahr 1949 gelang Brandler endlich die Rückkehr nach Deutschland. Am 9. Mai kam er in Hamburg an, wo er vom Ehepaar Ruhnau ein eigenes Zimmer zur Verfügung gestellt bekam.¹²⁶ Bereits Anfang Juni 1949 unternahm Brandler seine erste Reise, um Arpo-Gruppen in Solingen, Frankfurt am Main, Nürnberg und Stuttgart zu besuchen. Trotz der Wiedersehensfreude übersah Brandler nicht, daß viele Genossen »starr in ihrem Denken stecken geblieben sind. Auch, daß sie sich fast durchgängig nicht ganz klar gemacht haben, daß man nicht mit alten Methoden heute unter ganz veränderten Voraussetzungen wieder anfangen kann«¹²⁷.

nahme der Anschuldigung, daß ich amerikanischer Agent sei» (Brandler an Boserup, 17. November 1956). Offenbar befürwortete die vom selben Emissär aufgesuchte Berliner Arpo-Gruppe eine solche Aussprache, denn Brandler schrieb an Boserup: »Unsere Berliner Genossen werden von Wunschkücheln genarrt und sehen mich ... schon im ZK. Ja, wenn wir eine Kraft in der DDR oder hier wären. Aber wir sind keine« (ebenda). Boserup warnte Brandler davor, sich »in eine zweideutige Situation hineinmanövrieren« zu lassen. Ferner solle er auf seine persönliche Sicherheit achten. Angesichts der bei der Entführung des ungarischen Ministerpräsidenten Imre Nagy sichtbar gewordenen Praktiken der stalinistischen Geheimdienste, war das eine plausible Warnung. (M. Boserup an H. Brandler, 23. November 1956.) Gegenüber der Berliner Arpo-Gruppe stellte Brandler klar: »Macht von Euch aus keine Anstalten, wenn [SED-Emissäre – d. V.] zu Euch kommen, hört was sie sagen und sagt: Ihr habt keine weiteren Vollmachten in meinem Namen. Wenn sie etwas von mir wollen, sollen sie zu mir kommen. Habt keine Angst, daß sie mich hier stehlen oder umbringen. Für dieses Gemüse ist zur Zeit keine Saison. Wir werden schon mit ihnen fertig.« (H. Brandler an N. N., 19. November 1956. Anlage zum Boserup-Brief, 17. November 1956); der gesamte Briefwechsel in: ABA, Arkiv 147. Kass. 4 (NL Boserup).

¹²⁵ Brandler an N. N., 16. März 1945. In: ABA, Arkiv 224. Kass. 2 (NL Gräßl).

¹²⁶ Brandler an Boserup, 10. Mai 1949. In: ABA, Arkiv 147. Kass. 4 (NL Boserup).

¹²⁷ Brandler an Boserup, o. D. (Juni 1949). In: ABA (NL Boserup); siehe auch: Brandler an Deutscher, 8. Juni 1949. In: Unabhängige Kommunisten. S. 16.

Zwischen 1948 und 1950 steigerte Brandler seine, bereits in den dreißiger Jahren mit Thalheimer begonnene Arbeit¹²⁸ über die Entwicklung in der Sowjetunion. Wichtiger war ihm jedoch das Fortbestehen der Arpo. »Wenn wir die Redaktion schaffen könnten«, hoffte Brandler, der selbst viele Artikel beisteuerte, »wäre das der Kern der künftigen Leitung. Das Ziel meiner Rückkehr wäre dann erreicht, ich könnte ruhig abkratzen«. ¹²⁹ Doch unterschiedliche Auffassungen zu verschiedenen politischen Ereignissen verschärfen innerhalb der Redaktion die Spannungen. Hierbei ging es beispielsweise um die »Berliner Revolte« vom 17. Juni 1953, in der Brandler, anders als I. Deutscher, keinen konterrevolutionären Akt sah, sondern eine »spontane unorganisierte Erhebung« der Arbeiter gegen die »Mißwirtschaft der SED-Bürokraten und die Übertragung russischer Methoden und Ausplünderung durch Reparationen«, die ein »Hemmnis für die ... Entwicklung zum Sozialismus« darstellten¹³⁰; um die Entwicklung in Ungarn und Polen, die er lediglich unter dem Aspekt der Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen den einander feindlich gegenüberstehenden Blöcken interpretierte und nicht als Versuche einer Loslösung von stalinistischen Prinzipien sowie um den XX. Parteitag der KPdSU, dem er wegen der durchgängigen Bürokratisierung der sowjetischen Gesellschaft kaum Erneuerungschancen zubilligte. Dazu kamen persönliche Animositäten innerhalb der Arpo-Redaktion. Ziemlich verbittert kommentierte Brandler am 16. Juli 1956 die gravierenden Differenzen innerhalb der Gruppe Arbeiterpolitik, die er mit seinem Rückzug aus der Redaktion und der laufenden politischen Arbeit verband: Seinen Versuch, eine qualifizierte Kadergruppe zu schaffen, betrachtete er als gescheitert: »Es war nicht möglich, ein halbes Dutzend zur politischen und organisatorischen Leitung fähige Genossen zu finden. Deshalb war es auch nicht möglich, aus den fortgeschrittensten Menschen 2-3000 Kader zu bilden. Was wir

¹²⁸ Zur Krise in der Sowjetunion. Hrsg. vom Büro der IVKO, Juni/Juli 1937. Wolfisheim 1937; August Thalheimer: Die Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion. Die Sowjetunion von heute und die sozialistische Revolution in fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern. Hrsg. von der Gruppe Arbeiterpolitik. o. O. o. J.; Heinrich Brandler: Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (1950). Hrsg. und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik. o. O. 1982.

¹²⁹ Brandler an Mogens Boserup, o. D. (April 1951). In: ABA. Arkiv 147. Kass. 4 (NL Boserup).

¹³⁰ Brandler an Deutscher, 1. August 1953. In: Unabhängige Kommunisten. S. 97f., 100.

jetzt als sogenannte Gruppe Arbeiterpolitik haben, ist keine organisierte kommunistische Richtung, denn sie hat keine Leitung.«¹³¹ Der eskalierende Streit zwischen Brandler und seinem ehemaligen Schüler Rudi Hanke – Theodor Bergmann verließ bereits 1952 die Redaktion der Arpo – endete mit der Spaltung der Gruppe in zwei Lager, wobei Brandler die Minderheit repräsentierte.¹³² All das verhinderte die Erfüllung des späten Lebensstraums des alternden Revolutionärs und führte Ende 1959 gar zur Einstellung der Zeitung.

Angesichts der vorherrschenden Kräftekonstellationen gab es jedoch für Brandler zum sowjetischen »Sozialismus in Barbarengestalt«¹³³ keine Alternative. »Trotz aller Barbarei der Stalinschen Periode; sie war das Durchgangsstadium zur Überwindung der Rückständigkeit«¹³⁴ – von dieser Formel rückte er Zeit seines Lebens nicht mehr ab. Doch sollte man sich davor hüten, nicht auch die andere Seite in Brandlers Sowjetbild zu beachten. Der »sogenannte Marxismus von heute«, schrieb er 1946, habe mit Marx' und Engels' Konzeption nichts gemein. Der siegreiche Stalinismus sei lediglich »eine Karrikatur auf Marxens dialektischen Materialismus«¹³⁵. Neben den für die Gruppe Arbeiterpolitik wichtigen Themen, Verhältnis zur Sowjetunion und zum Realsozialismus überhaupt, ging es in den Diskussionen im wesentlichen um die Frage, wie der Einfluß kritischer Marxisten auf die Arbeiterschaft im Westen vergrößert werden könne. Brandler wollte sich offenbar nicht damit abfinden, daß »Wirtschaftswunder« und Sozialpartnerschaft von einem Großteil der Arbeiterklasse längst akzeptiert wurden. Ihre »Verbürgerlichung«, die man auch als Integration in das System bezeichnen kann, war ihm genauso zuwider, wie das ausschließliche Schielen auf höhere Lohnprozentpunkte. Der neu entstandene »Arbeiterbürger«, schimpfte er 1956, sei noch schlimmer als die »übelste Sorte des Kleinbürgers«¹³⁶. Doch statt den Arbeitern

131 Brandler an Boserup, 16. Juli 1956. Ebenda. S. 237.

132 Brandler an Deutscher, 29. April 1956, 30. November 1956, 31. März 1957. Ebenda. S. 148ff., 157f. und 162ff.

133 Thalheimer an Brandler, 26. Juli 1948. In: August Thalheimer: Ostblock–Westblock. Welt- und Deutschlandpolitik nach dem 2. Weltkrieg. Internationale Übersichten 1945–1948, erweitert durch Briefe und Dokumente. Hrsg. und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik. o. O. 1992. S. 354.

134 Brandler an Deutscher, 31. August 1957. In: Unabhängige Kommunisten. S. 167.

135 Brandler an N. N., 10. 6. 1946; H. Brandler an M. Boserup, 22. 10. 1952. In: ABA, Arkiv 147, Kass. 4 (NL Boserup).

136 Brandler an Boserup, 16. 7. 1956. In: Unabhängige Kommunisten. S. 237.

»das Erbärmliche« ihrer »Lage bewußt zu machen«, rede die von Hanke gestaltete Arpo denjenigen nach dem Maul, die den »Partei- und Gewerkschaftsbonzen« vorwarfen, nicht genug für sie herauszuholen.¹³⁷

Auch in seinen letzten Lebensjahren Brandler an der These fest, eine Arbeiterelite müsse das Proletariat zum Kommunismus führen. »Auch im Wirtschaftswunder der Vollbeschäftigung«, konzedierte er in einem seiner späten Artikel, der sich wie ein politisches Testament lesen läßt, »leben das Proletariat und die Angestellten ... allein vom Verkauf ihrer Arbeitskraft ... Wenn der Kapitalist keine profitable Verwendung für sie hat, kann er sie zu keinem Preis kaufen, weil er sonst bankrott macht. Alle Phrasen von Humanität, Freiheit und Menschenrecht ändern daran nichts. Es ist eure Aufgabe, den Massen zu helfen, dies zu begreifen. Dann werden sie aus Untertanen Kämpfer, die sich ihr Bürgerrecht der sozialistischen Gesellschaft erkämpfen können.«¹³⁸

Nach energischen Beschwerden über die Zustände in einem privaten Pflegeheim im April 1967 wieder in seine Wohnung zurückgekehrt, beendete er hier am 26. September 1967 im stillem Kampf gegen die »unerbitlich zehrende Krankheit« sein ereignisreiches Leben.¹³⁹

137 Ebenda, S. 239.

138 Zitiert nach Heinrich Brandler, Brief an unsere Freunde. In: Briefe an unsere Leser. Informationen der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik. Januar 1960 – November 1962, Reprint, o. O., S. 11.

139 Siehe hierzu Fritz Ruhnau an Wolfgang Abendroth, 19. 9. 1967. In: ABA, Arkiv 144, Kass. 20; Sterbeurkunde des Standesamtes Barmbeck/Uhlenhorst, Nr. 3262, 27.9.1967.

HARALD JENTSCH

*AUGUST THALHEIMERS KRITIK
AN DER POLITIK VON KPD UND
KOMMUNISTISCHER INTERNATIONALE*

Es ist in diesem kurzen Beitrag unmöglich, eine umfassende oder auch nur ausgewogene Darstellung der Kritik August Thalheimers an der Politik von KPD und Kommunistischer Internationale zu geben. Dennoch sollen einige Eckpunkte aufgezeigt und Anregungen zur weiteren Beschäftigung mit den Auffassungen dieses kritischen Kommunisten gegeben werden.

Den Beginn der kritischen Haltung Thalheimers zur Politik der KPD-Führung kann man mit den Auseinandersetzungen um den »deutschen Oktober« 1923 ansetzen. Interne Auseinandersetzung um die anzuwendende Taktik hatte es in der KPD seit ihrer Gründung gegeben. Thalheimer war als Mitglied ihrer Zentrale und einer ihrer theoretischen Köpfe von Beginn an in diese involviert. Bis zum Ende des Jahres 1923 war er dabei allerdings immer selbst auf der Seite der sich durchsetzenden Parteiführung. Selbst als er 1921 als Verfechter der »Offensivtheorie« von Lenin heftige Kritik einstecken mußte, gehörte er schließlich doch wieder zur »Siegerseite«. Die KPD-Führung vollzog zwar eine Wende zur Einheitsfronttaktik, womit sich Levys richtige Auffassung durchsetzte, Levi selbst aber wurde wegen Disziplinbruchs aus der Partei geworfen. Thalheimer jedoch wurde vom Theoretiker der »Offensivtheorie« zu einem der Begründer der Einheitsfront und der Arbeiterregierung und avancierte damit zum »Cheftheoretiker« der KPD überhaupt. Erst mit der Durchsetzung der Fischer-Maslow-Gruppe und der von ihr forcierten Linksentwicklung der KPD im ersten Halbjahr 1924 gehörte er erstmals zu den Verlierern.

Hier sei jedoch eingeflochten, daß Thalheimer – wenngleich seit Gründung der KPD Mitglied ihrer Zentrale – zwar ein Parteifunktionär war, nicht aber im eigentlichen Sinne ein Parteiführer. Er war ein politischer Intellektueller, ein theoretisierender Politiker, der eher im Hintergrund agierte, als in der Öffentlichkeit. Sein Instrument war das geschriebene Wort, nicht der öffentliche Auftritt in Versammlungen. In der Geschichte spricht man heute oft von der »Brandler-Thalheimer-Führung«, doch ist das meines Erachtens eine nachträgliche Erfindung. Die im Januar 1923 vom 8. Parteitag der KPD in Leipzig gewählte Zentrale war, wenn man sie über-

haupt auf zwei/drei Personen reduzieren will, eher eine Brandler-Koenen- oder eine Brandler-Koenen-Kleine-Zentrale als eine Brandler-Thalheimer-Zentrale. Denn diese drei Personen bestimmten 1923 maßgeblich die Geschicke der KPD. Erst ab Dezember 1923 gab es eine »Brandler-Thalheimer-Gruppe«, als beide mit dem Vorlegen eigener Thesen zur Oktoberniederlage zur Beantwortung des »Geschlossenen Briefes« des EKKI an die Zentrale der KPD ungewollt das Auseinanderbrechen der bisherigen Zentrale-Mehrheit initiierten. Die bisherigen »Brandlerianer« um Wilhelm Koenen, August Kleine-Guralski, Walter Stoecker, Hugo Eberlein und Hermann Remmele, die jetzt als »Mittelgruppe« um den Erhalt ihrer Posten in der Parteiführung kämpften, suchten sich krampfhaft von der »Brandler-Thalheimer-Gruppe« zu distanzieren, und »erfanden« zur Ablenkung von ihrer eigenen Verantwortung für die KPD-Politik im Jahre 1923 die »Brandler-Thalheimer-Zentrale«. Entgegen aller Tatsachen behaupteten sie, eigentlich hätten diese beiden die fehlgeschlagene Politik der KPD bestimmt, sie selbst jedoch seien lediglich verführt worden oder hätten sich gegen die beiden nicht durchsetzen können.

Bei alledem und auch trotz seiner Thesen hätte Thalheimer 1923/1924 alle Möglichkeiten gehabt, bis zum Frankfurter Parteitag in der engeren Parteiführung zu bleiben und auch auf dem Frankfurter Parteitag wieder in die Zentrale gewählt zu werden. Grigorij Sinowjew immerhin drängte noch bis April darauf. Auch nach Auffassung Koenens und Stoeckers, die bereits Anfang Januar 1924 – noch vor den Ergebnissen der Moskauer Beratungen – bereit waren, die Zentrale weiter von links zu stärken, sollte Thalheimer auch der neuen, aus drei Gruppen bestehenden neunköpfigen Zentrale angehören: »1. Gruppe: Maslow, Ruth und noch ein Linker; 2. Gruppe: Thalheimer – Walcher; 3. Gruppe: Stoecker, Koenen, Klein[c], Böttcher.« Brandler und die anderen »Böcke«, die den Oktoberkampf »versaut« haben«, sollten hingegen fallen gelassen werden.¹ Brandler, der sich – um einem Parteiausschluß zuvorzukommen – mit Absichten einer, wie er sagte, »traurige(n) und doppelte(n) Emigration ... vor den Verfolgungen der Behörden und der Parteigenossen« in die Tschechoslowakei trug², war überzeugt,

1 Feliz [Schmidt], Berlin, an Wilhelm Pieck, 5. Januar 1924. In: SAPMO/BArch. RY 1 2/3/204. Bl. 3–6.

2 Heinrich Brandler, Berlin, an Clara Zetkin, 14. Februar 1924. Ebenda. NL 5/103. Bl. 143–146. Seit dem 16. Februar 1924 wurden Brandler und Thalheimer, wie auch andere hohe KPD-Funktionsäre auf Anweisung des Oberreichsanwalts

daß Kleine im Auftrag Sinowjews den Ausschluß der »Rechten« betrieb, wobei Wilhelm Pieck und Thalheimer aus taktischen Gründen zumindest zunächst nicht angetastet würden. Man werde sie jedoch »kaltstellen und später erledigen, wenn sie nicht sich gebrauchen lassen als Pfahl der neuen Zentralekombination zum Privatgebrauch von S[inowjew]«³.

Am 15. Februar 1924 informierte Thalheimer Sinowjew über die offensichtlichen Bestrebungen der Linken, Brandler, Walcher und ihn selbst aus der KPD auszuschließen und versicherte ihm gleichzeitig entsprechend der mit Brandler vereinbarten Linie ihrer uneingeschränkten Loyalität im »Interesse der Sache«: »Wie ich erfahre, sind hier von linker Seite in der Partei Bestrebungen im Gang, die darauf abzielen, Brandler, Walcher und mich aus der Partei auszuschließen. Wie ich höre, wird bereits in Berlin versucht, solche Anträge in Parteibezirken durchzubringen. Man glaubt dabei, Ihrer Zustimmung sicher zu sein, oder wenigstens nicht auf Ihre Gegnerschaft zu stoßen. ... Wir unsererseits, die wir den tief erschütterten Zustand der Partei sehen, bemühen uns, ihr weitere Erschütterungen zu ersparen.«⁴ Sinowjew reagierte umgehend auf Thalheimers Schreiben und teilte der KPD-Führung sein entschiedenes Veto gegen einen Ausschluß Brandlers, Walchers und Thalheimers aus der KPD mit, womit er der Überzeugung Brandlers widersprach, er betreibe dessen Ausschluß.⁵ In der Frage der Zusammensetzung der Zentrale der KPD orientierte Sinowjew auf eine feste Zwei-Drittel-Mehrheit der Linken. Dazu sollte »das Wertvollste vom Zentrum wie von der rechten Gruppe« in die Zentrale aufgenommen werden. So sei das EKKI einstimmig der Auffassung, »daß die Wahl der Genossen Zetkin und Pieck in die Zentrale unbedingt notwendig sei (mit Thalheimer als Ersatzmann) ... Es würde einen politischen Skandal für die ganze Komintern heraufbeschwören, sollte die Genossin Zetkin nicht gewählt werden, und die nachteiligen politischen Folgen würden dann nur Euch treffen. Genossen Pieck braucht Ihr als organisatorische Kraft. Er wird

steckbrieflich gesucht. Siehe hierzu: Ebermeyer: Der Oberreichsanwalt. Leipzig, 16.2.1924, Steckbrief H. Brandler. Ebenda. NL 182/85. Bl. 10; ders.: gl. O. u. D. Steckbrief A. Thalheimer. Ebenda. Bl. 15.

3 Brandler-Zetkin, 14.2.1924 (Amn. 2). Bl. 143.

4 A. Thalheimer, Berlin, an G. Sinowjew, Moskau, 15. Februar 1924. In: RCChIDNI. 495/19/453. Bl. 1 und 4; Kopie auch in: SAPMO/BArch. RY I 6/10/79. Bl. 14.

5 G. Sinowjew, Leningrad, 24. Februar 1924, an Hermann Remmele und Ernst Thälmann. In: RCChIDNI. 495/292/5. Bl. 4.

unzweifelhaft großen Nutzen bieten. Thalheimer ist ebenfalls nötig.«⁶

Entgegen aller nachträglichen »Schuldzuweisung« gehörte Thalheimer nicht zu denen, die die »sächsische Politik« vor Ort zu verantworten hatten, auch wenn er natürlich maßgeblich an ihrer theoretischen Begründung beteiligt war. Im Oktober 1923 gehörte er zu den in Berlin gebliebenen Mitgliedern des Polbüros der KPD, die von außen Kritik an den Aktivitäten der Kommunisten in der sächsischen Regierung übten. Und das war den führenden KPD-Funktionären bekannt, wenn auch nicht entsprechend öffentlich gemacht. Entsprechend weist der Umgang Fischers mit dieser Tatsache eher groteske Züge auf. In ihrem 1948 veröffentlichten Buch »Stalin und der deutsche Kommunismus« suchte sie die Entstehung der »Mittelgruppe« bereits im Oktober 1923 wie folgt zu belegen: »In den entscheidenden Tagen, in denen Brandler sächsischer Minister war, war eine »zentristische Gruppe« in Bildung begriffen. Die »Zentristen« kritisierten ihn unaufhörlich und schrieben ihm zum Beispiel am 17. Oktober: »So wie bisher können die Dinge unmöglich weitergehen. Ihr verbringt die kostbare Zeit mit Raufen mit den SPD-Regierungsscheißkerlen hinter verschlossenen Türen ... Unser Eintritt in die Regierung hat nur einen Zweck: Verzehnfachung des revolutionären Mutes der Massen und Mithilfe an der Organisation der Kräfte.« Sie belegte das mit dem *Parteitagsbericht, Frankfurter Parteitag*, S. 276.⁷ Dabei gibt sie das dort Gesagte zwar richtig, jedoch verkürzt wieder, denn was nach ihrer Zitiertweise als ein Brief erscheint, wird von dem »Mitglied der Zentrale (Mittelgruppe)«, bei dem es sich aller Wahrscheinlichkeit nach um Hugo Eberlein handelt⁸, ausdrücklich als zwei Briefe benannt, deren Autoren er lediglich mit »wir« und »auch ein Genosse der jetzigen Brandlergruppe war dabei« benennt. Eberlein zitierte folgendermaßen: »Am 17. Oktober vormittags schrieben wir an unsere Minister: »So wie

6 G. Sinowjew, Moskau, an Arkadij Maslow, Ernst Thälmann, Ruth Fischer, Werner Scholem und Arthur Rosenberg, 22. März 1924. In: SAPMO/BArch. RY I 6/10/79. Bl. 40–47, 40f. und 47; auch in: RCChDNI. 495/19/453.

7 Ruth Fischer: *Stalin und der deutsche Kommunismus*. [Frankfurt am Main, 1948]. Berlin 1991. Bd. 1. S. 432f.

8 Das Protokoll des IX. Parteitages der KPD nennt wegen der potentiellen Gefährdung der Parteitagsteilnehmer (möglicher Strafverfolgung) keine Namen der Referenten und Diskussionsredner: Ein Teil der Redner läßt sich jedoch aus Details der Redeinhalte erschließen. So weist dieser Redebeitrag erhebliche Ähnlichkeiten zum Brief Eberleins an das EKKI vom 5. Oktober 1923 auf; siehe dazu: SAPMO/BArch. RY I 2/3/208. Bl. 495–498.

bisher können die Dinge unmöglich weitergehen. Ihr verbringt die kostbare Zeit mit Raufen mit den SPD-Regierungsschleißkerlen hinter verschlossenen Türen ...« Und am gleichen Tage schrieben wir noch einmal einen langen Brief, in dem es heißt: »Unser Eintritt in die Regierung hat nur einen Zweck: Verzehnfachung des revolutionären Mutes der Massen und Mithilfe an der Organisation der Kräfte. ...«⁹

Thalheimer bekennt sich in seinem Diskussionsbeitrag selbst zu seiner Mitautorschaft und der ihr zugrunde liegenden Oppositionshaltung gegen die Regierungspolitik der kommunistischen Minister in Sachsen.¹⁰ Im Zentralen Parteiarchiv der KPD/SED liegen die beiden Briefe (zumindest als Entwürfe) vor. Der eine, in dem es heißt »Unser Eintritt in die Regierung hat nur den einen Zweck: Verzehnfachung des revolutionären Mutes der Massen und Mithilfe an der Organisation der Kräfte ...« ist, datiert per 17. Oktober 1923 unter dem Verweis »Streng vertraulich! Persönlich!«, an Brandler mit der Anrede »Lieber Heinz!« adressiert. Er trägt keine Unterschrift, ist aber von einer Einzelperson verfaßt, denn er beginnt mit der Formulierung »Ich denke nicht, daß ...«. Als Verfasser kommen in Frage Eberlein, möglicherweise aber auch Kleine oder Thalheimer. Der zweite Brief vom 17. Oktober 1923, ebenfalls mit der Anrede »Lieber Heinz!« versehen, der mit den Sätzen beginnt »So wie bisher können die Dinge unmöglich weitergehen. Ihr verbringt die kostbare Zeit mit Raufen mit den SPD-Regierungsschleißkerlen hinter verschlossenen Türen. ...«, ist handschriftlich unterzeichnet mit »A. Th.«, dem üblichen Kürzel für August Thalheimer. Allerdings ist es nicht Thalheimers eigene Handschrift, aber dennoch mit erheblicher Sicherheit eine authentische, nämlich die der Sekretärin des Polbüros der KPD und engen Mitstreiterin Heinrich Brandlers, Anni Kolditz.¹¹

9 Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), abgehalten in Frankfurt am Main vom 7. bis 10. April 1924. Hrsg. von der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands. Berlin 1924. S. 276f.

10 So sagt Thalheimer, im Parteitagsprotokoll bezeichnet als »Ein Mitglied der Zentrale (Brandlergruppe)«: »Der eine Punkt, der mit meiner Person in engeren Zusammenhang gebracht worden ist, sind die bekannten Briefe, die während der Regierungstätigkeit in Sachsen geschrieben worden sind. ... Ich bin beteiligt an diesen Briefen ...«. Bericht IX. Parteitag. S. 287.

11 Die beiden Briefentwürfe in: SAPMO/BArch. RY I 2/2/29. Bl. 53–58; das Kürzel Br/Ko (für Brandler/Kolditz) ist in einer Reihe von Briefen zu finden, in einigen auch in Verbindung mit ihrer Handschrift, beispielsweise in: H. Brandler

Die Briefe sind sicher keine theoretischen Glanzleistungen, und ob ihre Kritik an den Handlungen der kommunistischen Minister berechtigt war und mehr Realitätssinn enthielten als deren Handlungen selbst, sei hier dahingestellt. Sie sind lediglich Ausdruck dessen, daß die Parteiführer, die die Regierungspolitik der Kommunisten in Sachsen von außen beobachteten und nicht in deren innere Zwänge eingebunden waren, sie an ihren eigentlichen Vorgaben maßen, nämlich sie auszunutzen zur schnellstmöglichen Bewaffnung der Arbeiterschaft, damit von Sachsen aus der bewaffnete Kampf in Deutschland initiiert werden konnte. Doch wirft die Autorenenschaft an diesen Briefen, die Fischer nachträglich als Beleg für eine sich bereits im Herbst formierenden Oppositionsgruppe gegen Brandler in der damaligen Zentrale zu nutzen suchte, ein bezeichnendes Licht auf die Persönlichkeit Thalheimers.

Mittels dieser Briefe waren ihm im Frühjahr 1924 alle Möglichkeiten gegeben, seine kritische Haltung gegenüber der Umsetzung der »sächsischen Politik« im Oktober 1923 zu belegen und sich für weitere Führungsaufgaben in der KPD »anzudienen«. Doch dazu war er nicht bereit; er war nicht unfähig, lediglich zur Behauptung eines Postens in der Parteiführung so einfach über seinen eigenen Schatten zu springen, seine eigenen Überzeugungen und seine politische Kameradschaft, ja Freundschaft mit Brandler zu verraten. Etwas allgemeiner drückte er das in seinem Beitrag auf dem Frankfurter Parteitag aus: »Ich habe diese Dinge (die Tätigkeit der kommunistischen Minister in der Zeigner-Regierung - II. J.) an Ort und Stelle kritisiert. Man hat mir einen Vorwurf gemacht, daß ich erst später mit diesen Dingen herausgerückt bin. Ich halte mich da an ein Wort von Lessing: »Auf wen alle dreinhauen, der hat vor mir

an E. Hoernle u. A. Enderle vom 19. Mai 1923, wo sie »i. A. Brandler« unterschrieb (ebenda. RY I 2/3/203. Bl. 88), oder derselbe an die Deutsche Delegation zu Händen des Gen. Hoernle, Moskau, Berlin, den 18. Juli 1923, der ein handschriftliches Postskriptum von ihr trägt (ebenda. Bl. 151-153); außerdem tragen eine Reihe Entwürfe von Briefen oder Rundschreiben des Polbüros bzw. Direktorioms der KPD ihre Handschrift, beispielsweise ein Rundschreiben an die Bezirkskomitees im Dezember 1923 (ebenda. I 2/3/178. Bl. 114-118); hervorzuheben ist außerdem, daß die Erklärung, mit der Brandler und Thalheimer am 7. Dezember 1923 das Vorlegen eigener Thesen ankündigten und begründeten, also das Dokument, welches die Spaltung der bisherigen Zentralemehrheit einleitete, handschriftlich mit beider Namen unterschrieben ist, mit Heinr. Brandler in dessen eigener und A. Thalheimer in der Handschrift von A. Kolditz (ebenda. I 2/2/29. Bl. 73-74).

Ruhe.«¹² Zur Behauptung seiner persönlichen Integrität war Thalheimer bereit, auch persönliche Konsequenzen in Kauf zu nehmen. Aber seine Autorenschaft ist auch Beleg dafür, daß das starre Bild der Kennzeichnung der Zentrale der KPD im Jahre 1923 als »Brandler-Thalheimer-Zentrale« Legende ist.

Thalheimer mußte, wie auch Brandler sowohl verfolgt vom Staatsapparat der Weimarer Republik als auch von der neuen Führung der eigenen Partei, Deutschland verlassen, um für die nächsten Jahre in Moskau – nur bedingt freiwillig – »kominterniert« zu werden. Seit Anfang 1924 gehörte Thalheimer nicht mehr zum Führungskorps der KPD, womit seine Kritik an der Politik der sich immer weiter nach »links« orientierenden KPD nicht mehr eine wirklich innere, sondern bereits eine von außen kommende war. Das vom Politbüro der KPD beantragte und von der Zentralen Kontrollkommission der RKP(B) im März 1925 gegen Brandler, Thalheimer, Radek und andere durchgeführte »Tribunal« verbot ihm, der inzwischen Mitglied der russischen Partei geworden war, die Mitarbeit in der KPD.¹³ Dieses Verbot wurde erst am 16. Dezember 1926 durch das Erweiterte EKKI aufgehoben. Von da an boten Thalheimer und Brandler sofort ihre Bereitschaft zur weiteren Verwendung in der KPD an und setzten alles daran, ihre Rückkehr nach Deutschland zu erreichen.¹⁴ Aber das neue ZK der KPD um Ernst Thälmann, das andere vormalige »Brandlerianer« durchaus mit neuen Führungsaufgaben betraut hatte, weigerte sich strikt, wenn auch nicht offen, Thalheimer seinen Fähigkeiten entsprechend in die Parteiarbeit einzubeziehen. Der sich 1928 manifestierende erneute »Linksruck« der KPD, der sich unter anderem auch in Partei-ausschlüssen vieler »Rechter« äußerte, veranlaßte diese schließlich zur Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition) (KPD(O)).

¹² Bericht IX. Parteitag. S. 287.

¹³ Siehe Resolution der ZKK der KPR in Sachen der Genossen Brandler, Thalheimer, Radek u. a. In: Jens Becker, Theodor Bergmann und Alexander Watlin (Hrsg.): Das erste Tribunal. Das Moskauer Parteiverfahren gegen Brandler, Thalheimer und Radek. Mainz 1993. S. 183–187.

¹⁴ A. Thalheimer und H. Brandler, Moskau: An die Zentrale der KPD, zu Händen des Genossen Thälmann, zur Zeit in Moskau, 17. Dezember 1926. In: SAPMO/BArch. RY I 2/3/67. Bl. 15; A. Thalheimer an »Werte Genossen« [ZK der KPD], 21. März 1928. Ebenda. RY I 2/3/68. Bl. 8–9; Thalheimer nutzte schließlich seine Beurlaubung wegen Erkrankung und Operation seiner Frau zur Rückkehr nach Deutschland (ders. an das Sekretariat des Politbüros des ZK der KPD, 29. Mai 1928. Ebenda. Bl. 12).

Doch nun zu einigen ausgewählten Kritikpunkten Thalheimers an der Politik der KPD:

*Mangel an innerparteilicher Demokratie
- Verletzung der Prinzipien des demokratischen Zentralismus*

Nach seiner Rückkehr aus Moskau arbeitete Thalheimer ab Mitte Mai 1928 wieder für die »Rote Fahne«, dem Zentralorgan des ZK der KPD, dessen Chefredakteur er 1923 zeitweilig war. Nachdem er der Redaktion bereits mehrere Artikel übergeben hatte, teilte er Clara Zetkin frustriert seine neuesten Erfahrungen mit: »es wurde einmal nur ein Teil abgedruckt, mit anderen ein Verfahren eingeschlagen, das in meiner langen Praxis noch nicht vorgekommen ist. Sie wurden nämlich unterschlagen, dann der Inhalt von der Redaktion geplündert, verballhornt ... Es sind Gaunermethoden, die sich hier offenbaren. Würde ich nur meinem Gefühl folgen, so würde ich jeden Verkehr mit dieser Redaktion abbrechen. Sie verstehen die Gründe, warum ich trotzdem versuche, im Zentralorgan zu Wort zu kommen, und mit allen Mitteln, die mir dafür zur Verfügung stehen, dafür kämpfen werde.«¹⁵ Ein von Ernst Schneller, Mitglied des Polbüros des ZK der KPD und Chefredakteur der Zeitschrift »Die Internationale«, an die Redaktion der »Sächsischen Arbeiterzeitung« in Leipzig gesandter Brief mit der Anweisung, Artikel Thalheimers nicht ohne vorheriges Einverständnis des ZK der KPD zu publizieren, veranlaßte Thalheimer schließlich zu einem massiven Protest: erstens weil ihn diese Ausnahmeregel zu einem »Genossen 2. Grades« machte, den es laut Statut nicht gebe, und zweitens weil es sich bei dieser Anweisung um eine »Maßregel kleinlich-bürokratischer Willkür« handelte, die bewirkte, »nicht nur jede Kritik, sondern auch jede positive Anregung in der Parteipresse totzuschlagen«¹⁶.

Ein trostloses Bild zeichnete er auch von den Führungsqualitäten des Thälmannschen ZK und vom Zustand der KPD generell: Die

15 A. Thalheimer an C. Zetkin, 29. Juni 1928 In: SAPMO/BArch. NL 5/98. Bl. 1-5; knapp drei Wochen später protestierte Thalheimer beim Politbüro des ZK der KPD über den Umgang mit seinen Artikeln durch die Redaktion der Roten Fahne. (Ders. an das Politbüro des ZK der KPD, 18. Juli 1928. Ebenda. RY I 2/3/68. 13-16; auch: ebenda. RY I 6/3/180. 66-69).

16 Ders.: An das ZK der KPD (Gleichzeitig zur Kenntnisnahme der Bezirksleitungen und der Redaktionen der Parteipresse), 5. Oktober 1928. In: RY I 2/3/68. 23-32 (24f.).

»Gruppe Thälmann«, die gegenüber den »Versöhnlern« um Ernst Meyer die ZK-Mehrheit bildete, sei »politisch vollkommen unfähig und nur darauf bedacht, mit allen Mitteln der Regie, der Tricks und des Feldweibelstocks ihre Positionen zu halten. ... Die Partei ist überbürokratisiert. Wir haben die bürokratische Entartung noch vor der Machtergreifung, was viel schlimmer ist. Die Mitgliedschaft ist gelähmt, gleichzeitig wird sie mechanisch in Bewegung gesetzt, mit dem Feldweibelstock in Gehorsam gehalten. Niemand kann wagen, einen selbständigen Vorschlag zu machen oder einen kritischen Gedanken zu äußern, ohne daß sofort eine Hetze von Seiten der Bürokratie gegen ihn beginnt. Diese Bürokratie ist tief korrumpiert, z. T. materiell, z. T. ideell.« Er war fest davon überzeugt, daß der Funktionärsapparat, würde die KPD »vor eine revolutionäre Probe gestellt ... z[um] größten Teil zusammenbrechen« würde.¹⁷

Letzter Anlaß für die Gründung der KPD(O) war der am 19. Dezember 1928 vom Präsidium des EKKI beschlossene »Offene Brief« des EKKI »an die KPD über die rechte Gefahr in der Kommunistischen Partei Deutschlands«, der am 22. Dezember in der »Roten Fahne« veröffentlicht wurde. Am 29. Dezember trafen sich daraufhin die Anhänger Thalheimers und Brandlers, denen auf Grund der restriktiven Politik gegen die »Brandleristen« kein Spielraum für eigene Politikansätze in der KPD mehr blieb, um über ihr weiteres Vorgehen zu beraten. Thalheimer legte auf dieser Zusammenkunft mit seiner »offenen Rede zum Offenen Brief«, in der er die gegen die Rechten erhobenen Vorwürfe zurückwies und die Verstöße gegen die Prinzipien der innerparteilichen Demokratie durch das ZK der KPD anprangerte, die Grundlage für die politische Plattform der Opposition.¹⁸

Die Gründung der KPD(O) – genau zehn Jahre nach Gründung der KPD durch zum Teil die gleichen Personen – war für viele Anhänger Brandlers und Thalheimers »nur die logische Konsequenz eines bitteren Kampfes um die Mehrheit innerhalb der Partei«, der ihnen, trotz der mit der Gründung gegebenen Zäsur, als noch nicht abgeschlossen galt.¹⁹ Deshalb und »weil sie keine anderen

¹⁷ Thalheimer-Zetkin, 29.6.1928 (Anm. 16).

¹⁸ A. Thalheimer: *Um was geht es? Zur Krise der Kommunistischen Partei Deutschlands. Eine offene Rede zum Offenen Brief.* (Nachdruck der Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Arbeiterbewegung e.V. Bremen. O. J.)

¹⁹ J. Becker: *August Thalheimer. Früher Kritiker der Stalinisierung.* In: Theodor Bergmann / Mario Keßler (Hrsg.): *Ketzer im Kommunismus. Alternativen zum Stalinismus.* Mainz 1993. S. 58.

Grundsätze und Ziele hat als den Kommunismus, weil sie nichts anderes bezweckt, als die richtige Anwendung dieser Grundsätze und Ziele in Deutschland und in den anderen Ländern« verstand sie sich auch nicht als »neue Partei«, sondern als »organisierte kommunistische Richtung«²⁰.

An dieser Stelle eine Zwischenbemerkung zu Thalheimers Art der Darstellung seiner politischen Auffassungen und Überzeugungen: Wie schon Jürgen Kaestner 1982 feststellte, ist bei Thalheimer eine »ebenso zahlreich wie beliebig« verwendete Konstruktion in »wenn ... dann«-Beziehungen auffällig.²¹ Das findet sich beispielsweise in der Formulierung: »wenn die falsche Taktik der Kommunistischen Partei Deutschlands (in bezug auf den Faschismus – H. J.) unbegrenzt fortgesetzt wird und dadurch ... zur Preisgabe der kommunistischen Grundsätze führt ... so wird die Kommunistische Partei Deutschlands (Opposition) zur kommunistischen Partei selbst werden«, zumal es nur eine kommunistische Partei in jedem Land geben könne.²² Die mir am tiefsten in Erinnerung haftende Aussage Thalheimers in dieser Form ist folgende in der Auseinandersetzung mit Paul Levi 1921 getroffene: »Es liegt auf der Hand, daß, wenn ich anerkenne, daß der Kapitalismus im Begriff ist, sich aus eigener Kraft ökonomisch wiederherzustellen ..., für die kommunistische Politik, und also für die kommunistischen Grundsätze und am Ende auch für die kommunistische Partei kein Boden mehr da ist. Wenn der Kapitalismus aus dieser seiner ungeheuren Krisis zu »normaler« Funktion zurückkehrt, so folgt daraus politisch die Rückkehr zur »normalen« sozialdemokratischen Politik und Partei, die ihre verschiedenen Färbungen und Flügel haben mag, in der aber keine grundsätzlich verschiedenen programmatischen und taktischen Einstellungen möglich sind.«²³ Thalheimer hielt das natürlich lediglich für »eine theoretische Möglichkeit ohne praktische Relevanz«, widersprach sie doch sowohl der Theorie, nämlich seinem

20 *Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition). Beschlossen auf der dritten Reichskonferenz zu Berlin, Dezember 1930. (Nachdruck der Gruppe Arbeiterpolitik. Bremen. O. J.) S. 6. (Hervorhebung im Original; H. J.)*

21 Siehe Jürgen Kaestner: *Die politische Theorie August Thalheimers. Frankfurt am Main, New York 1982. S. 112.*

22 *Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition). S. 7.*

23 *August Thalheimer: Die Theorie und Praxis des Liquidatorentums. Zur Reichskonferenz der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft. In: Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus. Jg. 4 (1922). Nr. 1/2. S. 19.*

Rosa Luxemburg folgenden Imperialismusverständnis und der Sicht auf die sich vollziehende klassische »Endkrise« des Kapitalismus, als auch der Praxis der wirtschaftlichen Entwicklung bzw. Stagnation. Doch was, wenn es doch zur – lediglich als theoretisch möglich angenommenen – Alternative kam? Ich schrieb 1990 in meiner Diplomarbeit, diese Auffassung zeige immerhin eines: »in der kommunistischen Bewegung war die Identitätsproblematik von Beginn an latent vorhanden. Eine Partei, die ihre Identität an eine ausweglose Krise des Kapitals bindet [und] sich der Revolution verschrieben hat, gerät zwangsläufig in eine Identitätskrise, wenn keine Revolution zu erwarten ist.«²⁴ Dann gilt es eine Antwort auf die Frage zu finden: Was bedeutet revolutionäre Politik in einer nicht-revolutionären Zeit? Und, entgegen auch der Erwartungen Thalheimers, genau vor dieser Frage stand die KPD, nachdem sich 1923 alle in den »deutschen Oktober« gesetzten Hoffnungen und Erwartungen nicht erfüllt hatten – ob sie das nun wahrhaben wollte oder nicht.

Sozialfaschismusthese und Einheitsfront

Thalheimer war nach seiner relativ kurzen linkssektiererischen Phase als Verfechter der Offensivtheorie 1921 einer der tiefgreifendsten und nachhaltigsten Begründer der proletarischen Einheitsfront. Sah auch er darin zunächst nur eine unter bestimmten Bedingungen zeitweilig einzuschlagende Taktik, um die qualitative Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kommunismus zu gewinnen, so mit der zunehmenden Gefahr des Faschismus in Deutschland endgültig eine grundlegende Politik zur Verhinderung von dessen Machtübernahme. Entsprechend massiv wandten sich Thalheimer und die KPD(O) gegen den weiteren Linksruck der KPD, die sich insbesondere in der Sozialfaschismusthese äußerte, die die »Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)« als Phantasieprodukt der ultralinken KPD-»Theoretiker« kennzeichnete²⁵. In der SPD nicht mehr eine Arbeiterpartei, sondern lediglich den Zwillingbruder, die andere Seite der Medaille des Faschismus zu sehen, war natürlich für die Schaffung einer antifaschistischen Einheitsfront kontraproduktiv und verschärfte die Spaltung der Arbeiterbewegung – unabhängig davon, wer den größeren Anteil an

²⁴ Harald Jentsch: *Die politische Theorie August Thalheimers. 1919–1923*. Mainz 1993. S. 98 und 46.

²⁵ *Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)*. S. 28.

der Zuspitzung der Konfrontation zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten hatte, verhielt sich doch die SPD nicht viel klüger und machte aus den Kommunisten »Kommunazis« oder »rotlakkierte Nazis«. Versuche der KPD(O), zwischen den Fronten der gespaltenen Arbeiterbewegung zu vermitteln, blieben dementsprechend erfolglos, ja wurden nicht einmal einer Antwort würdig befunden – so beispielsweise der Brief der Reichsleitung der KPD(O) an die Vorstände von ADGB, SPD und KPD zur Schaffung einer gemeinsamen Widerstandsfront nach dem Sturz der Brüning-Regierung am 30. Mai 1932. Die KPD(O) mochte noch so gewichtige Argumente haben – für eine Einflußnahme auf die Parteien und die Arbeiter war ihr politisches Gewicht zu gering, weshalb sie von der KPD auch als KP-Null karikiert wurde.

*Faschismusanalyse – Kritik des inflationären Gebrauchs
des Faschismus-Begriffs*

Grundzüge der Thalheimerschen Faschismusanalyse finden sich in seiner umfangreichen Kritik des Programmentwurfs der Kommunistischen Internationale zum 6. Weltkongreß 1928²⁶ sowie in einer Artikelserie in »Gegen den Strom«²⁷ und flossen maßgeblich in die »Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)« ein. Darin verarbeitete er die Erfahrungen in bezug auf die faschistischen Massenbewegungen in Italien und Deutschland 1920–1923. Ihr besonderes Kennzeichen ist der Rekurs auf das bonapartismustheoretische Modell von Karl Marx in dessen Frankreichschriften von 1852.²⁸

Seine Hauptkritik an der Faschismusauffassung in der KPD und der Komintern galt besonders dem inflationären Gebrauch des Faschismus-Begriffs für konterrevolutionäre Bewegungen und bürgerliche Regierungen, Regierungsformen und -maßnahmen aller Art. So schrieb er in seiner Programmkritik: »Der Faschismus wurde die Nacht, in der alle Klassen- und Parteiunterschiede ver-

26 A. Thalheimer: Programmatische Fragen. Kritik des Programmentwurfs der Kommunistischen Internationale (VI. Weltkongreß). Mit einem Vorwort von Theodor Bergmann und einer Einleitung von Jens Becker. Mainz 1993.

27 August Thalheimer: Über den Faschismus. In: »Gegen den Strom«. 3. Jg. Nr. 2, 3 und 4 vom 11., 18. und 25. Januar 1931 (Vollständiger Nachdruck. Hannover 1985. Bd. 2. S. 32–33, 48–49 und 66–67).

28 Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich. In: MEW. Bd. 7; ders.: Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte. Ebenda. Bd. 8.

schwanden. Er wurde der Repräsentant für die ›eine reaktionäre Masse‹ Lassallescher Erfindung. ... Die Sozialdemokratie wurde ›der linke Flügel des Faschismus‹.²⁹ Er kritisierte eine undifferenzierte Gleichsetzung von bürgerlicher Demokratie und Faschismus durch KPD und Komintern und deren Unverständnis für das Bewahrenswerte an den demokratischen Grundrechten, die günstigste Rahmenbedingungen für proletarische Politik bieten. Für KPD und Komintern sei der Faschismus lediglich ein evolutionärer Prozeß der bürgerlichen Konterrevolution zur Schaffung letzter Abwehrmaßnahmen gegen die proletarische Revolution. Scharf kritisierte er vor allem die Auffassung, im Faschismus ein notwendiges Durchgangsstadium der imperialistischen Entwicklung vor der proletarischen Revolution zu sehen und wies auf die möglicherweise daraus resultierenden Gefahren hin: ›ohne die äußerste theoretische Exaktheit laufen wir Gefahr, in die größten praktischen Schwierigkeiten und Fehler zu verfallen‹.³⁰ Seine Prophezeiung sollte sich im Januar 1933 erfüllen, als die KPD – wie allerdings auch die SPD – unfähig war, den Qualitätssprung in der Machtübertragung an Hitler zu erkennen.

Der Faschismus war Thalheimer nicht die, sondern eine Form der offenen Diktatur der Bourgeoisie³¹, wengleich seinen Methoden nach ›die zugespitzteste, gewaltsamste, ›prostituierteste‹ Form der bürgerlichen Klassenherrschaft‹.³² Dabei gab es für ihn verschiedene Faschismus-Varianten, die als Form bürgerlicher Herrschaft auf das Engste mit dem Klassenantagonismus spätkapitalistischer Gesellschaften verbunden sind und das bürgerlich-parlamentarische System aushöhlen: Zur Rettung ihrer sozialen Basis – d. h. zum Erhalt ihrer ökonomischen Macht – opfert die Bourgeoisie die Demokratie und unterwirft sich zeitweilig einer prokapitalistischen Diktatur ›Deklassierter aller Klassen‹, verkörpert durch eine Partei oder eine Person. Hauptquelle der sozialen Basis der faschistischen Massenbewegungen bildeten breite Teile des enttäuschten Klein- und mittleren Bürgertums und der Bauern, aber auch Teile der von sozialdemokratischer Koalitionspolitik und ultralinken kommunistischer Taktik entmutigter und demoralisierter Arbeiterschaft.³³

29 Thalheimer: *Programmatische Fragen*. S. 52.

30 *Ebenda*. S. 53.

31 *Siehe ebenda*. S. 62.

32 *Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)*. S. 12.

33 *A. Thalheimer: Über den Faschismus*. S. 48f.

Thalheimer setzt bei alledem Faschismus oder Nationalsozialismus ausdrücklich nicht mit dem Marx'schen Bonapartismusmodell gleich. Der Bonapartismus, dessen Kennzeichnung als »schließliche Form der bürgerlichen Gesellschaft« durch Marx er nicht als rein äußerlich und zeitlich auffaßt, ist ihm lediglich »der beste Ausgangspunkt zur klassenmäßigen Erfassung des Faschismus«. Von dessen Inhalten abstrahiert er methodisch, doch sind die Analogien unverkennbar: Verselbständigung der Exekutivgewalt, politische Unterwerfung der Massen einschließlich der Bourgeoisie selbst unter die faschistische Staatsmacht bei Beibehaltung der sozialen Herrschaft der Bourgeoisie, Selbstdarstellung als allgemeiner Wohltäter.³⁴ Für »von größter Wichtigkeit« in die »Einsicht in das Wesen des Faschismus« gilt ihm die Marx'sche Kennzeichnung des Bonapartismus als »die einzig mögliche Regierungsform in einer Zeit, wo die Bourgeoisie die Fähigkeit, die Nation zu beherrschen, schon verloren, und wo die Arbeiterklasse diese Fähigkeit noch nicht erworben hatte«³⁵.

*Volksfrontpolitik – Aufgabe einer
eigenständigen Arbeiterpolitik*

Begriff Thalheimer die 1934 von der Komintern eingeleitete unzulässige »Erweiterung« der Einheitsfront zur Volksfrontpolitik zunächst noch lediglich als »opportunistische Abweichung« im Rahmen kommunistischer Grundsätze, so sah er in ihr später einen direkten Verrat an diesen. Seines Erachtens war eine Volksfrontpolitik nur auf Grundlage der proletarischen Einheitsfront und bei Wahrung der materiellen eigenen Interessen der Arbeiterklasse möglich. Mit ihrer Volksfrontpolitik habe die Komintern jedoch die kommunistischen Endziele zumindest zeitweilig aufgegeben und die Interessen der Arbeiterklasse direkt verlassen, indem sie sie den Interessen der Bourgeoisie unterordnete. Mit dem Verzicht auf ihre revolutionären Ziele und dem Angebot an die bürgerlichen Antifaschisten, sich nach dem Sieg über den Faschismus ausschließlich auf bürgerlich-demokratische Zielsetzungen zu beschränken, verzichte die Komintern auf den Klassenkampf und verwische, daß der Faschismus gerade im bürgerlich-demokratischen System wurzeln und heranwachsen konnte. Die demokratische

³⁴ *Ebenda; Programmatische Fragen. S. 53–61.*

³⁵ *Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich. S. 338; Thalheimer: Programmatische Fragen. S. 60.*

Staatsform und die bürgerlichen Demokraten seien aber eben kein Bollwerk gegen den Faschismus. So lautete sein Fazit in bezug auf die Volksfrontpolitik: »Die Praxis der Volksfront zeigt, daß bei einem Bündnis mit der Bourgeoisie die Arbeiterklasse immer der Geprellte ist.«³⁶

*Sowjetunion/Stalinismus – Sozialismus in einem Land
– Moskauer Prozesse*

Bis 1937 übte Thalheimer unter Berufung auf mangelnde Informationen nur zurückhaltende Kritik an der Entwicklung des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR. Die dortigen Eigentumsverhältnisse sah er grundsätzlich als sozialistische an und damit die gesellschaftlichen Verhältnisse überhaupt. Seine lediglich auf offiziellen sowjetischen Verlautbarungen beruhenden Beschreibungen der dortigen Verhältnisse wirken daher eher apologetisch. Deren Ereignisse und Entwicklungen, wie die brutale Durchsetzung der Industrialisierung und die Zwangskollektivierung des Landes, den Bruch des Bündnisses der Arbeiter und Bauern sowie die administrative Beendigung der Fraktionskämpfe in der KPdSU(B) sah er als notwendig an. Lediglich den Abbau der Räte-(Sowjet-)Demokratie kritisierte er.³⁷

Die lange Zurückhaltung Thalheimers in der Kritik an der Politik der KPdSU(B) und der UdSSR ist politisch und psychologisch verständlich – er sympathisierte und solidarisierte sich mit den Erben der Oktoberrevolution und schreckte davor zurück, wegen der Kritik Stalinscher Politik in die Mühlen antisowjetischer Propaganda zu geraten. Erst unter dem Eindruck der Stalinschen Schauprozesse, insbesondere angesichts der Feststellung des ehemaligen sowjetischen Botschafters in Deutschland, Nikolai Krestinski, daß seine Aussagen unter Folter erfolgt seien, der Anklage seines langjährigen Freundes Nikolai Bucharin im 3. Prozeß und insbesondere der Verfolgung und Ermordung der Mitglieder der POUM und auch der in den POUM-Milizen kämpfenden KPD(O)-Mitglieder in Spanien erfolgte bei Thalheimer 1937/38 zunächst ein zögerliches, schließlich um so konsequenteres Umdenken in seiner Einschätzung der Verhältnisse in der UdSSR: »die allgegenwärtige Geheimpolizei, die

³⁶ *Materialien zur Volksfront. Hrsg. von der KPD(O). 2. Erweiterte Auflage. O. O. April 1936. S. 20. Zitiert nach Kaestner: Die politische Theorie August Thalheimers. S. 127.*

³⁷ *Siehe Becker: August Thalheimer. S. 65.*

alles durchdringende Spitzerei und wechselseitige Denunziation, der Terror in Permanenz, die Vergötterung des Führers und der Unterführer, würdeloses Kriechen nach oben, barbarisches Mißachten und Mißhandlungen nach unten, der großrussische Chauvinismus mit der Verherrlichung und Rechtfertigung aller Barbarei der Vergangenheit ... Der Gegensatz zwischen den ursprünglichen Grundsätzen und Zielen der sozialistischen Revolution und der Wirklichkeit drückt sich aus in einer allgemeinen offiziellen Heuchelei³⁸. Bereits im Juni 1937 hatte er geschrieben, es sei »die Pflicht der wirklichen Kommunisten, die Sache des Kommunismus und der Sowjetunion zu verteidigen auf dem einzigen Wege, der heute gegenüber den blutigen Krämpfen des Stalinregimes möglich ist - dem der entschiedenen Absage an dieses Regime und der vollen Solidarisierung mit all den gesunden Kräften in der Sowjetunion und außerhalb, die auf der Grundlage des Kommunismus ... mit dem Stalinregime aufräumen wollen«³⁹.

Im Zusammenhang mit dem Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939 stellte er fest, die im Widerspruch zu den Interessen der eigenen wie der internationalen Arbeiterklasse stehende Außenpolitik eines proletarischen Staates müsse sich »zwangsläufig der alten Geheimdiplomatie bedienen« und damit »konterrevolutionär handeln«⁴⁰.

Sowjetische Besatzungspolitik ab 1945

Thalheimer forderte bereits 1945 den schnellstmöglichen Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen aus Deutschland, um den ostdeutschen Werktätigen selbst die Gestaltung ihrer sozialistischen Ordnung zu überlassen. Befähigt von einem »undogmatischen Marxismus als Denkmethode und Analyseinstrument« war Thalheimer in der Lage, aus seiner Analyse »weitblickende Warnungen« zu entwickeln, die - wie Theodor Bergmann, der gemeinsam mit seinem Bruder Josef das Manuskript der »Grundlinien« sowie der

38 August Thalheimer: *Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst*. [1948]. Gießen 1972. S. 72.

39 August Thalheimer: *Daily European Observations (Die Entthauptung der Roten Armee der SU) vom 15. Juni 1937*. S. 4 (zitiert nach Kaestner: *Die politische Theorie August Thalheimers*. S. 137).

40 A. Thalheimer: *Junius-Brief Nr. 1. Sowjet-Rußland und die internationale Arbeiterklasse. O. O. und J. (Ende 1939 / Anfang 1940)*. S. 15 (zitiert nach Kaestner: *Die politische Theorie August Thalheimers*. S. 142).

»Potsdamer Beschlüsse« bei seiner Rückkehr Ende März 1946 nach Deutschland im Gepäck mitbrachte, in seinen Memoiren ausführte – als »Kassandrarufe« von den Mächtigen ignoriert, sich 1989/90 schließlich »schrecklich bewahrheiten sollten«⁴¹.

So hatte Thalheimer bereits unmittelbar nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges geschrieben: »Unsere Kritik geht ... aus vom Standpunkt der Demokratie der Werktätigen und des sozialistischen Internationalismus, der zugleich der Standpunkt des wirklichen Kommunismus ist, und der die lokalen sozialistischen Interessen vom Gesichtspunkt des revolutionären Gesamtinteresses aus einsetzt und behandelt. Die Stalinsche Methode der sozialistischen Ausdehnung schädigt und gefährdet nicht nur die sozialistische Ausdehnung, sondern auch den Bestand des Sowjetstaates selbst. Sie ruft in den werktätigen Klassen der Länder, die diesen Methoden unterworfen sind, das mit Füßen getretene nationale Selbstgefühl wie die Gewohnheiten der proletarischen Demokratie gegen sich auf. ... Sie sät den Wind der konterrevolutionären Intervention ... gegen sich selbst, und wenn nicht rechtzeitig eine Änderung dieser Methode erfolgt, so wird sie den Sturm des dritten Weltkrieges auf ihr eigenes Haupt herabbeschwören, und zwar unter den für sie und den internationalen Sozialismus ungünstigsten Bedingungen.« Für die Zukunft benannte er zwei Alternativen: Entweder »die rascheste Entwicklung der selbständigen Aktion und der Verteidigungsfähigkeit der arbeitenden Klassen in dem eroberten Land und dann – Räumung«, oder zu versuchen, »die Fremdherrschaft im Lande immer mehr auszubauen und dauernd zu machen, mit allem, was dazu gehört«. Der zweite Weg könne jedoch für das eroberte Land nur in eine Katastrophe münden und für den Sozialismus/Kommunismus in »eine lange anhaltende Schwächung«⁴².

Die Gründung der DDR sollte Thalheimer nicht mehr erleben. Zwar installierte die Sowjetunion keine wirkliche Fremdherrschaft, doch installierte die von ihr geprägte und permanent beeinflusste SED-Führung ein entsprechend zentralisiertes administratives System. Zudem sah sich die Sowjetunion unter den Bedingungen des »Kalten Krieges« bis zu ihrem eigenen Zerfall außer Stande, ihre Truppen aus der DDR abzuziehen. Zwar agierten sie nicht mehr als Besatzungstruppen, sondern als Teil des

⁴¹ Theodor Bergmann: *Im Jahrhundert der Katastrophen. Autobiographie eines kritischen Kommunisten*. Hamburg 2000. S. 55f. und 60f.

⁴² August Thalheimer: *Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg*. O. O. und J. [1946]. S. 21.

Verteidigungssystem der Warschauer Vertragsstaaten, doch waren sie präsent. Und daß sie bei Unruhen im Lande nicht in ihren Garnisonen bleiben würden, hatten sie nachdrücklich 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn und 1968 in der ČSSR gezeigt. Das unter ihrer Präsenz entwickelte administrative System aber hat den Kommunismus - wie von Thalheimer schon 1946 prognostiziert - wegen seiner schließlichen Erstarrung und Reformunfähigkeit auf wahrscheinlich sehr lange Zeit diskreditiert. Überwunden werden kann diese Diskreditierung nunmehr nur dadurch, daß man sich wieder und neu mit den Grundlagen und dem Ideenreichtum des Marxismus und aller aus ihm hervorgegangenen Lehren und Ideen befaßt und auseinandersetzt - sowohl denen, aus denen neue, positive Ansätze zum Weiterdenken erwachsen, als auch den negativen, um die Ursachen seiner Deformation zu ergründen. Wichtig ist letztlich, und das hat auch Thalheimer immer wieder betont, sich den Marxismus als Methode zur Analyse der gesellschaftlichen Zusammenhänge und zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme nutzbar zu machen.

WLADISLAW HEDELER / ALEXANDER WATLIN

DAS »VERFAHREN GEGEN UNBEKANNT«

*Zur Berichterstattung über Nikolai Bucharins Sturz
in »Gegen den Strom« 1929 bis 1930*

Im Folgenden soll an eine Episode in der Berichterstattung der Zeitung der KPD(O) »Gegen den Strom« erinnert werden, die von Karl Hermann Tjaden in der 1964 vorgelegten organisationssoziologischen Untersuchung der »Rechts«-Opposition im deutschen Kommunismus eher beiläufig behandelt wird. Da Tjaden die Kommentare über das »Verfahren gegen Unbekannt« nicht separat analysiert, sondern in die Entwicklung der KPD(O) von ihrer I. bis zur IV. Reichskonferenz, also von Dezember 1928 bis 1931 einbettet, setzt er die chronologischen und thematischen Schwerpunkte selbstverständlich mit Blick auf diese Entwicklung. Für ihn sind die Beschlüsse der I. Reichskonferenz der KPD(O) 1928 und die nach dem Sieg der Stalin-Fraktion Ende 1929 getroffenen Einschätzungen relevant.

Im vorliegenden Beitrag geht es um einen enger gefaßten chronologischen Rahmen, um die Zeit zwischen dem April-Plenum des ZK der KPdSU(B) 1929 und der 3. Reichskonferenz der KPD(O) (Dezember 1930)¹. Wie der Zufall es will, ist das der editorische Rahmen des Bandes 12 der Werke Stalins. Unter diesem Blickwinkel stellt sich die Berichterstattung über das »Verfahren« in »Gegen den Strom«, stellt sich die Gewichtung einiger, die Selbstreflexion der Parteiopposition betreffender, Fragen anders dar als bei Tjaden. Vieles von dem, was Tjaden im Abschnitt »Die Stellung zur UdSSR, zur KI und zur KPD«² überzeichnet, ausblendet oder überhaupt nicht in den Rang einer Fragestellung erhebt, tritt deutlicher hervor.

Bisher konnten die Historiker die Auseinandersetzungen innerhalb der KPdSU(B) 1928/1929 nur anhand auszugsweiser Publikationen der Reden einzelner Teilnehmer am April-Plenum des ZK

1 Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition). Beschlossen auf der dritten Reichskonferenz zu Berlin Dezember 1930. Bremen o. J. (Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik.)

2 Karl Hermann Tjaden: Struktur und Funktion der »KPD-Opposition« (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur »Rechts«-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik. Erlangen 1970. S. 162–179 (im folgenden: Tjaden).

der KPdSU(B) 1929 rekonstruieren. Stalins Rede, sie nimmt fast ein Drittel des 12. Bandes der Werkausgabe ein, wurde nur gekürzt veröffentlicht. Bucharins Rede erschien erst nach der Rehabilitierung 1989. Auch sie lag nur gekürzt vor.⁵ Daher ist die umfangreiche 5-Bände umfassende Edition der Plenartagungen des ZK der KPdSU(B) 1928/1929 nur zu begrüßen.

Am Vorabend des April-Plenums des ZK der KPdSU(B) 1929

Im März 1929, das April-Plenum des ZK der KPdSU(B) stand unmittelbar bevor, hielten die Funktionäre der KPD(O) die ersten aus Moskau eintreffenden Signale fest. Der Ende 1928 zustande gekommene Kompromiß wurde von Stalins Getreuen, den »Stalinzy« (wie sie sich selber nannten), unterlaufen. Die Parteiorganisationen der ländlichen Gebiete übten »gnadenlosen Druck« aus, um die »Schlacht an der Getreidefront« zu ihren Gunsten zu entscheiden. Tomski, Bucharin und Rykow hatten sich am 27. März 1929 mit einer Erklärung an das Politbüro des ZK der KPdSU(B) gewandt, auf die das Politbüro am 4. April 1929 reagierte. Die Information darüber war nach Deutschland gedrungen, aber die verhandelten Inhalte waren nicht bekannt. »Der Kampf gegen die rechte Gefahr«, ist in der Ausgabe von »Gegen den Strom« vom 23. März 1929 nachzulesen, »wird unter dem Rubrum »Verfahren gegen Unbekannt« geführt. »Unbekannt« wird angeklagt, »Unbekannt« wird verdammt und wenn »Unbekannt« am Galgen hängen wird, dann erst wird der Schleier fallen, und das Publikum entdecken, daß die Gesichter der Delinquenten ihm wohl bekannt sind, daß es Leute sind, die bisher als unfehlbare Führer gegolten hatten.«⁴

Seit dem Juli-Plenum des ZK der KPdSU(B) 1928, auf dem das ablehnende Verhalten der Rechten gegenüber jeder Art außerordentlicher Maßnahmen gegen das Kulakentum bei der Getreidebeschaffung zum Ausdruck kam, nach den Auseinandersetzungen

³ Deutsche Übersetzung in: Nikolai Bucharin: 1929 – Das Jahr des großen Umschwungs. Berlin 1991. S. 10–105. Die Übersetzung des ausgelassenen Abschnitts über die Wittorf-Affäre: Wie der »Fall Wittorf« zum Sturz Nikolai Bucharins mißbraucht wurde. Ein notwendiger Nachtrag. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. 39(1997)1. S. 87–95.

⁴ Unsere Stellung zu den inneren Fragen der K.P.S.U. V. Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen. In: »Gegen den Strom« (im folgenden: GdS). Nr. 12 vom 23. März 1929.

über die Minimal- und Maximalvariante des ersten Fünfjahresplanes in der UdSSR Ende 1928 und erst recht nach der Entscheidung des Plenums des ZK vom 23. April 1929 gab es in der Tat keine »Unbekannten« mehr, alle Kontrahenten hatten ein Gesicht und die Möglichkeit, ihre Auffassungen zu publizieren, auch genutzt. Auf dem Juliplenum des ZK der KPdSU(B) 1928 erinnerte das Mitglied des Politbüros der KPdSU(B) und Vorsitzender des ZEK der Ukraine G. Petrowski an das gemeinsame Auftreten der deutschen und sowjetischen Delegationen im EKKI gegen die Rückkehr von August Thalheimer nach Deutschland.⁵ Die »Inprekorr« widerspiegelt, wie die Streitfragen vor und nach den Plenartagungen diskutiert wurden. Die interne Debatte ist heute nachlesbar.⁶ Es ging um die Arbeitsfähigkeit der sowjetischen Regierung. Laut Alexej Rykow waren die Differenzen zwischen dem Rat der Volkskommissare und dem Rat für Arbeit und Verteidigung am Vorabend der Tagung Ende 1928 so gravierend, daß die Führungsorgane handlungsunfähig waren, weil sie sich durch ihre konträren Entscheidungen ständig gegenseitig blockierten. Die zugespitzten Debatten auf dem Plenum mündeten in einen Kompromiß, den Mitglieder aller zerstrittenen »Fraktionen« begrüßten.

Die im September 1928 konzipierten »Bemerkungen eines Ökonomen« von Nikolai Bucharin, der seit dem VI. Weltkongreß der Komintern als »Theoretiker der Sumpfperspektive« verschrien war, lagen einen Monat nach ihrer Veröffentlichung in der »Prawda« auch in deutscher Übersetzung⁷ vor, die trotzkistische Opposition – von Leo Trotzki über den inzwischen abgesetzten Volkskommissar für Finanzen Jewgeni Preobraschenski bis hin zum Parteijournalisten Karl Radek – hatten dazu Stellung genommen und der Generalsekretär der KPdSU(B) Stalin Bucharins Publikation in der »Prawda« während der Politbürositzung am 8. Oktober 1928 als »partei feindlichen, eklektischen Artikel«⁸ bezeichnet und den abwesenden Verfasser zum »Verbrecher« erklärt.⁹ Der »liberalen

5 *Kak lomali NEP. Stenogrammy plenumov CK VKP(b) 1928–1929 gg. v pjati tomach. bd. 2. Moskau 2000. S. 86.*

6 *Sovetskoe rukovodstvo. Peregiska 1928–1941 gg. Moskau 1999.*

7 N. Bucharins »Bemerkungen eines Ökonomen« erschienen als Fortsetzungsfolge am 16., 19. und 23. Oktober 1928 in der »Internationalen Pressekorrespondenz«, Nr. 117, 118 und 119.

8 J. W. Stalin, *Die Bucharingruppe und die rechte Abweichung in unserer Partei. In: J. W. Stalin. Werke. Bd. 11. Berlin 1954. S. 287.*

9 *Ebenda. S. 291.*

Auslegung» der Wirtschafts- und Agrarpolitik stellte Stalin seinen auf »Tribut« und »Vorwärtspeitschen« ausgerichteten Kurs entgegen. Der Kampf um die Deutungshoheit hinsichtlich des Leninischen Erbes hatte seinen Höhepunkt erreicht. Stalins Attacken gegen den Theoretiker spielten in der Berichterstattung von »Gegen den Strom« keine Rolle.

Am 7. Dezember 1928 fand ein Treffen der Mitglieder des Politbüros des ZK der KPdSU(B) und der russischen Delegation in der Komintern statt. Der Schweizer Jules Humbert-Droz hat in seinen Memoiren über das Treffen berichtet. Rykow und Bucharin hatten ihn am Abend im »Lux« abgeholt und ins Bolschoi-Theater mitgenommen. Humbert-Droz wartete vor der Regierungsloge, um – wenn nötig – für Bucharin »auszusagen«. Zu den Teilnehmern der Begegnung gehörten Bucharin, Rafael Chitarow (Vertreter der Kommunistischen Jugendinternationale beim EKKI), Sergej Gussew (eigtl. Jakow D. Drabkin; Leiter der Abteilung Presse im ZK der KPdSU(B)), Jemeljan Jaroslawski (Sekretär des Parteikollegiums der ZKK und Mitglied des Kollegiums der ABI der UdSSR), Otto Kuusinen (Mitglied des EKKI), A. Losowski (eigtl. Solomon Dridso; Generalsekretär der Profintern), Wjatscheslaw Molotow (Sekretär des ZK der KPdSU(B) und Erster Sekretär der Moskauer Parteiorganisation), Sergo Ordshonikidse (Vorsitzender der ZKK der KPdSU(B)), Ossip Pjatnizki (Mitglied des EKKI), Jan Rudsutak (Stellvertretender Vorsitzender des Rates der Volkskommissare und des Rates für Arbeit und Verteidigung), Alexej Rykow (Vorsitzender des Rates der Volkskommissare), Matwej Schkirjatow (Mitglied des Kollegiums des Volkskommissariats der ABI der UdSSR) und Josef Stalin. Während des Treffens wurde das Vorgehen gegen die Rechten in der KPD abgestimmt und beschlossen, die Versöhnten vorerst nicht zu attackieren. Bucharin und Molotow legten entgegen ihrer Zusage den Entwurf eines »Offenen Briefes« an die Rechten in der KPD nicht zum 11. Dezember 1928 vor. Das war auch das Ende des Kompromisses.

Daraufhin erschien Stalin in Begleitung von Molotow am 19. Dezember zur Präsidiumssitzung des EKKI. Stalin ging in die Offensive und motivierte Ernst Thälmann, mit den Rechten abzurechnen. Nach diesem an den Rechten in der KPD erprobten Szenario wurde dann auch in der KPdSU(B) gehandelt.¹⁰ Die von Clara Zet-

10 V. P. Danilov / A. Ju. Watlin / O. V. Chlebnjuk: Vorwort zu: Obedinennyj plenum CK i CKK VKP(b) 16–23 aprlja 1929. In: Kak lomali NEP. Stenogrammy plenumov CK VKP(b) 1928–1929 v 5-ti tomach. Bd. 4. Moskau 2000. S. 5–18.

kin und Humbert-Droz erhobene Forderung, eine außerordentliche Sitzung des EKKI einzuberufen, wurde abgelehnt.

Informationen über die deutschen Rechten standen 1928 regelmäßig auf der Tagesordnung des Politbüros der KPdSU(B). Die letzte Information vom 3. Januar 1929 mündete in den Beschluß des Politbüros des ZK der KPdSU(B) über Thalheimer und Brandler vom 31. Januar 1929.¹¹ Unter diesen Bedingungen zogen sich Bucharin und Michail Tomski unter Protest aus der politischen Arbeit im ZK bzw. der Gewerkschaftsführung zurück. Beide hatten auf eine Einberufung des ZK-Plenums, auf dem sie ihre Position erläutern wollten, gehofft. Stalin kam ihnen zuvor und verlangte am 10. Januar 1929 von Tomski, daß er die Arbeit als Gewerkschaftsvorsitzender wieder aufnimmt. Daraufhin verfaßte Tomski am 14. Januar 1929 eine Erklärung. Bucharin schloß sich ihm am 30. Januar an und legte ebenfalls eine schriftliche Stellungnahme vor.¹²

Folgt man Tjaden, stand die Grundlinie der Kritik an der sowjetischen Entwicklung durch die KPD(O) von 1928 bis 1931 fest: Es war die Kritik an der Bürokratisierung. Unter Hinweis auf die Artikelserie »Unsere Stellung zu den inneren Fragen der KP.SU« schreibt Tjaden, daß diese Diskussionslinie nach 1928 »mehr und mehr reduziert« wurde und ihren »kritischen Charakter verlor«¹³. Die Bürokratiekritik als solche war stets eine Domäne der trotzkistischen Opposition und bei den Rechtsabweichlern immer in die Debatte von Wirtschaftsfragen eingebunden. Tjaden gebraucht diesen Begriff (Russ.: pravye nklonisty) nicht. Auch in »Gegen den Strom« ist immer von »den Rechten« bzw. der »rechten Opposition« die Rede. Was die Wirtschaft betrifft, blieben die Wortführer der KPD(O) »optimistischer, als es die objektiven Verhältnisse erlaubten«, konstatiert Tjaden,¹⁴ ohne eine Erklärung für deren »historischen Optimismus« zu liefern.

11 Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b). *Povestki dnja zasedanij 1919–1952. Katalog*. Bd. 1. 1919–1929. Moskau 2000. S. 660.

12 *Zajavlenie M. P. Tomskogo [ot 14 janvarja 1929 g.]*. In: *Kak lomali NEP*. S. 568–571; *Zajavlenie tov. Bucharina [ot 30 janvarja 1929 g.]*. In: *Kak lomali NEP*. S. 572–576.

13 Tjaden. S. 162. 14 *Ebenda*. S. 164.

Die »unbekannten« Angeklagten

Als die in vergleichbaren Kampagnen in Deutschland gemäßregelten Parteimitglieder ihre Prognose über das blutige Ende des »Verfahrens gegen Unbekannt« formulierten, schöpften sie aus ihrem Insiderwissen über die Disziplinierungsmechanismen in der kommunistischen Bewegung. Es war nicht in erster Linie das Expertenwissen um die Vorgänge in der Sowjetunion, sondern die Verarbeitung der in Deutschland persönlich erfahrenen und durchlebten Ausgrenzung. Die Geschichte der KPD(O) erhärtet die von Klaus Kinner formulierte These, »daß die sich im Verlaufe der Jahre 1925 bis 1928/29 ausprägende Apparateherrschaft und die damit einhergehende Ausschaltung der innerparteilichen Demokratie immer geringeren Raum für offene Meinungsbildungsprozesse ließ«¹⁵.

Die KPD(O)-Mitglieder wußten um die Wirkung der »Guillotine der organisatorischen Maßregel«¹⁶. Deshalb ist ihre Haltung zur innerparteilichen Diskussion aufschlußreich. Es geht um mehr, als nur die Kritik der in der KPD-Spitze gepflegten »Führerkunde«. »Ist man der Ansicht, daß eine Diskussion nicht nur dazu da ist, um jemanden abzusägen, sondern vor allem und in erster Linie, um strittige Fragen zu klären, und zwar nicht nur im engen Kreise der führerkundigen Angehörigen des Parteiapparates, sondern in den breiten Massen der Parteimitgliedschaft, dann wird man mit uns der Ansicht sein, daß die Methode des Verfahrens gegen »Unbekannt« das am wenigsten geeignete Mittel dazu ist, daß diese Methode im Gegenteil dazu beitragen muß, die Massen zu verwirren.«¹⁷

Auffällig ist, daß die Zeitung der Rechten offensichtlich nicht über eigene Informanten in der Sowjetunion verfügte. Die Fähigkeit der Redakteure, »zwischen den Zeilen« der Presse der KPdSU(B) und der Komintern zu lesen, hatte ihre Grenzen, der Informationswert der »Hintergrundberichte«, die in der Regel aus besser belieferten trotzkistischen Blättern kommentarlos nachgedruckt werden, bleibt gering. Heute ist nachgewiesen, daß »zentrale Dokumente der russischen Opposition« von der Geheimen Poli-

15 Klaus Kinner: *Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Bd. 1: Die Weimarer Zeit.* Berlin 1999. S. 142.

16 GdS. Nr. 20 vom 18. Mai 1929: *Die Geheimresolution des ZK der KP.SU über die innerparteiliche Lage.*

17 *Unsere Stellung zu den inneren Fragen der KP.SU. V. Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen.* In: GdS. Nr. 12 vom 23. März 1929.

tischen Abteilung der OGPU fabriziert und dieser untergeschoben worden waren. So wurde das Flugblatt mit der Wiedergabe der Geheimverhandlungen zwischen Bucharin und Kamenew auf dem Aprilplenium des ZK der KPdSU(B) genutzt, um Bucharins Ruf zu diskreditieren. Die Erklärung ist – aus heutiger Sicht – einfach: Bucharin und Rykow beharrten darauf, die Generallinie zu vertreten. Einen besseren »Beweis«, daß sie einer anderen Linie folgen, da sie den Kontakt zu den geschlagenen Trotzlisten suchen, kann man sich kaum vorstellen.

In der jüngst in Rußland erschienen Edition der Plenartagungen der KPdSU(B) 1928/1929 sind mehrere Dokumente veröffentlicht, die Aufschluß über die Entstehungsgeschichte des von Bucharin stets in Frage gestellten Flugblattes geben. Da dieses Material bisher nicht bekannt war, sei an dieser Stelle eine Abschweifung gestattet. Das Flugblatt als solches lehnte Bucharin als Fälschung ab.¹⁸ Die Tatsache, daß das Gespräch tatsächlich stattgefunden hat, bestritt Bucharin jedoch nicht. Noch im Abschiedsbrief an Stalin kam er auf diese Episode zurück: »Und falls es Dich interessieren sollte, am meisten bedrückt mich ein Umstand, den Du vielleicht schon vergessen hast: Einmal, es war glaube ich, im Sommer 1928, war ich bei Dir, und Du hast mir gesagt: Weißt du, warum ich mit dir befreundet bin? Weil du zu keiner Intrige fähig bist. Ich sagte: Ja. Und gleichzeitig bin ich zu Kamenew gelaufen (das erste Treffen). Du kannst es glauben oder auch nicht, doch gerade diese Tatsache geht mir nicht aus dem Kopf, wie Judas' Erbsünde. Lieber Gott, was war ich doch für ein naiver und dummer Kerl! Und jetzt zahle ich dafür mit meiner Ehre und mit meinem Leben.«¹⁹

Bucharins Eingeständnis genügte dem Vorsitzenden der ZKK Sergo Ordshonikidse, die im Flugblatt niedergelegte Version der Anklage Bucharins durch die ZKK am 30. Januar und 9. Februar 1929 zugrunde zu legen.²⁰ Auffällig ist, daß es mehrerer Anläufe bedurfte, Ordshonikidse überhaupt zum Handeln zu bewegen. Mehrere Genossen setzten ihn in Kenntnis, daß im Institut der Roten Professur und in Moskauer Betrieben ca. 100 Flugblätter nach-

18 *Zajavlenie tov. Bucharina [ot 30 janvarja 1929 g.]*. In: *Kak lomali NEP*. S. 572–576.

19 *Ein unbekannter Brief Nikolai Bucharins an Josef Stalin vom 10. Dezember 1937*. In: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*. 29(1993). Nr. 1. S. 20–25.

20 *Stenogramma vystuplenij G. K. Ordžonikidze 30 janvarja 1929g.* In: *Kak lomali NEP*. S. 581.

weisbar seien. Erst nach dem Anruf bei Molotow begann er zu handeln und lud Kamenew zur Aussprache vor. Am 24. Januar 1929 wurde ausschließlich diese Frage auf der Politbürositzung diskutiert. Bucharin suchte krampfhaft nach Argumenten, um das Tagebuch als Fälschung zu entlarven. Das Gespräch hatte er nie abgestritten. Wjatscheslaw Menshinski, Vorsitzender der GPU, der sich auf dem Aprilplenium 1929 zu den für Dokumente der trotzkistischen Opposition ungewöhnlichen Ungereimtheiten äußern wollte, wurde das Wort nicht erteilt.²¹

Grigorij Sinowjew und Lew Kamenew, die nach Kaluga verbannt worden waren, erklärten gewissermaßen unter Eid, ihre Korrespondenz niemandem zur Publikation gegeben zu haben. Selbstverständlich war es für »Besucher« kein Problem, an ihre Manuskripte und Briefe heranzukommen, denn »wegschließen« konnten sie nichts.²² Kamenews Sekretär Filipp Petrowitsch Schwalbe arbeitete mit der Geheimen Politischen Abteilung der OGPU zusammen. Er hatte Kamenew bei dessen Kurzbesuch nach Moskau begleitet und im Nebenzimmer das Gespräch zwischen beiden mitgehört. Nach der Rückkehr nach Kaluga fertigte er eine Kopie des diesbezüglichen Briefes von Kamenew an Sinowjew an und gab diese Abschrift seinem Bruder Michail Petrowitsch. Außerdem legte er das Dokument dem Trotzlisten Jugow vor, der seinerseits Kontakte zum IRP hatte. Über Jugow gelangte der Text zum Leiter des »Moskauer Zentrums« der Opposition Boris Elzin und Konstantinow, der das Flugblatt entwarf und Trotzki in Alma Ata informierte. Weisungen, wie mit dem Material zu verfahren sei, schickte Trotzki nicht. Daraufhin gab die Moskauer Gruppe der Bolschewiki-Leninisten den Text mit einer von ihnen verfaßten Vorbemerkung »Man führt die Partei mit verbundenen Augen in eine neue Katastrophe« heraus.²³

Diese Fassung lag den in Frankreich (*Contre le Courant*) und Deutschland von Trotzlisten, russischen Emigranten sowie Mitgliedern der KPD(O) verbreiteten Varianten zugrunde. Der in Suhl erscheinende »Volkswille« veröffentlichte am 8. März 1929 unter der Überschrift »Die innere Zerfleischung in vollem Gange. Der

21 *Stenogramma vystuplenij I. V. Stalina 30 janwarja 1929g. In: Ebenda. S. 596.*

22 *L. Kamenev; G. Zinov'ev [14.3.1929]. Ebenda. S. 637.*

23 *Aussagen von F. Schwalbe [S. 685-691] vom 30.6.1930 und A. Konstantinow [S. 692-693] vom 22.6.1930 gegenüber Mitarbeitern der GPU. Ebenda.*

Haß der Sowjetführer untereinander.²⁴ Auszüge, die die in Berlin erscheinende Zeitung der russischen Emigranten »Sozialistitscheski Westnik« am 22. März mit dem Artikel »Ein beachtenswertes Gespräch«²⁵ übernahm. »Gegen den Strom« berichtete am 27. April 1929 »über die Kampfmethoden Stalins«.²⁶ Ein diese Varianten zusammenfassender Artikel ist in der Ausgabe des »Sozialistitscheski Westnik« vom 4. Mai veröffentlicht.²⁷

In dieser Situation hatte Stalin Kamenew und Sinowjew in der Hand. Da beide wieder in die KPdSU(B) aufgenommen werden wollten, waren sie auch zu Bucharin belastenden Aussagen bereit. Der vom Politbüro eingesetzten Kommission gehörten Sergo Ordshonikidse als Vorsitzender, die Parteisekretäre von Leningrad Sergej Kirow, von Iwanowo-Wosnesensk Iwan Korotkow, der Stellvertretende Vorsitzende des Rates der Volkskommissare Jan Rudsutak, Josef Stalin und Jemeljan Jaroslawski an. Bucharin, der diese Art des Kampfes aus den gegen Trotzki gerichteten Kampagnen kannte, gehörte der »Kommission« ebenfalls an. Sie tagte am 6. Februar 1929 drei Stunden lang in Stalins Kabinett. Falls Bucharin zum Eingeständnis seiner Fehler bereit war, wollte die Kommission die Geschichte mit Kamenew vergessen. Da Bucharin auf diesen Handel nicht einging, denn er wollte seine Mitstreiter nicht im Stich lassen, wurde das nächste, schon wesentlich schärfer abgefaßte Papier aus der Schublade geholt. Darin wurde die Rechtsabweichung verurteilt und die militärisch-feudale Ausbeutung der Bauernschaft zur Parteilinie erklärt.

Unter den Gründungsmitgliedern der Zeitung »Gegen den Strom« Max Gläser, Erich Hausen, Kurt Erbe, Martin Hoffmann, Georg Martin, Walter Wirrwa, Otto Kinne, Reinhold Steffen, Richard Monden, Max Wilde gehörte Erich Hausen, Kandidat des ZK der KPD, zu den Rußlandkennern. Er wurde nach der Wittorf-Affäre im November/Dezember 1928 nach Moskau bestellt, wo er die verlangte Reueerklärung verweigerte und daraufhin aus der KPD ausgeschlossen wurde.

August Thalheimer und der aus Polen stammende Journalist Leo Borochowicz waren Bucharin während ihres Aufenthaltes in Sowjetrußland häufig begegnet. Bis Anfang der 1930er Jahre schrieb Borochowicz u. a. über Rußland für »Gegen den Strom«. Über Thalheimer und seine Begegnungen mit Bucharin während

24 Nachdruck in: Nikolai Bucharin: 1929 – Das Jahr des großen Um-
schwungs. Berlin 1991. S. 126–129.

25 Ebenda. S. 132–136. 26 Ebenda. S. 139–141. 27 Ebenda. S. 142–152.

des »Ehrenexils in Moskau« muß an dieser Stelle nichts ausgeführt werden. Auch nach 1933 arbeitete Thalheimer im Exil mit Leo Boro-chowicz zusammen. Bis 1938 waren beide für die Ausarbeitung der politischen Linie der KPD(O) verantwortlich. Zu den Publizisten, die für »Gegen den Strom« über Rußland schrieben, gehörte auch Heinz Möller. Er reiste 1923 nach Moskau und von dort 1924 weiter nach China. 1927 kehrt er nach Deutschland zurück, das er 1933 wieder in Richtung China verließ.

Wie es um die Informiertheit der Redaktion über die tatsächliche Situation in der Sowjetunion stand, geht aus folgender Notiz in »Gegen den Strom« vom März 1929 hervor: »Diese kurze Übersicht zeigt, weshalb wir heute noch kein abschließendes Urteil über diese Auseinandersetzungen finden können. Von dem was Bucharin denkt, wissen wir sehr wenig und die offiziellen Instanzen ziehen es vor, von der Industrialisierung im allgemeinen, der Kollektivierung im allgemeinen, dem Kampf gegen die Kulaken im allgemeinen zu sprechen, statt von dem konkreten Inhalt dieser Begriffe, auf den es doch ankommt.«²⁸ Die Formeln, die die KPD(O) Bucharin in den Mund legte, gingen nicht auf Bucharin zurück, sondern sind Erfindungen seiner russischen Opponenten. Bucharin wollte von seinen Kritikern wissen, was sie ihm vorwarfen, was sich z. B. hinter dem ihm zugeschriebenen »friedlichen Hineinwachsen der Kulaken in den Sozialismus« verbarg. Auf die während des Aprilplenums und danach an Anastas Mikojan gestellte Frage hat Bucharin nie eine Antwort erhalten.²⁹

Partei, Staatsanwaltschaft und OGPU arbeiteten Hand in Hand, um den Widerstand in den Dörfern zu brechen. Nach der Einführung des Kartensystems (in Moskau wurde seit dem 17. März 1929 Brot nur auf Marken ausgegeben) setzte die KpdsU(B) auf Zwangsenteignung, Requirierung und Verhaftung, um der Situation Herr zu werden. Ende März rückte die Diskussion der Maximalvariante des 1. Fünfjahresplans in den Mittelpunkt der Sitzungen des Rates der Volkskommissare und des Rates für Arbeit und Verteidigung. Bucharin hatte seine Position, die eine Herausforderung an Stalins Kurs darstellte, am 21. Januar 1929 in der Rede aus Anlaß des 5. Todestages von Lenin formuliert.³⁰ Diese Rede wurde im Zentral-

28 *Unsere Stellung zu den Inneren Fragen der KP.SU. V. Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen.* In: *GdS.* Nr. 13 vom 30. März 1929.

29 *N. I. Bucharin an A. I. Mikojanu, 12 aprilja 1929.* In: *Sovetskoe rukovodstvo.* S. 72.

30 *Deutsche Übersetzung in: Initial (Berlin) 1(1990) Nr. 1. S. 99–112.*

organ der Partei, in der »Prawda« und in der Regierungszeitung »Iswestija« veröffentlicht.

Die nächste Konfrontation zwischen Bucharin und Stalin erfolgte auf dem Aprilplenium des ZK der KPdSU(B). Stalin hatte die Funktionäre aus den Regionen auf seiner Seite, die ein entschiedeneres Vorgehen gegen die »Kulaken« forderten. Bucharin, ein Kritiker dieses Kurses, wurde auf der Plenartagung immer wieder gezwungen, zum Flugblatt mit der Wiedergabe seines Geheimgesprächs mit Kamenew Stellung zu nehmen. Zu einer systematischen Darlegung und Begründung seiner Kritik an Stalin kam er nicht mehr. Sein Abstieg stand unmittelbar bevor.

Diese Auseinandersetzung – lautete die berechtigte Forderung der »Gegen den Strom«-Redaktion – müsse im Rahmen der sozialistischen Gesetzmäßigkeit geführt werden. Außerdem dürfe die Politik der NÖP nicht in Frage gestellt, d. h. die Mittelbauernschaft müsse als Bündnispartner behandelt werden. Warum nach diesem Vorspann die Redaktion in den »Schlußfolgerungen« wieder zu Bucharins Kritik an der Bürokratisierung der KPdSU(B) zurückgeht, statt diese nach vorne zu entwickeln, lohnt der Diskussion. Eine der Ursachen liegt im Bezugspunkt Lenin. Bevor man über ihn hinausgeht, muß erst einmal zu ihm zurückgekehrt werden. Bucharin hingegen wollte die Perspektive diskutieren, die deutschen Genossen begegneten seiner »Theorie vom Hineinwachsen des Kulaken in den Sozialismus« und der daran gebundenen Überlegungen zur Marktwirtschaft mit Skepsis.

Das war seit jeher der gemeinsame Nenner der oppositionellen Kritik in der KPdSU(B) von Trotzki bis Bucharin. Ende der 20er Jahre lag hatte sich der Schwerpunkt der Kritik verlagert. Die von Bucharin unternommenen Versuche, die Partei auf den Leninschen Kurs einzuschwören, liefen nicht in erster Linie über die Bürokratiekritik. Spätestens an dieser Stelle wird die nicht nur terminologisch wichtige Unterscheidung zwischen linker Opposition und rechter Abweichung relevant. Wer auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik, der Ausgestaltung der »sozialistischen Produktionsverhältnisse« (deren Existenz in der Sowjetunion auch seitens der KPD(O) nicht in Frage gestellt wurde) Änderungen herbeiführen will, kann dies nichts außerhalb des Politbüros tun. Dieses Dilemma der russischen Rechten wird in keinem einzigen Artikel in »Gegen den Strom« angesprochen.

Am 20. April 1929 heißt es in der Notiz »Aus der K.P.S.U.«: »Die Kampagne gegen Bucharin, Tomski, Rykow, die bisher ein Verfahren gegen Unbekannt war, wird jetzt offen mit Namensnennung in

den Parteizellen geführt. Auch jetzt noch sind ihre Ansichten öffentlich nicht bekannt.³¹ Rykow hatte am 4. April 1929 in der Politbürositzung über den Fünfjahrplan referiert. Stalin geht (der Brief an Kliment Woroschilow vom 15. April 1929 läßt nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig) von der Diskreditierung zum Abhauen der Genossen von der Partei über. Hinter den Kulissen werden Scheiterhaufen errichtet. Tomski, der von Stalin als »tradeunionistischer Politikaster«³² verunglimpft wurde, hat seine Stützpunkte in den Gewerkschaften³³ an die Stalin-Gruppe verloren, Bucharin wird auf dem Plenum Ende April geschlagen – so lautete die Zustandsbeschreibung und der Ausblick auf den weiteren Verlauf des Fraktionskampfes in der KPdSU(B), deren Politbüro im Mai 1929 daran ging, die nächste »Parteisäuberung« vorzubereiten. Bestandteil dieser Vorarbeiten war die Festlegung der Quoten der »Hinauszusäubernden« und der die »Tschistka« begleitenden politischen Kampagne.

Stalin war dermaßen mit dem Fraktionskampf beschäftigt, daß ihm keine Zeit für die Beschäftigung mit außenpolitischen Fragen blieb. Im Sommer 1929 hatte Stalin die Mehrheit der Politbüromitglieder nicht nur auf seiner Seite, sondern war sich auch ihrer Unterstützung im Vorgehen gegen Bucharin sicher. Als Begründung für das drastische Vorgehen wurde seit Juli/August 1929 immer häufiger »Schädlingstätigkeit« von Trotzlisten und »altem ingenieur-technischem Personal« genannt. GPU und Oberster Volkswirtschaftsrat begannen, ihr Vorgehen gegen die »Schädlinge« in den wichtigsten Industriezweigen zu koordinieren. Anhand des Vorgehens gegen die Trotzlisten wurde die generalstabsmäßig organisierte Isolierung von Trotzki durchgesetzt. Es war die Generalprobe für die Ausschaltung der Rechten. Im Oktober wurde das Vorgehen gegen die Trotzlisten im Politbüro resümiert.³⁴ Der Chef der GPU Genrich Jagoda trat von nun an regelmäßig als Berichterstatter auf.

Auch auf diesem Hintergrund wird der für Bucharin überlebenswichtige Unterschied zwischen Opposition und Abweichung in der Berichterstattung nicht erwähnt, sondern dem tradierten »rechts-links-Raster« folgend, als »versöhnlerische Methode« interpretiert.

31 GdS. Nr. 16 vom 20. April 1929.

32 J. W. Stalin: *Über die rechte Abweichung in der KPdSU(B)*. In: J. W. Stalin: *Werke*. Bd. 12. Berlin 1954. S. 2.

33 Am 10. Januar 1929 erklärte Tomski im Politbüro seinen Rücktritt als Gewerkschaftsführer. 34 Politbjuro CK RKP(b) – V'KP(b). S. 734.

Die KPD(O) stellte diese historisch ungenaue Analogie zur russischen Parteigeschichte in der KPD(O) nicht in Frage. Bucharin und Trotzki, hier schlagen die Denkmuster am deutlichsten durch, werden gleich behandelt. Nuancierungen lediglich im Verhalten und in den Äußerungen der Wortführer der russischen trotzkistischen Gruppierungen gegenüber der KPD(O) konstatiert (Karl Radek, Leo Trotzki). Parallel dazu, fast nebenher, läuft die Berichterstattung über die Agrarpolitik der KPdSU(B) – die praktische Seite des theoretischen Streits. Das System in der Sowjetunion wird nach wie vor als »Diktatur des Proletariats« bezeichnet und nicht in Frage gestellt. Aus trotzkistischen, in Frankreich und Deutschland (»Volkswille«, Suhl) erscheinenden Blättern werden Aufzeichnungen über Bucharins »Geheimverhandlungen mit Kamenev« nachgedruckt.³⁵

Am 27. April werden in »Gegen den Strom« Pressemeldungen über den Rücktritt von Rykow, Bucharin und Tomski aus dem Politbüro zitiert, am 18. Mai 1929 heißt es, daß sie noch Mitglieder des Politbüros sind. Ob sich diese Information aus der Rückblende auf das Februarplenun 1929 ergibt, dessen »Geheimresolution« kommentiert wird, bleibt unklar. Gegenüber Bucharin, dessen Verurteilung der Bürokratisierung der Partei jetzt auch die Haltung der Redaktion ist, verhält sich diese nach wie vor reserviert: »Wir haben es abgelehnt, uns mit Rykow, Bucharin und Tomski lediglich aus Gründen der politischen Symmetrie zu solidarisieren, weil Stalin sie wie uns als »Rechte« bekämpft. Wir kennen auch heute noch nicht die Dokumente, in denen sie ihre politischen Auffassungen niedergelegt haben.«³⁶

Offensichtlich ging man in der KPD(O) davon aus, daß Bucharin außer den zitierten »Notizen eines Ökonomen« noch tiefergehende, grundlegende Positionspapiere vorgelegt hatte. Aber genau das war nicht Bucharins politischer Stil. Im Brief an Stalin vom August 1928³⁷ faßte Bucharin seine Einwände gegen die laufende Hetzkampagne zusammen. Er würde auf keinen Fall kämpfen, denn das wäre unter den damaligen Bedingungen ein tödlicher Kampf wider die Interessen des Landes. Außerdem war er in der Akademie der Wissenschaften (AdW) der UdSSR gebunden, dessen

35 GdS. Nr. 17 vom 27. April 1929: Bucharin über die Kampfmethoden Stalins. Nachdruck in: Bucharin. 1929. S. 139–141.

36 GdS. Nr. 20 vom 18. Mai 1929: Die Geheimresolution des ZK der KPSU über die innerparteiliche Lage.

37 N. I. Bucharin an I. V. Stalinu [August 1928].

»Bolschewisierung« er vorantrieb.³⁸ Das Politbüro kontrollierte jeden seiner Schritte. Die Schikanen waren so kleinlich, wie durchdacht, jeder Aspirant Bucharins an der AdW mußte vom Politbüro gebilligt werden. Während die »Opposition« ihre Loyalität erklärte, setzte Stalin auf den Ausbau seines Einflusses im Apparat. Die Sticheleien gegen die Rechten gingen weiter, es »knirschte bedrohlich im Gebälk«, stellte Bucharin fest.

Auf dem April-Plenum des ZK der KPdSU(B) 1929 wurde Bucharin Passivität im Kampf gegen die Rechten in der KPD vorgeworfen. Manuïlski, Stalin gehörten zu den vehementesten Kritikern der Rechten. Ordshonikidse distanzierte sich von Bucharin.³⁹ Über diese »Kampagne« berichtete »Gegen den Strom« nicht. Von Hilflosigkeit zeugt ferner, daß Stalins Kurs im Blatt der KPD(O) als »ultralinke Selbstzerfleischung« dargestellt wurde, denn diese Kennzeichnung folgte der fraktionellen Terminologie und wurde nicht weiter mit einer Analyse des Sowjetmodells oder der Kritik eines »originären Stalinschen Kurses« untersetzt. Die eigentliche Schwachstelle der über die »rechts-links-Polarisierung« entwickelten Kritik an Stalin war, daß sie sich genaugenommen nicht gegen Stalin richtete, sondern ein ihm genehmes Klischee reproduzierte. Und das obwohl gleichzeitig zurecht festgestellt wurde, daß die Geschichte des Fraktionskampfes in der KPdSU(B) selbstverständlich eine Begleiterscheinung der Umwälzung, aber nicht das Abbild ihrer Geschichte war.

Die Fehleinschätzung der Entwicklung in der UdSSR durch die KPD(O)

In einer Situation, in der es gilt, »alle kommunistischen Kräfte zur Verteidigung der Sowjetunion zusammenzureißen, tut die höchste Instanz der Komintern, die Exekutive, alles, um die Sektionen zu zerschlagen«. Was die KPD(O) dagegen zu setzen hatte, brachte »Gegen den Strom« auf die Formel »Aussprechen, was ist.«⁴⁰ Und die Zeitung stellte im Juni 1929 fest: »Bucharin geht – Gottwald

³⁸ *Die Zähmung der Widerspenstigen. Dokumente über die Sowjetisierung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR im Jahre 1929. Literaturbericht. In: Utopie kreativ. 1995. Nr. 57. S. 60–63.*

³⁹ *Kak tozatti NEP. Stenogrammy plenumov CK VKP(b) 1928–1929 gg. v pjati tomach. Bd. 4. Moskau 2000.*

⁴⁰ *GdS. Nr. 30 vom 27. Juni 1929: Der ultralinke Kurs wird fortgesetzt. Die Ergebnisse des X. Plenums des ERKI.*

kommt«⁴¹. Der Feind stand auch für die auf die »Geschäftsgrundlage der Komintern« eingeschworene KPD(O) außerhalb der Reihen der kommunistischen Bewegung. Der Haß auf die Sozialdemokratie saß tief und erklärt die Ablehnung jedweden Zusammengehens mit der SAP.

Die »Kaltstellung«, das »Absägen« der Moskauer »Rechtsabweichler« Bucharin⁴², Rykow⁴³ und Tomski⁴⁴ blieb auch im Sommer 1929 Gegenstand von Kommentaren. Damals konzipierte das Politbüro des ZK der KPdSU(B) die Attacke gegen Bucharin der in einem Brief vom 22. Juli 1929, also unmittelbar nach dem X. Plenum des EKKI »die Partei angegriffen hatte«. Die Zeitung »Gegen den Strom« polemisierte in diesem Zusammenhang gegen Phrasen, fertige Formeln und künstliche Begriffe wie den der »dritten Periode« oder den des »Sozialfaschismus«.⁴⁵ Die Theoretiker der KPD(O) unterschieden zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus, diese zwei verschiedenen Dinge hat die KPD zu einem Feindbild »Herrschaftsform des Kapitals« verschmolzen. In diesem Punkt und in der Kritik an der KPD-Führung, für die »politische Symmetrie« (mit Moskau) als höchstes Prinzip gilt, ist die KPD(O) unübertroffen. Ihr war, im Unterschied zu den »Versöhnlern« in der KPD klar, daß Unterordnung unter die Moskauer Führung nicht auf der Tagesordnung stand, daß sich die Monopolstellung dieser Partei überlebt und als Hemmnis herausgestellt hatte. Mit ihrer Kritik an der Mittelgruppe (den »Versöhnlern«) schadete die KPD(O) nur sich selbst.

Auf dem X. EKKI-Plenum⁴⁶ vom 3. bis 19. Juli 1929 nahmen folgende Führungsmitglieder der KPD teil: Heinz Neumann, Hermann Remmele, Ernst Thälmann und Walter Ulbricht. 108 Delegierte aus 30 Ländern erlebten die Absetzung Bucharins als Mitglied des Präsidiums des EKKI. Sie war Teil des Kampfes gegen den »Opportunismus in den Reihen der kommunistischen Bewegung«, als dessen Wortführer in Deutschland Brandler und Thälheimer benannt wurden.⁴⁷ Nach der »Zerschlagung der Rechten« ging die KI massiv

41 GdS. Nr. 30 vom 27. Juni 1929: Bucharin geht – Gottwald kommt.

42 GdS. Nr. 21 vom 25. Mai 1929: Fraktionskampf mit Flugzeugen. Nachdruck in: Bucharin. 1929. S. 153.

43 GdS. Nr. 22 vom 1. Juni 1929: Absägung auf Raten.

44 GdS. Nr. 23 vom 8. Juni 1929: Das Schicksal Tomskis und Bucharins.

45 GdS. Nr. 35 vom 31. August 1929: Das X. Plenum des EKKI.

46 *Kommunističeskij Internacional v dokumentach 1919-1932. Pod redakcij Bela Kuna, Moskau 1933, S. 876-914; X Plenum Ispolkoma Kominterna. Moskau 1929. vyp. 1.*

47 *Ebenda. S. 885. Die internationale Lage und die nächsten Aufgaben der*

gegen die »Versöhnler« vor und verlangte von ihnen, sich in die Kampffront gegen die Rechten einzureihen. Letztere galten als liberale Verfälscher der NÖP, als Pazifisten, als sich an die Sozialdemokratie anpassende Opportunisten, als Liebediener der Kulaken, als disziplinlose Pessimisten, als Theoretiker, die den Boden des Marxismus verlassen hatten.

Die KPD(O) wandte sich von Oktober 1929 an vehement gegen die »unselige Verknüpfung zwischen den jeweiligen Fraktionsgruppierungen der KPSU und der Politik der Komintern«⁴⁸. Die Entwicklung in Rußland wurde in der KPD(O) stets als Entwicklung unter den besonderen Bedingungen Rußlands gedacht und kritisch begleitet, während in der KPD die bedingungslose Übernahme des Sowjetmodells propagiert wurde. Die KPD(O) analysierte und begrüßte die in der UdSSR in Angriff genommenen Versuche der Industrialisierung und Kollektivierung, während die KPD schon deren mustergültigen Sieg feierte.

Auch wenn die KPD(O) die Anwendung von außerökonomischem Zwang gegen die Kulaken nicht ablehnte, hob sie gleichzeitig hervor, daß eine schlagartige Beseitigung des Privatkapitals nicht möglich ist. Im Unterschied zur sowjetischen Propaganda verneinte die KPD(O) das Vorhandensein »allgemeiner Formeln« und plädierte für eine Einbeziehung nichtsozialistischer Elemente in den Wirtschaftsaufbau. Sie unterstrich sowohl die Gefahr der möglichen Besetzung von Schaltstellen der Volkswirtschaft durch Privatkapitalisten als auch die auf dem Lande negativen Folgen der Überspannung der Kollektivierung für das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft. Der Schritt von dieser Pseudodebatte zur Debatte der tatsächlichen Entwicklung war nicht möglich, denn nur die russischen Genossen verfügten über die erforderlichen Daten. »Wir haben sie nicht. Deshalb können wir heute nicht abschließend sagen, ob Stalin oder Bucharin in diesen praktischen Fragen Recht habe. ... Wir haben unseren Kampf nie als Anhängsel einer russischen Fraktion geführt, und wir werden nie zu einem solchen Anhängsel werden.«

Als diese Artikel erschienen, hatten die Rechten in der KPdSU(B) längst verloren. Ende des Jahres wurden sämtliche Unterwerfungsrituale durchgespielt. Walcerian Kuibyschew z. B. wies im Dezember

Kommunistischen Internationale. Thesen. (Abschnitt 4 Die Kommunistische Internationale und die nächsten Aufgaben der Kommunistischen Parteien. Punkt 9).

48 GdS. Nr. 42 vom 19. Oktober 1929: Russische Fragen.

1929 die ihm vorgelegte Rede Bucharins vor den Stoßbrigaden als nicht selbstkritisch genug zurück.⁴⁹ Erneut wurde Bucharin aufgefordert, zu Anschuldigungen Stellung zu nehmen, gegen die er sich bislang mit Erfolg gewehrt hatte.

Das Beispiel der Trotzlisten in der Sowjetunion und im Ausland vor Augen, beharrte die KPD(O) auf ihrer Linie zwischen dem »Koloß auf tönernen Füßen« und den vielen zu »Trümmerhaufen« gewordenen oppositionellen Gruppierungen. Es muß ein anderes einigendes Band geben, als die Solidarität mit dem Wortführer irgendeiner oppositionellen Gruppierung. Tjaden schreibt – und setzt viel zu spät – Bezug nehmend auf die Novemberausgabe von »Gegen den Strom« an: »Doch hier wird ein Schluß lediglich vorbereitet und nicht gezogen, mit dem zu argumentieren von marxistischen Denkvoraussetzungen her ... nahegelegen hätte.« Tjaden schätzt die Beurteilung der sowjetischen Entwicklung durch die KPD(O) »optimistischer, als es die objektiven Verhältnisse erlauben« ein, erklärt die Rechtfertigung des von der KPdSU(B) initiierten Vorgehens gegen die Kulaken und die Übereinstimmung der KPD(O) mit den Industrialisierungsplänen der Stalin-Gruppe.

Das Erklärungsmuster hierfür geht nicht nur auf die Billigung des »sozialistischen Aufbaus« zurück, sondern auf die Grundposition, nicht einer oppositionellen Strömung in der UdSSR das Wort zu reden. »Doch mußte dieser Verzicht auf die Festlegung auf eine der sowjetrussischen Fraktionen ... in bloße Akklamation dieses Regimes umschlagen. So begann nach der Kapitulation Bucharins vor Stalin Ende 1929 ein langsamer Abbau der Kritik an der inner-sowjetischen Politik der KPdSU überhaupt, welcher einmündete in eine schlechte Zustimmung zum »grandiosen Aufschwung« des »sozialistischen Wirtschaftsaufbaus« der Sowjetunion, die seit Ende 1930 immer häufiger formuliert wurde.«⁵⁰

Völlig offen blieb in den in »Gegen den Strom« veröffentlichten Kommentaren, wie Bucharins künftiges Verhalten zu bewerten ist. Denn eigentlich war den Deutschen klar, daß er sich unterordnen wird. In diesem Zusammenhang stellt sich erneut die Frage nach Abweichung und Fraktion. Diese Ebene wurde in der KPD(O) weiterhin ausgeblendet und nur die Frage aufgeworfen, ob das, was Stalin Bucharin zum Vorwurf machte, auch tatsächlich Bucharins

⁴⁹ N. I. Bucharin an V. V. Kujbyševu; V. V. Kujbyšev an N. I. Bucharinu, 6. dekabnja 1929. In: *Sovetskoe rukovodstvo*. S. 104–106.

⁵⁰ Tjaden, S. 165f.

Auffassungen entspricht.⁵¹ Zwei Monate später hatte Bucharin kapituliert. Während Thälmann-Remmele-Neumann in Stalins viel zu großen Stiefeln mehr stolpern als laufen, ist die Opposition den Weg in ihren eigenen Schuhen weitergegangen, ist nicht in Bucharins oder Trotzkis Galoschen geschlüpft. Voller Stolz vermerkte »Gegen den Strom« nach einem Jahr Existenz die Stabilisierung ihrer Organisation.⁵²

Nach dem Novemberplenium des ZK der KPdSU(B) 1929, auf dem die Kennziffern für das zweite Jahr des ersten Fünfjahresplanes aufgestellt wurden, trat ein, was Bucharin vorhergesagt und wovon »Gegen den Strom« in Kommentaren immer wieder gewarnt hatte: Die außerordentlichen Maßnahmen trafen in erster Linie die kleinen und mittelbäuerlichen Schichten des Dorfes, »während die Kulaken ihnen entgegen konnten«.⁵³ Auf dem Hintergrund der Erfolgsmeldungen aus der UdSSR lasen sich die wenigen Angaben über die Probleme bei der Kollektivierung wie Nebensächlichkeiten. Bucharin, Rykow und Tomski erschienen im Lichte des propagierten Aufschwungs als »Nörgler«, und die Entscheidung, Bucharin aus dem Politbüro auszuschließen sowie Rykow und Tomski zu verwarnen, klang fast logisch. Nikolai U. Ugjanow, Wassili K. Kotow, und nach ihnen die genannten Wortführer der Rechten haben während des Plenums erklärt, »Fehler begangen zu haben und ihre Auffassungen zurückgenommen«.

»Dieses groteske Ende des letzten Fraktionskampfes in Rußland wird nur verständlich, wenn man berücksichtigt, daß die bürokratischen Methoden des Parteilebens jede politische Diskussion in ein Zerrbild verwandeln. Schon in der Trotzkidiskussion wurde die Diskussion der aktuellen politischen Fragen zu einem großen Teil durch den scholastischen Streit über den »Sozialismus in einem Lande« ersetzt. Der letzte Fraktionskampf, der Kampf gegen Bucharin, Rykow und Tomski wahrte nicht einmal den Schein einer Diskussion. Was Bucharin konkret gegen die gegenwärtige Politik der KPdSU einzuwenden hatte, erfuhr kein Mensch. ... Die Entscheidung im letzten russischen Fraktionskampf zeigt, daß es hier um andere Fragen geht als in der Komintern, auch wenn Stalin die Komintern für seine russischen Fraktionsinteressen ausnützt. Die Versöhner haben ihr Kneifen immer damit entschuldigt, daß mit

51 GdS. Nr. 10 vom November 1929 (Sonderbellage): Vor dem Ausschluß Bucharins.

52 GdS. Nr. 46 vom 16. November 1929: Ein Jahr »Gegen den Strom«.

53 GdS. Nr. 48 vom 30. November 1929: Das Plenum des ZK der KPdSU.

dem Siege Bucharins doch alles anders kommen würde. Vielleicht erkennt jetzt mancher von ihnen, daß die Gesundung der Komintern nur das Werk der Parteimitgliedschaft in den einzelnen Sektionen der Komintern sein kann.⁵⁴

Der Verzicht auf den Kurswechsel

Nach der »Kapitulation Bucharins« wandte sich die KPD(O) der Untersuchung der »Wendung im russischen Fraktionskampf und der Krise der Komintern« zu. Hinter den Unterwerfungserklärungen der Rechten und Trotzlisten vermutete sogar August Thalheimer einen Kompromiß der Rechten mit Stalin. Unter Berufung auf die »Prawda« wies »Gegen den Strom« auf »72 Lossagungen von der trotzkistischen Opposition« hin.⁵⁵ Mitte Juni 1929 lag dem Politbüro der KPdSU(B) ein Bericht über die Trotzlisten in der Partei vor. Die darauffolgende Entwicklung mit der Korrektur der Methoden und des Tempos schien diese These zu bestätigen. In der Sowjetunion war ein neues Machtzentrum um Stalin entstanden. Der Personenkult Stalin zeigte sich im Zusammenhang mit den Feiern des 50. Geburtstages.

Während andere oppositionelle Gruppen und Grüppchen sehr schnell an Bedeutung verloren, haute die KPD(O) ihre Position beständig aus. Die Komintern war sich der davon ausgehenden Gefahren bewußt und begann im Februar 1930 – der Artikel von Lenzner über den »internationalen Opportunismus« ist nur ein Beispiel – mit einer gezielten Kampagne gegen die KPD(O), die von der Theoriezeitschrift der KPdSU(B) »Bolschewik« unterstützt wurde. Die Kritik, mit der die KPD(O) an der Wirtschaftspolitik der KPdSU(B) hervortrat, bestätigte sich, als aus der UdSSR Meldungen über das Zurückbleiben wichtiger Industriezweige hinter den vorgesehenen Plänen gemeldet wurden.⁵⁶

Es ist kein Zufall, daß zuvor Bucharins Artikel in der »Prawda« »Welikaja rekonstrukzija« (Die große Rekonstruktion, 19. Februar 1930) in der Zeitschrift »Sa industrialisaziju« (Für die Industrialisierung) angegriffen wurde. Nach Bucharins Intervention veröffentlichte die »Prawda« eine von Stalin und Molotow verfaßte Stellungnahme, in der sie sich hinter Bucharin, aber nicht hinter jede

54 *Ebenda.*

55 *GdS. Nr. 49 vom 7. Dezember 1929: Reueerklärungen in der KPdSU.*

56 *GdS. Nr. 8 vom 22. Februar 1930: Zur Wirtschaftslage in der Sowjetunion.*

seiner Formulierungen stellte. In diesem Wechselbad von Kritik und halbherziger »Verteidigung« wurde Bucharin allmählich aufgerieben.

»Gegen den Strom« meldete Stalins »Wendung« und konzentrierte die Polemik gegen die SPD, die Stalins Artikel »Vor Erfolgen vor Schwindel befallen« als Beweis für das Scheitern der Kollektivierung ins Feld führte. Die Polemik stützte sich auf die unbegründete Hoffnung, die Ausdehnung der Kollektivierung in die Breite werde irgendwann einmal durch »die Tiefe« ergänzt.

Auf die Wendung Stalins folgte die Wendung in der Komintern⁵⁷ und die Wendung in der Innenpolitik⁵⁸. Dmitri Manuilski brachte den »neuen Kurs« auf den Punkt, als er auf dem letzten Plenum des EKKI verkündete, in der nächsten Zeit sei nicht mit einer akuten revolutionären Situation zu rechnen. Interessant sind die Bemerkungen über Stalins Kurs. »Was will Stalin jetzt? Er manövriert darauf hin, sich zum Teil die Plattform der Rechten zu eigen zu machen, nachdem er die Wortführer dieser Plattform aus der Führung der Partei und infolgedessen auch der Internationale herausgedrängt hatte.« Analog zu Bucharin argumentiert »Gegen den Strom«: Der Rock kann nicht größer zugeschnitten werden, als das vorhandene Tuch es erlaubt. »Stalin scheint das jetzt einzusehen; aber als eine Waffe im Fraktionskampf um die Führung der Partei versuchte er den Prozeß zu zwingen und zwang als eine Folge davon der ganzen Internationale die verrückte ultralinke Politik auf. Um Bucharin u. a. aus der Partei zu entfernen, förderte er eine Politik, die nicht ausführbar war. Wir behaupten nicht, daß der Gesichtspunkt Bucharins absolut richtig war. Trotzdem ist es jetzt klar, daß er und seine Anhänger keine solch bürgerlichen Liberalen waren, als ihnen nachgesagt wurde.«⁵⁹

Der Kurswechsel, sagte die KPD(O) richtig voraus, wird nicht von der Wiederaufnahme jener begleitet sein, die den Mut hatten, ihre Stimme gegen die Abweichung der Führung zu erheben. Die Rolle der Opposition wird in diesem Zusammenhang als die des Wegweisers für den Druck von unten definiert. »Sobald sie die Majorität der kommunistischen Bewegung umfaßt, hört sie auf, Opposition zu sein.« Der Artikel »Trommelfeuer gegen Rykow und Bucharin«

57 GdS. Nr. 12 vom 22. März 1930: Die Wendung in der Komintern.

58 GdS. Nr. 12 vom 22. März 1930: Die Wendung in der inneren Politik der KPdSU.

59 GdS. Nr. 13 vom 29. März 1930: Die Opposition.

kommentiert das Ende der Ausschlußkampagne gegen die »Doppelzüngler«. Rykow, Bucharin und Tomski.

Immer noch war der Redaktion nicht klar, »worüber Bucharin und die anderen schweigen«. Klar war nur die Absetzung der »Rechten«. Obwohl sie noch ZK-Mitglieder sind, ist das Politbüro auf Stalin zugeschnitten. Mit dieser Feststellung bricht die Berichterstattung über die Entwicklung in der UdSSR ab. In einem mit 1929 vergleichbaren Ausmaß wird sie in der Zeitung nicht wieder aufgenommen. Der auf der III. Reichskonferenz der KPD(O) nach Debatten über den Stellenwert von Überzeugung und Gewalt bei der Durchsetzung der Wirtschaftspolitik in der UdSSR angenommene »Vermittlungsantrag« spielte keine Rolle mehr.

HEINZ NIEMANN

LINKE TRADITIONEN SOZIALI- STISCHER PROGRAMMATIK

Das Beispiel Max Adler

Die marxistische Linke im Deutschland der Zwischenkriegszeit hat keine besonders herausragenden Denker hervorgebracht, obwohl oder vielleicht gerade weil der theoretische Diskurs insgesamt auf überdurchschnittlich hohem Niveau stattfand. Dafür trugen solche Köpfe die Verantwortung wie Anna Siemsen, Klaus Zweiling, Fritz Sternberg, Siegfried Marck, der Österreicher Otto Leichter und andere. Wichtig und typisch für die theoretischen Debatte war die fördernde Teilnahme hervorragend gebildeter politischer Funktionäre und Publizisten wie Paul Levi, Theodor Liebknecht, Kurt Rosenfeld, Max Seydewitz, Ernst Eckstein und andere.¹ Den maßgeblichen Einfluß aber hatte neben dem Führer der österreichischen Partei, Otto Bauer, der besonders eng mit den deutschen Linken verbundene Austromarxist Max Adler. Es ist hier nicht der Platz und auch nicht das Anliegen, in die Ontogenese und komplizierte Ambivalenz Adlerschen Denkens einzudringen.² Es soll vielmehr der Versuch unternommen werden, seine gereiften Ansichten zu den grundlegenden Begriffen marxistisch-sozialistischer Programmatik und ihres Einflusses auf die linkssozialistische Debatte in der Zwischenkriegszeit knapp darzustellen. Adler erweist sich dabei

1 Siehe Helmut Arndt / Heinz Niemann: Auf verlorenem Posten? Zur Geschichte der Sozialistischen Arbeiterpartei. Zwei Beiträge zum Linkssozialismus in Deutschland. Berlin 1991. Eine besonderen Analyse bedürften programmatische Debatten der nichtstalinistischen kommunistischen Dissidenten der Zwischenkriegszeit, der illegalen KP-Inland und der der Revolutionären Sozialisten. Unberücksichtigt bleiben auch Programmvorstellungen der westdeutschen Nachkriegslinken, z. B. des Gegenentwurfs zum Godesberger Programm von Wolfgang Abendroth, der vom alten Walter Ulbricht in den sechziger Jahren geschützt wurde. Für einen knappen Überblick siehe Arno Klönne: Linkssozialisten in Westdeutschland. In: J. Baumgarten (Hrsg.): Linkssozialisten in Europa. Hamburg 1982.

2 Eine bemerkenswerte Darstellung dessen hat Christian Möckel 1990 mit seiner Dissertation B (Habilitationsschrift) geliefert. Siehe: Christian Möckel, Max Adler. Engagiertes Leben, theoretisches Werk und geistige Wirkung eines österreichischen Sozialisten (Neukantianismus, Marxismus und Sozialismus). Berlin 1990.

meist als ein sehr ›moderner‹ Sozialist, der in seiner eigenen Person weltanschaulichen Pluralismus demonstrierte, sich offen und vorurteilsfrei gegenüber der humanistisch orientierten bürgerlichen Philosophie zeigte und dabei entschiedener Marxist (auf dem Gebiet der Kapitalismuskritik) und Sozialist (in Hinblick auf die Gesellschaftspolitik) blieb.

Max Adler (1873–1937) begründete mit Rudolf Hilferding die als Austromarxismus in die Ideengeschichte eingegangene linkssozialistische Strömung der österreichischen Arbeiterbewegung als erster Mitherausgeber und Autor der Reihe ›Marx-Studien‹ (1904). Im Gegensatz zu Hilferding, der als Theoretiker der Nachkriegs-Sozialdemokratie in Deutschland zum Apologeten des Opportunismus wurde und sich nach 1934 offiziell vom Marxismus lossagte, wurde der seit 1896 als Rechtsanwalt tätige Dr. jur. Adler zu einem der bekanntesten und beliebtesten Theoretiker, faszinierenden Redner und Erwachsenenbildner in der linken österreichischen, noch mehr der deutschen Sozialdemokratie. Obwohl lange in respektvoller Partnerschaft mit Kautsky, löste er sich wie Otto Bauer Ende der zwanziger Jahre mehr und mehr von der kautskyianischen Orthodoxie und erarbeitete sich ein eigenes theoretisches Selbstverständnis. 1919 habilitierte er sich an der Wiener Universität und wurde 1921 außerordentlicher Professor. Der Versuch des sächsischen Kultusministeriums der SPD-KPD-Regierung 1923, ihn als ordentlichen Professor an die Leipziger Universität auf einen auf Vorschlag der linken Landtagsfraktionen neu eingerichteten Lehrstuhl für Soziologie zu berufen, scheiterte am reaktionären Senat, der Adler mit der ausdrücklichen Begründung, er sei Marxist und beschwöre somit ›eine schwere Schädigung des Ansehens der Universität‹ herauf, ablehnte.³ Dafür berief man 1925 Hans Freyer auf diese Stelle, der sich in den Folgejahren als Wegbereiter nazistischer Ideologie hervortat.

Adler wurde ab Mitte der zwanziger Jahre für die deutschen Linken zu einem ihrer wichtigsten Theoretiker und Lehrer. So half er dem marxistischen Flügel der Jungsozialisten auf dem Hannoveraner Kongreß 1926 gegenüber dem von ihm als ›neoreformistischen‹ Hofgeismarer Kreis um Theodor Haubach zum Sieg. In seiner Mutterpartei verlor er gegenüber dem unbestrittenen Führer Otto Bauer deutlich an Einfluß und geriet nicht zuletzt wegen seiner nun auch kritischen Sicht auf die zögerliche Haltung der

³ Siehe Helmut Arndt: *Die Universität von 1917 bis 1933. In: Alma mater Lipsiensis. Geschichte der Karl-Marx-Universität. Leipzig 1984. S. 235 und 250f.*

Führung zu den Wiener Juli-Ereignissen 1927 in die Isolierung. In der deutschen Sozialdemokratie wurde sein Buch »Politische und soziale Demokratie« von 1926 zu einer Art Bibel der linkssozialistischen Bildungsarbeit. Einerseits gegen die Theoriefeindlichkeit der SPD kämpfend, setzte er sich mit dem zum wichtigsten Theoretiker der Partei gewordenen Hilferding auseinander, dessen Auffassungen er (wie die Renners) als »Rechtssozialismus« von seinen Positionen abgrenzte. In der neuen Zeitschrift der Linken, dem »Klassenkampf«, zu dessen Herausgeber er wurde (neben den Sozialdemokraten wie Seydewitz, Rosenfeld und Ströbel waren es auch die dissidierten KPD-Mitgründer Paul Levi und Otto Brass als Verlagsleiter), bekämpfte er die politische und vor allem programmatische Rechtsentwicklung der SPD. In der Breslauer Parteiorganisation ist er ständiger Gast und nahm z. B. an den von Fritz Sternberg und den Jusos organisierten Veranstaltungen der »Marxistischen Arbeitsgemeinschaft« teil. An der dortigen Volkshochschule fanden zwischen 1925 bis 1929 regelrechte »Adler-Tage« statt.

Während Adler so bei der sozialdemokratischen Linken, speziell den Jungsozialisten und im Bezirk Ostsachsen und Leipzig, große Resonanz fand, wurde er von der offiziellen SPD-Führung geschnitten. In ihren Bildungsheften und Veranstaltungsprogrammen findet man keine seiner Schriften vermerkt. In den Erinnerungen fast aller Zeitzeugen wurde dabei betont, daß es Adlers gesellschaftspolitischen Ansichten, kaum seine philosophischen im engeren Sinne waren, die große Wirkung hatten und marxistisch-revolutionäres Denken wach hielten und förderten.⁴ Es bildete auch eine Brücke zum originären Leninismus, den er, ähnlich wie Bauer, für eine den spezifischen russischen Verhältnissen angepaßten Marxismus ansah, auch wenn er die organisatorische Abspaltung des Bolschewismus als schweren Fehler betrachtete. So war die Gründung der SAP 1931 für ihn ebenfalls ein erzwungenes Unglück, obwohl er sich in den Programm-Dokumenten der SAP wiederfand.⁵ Nach dem Februar-Aufstand 1934 in Wien kurz inhaftiert, mußte er sich öffentlich zurückhalten. Öffentlich verleumdet, zeitweilig suspendiert und von klerikal-faschistischen Bütteln schikaniert und bedroht, konnte er bis wenige Monate vor seinem Tode im Juli 1937 an der Universität in begrenztem Umfang weiter arbeiten.

⁴ Siehe Max Seydewitz: *Es hat sich gelohnt zu leben*. Berlin 1976.

⁵ Die wichtigsten Dokumente sind abgedruckt in: Arndt/Niemann: *Auf verlorenem Posten*. S 212-293.

Adler hatte sich bereits 1901, als in Fernwirkung des deutschen Revisionismusstreits wie auch ähnlicher Erscheinungen infolge der imperialistischen Entwicklung in der k. u. k. Monarchie die Revision des marxistischen Hainfelder Programms der SDAPÖ angestrebt wurde, erstmals in eine Programmdebatte eingemischt. So nahm er gegen Einflüsse des Bernsteinschen verabsolutierenden Evolutionismus Stellung, auch wenn er sich bei seiner vehementen Verteidigung des Marxschen Denkens als wissenschaftlicher Soziologie teils noch hinter die Autorität des von ihm verehrten Kautsky versteckte, der ebenfalls kritische Einwände gegen den neuen Entwurf artikuliert hatte. Adler schien es zwar, daß dieser revidierte Entwurf in richtiger Weise einen verbreiteten vulgären ökonomistischen Determinismus und ein verkürztes Verständnis der Verelendungstheorie überwinde. Aber er verteidigte gegen Bernstein das Wirken des Klassenwiderspruchs als Triebkraft der Entwicklung. Dabei stieß er bei seinen Begründungen als einer der ersten Marxisten auf solche noch ungelösten Probleme wie dem des nur tendenziellen Charakters gesellschaftlicher Gesetze, ohne daß es ihm gelang, zum konsequent historisch-materialistischen Verständnis der Objekt-Subjekt-Dialektik vorzudringen. Unter dem Einfluß der Kantschen Erkenntniskritik kam Adler in der Auseinandersetzung mit Bernsteins behaupteten Widerspruch zwischen historischer Notwendigkeit und Wollen zu Positionen, die ihm – sicher nicht ganz zu Unrecht – den Ruf als Neukantianer einbrachten.⁶ Das zeitliche Zusammenfallen mit den revisionistischen Angriffen der Neukantianer auf den marxistischen Sozialismus und seine dialektisch-materialistische Weltanschauung brachten es mit sich, daß Adler so zwischen die Fronten geriet und von einigen Verteidigern des Marxismus nur als Sonderfall des kleinbürgerlich-sozialliberalen Angriffs auf die revolutionäre Arbeiterbewegung begriffen wurde.

6 Der damalige Erkenntnisstand der marxistischen Theorie stellte, im notwendigen Bemühen, den Bruch, die Revolution gegenüber bisherigen und neuen idealistischen oder mechanistischen Philosophien (Mach, Freiburger Schule, Dietzgen) zu betonen, die primäre Rolle der materiellen (ökonomischen), also objektiven Gegebenheiten und Bedingungen für das Handeln und Denken einer Klasse in den Mittelpunkt. Hingegen wollte Adler den Kantschen subjektiven Idealismus so in das Marxsche Denkgebäude einbauen, daß nicht die soziale Klasse, nicht deren kollektives Agieren für die geschichtliche Entwicklung entscheidend sei, sondern der einzelne Mensch mit seiner Ethik und apriorischen Normalivität. Dem entsprach sein Selbstverständnis als Lehrer, Agitator und Erzieher des einzelnen Menschen, der nur auf diesem Wege zum Bewußtsein seiner Lage und zu Erkenntnissen für sein notwendiges Handeln gebracht werden könnte.

Darf man dem Reformisten Bernstein das subjektive Bestreben unterstellen, mit seinem Versuch der Revision bestimmter marxischer Positionen auf neue Kampfbedingungen und noch ungelöste theoretische Fragen zu antworten, so war Adler bei gleichen Intentionen doch sein revolutionärer Gegenspieler und insofern der alles in allem konsequentere und schöpferischere Verteidiger der marxistischen Gesellschaftstheorie. Im Gegensatz zu Bernstein war er nicht für die Umwandlung der einst systemoppositionellen Sozialdemokratie in eine systemkonforme sozialliberale Reformpartei zu mißbrauchen.

Max Adler war auch aus heutiger Sicht ein in verschiedener Hinsicht sehr *moderner* Marxist, der unbeirrt an den grundlegenden Prämissen Marxscher Philosophie festhielt und zugleich ein strikt schöpferisches Verhältnis zu ihr entwickelte. Große Denker seien keine toten Nachschlagewerke für Zitatentreitigkeiten, sondern als lebendig fortwirkende Anstöße zu eigenem Denken und Forschen zu begreifen, war sein wissenschaftliches Credo. Dieses schöpferische Herangehen demonstrierte er aus Anlaß von Lenins Tod in der Arbeit »Die Helden der sozialen Revolution«. Darin würdigte er Lenin mit warmen Worten als Verteidiger der revolutionären Geisteshaltung und des linken Radikalismus gegen den seelenlosen rechten Reformismus. Am meisten zeigte er sich von der Einheit von revolutionärer Überzeugung, revolutionärem Fühlen und Handeln im Leben des Gründers Sowjetrußlands beeindruckt. Damit kam er dem Leninschen Grundgedanken aus »Was tun?« nahe, wo dieser das revolutionäre Bewußtsein der proletarischen Klasse als notwendige Voraussetzung ihrer Konstituierung als Klasse für sich begründet hatte.⁷ Immer wieder kehrte er zu dem im damaligen marxistischen Denken unterschätzten Problem der Psychologie, dem Fühlen und ethisch bedingten Handeln des Individuums zurück. Otto Bauer würdigte aus Anlaß des 60. Geburtstages Adlers als dessen besonderes Verdienst, das Erbe der klassischen deutschen Philosophie zum Wohle der sozialen Theorie des Marxismus lebendig und wirksam gehalten zu haben. Seine Bemühungen zur Verbindung von Marx und Kant hätten verhindert, daß der wissenschaftliche Charakter des Marxismus durch die neukantianisch inspirierte Ethik Bernsteins ersetzt worden sei.⁸

7 Siehe *Max Adler: Helden der sozialen Revolution*. Berlin 1926. S. 13ff.

8 Otto Bauer: *Max Adlers Leistung*. In: »Arbeiter-Zeitung« vom 15. Januar 1933.

Max Adler hielt ähnlich wie Bernstein die bürgerliche Gesetzlichkeit für ein hohes Gut und eine Errungenschaft der bürgerlich-demokratischen Revolution, folgte diesem aber nicht in der Schlußfolgerung, die Bernstein mit dem alten Engels belegen wollte: daß parlamentarische Arbeit im bürgerlichen Rechtsstaat die einzige und zugleich schärfste Waffe der Arbeiterbewegung sei. Wie von Otto Bauer im Linzer Programm (1926) begründet, hielt er die notfalls diktatorische Verteidigung dieser Gesetzlichkeit gegen die reaktionäre Bourgeoisie bzw. ihre Unterdrückung im Falle eines konterrevolutionären Anschlags gegen eine demokratisch legitimierte Arbeitermacht für zulässig und legitim. Aus dem Scheitern der Revolution von 1918 zog er die Schlußfolgerung, daß die wichtigste Ursache die subjektive, geistige Unreife der Arbeiterklasse gewesen sei. Deshalb sei die Formierung, Festigung und Revolutionierung des Bewußtseins der eigenen Vorstellungen die wichtigste Voraussetzung und damit zugleich das wichtigste Ziel der Erziehung der Massen, ohne die revolutionäres Handeln unmöglich ist.

Adler verfiel nicht in den Fehler Bernsteins und anderer, aus der potentiellen Möglichkeit eines friedlich-evolutionären Umgestaltungsprozesses der Gesellschaft dessen zwingende Ausschließlichkeit zu behaupten. Für ihn war der gesellschaftliche Entwicklungsprozeß gestaltbar, abhängig vom Agieren der Menschen, also notwendig auch alternativ, progressiv oder reaktionär, auch wieder in Abhängigkeit von der Reife des klassenrevolutionären Bewußtseins. Unabhängig von der Form und dem konkret-historischen Wegen blieb dieser Umwandlungsprozeß für ihn seinem Wesen nach revolutionär.

Adler hielt an der Revolution als Moment der Wirklichkeit und ihrer notwendigen Entwicklung fest. Die Revolution sei ein »mit elementarer Wucht hereinbrechendes Schicksal«, allerdings als Ausdruck einer »Umkehrung der Gemüter« im Gefolge einer »umstürzenden Wandlung des Geistes«, aber nicht von »Barrikaden und Guillotine, Sturmgeläute und Pulverdampf«⁹. Sieht man vom idealistischen Hintergrund der damaligen Begründung ab, dürfte im angebrochenen Informations- und Medienzeitalter sowie angesichts sich weitgehend aufgelöster traditioneller Klassenstrukturen der Faktor »geistig-kulturelle Hegemonie«, also ein ideelles Moment, eine wesentliche Bedingung revolutionärer Auf- und Umbrüche sein. Dieses vorherrschende Krisenbewußtsein und die tiefgehende politisch-moralische Depravation quer durch eine ganze Gesellschaft bleiben nicht auf die Unterschicht beschränkt. Soll chaoti-

⁹ Otto Bauer: 1848. Wien 1905. S.17f. und 19.

schen Umbrüchen mit reaktionären Rückfällen vorgebeugt werden, braucht es ein verändertes Bewußtsein, benötigt jede progressive Bewegung geistigen Vorlauf, eine plausible Programmatik. Adler berief sich dabei seinerzeit auf Lassalle und Stirner, war hier Kantianer und nicht historischer Materialist, der dieselbe Schlußfolgerung zog. Adler demonstrierte, wie Marxisten gut mit solchen Sozialisten ›leben‹ und gemeinsam kämpfen können, auch wenn sie darauf bestehen, daß alle ethisch-moralischen oder religiösen Motivierungen sozialistischen Handelns letztlich objektive, gesellschaftliche Quellen haben. Sein und Sollen sind zwei Seiten einer Wirklichkeit, wobei das Sollen seine letztlich Bestimmung durch das Sein erfährt. Adler rang mit dem Problem, gegen Tendenzen einer vulgär-deterministischen Geschichtsauffassung eine mit dem Marxismus übereinstimmende Konzeption von der Rolle des Individuums zu entwickeln, die die einzelne Persönlichkeit zum Ausgangspunkt sozialer Prozesse in Basis und Überbau machte. In seiner Gesellschaftsstrategie spielte damit stets die Intelligenz, der Intellektuelle als Denker, als Lehrer, Erzieher und ideologische Leitfigur eine hervorragende Rolle. Dieser Gedanke scheint durch neuartige Reproduktionsbedingungen und den damit verbundenen Individualisierungsprozessen, durch einen neuen Typ von Arbeit (in der Informationsgesellschaft), die dem einzelnen Individuum zu strategischen Positionen im kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozeß verhilft, an Bedeutung bei der Suche nach einem neuen historischen Subjekt der gesellschaftlichen Entwicklung zu gewinnen.

Adler bestand als Konsequenz seiner philosophischen Grundanschauung bereits vor dem Ersten Weltkrieg, der ihn vorerst widerlegte, darauf, daß es keine Unvermeidlichkeit imperialistischer Kriege gäbe. Auch hier ging er von der Alternativität der Geschichte aus, abhängig vom Kampf der Massen, die zum Bewußtsein ihrer Lage und Aufgabe gebracht werden müssen. Darin sah Adler seine und die der sozialistischen Partei vornehmste Aufgabe, schon vor der sozialistischen Umwälzung für die friedliche Variante imperialistischer Herrschaft und Expansion zu kämpfen. Eine solche Prognose im ersten Jahr des gerade ausgebrochenen Weltkrieges wiederholt, mußte damals befremden, obwohl Adler klar erkannte, wie imperialistische Expansion und Monopolherrschaft mit Notwendigkeit zu diesem Krieg gedrängt hatten.¹⁰

¹⁰ Otto Bauer: *Prinzip oder Romantik? Sozialistische Betrachtungen zum Weltkriege*. Nürnberg 1915. S. 14f.

Adler lehnte jede Zusammenbruchstheorie als undialektisch ab. Er arbeitete heraus, wie im »Zeitalter des reifen Kapitalismus« alle seine Tendenzen zur globalen Expansion, Konzentration und zunehmenden Vergesellschaftung trotz wachsender staatlicher Regulierung den Kapitalismus zwar zeitweilig festigen könnten, zugleich aber seine inneren Widersprüche bloßlegten und verschärften, womit die objektiven Voraussetzungen für die sozialistische Umgestaltung heranreifen. Auch hier konsequent seiner Erkenntnistheorie folgend, sah Adler immer bessere Möglichkeiten der Verbreitung sozialistischen Bewußtseins, unterschätzte allerdings die Notwendigkeit, die Massen in den politischen Kampf zu führen, weil sie letztlich nur in der massenhaften Aktion praktische Erfahrung gewinnen würden. Theoretisch ungelöst ließ er das Problem, wie die Suprematie der Ideologie der herrschenden Klasse durchbrochen werden könnte, obwohl er die Problematik erkannte. So wandte er sich noch vor Gramsci der Frage der geistig-kulturellen Hegemonie zu, die die Arbeiterklasse erringen müsse, um an die Macht zu kommen und diese Macht zu behaupten. Ausgehend davon, daß trotz des gesetzmäßigen Charakters der gesellschaftlichen Entwicklung der Sozialismus nicht spontan, sondern nur im Ergebnis des aktiven Handelns und als bewußt gesetzter Zweck Wirklichkeit werde, also gewollt sein müsse, könne er nur durch die Ausbildung »des Willens zu einer neuen Gesellschaft« erreicht werden. Bildung und Erziehung, Aufklärungs- und Organisationsarbeit seien die Mittel, die Mehrheit des arbeitenden Volkes für das sozialistische Ziel zu gewinnen. Eine nur parlamentarische Mehrheit ohne die hegemoniale politisch-moralische und geistig-kulturelle Führung der Gesellschaft durch die sozialistische Partei werde nicht über die Grenzen eines radikaleren bürgerlich-demokratischen Programms hinausführen. Von daher lehnte er alle Varianten einer Koalition mit bürgerlichen Parteien ab.

Hatte Marx für die Übergangsperiode die notwendige Diktatur des Proletariats begründet, Kautsky dem die Koalition entgegen gestellt, formulierte Adler: »Der wichtigste Grund (aber) für die Beibehaltung des Begriffes der Demokratie auch für den revolutionären Kampf des Proletariats liegt darin, daß wir dadurch die Konsequenz der marxistischen Staatsauffassung stets gegenwärtig erhalten, daß in mittel- und westeuropäischen Verhältnissen die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und die Errichtung der proletarischen Diktatur nur ein Prozeß der Mehrheitsbildung der revolutionären Klasse in der kapitalistischen Gesell-

schaft sein kann, ... und daß die Befreiung des Proletariats heute nur mehr auf internationalem Boden möglich ist.¹¹

So entschieden Adler den Rechtsstaat verteidigte und – ähnlich wie Bauer – vor allen von daher seine Kritik an den Bolschewiki wie an den Versuchen der KPD, deren Modell auf Deutschland zu übertragen, ableitete, wurde er nicht müde nachzuweisen, wie alle politischen Freiheiten ohne soziale Befreiung leere und formale Hülsen blieben. Scheinbar ähnlich wie heutige Reformsozialisten im Nachtrab der systemintegrierten statistischen Sozialdemokratie die Programmatik von abendländischen Werten (Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität) ableiten, setzte Adler im Sinne seines Sozialpriorismus auch Werte als Ziel der sozialistischen Bewegung an die Spitze. Im Unterschied zu heute fragte er jedoch nach den konkret-historischen Inhalten dieser Werte. Freiheit wie Gerechtigkeit waren für ihn ohne soziale Gleichheit, also die egalitäre Stellung aller Menschen gegenüber den Produktionsmitteln der Gesellschaft, eine Phrase. Ohne soziale Gleichheit der Menschen gebe es keine reale Freiheit, denn Freiheit von Ungleichen impliziere notwendig »ungleiche« Freiheiten, während unter den Bedingungen der Gleichheit das Problem der Freiheit als gesellschaftliches sich verflüchtige – davon wich er nicht ab. Diese gesellschaftliche Emanzipation der Klasse bestimmte er zugleich als Kulturkampf, als kulturellen Fortschritt zu einer höheren Form des Rechts (im Unterschied zur formalen Rechtsgleichheit), der Sittlichkeit und Vernunft. Diese in der deutschen klassischen Philosophie angelegten Ideen habe der Marxismus auf eine objektive Basis gestellt, weg von abstrakten Moralpredigten über ewige Werte auf die Ebene der moralischen Tat. Adler antizipierte die Grundidee des heutigen modernen Sozialismus, indem er, angeregt durch seinen Rückgriff auf Kant und den Neukantianismus, in der sozialistischen Bewegung die Vertreterin allgemeinmenschlicher Interessen und Werte erkannte.

In einem seiner wichtigsten Bücher, »Politische und soziale Demokratie«, faßte Adler 1926 präzise und in Auseinandersetzung mit Kautsky, Renner und Hilferding seine Auffassungen zu den Kernfragen jeder sozialistischen Strategie und Taktik zusammen, die den Anspruch erhebt, marxistisch zu sein.¹² Prinzipieller Ausgangs-

¹¹ Max Adler: *Linkssozialismus. Notwendige Betrachtungen über Reformismus und revolutionären Sozialismus. Karlsbad 1933*. S. 47.

¹² Frank Richter hat als einer der ersten den vorsichtigen Versuch unter-

punkt blieb für ihn die Klassenspaltung der Gesellschaft, die notwendig zu verschiedenen Formen und auf verschiedenen (friedlichen und nicht-friedlichen) Wegen zu einer Klassendiktatur führe, solange sie nicht durch die Majorität legitimiert sei. Wie schon Marx sah er im Staat einen Vollzugsausschuß der herrschenden Klasse, unterschätzte allerdings die Herrschaftsfunktion jeder hohen Staatsbürokratie. Das hinderte ihn jedoch nicht, die rechten Sozialdemokraten mit deren »fasziniertes Einstellung« zur bürgerlichen Demokratie scharf zu attackieren, weil sie glaubten, durch Beteiligung an der Regierungsgewalt allmählich über eine bessere Sozialpolitik die bürgerlich-kapitalistische in eine sozialistische Gesellschaft ummodellieren zu können. Für diese Rechtssozialisten sei die politische Demokratie kein Instrument, sondern Sinn und Inhalt des Kampfes. Das erzeuge ein illusionäres Klassenbewußtsein und entwaffe die Arbeiterklasse. Adler unterschied strikt zwischen politischer und sozialer Demokratie. Erst die soziale Demokratie (unter Wahrung der Formen der politischen) bringe Gleichheit und Gerechtigkeit für alle. Vehement wandte er sich gegen die Gegenüberstellung »Demokratie oder Diktatur«. »Die Demokratie war von Geburt aus niemals etwas Friedliches: sie ist zur Welt gekommen auf den Barrikaden und unter den Guillotinen der bürgerlichen Revolutionen des 17. und 18. Jahrhunderts, und jeder ihrer Fortschritte mußte zuerst von den bürgerlichen und dann von den proletarischen Schichten im heißen Kampfe erobert werden. Die politische Demokratie war immer ein Kampfinstrument und stand im Dienste bestimmter Klassen, die entweder ihre Ausdehnung verlangten oder verweigerten. Niemals ist die politische Demokratie ein Mittel gewesen, die Klassengegensätze zu überwinden oder auch nur auszugleichen, sondern im Gegenteil, sie war stets das Hauptinstrument des Klassenkampfes selbst ... Die politische Demokratie (dagegen) besteht in der Mobilisierung der Massenkraft unter der Idee der Freiheit und Gleichheit aller, wobei die Verwirklichung dieser Forderung durch die Majorität der Bevölkerung entschieden wird.«

Ähnlich wie Jahre später Otto Bauer sah Adler mit Blick auf die Sowjetunion die Möglichkeit, daß eine im Bürgerkrieg erkämpfte, aber nicht durch die Majorität gestützte Macht für eine kürzere

*nommen, das Verhältnis von Pluralismus und wissenschaftlicher Gesellschafts-
erkenntnis als Bedingung einer rationalen Gesellschaftsstrategie zu durchdenken
(siehe Frank Richter: Pluralismus oder Pluralität. In: Utopie kreativ. Nr.132.
Oktober 2001. S. 889-901).*

Herrschaftsphase für den Fall legitimiert wäre, wenn sie diese Macht nütze, sich eine Majorität zu verschaffen. Adler hielt dabei an der Bewahrung der republikanisch-demokratischen Staatsform fest, die nicht dem notwendigen Bruch mit der bürgerlichen Klassenherrschaft geopfert werden dürfe. Die Verteidigung des sowjetrussischen Weges verband er stets mit der Benennung der Anomalien dieser Entwicklung, nicht ohne auf Marx' und Engels' Vermutung über einen besonderen Weg Rußlands zum Sozialismus hinzuweisen. Ausdrücklich wollte er Auffassungen von nur einem Weg oder Modell des Sozialismus korrigieren, wobei er – direkt auf Lenin bezug nehmend – der Notwendigkeit verschiedener Wege zum Sozialismus betonte.¹³

Ein letztes Mal meldete sich Adler mit einer größeren Arbeit zu Wort, die angesichts verstärkter einsetzender Repressionen nur noch im Ausland erscheinen konnte und eine Art politisches Vermächtnis darstellt. In Karlsbad brachte er im Herbst 1933 in der Verlagsanstalt Graphia die Schrift »Linkssozialismus« heraus. Damit wandte er sich gegen den fortdauernden Führungsanspruch des deutschen sozialdemokratischen Emigrationsvorstandes. Er hoffte, Einfluß auf die sich als marxistische linkssozialistische Partei neu formierende Sozialdemokratie zu nehmen.¹⁴ Zu rasch habe er geglaubt, mit der Niederlage der deutschen Sozialdemokratie habe sich Bernstein erledigt. Nochmals ließ er die Reiheverhängnisvoller Schritte der SPD, die den Sieg der Nazis ermöglichten, Revue passieren (Schwächung der Gewerkschaften, Abbau der Sozialversicherung, keine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, Verzicht auf außerparlamentarischen Kampf, Ablehnung des Generalstreiks durch Leipart und andere). So hielt er es für dringlich, nochmals das ganze Spektrum seiner jahrzehntelangen Bemühungen zur Verbreitung marxistischen linkssozialistischen Gedankenguts auszubreiten. Insbesondere ging es ihm um die Wiederholung jener Thesen, warum der Reformismus nicht kämpfen könne und wolle. Er identifiziere Klassenkampf mit parlamentarischen Kampf; »wenn er einen Aufruf zum Kampf erließ, so war immer nur der Wahlkampf gemeint. Und ganz dementsprechend hielt er die Besetzung von *Minister*posten für eine Machteroberung, statt in der Stärkung der *Proletarier*posten in und außerhalb der staatlichen Verwaltung und der Exekutive den eigentliche Gewinn ... zu erblicken.« Ein paar Prozent mehr bei

13 Max Adler: *Unsere Stellung zu Sowjet-Rußland*. Berlin o. J. S. 177ff.

14 Max Adler: *Linkssozialismus*. Alle Zitate ebenda.

Wahlen und einige Sitze im Parlament stellten nichts weiter als zeitweilige »politische Konjunkturgewinne« dar. Das habe auch die Niederlage 1927 im »roten Wien« bewiesen. Jetzt werde der »roten Mehrheit« in der österreichischen Hauptstadt der Lebensnerv durch Entziehung von Steuern und Einkünften abgeschnitten und so werde sie gezwungen, »unpopuläre Maßnahmen durchzuführen, wie Beamtenabbau, Kürzung der Löhne und Gehälter u. dgl., die zweifellos – und das ist der Zweck ... – auch die Wählermasse ungünstig beeinflussen müssen.« Linksozialisten wollten statt solcher Scheinmacht wirkliche Macht, auch wenn ihre Politik einer reformistischen ähnlich sei. »Allein das Entscheidende ist doch, in welchem Geiste eine solche Politik gemacht wird; ... die Erhaltung der ungebrochenen Kampfbereitschaft des Proletariats für den Moment, in welchem sie voll eingesetzt werden kann.« Adlers praktisch-politisches Konzept war jedoch illusionär, wenn er meinte, es müsse gelingen, die verbürgerlichte reformistische Führungsschicht auszuwechseln, die sich auf die Parteibürokratie und eine Schicht von Arbeiteraristokraten stütze.

Der deutsche Linkssozialismus (und nicht nur der deutsche) konnte sich bisher nie als einflußreiche politische Strömung durchsetzen, trotz seiner theoretischen Überlegenheit gegenüber dem zunehmend von der Stalinschen Dogmatik erstickten Diskurs in der KPD wie dem platten Pragmatismus und ideologischen Positivismus der SPD. Alle Versuche zur organisatorischen Verankerung in der Gesellschaft blieben auch später im Sektendasein stecken und scheiterten. Das Scheitern war ursächlich eine Folge der allgemeinen Krisensituation der Arbeiterbewegung, die sich wesentlich im unversöhnlichen Kampf ihrer beiden Hauptströmungen zeigte und den fast kampflosen Triumph des Faschismus ermöglichte. Linkssozialisten wie Adler waren sich – wie schon Rosa Luxemburg erkannt hatte – bewußt, worin das Dilemma der Arbeiterbewegung bestand: daß die russische Revolution allein geblieben war.

Noch gravierender wirkte im Verlaufe der weiteren Entwicklung der Stalinismus, der die fortexistierende Spaltung der demokratisch-sozialistischen und kommunistischen Kräfte vertiefte und verhärtete. Hinzu kam die paradoxe Situation, daß die Stalinsche Sowjetunion zum wichtigsten Gegner des Faschismus wurde. Aus dieser Konfrontation erwuchsen sowohl politische Zwänge und Verwirrungen in der Frontenbildung wie auch bedeutende theoretische Leistungen.

Mit dem Zusammenbruch des real versuchten Frühsozialismus, dessen Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen zum Sieg des stalinistischen Parteityps geführt hatten, der entscheidend die Reformunfähigkeit des gesellschaftlichen Systems bedingte, sind erstmals angesichts des Untergangs der Sozialdemokratie als anti-kapitalistischer, systemoppositioneller Kraft Voraussetzungen entstanden, eine radikaldemokratische sozialistische Partei als einflußreiche gesellschaftliche und parlamentarisch verankerte politische Bewegung zu installieren. Diese Chance würde verspielt, wenn sie sich nicht bewußt dem Erbe des deutschen Linkssozialismus und des linken Austromarxismus verpflichtet fühlte und sich dieser Tradition schöpferisch vergewisserte. Es gehört zum Wertvollsten, auf dem die europäische Linke nun – befreit von der drückenden Last stalinistischer Dogmatik und bereichert durch gewaltige positive wie negative Erfahrungen – aufbauen sowie einen theoretischen Neuanfang denken und programmatisch fixieren kann und muß.

MARIO KESSLER

*ARTHUR ROSENBERG (1889–1943)**Geschichte und Politik zwischen Berlin und New York*

Während eines eher kurzen Lebens arbeitete Arthur Rosenberg auf bemerkenswert unterschiedlichen Gebieten: Geboren und aufgewachsen im kaiserlichen Berlin, erlangte er frühzeitig einen guten Ruf als produktiver Althistoriker. Nach einem radikalen Bruch mit seinem Herkunftsmilieu wurde er in den zwanziger Jahren ein führender kommunistischer Politiker. 1927 verließ er die kommunistische Bewegung. Danach profilierte er sich als unermüdlich publizierender Schriftsteller. Seine Bücher über die Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, die Geschichte des Bolschewismus sowie über Demokratie und Sozialismus wurden in verschiedene Sprachen übersetzt. Die durch seine Flucht nach Hitlers Machtantritt grundlegend veränderten Lebensumstände führten jedoch dann weder zur Änderung seiner politischen Haltung, noch beeinträchtigten sie seinen geschliffenen, von Engagement getragenen Stil der Darstellung, der dennoch die Distanz des Historikers zum Objekt seiner Untersuchung deutlich werden ließ.

Der folgende biographische Abriss sucht die verschiedenen Aspekte von Rosenbergs Leben zu beleuchten.¹ Ursprünglich ein Bewunderer des wilhelminischen Deutschland, wurde Rosenberg einer der wenigen Historiker, der »die Rolle sozialer und ökonomischer

¹ Von den Arbeiten über Arthur Rosenberg seien genannt: Helmut Schachermeyer: *Arthur Rosenberg als Vertreter des Historischen Materialismus*. Wiesbaden 1964 (eine Pionierarbeit); Helmut Berding: *Arthur Rosenberg*. In: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.): *Deutsche Historiker*. Bd. IV. Göttingen 1971. S. 81–96; Hans-Ulrich Wehler: *Einleitung*. In: *Arthur Rosenberg: Demokratie und Klassenkampf. Ausgewählte Studien*. Hrsg. von H.-U. Wehler. Frankfurt am Main 1974. S. 5–16; Rudolf Wolfgang Müller / Gert Schäfer (Hrsg.): *Arthur Rosenberg zwischen alter Geschichte und Zeitgeschichte, Politik und politischer Bildung*. Göttingen 1986; Gert Schäfer: *Arthur Rosenberg: Verfechter revolutionärer Realpolitik*. In: Theodor Bergmann / Mario Kessler (Hrsg.): *Ketzer im Kommunismus. 23 biographische Essays*. Hamburg 2000. S. 101–122; Lorenzo Riberi, *Arthur Rosenberg: Democrazia e socialismo tra storia e politica*. Milano 2000. Dieser Artikel erschien zuerst in: *Socialism and Democracy*. 15 (2001). Nr. 2. S. 129–150. Eine vom Autor angefertigte deutsche Übersetzung wurde in: *Sachor. Zeitschrift für Antisemitismusforschung, jüdische Geschichte und Gegenwart*, Bd. 11 (2001), S. 79–97, publiziert. Sie ist hier (mit unwesentlichen Änderungen) wieder abgedruckt.

Prozesse bei der Ausformung des autoritären Charakters der deutschen Politik hervorhob.²

Ein Intellektueller im kaiserlichen Berlin

Arthur Rosenberg wurde am 19. Dezember 1889 in Berlin in einer Familie des jüdischen Mittelstandes geboren. Sein Vater Henry, ein Geschäftsmann, und seine Mutter Helene kamen aus dem österreichischen Teil der k. u. k. Monarchie. Beide Eltern waren assimilierte Juden. Arthur und seine Schwester Jenny wurden nach ihrer Geburt protestantisch getauft.

Rosenberg wuchs in Berlin und kurzzeitig auch in Wien auf. Ein Stipendium der Gustav-Levinstein-Stiftung ermöglichte ihm den Besuch der höheren Schule.³ 1907 bestand er sein Abitur mit hervorragendem Ergebnis am Askanischen Gymnasium, einer der besten Lehranstalten Berlins. Im gleichen Jahr wurde der bis dahin staatenlose Rosenberg deutscher Staatsbürger. Von 1907 bis 1911 studierte er Alte Geschichte und Philologie an der Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität, der bestangesehenen Alma mater Deutschlands und Mitteleuropas.⁴

Rosenberg schloß sich eng seinem Lehrer Eduard Meyer an, einem international herausragenden Forscher zur Sozialgeschichte der Alten Welt.⁵ Meyer und Otto Hirschfeld begutachteten seine Dissertation über »Untersuchungen zur römischen Zenturienvorfassung«. Die Arbeit erschien in erweiterter Form im Buchhandel und wurde mit dem Preis der Johann-Gustav-Droysen-Stiftung ausgezeichnet. Dies ermöglichte Rosenberg, die wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen.⁶

2 Georg G. Iggers: *The German Conception of History. The National Tradition of Historical Thought from Herder to the Present. Middletown CT 1983.* S. 273 (das Zitat fehlt in der deutschen Ausgabe: *Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart.* Wien 1997).

3 Der Bestand der Gustav-Levinstein-Stiftung befindet sich im Archiv der (heutigen) Askanischen Oberschule.

4 Siehe die Akten der Johann-Gustav Droysen-Stiftung und die Personalakte des nichtbeamteten a.o. Universitätsprofessors Dr. Arthur Rosenberg im Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin.

5 Rosenbergs Briefe an Eduard Meyer befinden sich in Meyers Nachlaß im Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

6 Über Rosenberg als Althistoriker siehe Volker Losemann: *Nationalsozialis-*

Er arbeitete zunächst für die »Frankfurter Zeitung«, einem der führenden Blätter Deutschlands, und war an der Redaktion von »Ullsteins Weltgeschichte« beteiligt. Zeitweilig hielt er sich in Italien auf, um das Material für seine Habilitationsschrift zusammenzutragen. Im Jahre 1914, im Alter von nur 25 Jahren, habilitierte er sich mit der Arbeit »Der Staat der alten Italiker. Verfassung der Latiner, Osker und Etrusker«, in der er die unterschiedlichen Regierungsformen in verschiedenen Stadtgemeinden des vorrömischen Italiens untersuchte.

Rosenberg war gerade Privatdozent geworden, als der Erste Weltkrieg begann. Als glühender deutscher Patriot meldete er sich als Kriegsfreiwilliger. 1915 wurde er zur Armee eingezogen und diente die meiste Zeit des Krieges im Kriegspresseamt, doch war er auch im Hinterland der Westfront verpflichtet (krankheitshalber war er nicht an der Front).⁷ Daneben fand er Zeit für eine Neuherausgabe von Droysens »Geschichte Alexanders des Großen«, für die er eine Einleitung schrieb.⁸ Wie viele Deutsche seiner Generation verlor Rosenberg alle Illusionen über die alte soziale Ordnung, die für vier Jahre eines gegenseitigen Tötens auf Europas Schlachtfeldern und in den Schützengraben stand. Er gehörte zur Minderheit derer, die im sozialistischen Internationalismus eine Alternative zum deutschen Nationalismus sahen.

mus und Antike. Studien zur Entwicklung des Faches Alte Geschichte 1933–1945. Hamburg 1977; Carl Christ: Römische Geschichte und deutsche Geschichtswissenschaft. München 1982; Luciano Canfora: Politische Philologie. Altertumswissenschaften und moderne Staatsideologien. Stuttgart 1995. Siehe auch ders.: Il comunista senza partito. Seguito da »Democrazia e lotta di classe nell' antichità« di Arthur Rosenberg. Palermo 1984.

⁷ Einige Biographen Rosenbergs nennen seine Mitgliedschaft in der 1917 gegründeten extrem rechten Deutschen Vaterlandspartei, der er bis Kriegsende angehört haben soll. Siehe beispielsweise Francis L. Carsten: Arthur Rosenberg als Politiker. In: Gerhard Botz u. a. (Hrsg.): Geschichte und Gesellschaft. Festschrift für Karl R. Stadler zum 60. Geburtstag. Wien 1974. S. 268. Rosenberg betonte hingegen: »Ich habe in der Zeit bis zum 10. November 1918 keiner politischen Partei oder Organisation angehört.« (Arthur Rosenberg: Die Entstehung der deutschen Republik 1871–1918. Berlin 1928. S. 7).

⁸ Johann Gustav Droysen: Geschichte Alexanders des Großen. Einleitung von Dr. Arthur Rosenberg, mit einem Vorwort von Sven Hedin. Berlin 1917.

Der kommunistische Politiker

Im November 1918 schlug sich Rosenberg auf die Seite der äußersten Linken. Diese bestand, wie er später schrieb, aus »revolutionären Sozialisten, aus Arbeitern und Arbeitersöhnen, denen die demokratische Republik nicht genügte und die sofort zur konsequenten Abschaffung des kapitalistischen Privateigentums weitergehen wollten«⁹. So wurde Rosenberg Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD), die sich zwei Jahre darauf spaltete. Ihr linker Flügel, zu dem Rosenberg gehörte, schloß sich der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) an. Seine Rede auf dem Vereinigungsparteitag von USPD und KPD bezeugte seinen revolutionären Enthusiasmus. »Genossen!«, rief er aus. »Die weltrevolutionäre Lage liegt zur Zeit so, daß die Welle nach Mitteleuropa geht. Italien und Deutschland werden reif für den Entscheidungskampf, und diesen Entscheidungskampf werden wir in diesen beiden Ländern mit ziemlich ähnlicher Taktik führen müssen.«¹⁰ Er konstatierte, die italienische Regierung habe nicht gewagt, die von den Arbeitern besetzten Fabriken anzugreifen, da die Arbeiter gut bewaffnet seien. Entsprechende Kampfmethoden seien für Deutschland nötig.

Rosenberg, der auch an der Berliner Volkshochschule unterrichtete und Beiträge zur Arbeiterbildung veröffentlichte, wurde Anfang 1921 zum kommunistischen Stadtverordneten für Groß-Berlin gewählt.¹¹ Er wurde durch seine Auftritte auf KPD-Parteitag bekannt. Im August 1922 erklärte er: »Wir gehen großen Perioden heftiger Kämpfe entgegen«; dies werde »zu großen Zusammenstößen mit der Staatsgewalt führen; das ist vollkommen klar«¹². Er ignorierte die Tatsache, daß diese Politik der unrühmlichen Märzaktion von 1921 zugrunde gelegen und zu einer Katastrophe für die deutschen Kommunisten geführt hatte, da diese von der Mehrheit der

9 Arthur Rosenberg: *Geschichte der deutschen Republik. Karlsbad 1935 (hier und in folgenden zit. nach der Neuauflage: Geschichte der Weimarer Republik. Hamburg 1991)*. S. 7.

10 Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der USPD (Linke) und der KPD (Spartakusbund), abgehalten in Berlin vom 4. bis 7. Dezember 1920. Leipzig/Berlin 1921. S. 143f.

11 Für diese Seite seiner Tätigkeit siehe seinen Aufsatz: *Die Reform des Geschichtsunterrichts*. In: *Die neue Erziehung*. 2(1920). Nr. 17. S. 405–410.

12 Bericht über die Verhandlungen des 2. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, 22.–26. August 1921. Berlin 1921. S. 346.

deutschen Arbeiter vollkommen isoliert geblieben waren. Sogar die neuerliche Niederlage im Herbst 1923 konnte seine Haltung, daß Deutschland für eine kommunistische Revolution reif sei, nicht erschüttern. Folglich gehörte er zur Linksoption um Ruth Fischer und Arkadij Maslow, die sich gegen die realistischere Politik von Heinrich Brandler, des Parteivorsitzenden, und August Thalheimer, des bedeutendsten Theoretikers der Partei, wandten.

Nachdem die Linksoption die Parteiführung übernommen hatte, rückte Rosenberg innerhalb der KPD in Schlüsselpositionen auf. 1924 wurde er in die Leitung des Parteibezirks Berlin-Brandenburg, einer der wichtigsten Bezirksorganisationen, gewählt. Im gleichen Jahr stieg er auf dem Frankfurter Parteitag in die Parteizentrale auf. Im Mai 1924 wurde er Reichstagsabgeordneter und übte sein Mandat bis zu den Wahlen von 1928 aus. Auf dem 5. Kongreß der Kommunistischen Internationale (Komintern) wurde er im Juli 1924 zum Präsidiumskandidaten des Exekutivkomitees (EKKI) gewählt. Er schrieb viele Artikel für die kommunistische »Internationale Pressekorrespondenz« zu Fragen der internationalen Beziehungen.

Innerhalb der Partei gehörte Rosenberg mit Ruth Fischer und Werner Scholem zunächst zur ultralinken Fraktion. In Geheimsitzungen in Rosenbergs Wohnung in Berlin-Zehlendorf besprachen die Ultralinken die Lage in Rußland. Sie forderten die Berliner Parteiorganisation zum entschiedenen Kampf gegen den Totalitätsanspruch des Staates, die Staatspartei und die Entartung des Kommunismus auf und erklärten sich für die möglichst rasche Bildung einer unabhängigen Organisation. »Über diese Verbindung zwischen den russischen und den deutschen Linken hatte der Nachrichten-Apparat dem russischen Politbüro sicherlich ausführliche Berichte geliefert«, vermutete Ruth Fischer viele Jahre später.¹³

In einer Rede vor der Chemnitzer Parteiorganisation erklärte Rosenberg, »daß es nicht von Bedeutung sei, ob die Partei ein oder zwei Millionen Stimmen bei dem »parlamentarischen Affenspiel« verliere. Die einzige Aufgabe sei die Bewahrung des Geistes der Revolution und der proletarischen Organisation«¹⁴. Im Mai 1925 kritisierten Rosenberg, Iwan Katz und Werner Scholem sogar

¹³ Ruth Fischer: *Stalin und der deutsche Kommunismus. Der Übergang zur Konterrevolution. Frankfurt am Main (1950). S. 221.*

¹⁴ Rosa Meyer-Leviné: *Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland 1920-1933. Hrsg. und eingeleitet von Hermann Weber. Köln 1979. S. 122.*

Fischer und Maslow, die in Übereinstimmung mit der Komintern-Führung eine »relative Stabilisierung« der kapitalistischen Weltordnung konstatiert hatten.¹⁵

Rosenberg hielt bis zum Herbst 1925 an dieser ultralinken Haltung fest. Seit dieser Zeit rückte er jedoch immer weiter davon ab. In der Atmosphäre der Stabilisierung in der Mitte der zwanziger Jahre begriff er, daß für revolutionäre Abenteuer kein Raum mehr war. Einige Jahre später konstatierte Rosenberg für jene Zeit eine »eigenartige Mischung von Friedfertigkeit und Sowjetbegeisterung«, aber keinerlei Wunsch nach einer bolschewistischen Revolution in Deutschland.¹⁶

Im November 1925 veröffentlichte Rosenberg einen Artikel, in dem er klar feststellte, daß die KPD nur bei einer Minderheit der Arbeiter über Einfluß verfüge; die Mehrheit folge weiterhin den Sozialdemokraten, der katholischen Zentrumsparlei und sogar nationalistischen Kräften. In einer nichtrevolutionären Situation vertrete die SPD die Interessen der Arbeiter besser und effektiver als die KPD. Für eine solche Lage, schrieb Rosenberg, habe die KPD eine ernsthafte, sachliche Strategie nicht gefunden. Die Mehrheit der arbeitenden Menschen würde die Partei »für einen konfusen Haufen von Thesenfabrikanten, Radaumachern und Putschisten halten«¹⁷.

Diese Art der Kritik und Selbstkritik brachte Rosenberg in Kontakt mit der von Ernst Thälmann geführten Fraktion. Thälmann, ein Hamburger Transportarbeiter, der früher den Ultralinken verbunden gewesen war, schien jetzt für die Strömung in der KPD zu stehen, die sich mehr an der Realität orientierte. Rosenberg, der hinsichtlich der inneren Entwicklung der Sowjetunion eine immer kritischere Haltung bezog, hoffte auch, daß eine KPD-Führung mit

15 Die Kritik von Rosenberg, Katz und Scholem befindet sich in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv. Berlin (SAPMO-BArch). RY 1/1 2/3/65. Bl. 5–8. Siehe zum Kontext u. a. Siegfried Bahne: Zwischen »Luxemburgismus« und »Stalinismus«. Die »ultralinke« Opposition in der KPD. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. 9(1961). Nr. 4. S. 359 bis 383; Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD. Bd. 1. Frankfurt am Main 1969. S. 107; Ben Fowkes, Communism in Germany under the Weimar Republic. New York 1984. S. 129–131.

16 Rosenberg: Geschichte der Weimarer Republik. S. 181.

17 Arthur Rosenberg: Einige Bemerkungen zur Parteidiskussion. In: Die Internationale. 8(1925). Nr. 11. S. 693f.; Siehe auch sein Rundschreiben an das Politbüro vom 29. Dezember 1925. In: SAPMO-BArch. RY 1/1 2/3/170. Bl. 181 bis 186.

Thälmann gegenüber der sowjetischen Parteiführung, die auf die Komintern in immer negativerer Weise einwirke, eine unabhängige Position beziehen werde.

Unterdessen entwickelte Rosenberg im Reichstag eine Reihe von Aktivitäten. Er nahm zu vielen Fragen Stellung. Bei verschiedenen Gelegenheiten konnte er seine historischen Kenntnisse nutzen. In einem Angriff auf die deutsche Umsatzsteuer verteidigte er das römische Steuersystem, das keine Lohnsteuer gekannt und der armen Bevölkerung Brot umsonst habe zukommen lassen. Er bot seinen Opponenten eine Vorlesung über alte Geschichte, als einer von ihnen behauptete, Kaiser Augustus habe die Umsatzsteuer erfunden.¹⁸

Rosenbergs wichtigste parlamentarische Aktivität war seine Mitarbeit im Reichstagsausschuß zur Untersuchung der Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Weltkrieg. Durch die Mitgliedschaft im vierten Untersuchungsausschuß erhielt Rosenberg Zugang zu einer Vielzahl von Primärquellen und Dokumenten, die sein Interesse für Zeitgeschichte verstärkten.

Als Berichterstatter des Komitees sprach Rosenberg am 2. Dezember 1925 über die Ursachen des Zusammenbruchs der deutschen Armee. Er wies die von Marineoffizieren aufgestellte Behauptung zurück, wonach die Unabhängigen Sozialdemokraten die Marine durch ihre Antikriegsagitation unterminiert, den Aufstand der Hochseeflotte herbeigeführt und dadurch den Zusammenbruch der deutschen Front verursacht hätten. Rosenberg führte aus, die USPD sei keineswegs die revolutionäre Partei gewesen, als die sie von der konservativen Presse dargestellt worden wäre, sondern eine Mischung aus radikalen und reformerischen Kräften. Die Spartakusgruppe, der radikale Flügel, habe keinerlei Einfluß auf den Ausbruch der Revolution gehabt und sei selbst den aufständischen Matrosen unbekannt gewesen. 95 Prozent der Soldatenräte hätten die SPD unterstützt. In scharfem Kontrast zur Dolchstoßlegende der politischen Rechten sei ein gesamtnationaler Widerstand im November 1918 nicht mehr möglich gewesen, da das Volk erschöpft gewesen sei und die Front über keinerlei Reserven mehr verfügt habe. Keine Regierung habe an diesen Zuständen etwas ändern können.¹⁹ Etwas später behauptete der konservative Archivrat

¹⁸ Siehe *Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte. Bd. 387. 3. August 1925. S. 3.906.*

¹⁹ Siehe *Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918. Zweite Abteilung. Bd. IV. Berlin 1928. S. 91ff.*

im Reichsarchiv Erich Otto Volkmann, Rosenbergs Gegenspieler im Ausschuß, ein Revolutionskomitee, habe sich im Oktober 1918 in Berlin gebildet. Rosenberg entgegnete, dieses Komitee sei auf Grund innerer Widersprüche zu jederart Handeln unfähig gewesen und sei von den Ereignissen, auf die es keinerlei Einfluß auszuüben vermochte, überwältigt gewesen. Er betonte erneut, daß nicht die revolutionäre Erhebung Deutschlands Zusammenbruch herbeigeführt habe, da der Krieg zu diesem Zeitpunkt ohnehin verloren gewesen sei.²⁰

Am 26. April 1927 trat Rosenberg aus der KPD aus. In einem offiziellen Brief an die Parteiführung, den die SPD-Presse am folgenden Tag veröffentlichte, nannte er die kommunistische Niederlage in China und die Unterordnung der verschiedenen kommunistischen Parteien unter die Moskauer Politik als Gründe für seinen Schritt.²¹ Er blieb fraktionsloser Abgeordneter des Reichstages. Nunmehr kritisierte Rosenberg die KPD und ihre »romantische Phrasologie, die nicht im entferntesten eine reale Bedrohung der bestehenden Staatsordnung darstellt ... Durch diese Romantik werden Millionen Arbeiter davon abgelenkt, in realer sachlicher Weise ihre Tagesinteressen zu vertreten. Der Kampf gegen die Romantik bringt eine außerordentliche Energieverschwendung für die übrigen Tendenzen und Richtungen der Arbeiterbewegung mit sich ...«²²

Rosenbergs Kritik der kommunistischen Politik entsprang einer Einstellung, an der er bis zum Ende seines Lebens festhalten sollte. Nur ein Jahr nach seinem Rückzug von der politischen Bühne schrieb er im Vorwort seiner »Entstehung der deutschen Republik«: »Die Eigenart der politischen Entwicklung Deutschlands hat es mit sich gebracht, daß bei uns das leere politische Schlagwort, die Illusion und die politische Lebenslüge eine viel größere Rolle spielt als bei anderen Völkern. Wenn ich meinen Lesern im Kampf mit diesen Gespenstern ein wenig helfen könnte, hätte ich alles erreicht, was ich mit meinem Buch beabsichtige.«²³

20 Siehe ebenda. Bd. V. S. 215ff.

21 Siehe Rosenbergs »Austrittserklärung« in: »Vorwärts« vom 27. April 1927 sowie die Notiz »Rosenbergs Abgang« in: »Die Rote Fahne« vom 28. April 1927 und den Kommentar »Der »parteilose Sozialist« Rosenberg«, ebenda vom 29. April 1927.

22 Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte. 2. Juli 1927. Bd. 393. S. 11181.

23 Rosenberg: Die Entstehung der deutschen Republik. S. 7f.

*Der Historiker und politische Schriftsteller
am Ende der Weimarer Republik*

Nach den Reichstagswahlen von 1928 verlor Rosenberg sein Abgeordnetenmandat. Um seine Familie – seine Frau Ella und die Kinder Liselott und Wolfgang – ernähren zu können, nahm er eine Stelle als Lehrer am Köllnischen Gymnasium an. Diese Schule war durch die progressiven Bildungsreformen der SPD-geführten preussischen Regierung und des Berliner Magistrats geprägt.²⁴ Gleichzeitig unterrichtete er als Privatdozent an der Berliner Universität. Unter seinen Hörern waren Walter Markov, Georg Eckert, Arkadij Gurland und Arthur Lehnig.²⁵

Neben seiner Lehrtätigkeit machte sich Rosenberg einen Namen als Verfasser zeithistorischer Werke. Bislang war er als Experte für altrömische Geschichte bekannt. Nach dem Krieg und vor seinem Einstieg in die Politik hatte er eine populärwissenschaftliche Geschichte der römischen Republik und eine marxistisch inspirierte Broschüre über Demokratie und Klassenkampf im Altertum verfaßt sowie eine Quellenübersicht zur römischen Geschichte herausgegeben.²⁶ Nunmehr erwarb er indes internationale Anerkennung durch seine Bücher zur Entstehung der deutschen Republik und zur Geschichte des Bolschewismus, die er 1928 und 1932 veröffentlichte.

Rosenbergs Buch zur Entstehungsgeschichte der Weimarer Republik war hauptsächlich ein Produkt seiner Mitarbeit im Untersuchungsausschuß über die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Weltkrieg. Er wies die allgemeinen Auffassungen der Rechten wie der Linken zurück und suchte nach einer eigenen Interpretation der historischen Ereignisse. So entwickelte er in seiner

24 Siehe Theodor Bergmann: *Im Jahrhundert der Katastrophen. Autobiographie eines kritischen Kommunisten*. Hamburg 2000. S. 11f.

25 Siehe Walter Markov: *Zwiesprache mit dem Jahrhundert. Dokumentiert von Thomas Grimm*. Berlin/Weimar 1989. S. 35–37; Schachenmeyer: S. 30; Rüdiger Zimmermann: *Arkadij Gurland (1904–1979). Marxistischer Theoretiker und Publizist*. In: Jürgen Schlimper (Hrsg.): *»Natürlich – die Tauchaer Straße«*. Beiträge zur Geschichte der *»Leipziger Volkszeitung«*. Leipzig 1997. S. 300; Bert Alena: *Nachruf: Arthur Lehnig (1899–2000)*. In: 1999. *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts*. 16(2000). Nr. 1. S. 220–224.

26 *Arthur Rosenberg: Geschichte der römischen Republik*. Leipzig/Berlin 1921; ders.: *Demokratie und Klassenkampf im Altertum*. Bielefeld/Leipzig 1921 (Neuausgabe: Freiburg/Br. 1997); ders.: *Einleitung und Quellenkunde zur römischen Geschichte*. Berlin 1921.

»Entstehung der deutschen Republik« die Theorie von »zwei Revolutionen« während des Krieges. Die erste, so schrieb er, sei die Errichtung der *de facto* militärischen Diktatur durch Hindenburg und Ludendorff im Jahre 1916 gewesen. Sie habe den Kaiser wie den Reichstag auf eine bloß symbolische Rolle reduziert. Die zweite Revolution sei der Zerfall der Obersten Heeresleitung im Oktober 1918 gewesen, wodurch die Macht auf die nichtrevolutionäre deutsche Mittelklasse übergegangen sei, die die Monarchie abschaffen wollte. Doch die Aktionen der Arbeiter- und Soldatenräte schufen die Voraussetzungen für die Entstehung der deutschen Republik. Eine Mehrheit in diesen Räten wollte die parlamentarische Demokratie mit dem Sozialismus verbinden.

Es konnte Rosenberg kaum überraschen, daß sein Buch von der Mehrheit seiner Berufskollegen entschieden zurückgewiesen wurde. Sein früherer Förderer Eduard Meyer, der nach Rosenbergs Parteinahme für die Linke zu einem verbissenen Gegner geworden war, zeichnete hauptsächlich dafür verantwortlich, daß Rosenberg niemals auf eine ordentliche Professur an der Berliner Universität berufen wurde. Mit der beachtenswerten Ausnahme von Friedrich Meinecke, Fritz Hartung und Hans Delbrück zeigte sich die historische Fakultät ausgesprochen feindselig gegenüber dem unangepaßten Außenseiter. Delbrück und Rosenberg verband eine gute Beziehung seit ihrer Zusammenarbeit im Untersuchungsausschuß des Reichstages, und 1929 schrieb Rosenberg einen bemerkenswerten Nachruf auf Delbrück. Dessen Bücher zur Militärgeschichte, so Rosenberg, seien »für die sozialistische, proletarische Forschung ein wichtiger Besitz«²⁷. Nach einer Reihe vergeblicher Versuche gelang es dem preußischen Kultusminister 1930 schließlich, Rosenbergs Ernennung zum außerplanmäßigen Professor gegen den Widerstand der großen Mehrheit in der Fakultät durchzusetzen.²⁸

Rosenbergs »Geschichte des Bolschewismus«, die erste seriöse Untersuchung zum Thema, basierte auf seiner politischen Erfahrung als führender KPD-Politiker. Dennoch stellte er klar, daß er »das Buch keiner Partei oder Gruppe zu Liebe geschrieben« und »kein Bedürfnis zu »Enthüllungen« und zu »Abrechnungen« habe.

27 Arthur Rosenberg: *Hans Delbrück, der Kritiker der Kriegsgeschichte. In: Die Gesellschaft*. 6(1929). Nr. 2. S. 252. Wiederabdruck in: Rosenberg: *Demokratie und Klassenkampf*. S. 201.

28 Siehe die fundierte Studie von Andreas Wirsching: *Politik und Zeitgeschichte. Arthur Rosenberg und die Berliner Philosophische Fakultät 1914-1933. In: Historische Zeitschrift*. 269(1999). Nr. 3. S. 561-602.

»Wer in meinem Buch Anekdoten über Stalin und die »Schreckenskammern« der GPU sucht, wird sehr enttäuscht sein.«²⁹

Rosenberg sah den Sozialismus von Marx und Engels geradezu als Bemühen, die Werte des Liberalismus – garantierte Freiheit für jedes einzelne Mitglied der Gesellschaft – durch politisches Handeln der Massen zur Geltung zu bringen. Die Masse wollte die Früchte der Freiheit und Gleichheit genießen, die ihnen von den Liberalen versprochen wurden. »Sie wollte die Demokratie, die Selbstregierung der Masse unter Wegfall aller Privilegien der alten feudalen Herren so gut wie des neuen Großbürgertums.«³⁰ Demokratische Ideen waren zuerst politische Ideen, aber der Sozialismus fügte ihnen den Willen zur Wirtschaftsreform hinzu, schuf eine Theorie und stand bei der Herausbildung von Massenparteien Pate.

Unter den gesellschaftlichen Bedingungen Rußlands seien aber die Massen ohne eine Partei von Berufsrevolutionären zu revolutionärem Handeln unfähig. Rosenberg bezeichnete Doktrin und Handeln der Bolschewiki als fortschrittlich für das Rußland der Zaren. So fortschrittlich dies für Rußland war, so reaktionär war es für den Westen, wo die bürgerliche Revolution bereits durchgeführt worden war und ein gut ausgebildetes Industrieproletariat sowie eine gebildete Mittelklasse die Mehrheit der Bevölkerung stellten. »Die heroischen Taten der russischen Arbeiter von 1917 bis 1920 haben vorübergehend die bolschewistische Rückständigkeit verschleiert und den Eindruck erweckt, als sei der Bolschewismus die gegebene Form der allgemein-proletarischen Revolution. Entscheidende Teile des europäischen Proletariats wollten damals im Bunde mit den Bolschewiki die Macht erobern. Aber im Laufe der Zeit hat sich immer mehr die Unmöglichkeit gezeigt, die Führung des Weltproletariats der Regierung des russischen Agrarstaats zu übertragen. So trennten sich der russische Staat und die internationale Arbeiterschaft wieder, und die Stalinsche Theorie vom »Sozialismus in einem Lande« ist nur der Ausdruck für diese Tatsache.«³¹ Die KPD-Presse denunzierte Rosenberg als angeblich »von hoher überparteilicher Warte« urteilenden »objektiven« Historiker, der indes bloß »seine konterrevolutionären Pfeile besser abschießen« wolle, ein emigrierter russischer Historiker sah das Buch als Propaganda-

29 *Arthur Rosenberg: Geschichte des Bolschewismus. Von Marx bis zur Gegenwart.* Berlin 1932 (hier und im folgenden zit. nach der Neuausgabe: *Geschichte des Bolschewismus.* Frankfurt am Main 1975). S. 46f.

30 *Ebenda.* S. 55.

31 *Ebenda.* S. 260.

werk, als »Kompendium der positiven Urteile des Bolschewismus über sich selbst«³².

Rosenberg erkannte, daß die Sowjetführung trotz ihrer revolutionären Rhetorik das europäische Proletariat zugunsten des Staatsinteresses der UdSSR opferte. Dennoch sah er in Stalin einen »hochgebildeten Marxisten«, wie der amerikanische Besucher Sidney Hook in seinen Memoiren schrieb.³³

Die am Beginn der dreißiger Jahre nicht zuletzt an deutschen Universitäten ansteigende Flut des Antisemitismus bewog Rosenberg zu einer Erklärung der historischen Wurzeln der Judenfeindschaft in Deutschland. »Die Judenfeindschaft, die ein großer Teil der deutschen Akademiker schon in der Vorkriegszeit bewies, gehörte zu dem aristokratischen Lebensideal, das diese Männer suchten. Der Geburtsadel selbst war innerlich viel sicherer. Er hatte eine solche ideologische Korsettstange nicht nötig.«³⁴ Rosenberg übersah, daß viele deutsche Junker die Nazipartei schon seit den zwanziger Jahren auch finanziell unterstützt hatten, bevor die Nazis zu einem politisch entscheidenden Faktor in der deutschen Politik wurden.

Heinrich von Treitschke, der politisch einflußreichste Historiker im deutschen Kaiserreich, griff die Juden an, weil er sie als die Verkörperung von Materialismus und Liberalismus ansah. Rosenberg stellte durchaus in Rechnung, daß wichtige Teile des deutschen Bürgertums, insbesondere die akademische Elite, zu Nazis wurden, um solche angeblich »jüdischen« Erfindungen wie Materialismus, Sozialismus und Demokratie durch eine »romantische Verklärung der Vergangenheit« zu ersetzen.³⁵

Aber er war sich der Tatsache wohl bewußt, daß Antisemitismus und Antisozialismus gemeinsam die deutsche Gesellschaft vergifteten, um diese für die Übernahme durch die Nazis reif zu machen. Am Vorabend der Machtübergabe an die Nazis berichtete Rosenberg von der Forderung eines jüdischen Universitätsprofessors aus Breslau, Trotzki in Deutschland Asyl zu gewähren. Rosenberg

32 Kurt Sauerland: *Geschichtsfälscher am Werk*. In: *Der Rote Aufbau*. 5(1932). Nr. 18. S. 829ff.; I. Iljin: *Rezension von A. Rosenberg: Geschichte des Bolschewismus*. In: *Deutsche Literaturzeitung*. 54(1933). Nr. 13. Sp. 583ff.

33 Sidney Hook: *Out of Step. An Unquiet Life in the 20th Century*. New York 1987. S. 110.

34 Arthur Rosenberg: *Treitschke und die Juden*. In: *Die Gesellschaft*. 7(1930). Nr. 7. S. 82. *Wiederabdruck in: Ders.: Demokratie und Klassenkampf*. S. 191.

35 *Ebenda*. S. 83 bzw. 192.

unterstützte dies und schrieb: »Dieselben Kräfte, die heute in Deutschland die akademische Freiheit vernichten wollen, haben im letzten Jahr (mit den Notverordnungen) deutlich genug gezeigt, was sie auch mit den übrigen Freiheiten des deutschen Volkes, besonders des werktätigen deutschen Volkes, machen wollen.«³⁶ Unmittelbar vor Drucklegung dieser Zeilen war Hitler Reichskanzler geworden. Rosenberg gehörte zu den ersten, die gezwungen waren, aus ihrem Geburtsland zu flüchten.

*Die »Geschichte der deutschen Republik«
– Rosenbergs Hauptwerk im Exil*

Als Jude und bekannter Marxist mußte Rosenberg sofort aus Hitlerdeutschland emigrieren. Im März 1933 verließ er mit seiner Familie Berlin. Über Konstanz, wo Verwandte seiner Frau lebten, ging er nach Zürich. Während seines kurzen Aufenthaltes schrieb er dort die Broschüre »Der Faschismus als Massenbewegung«, die in der sozialdemokratischen Verlagsanstalt Graphia in Karlsbad, in der Tschechoslowakei, erschien.

Rosenberg sah drei Varianten deutscher Faschisten: die Nazis, die traditionellen deutschen Nationalisten und, überraschenderweise, die um den früheren Reichskanzler Brüning gescharten *Volkskonservativen*. Er bezeichnete sogar die Regierung Cuno aus dem Jahre 1923 als den »Sieg des legalen Faschismus«. Für Rosenberg war der Faschist »der gegenrevolutionäre Kapitalist, der geborene Feind der klassenbewußten Arbeiterschaft. Der Faschismus ist weiter nichts als eine moderne, volkstümlich maskierte Form der bürgerlich-kapitalistischen Gegenrevolution«³⁷.

Nur wenig später korrigierte Rosenberg viele dieser Urteile. In seiner »Geschichte der deutschen Republik« benannte er das Kabinett Cuno als »eine Regierung des Großkapitals ... Man konnte von Cuno billigerweise nicht erwarten, daß er eine Arbeiterpolitik machen würde«³⁸.

36 Arthur Rosenberg: *Trotzki, Cohn und Breslau*. In: *Die Weltbühne*. 29(1933). Nr. 1. S. 13–14.

37 Arthur Rosenberg: *Der Faschismus als Massenbewegung. Sein Aufstieg und seine Zersetzung*. Karlsbad 1934. S. 7. Wiederabdruck in: *Ders.: Demokratie und Klassenkampf*. S. 224.

38 Rosenberg: *Geschichte der Weimarer Republik*. S. 125.

Rosenberg arbeitete in seiner »Geschichte der deutschen Republik«, dem wahrscheinlich besten Buch eines deutschen Historikers im Exil, den Mangel an demokratischen Traditionen als Hauptursache der Niederlage der deutschen Revolution von 1918 heraus. »Eine lebendige Demokratie, eine ernsthafte Selbstregierung der Massen, war bisher dem deutschen Volk fremd gewesen. Der staatliche Beamtenapparat beherrschte das öffentliche Leben, und auch die sogenannte kommunale Selbstverwaltung konnte ihm kein Gegengewicht bieten. Denn die großen Pläne des Freiherrn vom Stein, in Preußen eine bürgerliche Selbstregierung aufzurichten, waren nach Steins Rücktritt verkümmert und verdorben worden. Nicht nur wurde die städtische Selbstverwaltung auf Schritt und Tritt durch die staatlichen Aufsichtsbehörden eingeengt, vor allem wurden in der Kommunalverwaltung alle wesentlichen Posten mit auf lange Jahre gewählten Berufsbeamten besetzt. Die ehrenamtlich tätigen Bürger spielten in den deutschen Gemeinden bis 1918 neben den Berufsbeamten nur eine bescheidene Rolle.

So fehlte den deutschen Volksmassen jede praktische Erfahrung darin, wie sie selbstverantwortlich ihre Angelegenheiten besorgen sollten. Der bürokratische Apparat in den öffentlichen Angelegenheiten hatte eine Tradition von vielen Jahrhunderten. Es schien kaum denkbar, daß man ihn durch einen revolutionären Sturm überwinden könnte. Die wirkliche Demokratie besteht aber nicht in der Abgabe irgendwelcher Stimmzettel, sondern in der aktiven Selbstregierung der Massen. So war die Frage nach der Überwindung des bürokratischen Apparats zugleich die Frage nach Leben oder Tod der deutschen Demokratie.«³⁹

Die Arbeiter- und Soldatenräte, die sich im November 1918 spontan in ganz Deutschland bildeten, hofften auf die Verankerung einer wirklichen Massendemokratie und entscheidende Wirtschaftsreformen. Rosenberg schrieb, »daß der Ruf nach dem Sozialismus nicht eine Ursache, sondern eine Folge der Novemberrevolution gewesen ist... Was man im einzelnen unter Sozialisierung verstehen wollte, darüber bestanden freilich die größten Meinungsverschiedenheiten. Aber darüber war man sich klar, daß jede Form einer Plan- oder Gemeinwirtschaft nur dann Erfolge erzielen konnte, wenn sie die produzierenden Massen zur lebendigen Mitwirkung mobilisierte. Die gegebenen Organe, um im Betrieb den plan- und gemeinwirtschaftlichen Gedanken zu vertreten, waren aber die Räte.«⁴⁰ Doch die Funktionäre der Mehrheitssozialisten begriffen

nicht, daß die Räte und der Bolschewismus in keiner Weise identisch waren. Sie fühlten sich von den Aktivitäten der Räte unter den Arbeitern bedroht. Sie wünschten eine Art der Verbindung zwischen den Räten und der Nationalversammlung. Sie hätten sich mit schrittweisen Sozialisierungsmaßnahmen zufrieden gegeben, an deren Beginn die Nationalisierung der Bergwerke gestanden hätte. Rosenberg wies dabei besonders auf Kurt Eisner hin, den Unabhängigen Sozialisten und Ministerpräsidenten der kurzlebigen Republik Bayern. »Er hätte am liebsten ein Parlament alten Stils überhaupt nicht mehr gesehen, aber auf der andern Seite wollte er keine übereilte Sozialisierung und lehnte jede Diktaturmethode bolschewistischer Art aufs schärfste ab.«⁴¹

Der militante Flügel der deutschen Arbeiterbewegung, die Spartakusgruppe, war sogar innerhalb der Bewegung weitgehend isoliert. Die Führer der Spartakusgruppe, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, machten sich über den Charakter der Revolution keine Illusionen. Anders als den meisten ihrer Anhänger wurde ihnen klar, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes zu dieser Zeit mit der parlamentarischen Republik vollauf zufrieden war. »Der Tod Luxemburgs und Liebknechts war ein außerordentlich schwerer Verlust für die sozialistische Arbeiterbewegung, denn beide Persönlichkeiten waren die Träger eines wissenschaftlich begründeten, die realen Umstände würdigenden und doch konsequenten Sozialismus. Bei längerem Leben hätten sie doch die Trennung von den Utopisten in der eigenen Partei vollziehen müssen, und sie wären die gegebenen Führer der entschieden sozialistischen Millionenbewegung im deutschen Proletariat geworden. Vor allem aber hätten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht als Führer der KPD sich niemals zu Werkzeugen russischer Staatspolitik mißbrauchen lassen.«⁴²

Zur Niederwerfung des Januaraufstandes, den die Spartakisten entgegen den Warnungen Luxemburgs ausgelöst hatten, riefen Noske, Ebert und Scheidemann die Freikorps zu Hilfe. Damit begingen sie, wie Rosenberg schrieb, »den entscheidenden Fehler«. Die Regierung hätte »sich in erster Linie auf die sozialistisch-demokratischen Truppen stützen müssen« und es »nicht nötig gehabt, die Gefangene der militärischen Gegenrevolution zu werden ... Die Offiziere der alten Armee stellten immer neue Freikorps auf, die Ansätze der demokratischen Truppenteile ließ man verkümmern, und

bald hatte die deutsche Republik ein gegenrevolutionäres, von kaiserlichen Offizieren geführtes Heer⁴³.

Für Rosenberg bestand nicht der kleinste Anschein eines Beweises, daß die mehrheitssozialistischen Volksbeauftragten die Ermordung von Liebknecht und Luxemburg gewünscht oder gebilligt hätten. »Im Gegenteil, das Ereignis vom 15. Januar war ein furchtbarer Schlag für die Regierung der Republik ... Wenn das Ereignis auch noch zu frisch war, um die Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar wesentlich beeinflussen zu können, so hat es doch entscheidend dazu beigetragen, daß Millionen deutscher Arbeiter der SPD den Rücken kehrten.«⁴⁴ Mit der Ermordung von Kurt Eisner am 21. Februar 1919 durch einen fanatischen Nationalisten verlor, wie Rosenberg schrieb, »die deutsche Revolution und vor allem die deutsche sozialistische Arbeiterschaft den einzigen schöpferischen Staatsmann, der seit dem November 1918 hervorgetreten war«⁴⁵.

»Das politische Resultat des Bürgerkrieges, der in der ersten Hälfte des Jahres 1919 im Namen Noskes geführt wurde, war die vollständige Vernichtung jeder politischen Macht der Räte. Wo noch Arbeiterräte fortbestanden, waren sie völlig einflußlos. So war der Versuch, im Anschluß an die Revolution eine volkstümliche aktive Demokratie zu begründen, gescheitert. Im Zusammenhang damit erfolgte an allen Orten eine systematische Entwaffnung der Arbeiterschaft, die von den Offizieren mit größter Energie durchgeführt wurde. Auf der anderen Seite nahm die von den alten Generälen geführte Freiwilligenarmee einen immer größeren Aufschwung. Schon um die Mitte des Jahres lag die reale Macht in Deutschland bei den Freikorps und nicht bei der Nationalversammlung.«⁴⁶ Das Niveau der Nationalversammlung war, in Rosenbergs Worten, »das Niveau des deutschen Reichstages der vorrevolutionären Zeit, das heißt, sie setzte sich aus tüchtigen, ehrenhaften und fleißigen Abgeordneten zusammen, in denen aber von revolutionärer Energie nichts vorhanden war. Wirkliche Revolutionäre hätten im Weimar vor allem die Gefahr ins Auge gefaßt, die von der Armee drohte. Im Stil des Konvents (der Französischen Revolution – M. K.) hätte die Nationalversammlung erklären können, daß die Republik in Gefahr sei. Sie hätte alle Republikaner und Sozialisten zu den Waffen rufen können, um das Vaterland zu retten. Eine solche allgemeine Volksbewaffnung hätte die Freikorps unschädlich gemacht, die Gefahr putschistischer Einzelaktionen im Keime erstickt, die Ostgrenze gegen die Polen gesichert und vielleicht auch die Position Deutsch-

43 *Ebenda*. S. 60. 44 *Ebenda*. S. 62. 45 *Ebenda*. S. 67. 46 *Ebenda*. S. 64.

lands gegenüber der Entente bei den Friedensverhandlungen gestärkt. Aber eine solche Volksbewaffnung unterblieb, denn sie hätte den Popanz der ›Ruhe und Ordnung‹ gestört, den die regierenden Männer über alles verehrten.⁴⁷ Wie das kaiserliche Deutschland war die Weimarer Republik von Anfang an todkrank und zum Untergang verurteilt. Diese Bewertung wurde natürlich in der zeitgenössischen Debatte oftmals scharf zurückgewiesen und ist immer noch umstritten.⁴⁸

Rosenberg begann noch in der Schweiz mit der Niederschrift des Buches. Er schloß sie 1935 in Liverpool ab. Die Universität Liverpool bot ihm einen Lehrauftrag in Alter Geschichte an. »Die Universität Liverpool hat ebenso wie die anderen britischen Hochschulen in dieser verwirrten Zeit bewiesen, daß sie weiter den Grundsatz der sachlichen Wissenschaft, ohne Rücksicht auf ›Rasse‹ und politische Meinung, aufrecht erhält«, schrieb Rosenberg.⁴⁹ Aber die Universität sah sich nicht imstande, ihm eine dauerhafte akademische Stellung zu geben. Nach dem Ende seines Dreijahresvertrages verließ Rosenberg England und ging in die Vereinigten Staaten, der letzten Station seines Lebens.

*»Demokratie und Sozialismus«
– Rosenberg in den Vereinigten Staaten*

Rosenberg besuchte die Vereinigten Staaten erstmals 1935, als er an der Jahrestagung der »American Historical Association« in Philadelphia teilnahm. Sein Kollege Hajo Holborn, gleich ihm aus Deutschland geflüchtet und nun an der Universität Yale tätig, stellte ihn Jesse Clarkson und Madeleine Robinton vor, die beide am Brooklyn College in New York unterrichteten. Sie boten Rosenberg eine Lehrtätigkeit dort an.⁵⁰ Diese war zwar schlecht bezahlt, doch

47 *Ebenda*. S. 75.

48 *So stimmt Francis L. Carsten (Revolution in Mitteleuropa 1918–1919. Köln 1973) Rosenbergs Urteil weitgehend zu. Heinrich August Winkler (Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924. Berlin/Bonn 1984) weist es zurück.*

49 *Arthur Rosenberg: Geschichte der deutschen Republik. Karlsbad 1935. S. 6 (das Vorwort, dem dieses Zitat entnommen ist, fehlt in der Neuauflage »Geschichte der Weimarer Republik«).*

50 *Telephonische Mitteilung von Prof. Robinton an den Verfasser, 22. Juli 2000. In den späten dreißiger Jahren wurden eine Reihe von Flüchtlingen aus*

erhielt Rosenberg finanzielle Unterstützung sowohl vom »Emergency Committee in Aid of Displaced Foreign Scholars« als auch von der »Carl Schurz Foundation«⁵¹. Im Oktober 1937 kam die Familie Rosenberg, wozu nun auch der einjährige Sohn Peter gehörte, in New York an.⁵² Einige Wochen später nahm Rosenberg seine Lehrtätigkeit am Brooklyn College auf. Aus England hatte er das Manuskript für ein neues Buch mitgebracht: »Demokratie und Sozialismus«.

Wie in seinen früheren Büchern hob Rosenberg die Bedeutung der sozialen Konflikte und Klassenkämpfe für die moderne Geschichte hervor. Er ging den Gründen für den Zusammenbruch der liberalen Demokratie in so vielen Ländern während der Zwischenkriegszeit nach und bot seinen Leserinnen und Lesern eine Typologie der modernen Demokratie. Er unterschied zwischen »sozialistischer« und »bürgerlicher Demokratie«. Während die erstgenannte bislang nur programmatisch existierte, habe die letztere verschiedene Entwicklungsstufen durchlaufen. Frankreich unter Robespierre und die USA unter Jefferson existierten, so Rosenberg, als »soziale Demokratien«, die sich als Alternative zur feudalen und kapitalistischen Oligarchie verstanden hätten. Die anderen drei Formen bürgerlicher Demokratie hätten indes den Klassenkampf zugunsten eines sozialen Kompromisses zwischen der Oberklasse und dem Volk zu überwinden gesucht – entweder in Form einer imperialistischen oder einer liberalen Demokratie. England unter Disraeli habe die imperialistische, die skandinavischen Staaten und die Schweiz hätten die liberale Variante verkörpert. Rosenberg sah die Vereinigten Staaten bis 1890 und die britischen Dominions als Beispiele einer dritten Form, der kolonialen Demokratie, an. Die

Deutschland eine Lehrtätigkeit am Brooklyn College angeboten, unter ihnen Hans Morgenthau, Hans Rosenberg und Feliks Gross. Siehe Murray M. Horowitz: Brooklyn College. The First Half-Century. New York 1981. S. 75.

⁵¹ Die Unterlagen des Emergency Committee befinden sich in der New York Public Library, Manuscript and Archives Division (NYPL, MAD), die der Carl Schurz Foundation im YIVO Institute, New York. Siehe auch Stephan Duggan/Betty Drury: *The Rescue of Science and Learning. The Story of the Emergency Committee in Aid of Displaced Foreign Scholars.* New York 1978. S. 48.

⁵² Nachdem das Nazi-Regime Rosenberg und seiner Familie im Februar 1937 die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt hatte, schrieb Rosenberg der deutschen Botschaft in London, man möge, damit dies in der Familie einheitlich geschehe, die Aberkennung auch auf seinen Sohn Peter erstrecken. Siehe Hermann Weber: *Die Wandlung des deutschen Kommunismus.* Bd. 2. S. 263.

liberale Demokratie würde die Klassenkonflikte zugunsten einer Politik des sozialen Ausgleiches erfolgreich entschärfen.

Rosenberg hob hervor, daß in Frankreich »die direkte revolutionäre Tradition nur von 1789 bis 1871 ging. Der Untergang der Kommune war zugleich das Ende der revolutionären Demokratie. Sobald diese politische Richtung im realen Leben nicht mehr existierte, fiel es auch den politischen und historischen Schriftstellern schwer, sie zu begreifen. Für die Politiker des französischen Bürgertums war die Kommune ein Greuel. Die Arbeiter ehrten zwar die Erinnerung an die Kommunekämpfer als ihrer Klassengenossen. Aber als die französische Arbeiterbewegung sich ungefähr seit 1880 wieder aufrichtete, hatte sie nicht mehr die Voraussetzungen der Vergangenheit ...

In der gleichen Periode war in England die chartistische Tradition völlig vergessen. Ebenso erschien den Einwohnern des deutschen Kaiserreiches nach 1871 die Überlieferung der Revolution von 1848 wie die Kunde aus einer fremden Welt. Das deutsche Bürgertum, die Akademiker und der Mittelstand hatten sich alle revolutionären Stimmungen längst abgewöhnt. Höchstens die nationale Seite der Bewegung von 1848 wurde noch anerkannt: Die Männer von 1848 hätten mit unzulänglichen Mitteln und ohne Erfolg dasselbe Ziel angestrebt, das dann Bismarck so ruhmvoll erreichte ... In Italien und in Ungarn war zwar auch nach 1871 die Tradition von 1848 lebendig. Aber es war nur die nationale Seite der Revolution, die in dem Kultus eines Garibaldi oder Kossuth weiterlebte, und nicht die demokratische.«⁵³

Rosenberg bemerkte, daß vor allem in Frankreich die radikal gesinnten Arbeiter nicht vergessen konnten, daß sowohl die Junischlacht von 1848 als auch die Niederwerfung der Kommune von 1871 mit Billigung einer Versammlung des allgemeinen Stimmrechts erfolgt war. »Napoleon III. hatte sich des allgemeinen Stimmrechts bedient, um seinem abenteuerlichen Kaisertum immer wieder den Schein der populären Zustimmung zu geben ... Den Monarchien und der besitzenden Oberschicht erschien jetzt das allgemeine Stimmrecht gar nicht mehr als eine so große Gefahr. Auf der andern Seite zweifelten gerade radikale Arbeiterschichten daran, daß es jemals möglich sein würde, mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts die wahren Interessen des werktätigen Volkes zu vertreten. Soweit die Demokratie und das allgemeine Stimmrecht als

⁵³ Arthur Rosenberg: *Demokratie und Sozialismus*. Amsterdam 1938 (hier und im folgenden zitiert nach der Neuauflage Frankfurt am Main 1988) S. 185.

notwendig zusammengehörige Faktoren galten, begann in dieser Periode die Verflachung und Entwertung des Begriffs der Demokratie, die bis zur Gegenwart anhält. Man begann unter der Demokratie nicht mehr die aktive Selbstregierung der werktätigen Massen als Mittel zu ihrer politischen und sozialen Befreiung zu sehen, sondern nur noch eine kapitalistische Staatsform, die sich durch ein Parlament des allgemeinen Stimmrechts auszeichnet, aber sonst den Massen positiv nichts nützt.⁵⁴ Als Konsequenz dieser Entwicklung verlor die Demokratie ihre Verankerung in den Massen, auf der jedoch ihre Existenz basierte. Der wachsende Antagonismus zwischen Sozialismus und Demokratie führte zur einer Isolierung der Arbeiter von den Bauern und der Mittelklasse, was ein Grund für die politische Unbeweglichkeit der deutschen Sozialdemokratie im August 1914 war.⁵⁵

Marx und Engels waren sich der wachsenden Kluft zwischen Sozialismus und Demokratie bewußt. »Marx hatte von der Arbeiterbewegung in Deutschland ein klares Bekenntnis zur Republik verlangt, um damit die revolutionäre Gegnerschaft zum herrschenden System der Hohenzollern auszudrücken. In der Zeit der II. Internationale löste sich jedoch dieses ernsthafte Problem in kleinliche Taktfragen auf: ob es für einen Sozialdemokraten erlaubt sei, mit einem Großherzog zu sprechen, sich von ihm einladen zu lassen oder gar zu seiner Beerdigung zu gehen.« Marx und Engels betrieben eine »revolutionäre Realpolitik ... Der Radikalismus der II. Internationale jedoch verzichtete auf eine volkstümliche Revolutionspolitik und ersetzte sie durch eine Berufs- und Protestpolitik der Industriearbeiter«⁵⁶.

Rosenberg unterstrich: »Marx und Engels haben stets den Krieg als ein Mittel der Politik angesehen, das genauso in den Dienst der revolutionären Sache zu stellen ist wie jedes andere. Die II. Internationale dagegen bekannte sich unbedingt und unter allen Umständen zum Frieden. Marx und Engels haben das nationale Selbstbestimmungsrecht und die Existenzberechtigung der großen (! – M.

⁵⁴ *Ebenda*. S. 186.

⁵⁵ *An anderer Stelle schrieb Rosenberg: »Der Widerspruch zwischen der praktischen Tätigkeit der sozialistischen Parteien und dem höchsten marxistischen Ziel ist die grundlegende Erklärung für alle Schwankungen, Auseinandersetzungen und Schwierigkeiten in der Geschichte der Parteien bis 1914.« (Arthur Rosenberg: Socialist Parties. In: Encyclopaedia of the Social Sciences. Bd. XIV. New York 1934. S. 215; deutsch in: Rosenberg: Demokratie und Klassenkampf. S. 144).*

⁵⁶ *Ebenda*. S. 249f.

K.) Völker jederzeit bejaht. Die Radikalen der II. Internationale dagegen erzeugten durch ihre Polemik gegen die nationale Politik der eigenen Regierung und durch ihr Bekenntnis zu einer allgemeinen Völkerverbrüderung zumindest die schwersten Mißverständnisse bei Freund und Feind.⁵⁷ Doch sogar Marx und Engels erkannten nicht, »daß es sich ... bei den sozialistischen Parteien nicht um einzelne Fehler, sondern um einen neuen Typus handelte und daß die normale Berufspartei der europäischen Arbeiter von dem revolutionären Marxismus in ihrem Wesen verschieden war«⁵⁸.

Rosenbergs kleinere Arbeiten aus dieser Zeit sind ebenfalls beachtenswert. Er sprach sich für einen Dialog zwischen marxistischen und nichtmarxistischen deutschen Historikern im Exil aus. »In undogmatischer und kritischer Arbeit werden die Historiker der Emigration sich gemeinsam bemühen müssen, aus der Negation des Dritten Reiches heraus, das positive neue Prinzip deutscher Zukunft für die Geschichtswissenschaft zu entwickeln.«⁵⁹ Nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges schrieb Rosenberg einen Aufsatz über »The Soviet-German Pact and the Jews«. Er betonte, daß »der deutsch-sowjetische Vertrag allen arbeitenden Menschen und Demokraten ebenso einen außerordentlichen Dienst erwiesen (hat), wie den Juden, da er die Einheitsfront ihrer Feinde zerbrochen hat«; Rosenberg subsumierte unter diesen Feinden den Nazismus, aber auch den britischen Imperialismus als Förderer der arabischen Führung in Palästina. »Dies ist eine Konsequenz aus dem Vertrag, die Hitler gewiß nicht gewollt hat.« Die Münchner Konferenz »wurde zum natürlichen Ausdruck einer Einheitsfront zwischen dem reaktionären Kapitalismus und dem Faschismus«, zwischen Hitler und »den konservativen Lords sowie den Bankiers der Londoner City«. Chamberlain und Daladier würden Hitler nunmehr »als Verräter an ihrer Klasse und als Komplizen Stalins ansehen«⁶⁰. Rosenberg unterschätzte auf tragische Weise Stalins Hilfe für Hitlers Kriegsanstrengungen, die die Nazis zur Eroberung riesiger Gebiete imstande setzte, in denen sie die Juden verfolgten und massenweise ermordeten.

57 *Ebenda*. S. 250. 58 *Ebenda*. S. 251.

59 Arthur Rosenberg: *Die Aufgabe des Historikers in der Emigration*. In: Emil Julius Gumbel (Hrsg.): *Freie Wissenschaft. Ein Sammelbuch aus der deutschen Emigration*. Strasbourg 1938. S. 213. Wiederabdruck in: Rudolf Schottlaender: *Verfolgte Berliner Wissenschaft. Ein Gedenkwerk*. Berlin 1988. S. 46.

60 Arthur Rosenberg: *The Soviet-German Pact and the Jews*. In: *Jewish Frontier*. 1939. Nr. 9. S. 14.

Im Jahre 1940 verschlechterte sich Rosenbergs Gesundheitszustand rapide. Er erkrankte an Krebs. Noch plante er, eine Sozialgeschichte des Nahen Ostens im Altertum zu schreiben und begann sogar mit dem Studium altorientalischer Sprachen.⁶¹ Er engagierte sich auch weiterhin auf Seiten der Linken. Durch seinen Freund Felix Boehnheim, einen Mediziner und überzeugten Kommunisten, kam er erneut in Kontakt mit den Exilaktivitäten der KPD, obwohl er dieser Partei gegenüber kritisch eingestellt blieb. 1940 gründeten Rosenberg, Boehnheim und Alice Rosenfeld, die Witwe von Kurt Rosenfeld, dem sozialistischen Politiker, eine »Unabhängige Gruppe deutscher Emigranten«⁶². Rosenberg arbeitete auch mit der »American Guild for German Cultural Freedom«, einer deutschen Flüchtlingsorganisation, zusammen.⁶³ Überdies stand er in Kontakt mit dem linkszionistischen Studentenverband »Avukah« (Fackel) und gab Kurse über Geschichte in dessen Sommerlager im Staate New York.⁶⁴ Am 22. Juni 1941 hielt Rosenberg dort eine Vorlesung, die sein geändertes Verhältnis zur Sowjetunion zeigt. Er sagte: »Das totalitäre System ist genau dasselbe wie das heutige Sowjetsystem, und ob Diktatoren einander mögen oder nicht, spielt dabei keine Rolle. Die totalitäre Idee ist die Idee einer Staatswirtschaft ohne persönliche Freiheit. Die Masse des Volkes muß der Staatsbürokratie dienen und erhält dafür als Gegenleistung ein Stück an Sicherheit.« Das bedeutete keinen Verzicht Rosenbergs auf eine Klassenanalyse. »Die Position der Kapitalisten innerhalb des Staates unterscheidet sich von Staat zu Staat. In Rußland wurde der indivi-

61 Siehe hierzu und zum folgenden die Materialien in NYPL, MAD, Emergency Committee in Aid of Displaced Foreign Scholars, Box No. 30. Sein Kollege Samuel J. Hurwitz schrieb, daß »Rosenberg intensiv babylonische und assyrische Geschichte studierte. Er hatte eine hervorragende Kenntnis von Fremdsprachen und war instande, Hieroglyphen zu lesen« (Samuel J. Hurwitz: Introduction. In: Arthur Rosenberg: *A History of Bolshevism. From Marx to the First Five-Years' Plan*. New York 1965. S. XIV).

62 Siehe Rosenbergs Briefe an Kurt R. Grossmann vom 28. November 1939 und vom 2. Januar 1940 sowie das Rundschreiben vom Februar 1940. In: Hoover Institution Archives. Stanford. CA. Kurt R. Grossmann Collection. Box No. 7. Folder 1 D: Boehnheim.

63 Siehe Deutsches Exilarchiv 1933–1945. Frankfurt am Main. American Guild for German Cultural Freedom / Deutsche Akademie im Exil. Akten Arthur Rosenberg und Hermann Borchardt (dort ein Brief Rosenbergs an die American Guild vom 24. Oktober 1938).

64 Siehe Arthur Rosenberg and Avukah. In: Avukah Student Action. Mai 1943.

duelle Kapitalismus ausgemerzt, während in Deutschland und Italien die meisten privaten Kapitalisten eine bedeutende Position innerhalb der Staatsmaschine innehaben. An der Spitze einer totalitären Staatswirtschaft steht ein Diktator.« Die Aufgabe der Juden sei es heute, so Rosenberg, »sich politisch zu engagieren. Erstens, nationale Politik in Palästina, zweitens, Weltpolitik, um den Faschismus zu bekämpfen – denn Faschismus und Totalitarismus sind die schlimmsten Feinde menschlicher und insbesondere jüdischer Prinzipien«. In Palästina werde die »demokratische Front« durch die Arbeiter-, Histadrut- und Kibbutzbewegung vertreten. »Andererseits haben wir einen Kern von Faschisten, die Revisionisten ... Die Revisionisten bilden unter uns den Feind, der die demokratischen Kräfte unter den Juden unterminiert und das Tor für die Feinde öffnet, wann immer dies möglich ist.«⁶⁵

Am nächsten Tag hielt Rosenberg wiederum eine Vorlesung. Nun mußte er zur schlimmen Nachricht des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion Stellung nehmen. Er unterschätzte das Potential der Sowjetunion keineswegs. »Gewiß ist die deutsche Wirtschaft sehr leistungsfähig. Andererseits ist die sowjetische Armee nicht gar so schlecht.« Rosenberg sagte, Hitler könne nicht das Symbol der Arbeitermacht angreifen und gleichzeitig den deutschen Arbeitern grandiose Versprechungen machen. »Rußland ist als Staat, nicht als Verkörperung einer Weltanschauung, angegriffen worden. In seiner Kriegserklärung hat Hitler demnach nicht den Bolschewismus angegriffen. Hätte er dies getan, würde er Schwierigkeiten mit der Armee bekommen.«⁶⁶ Rosenberg war sich nicht über die Kriegsziele im Klaren, die Hitler und die deutschen Generäle aneinander banden. Seine Bemerkungen zum Totalitarismus vom Vortage wiederholte er nicht.

Rosenberg unterrichtete weiterhin am Brooklyn College, das ihm 1941 eine Festanstellung bot. Aber im Herbst 1942 wurden seine Stipendien, von denen er immer noch abhing, nicht verlängert. In einem bewegenden Brief an Betty Drury, die Sekretärin des Emergency Committee, schrieb er, seine »Situation hat sich verschlechtert. Während der letzten Monate bekam ich Schmerzen in der Hüfte und begann mit dem rechten Fuß zu hinken. Als die Schmerzen immer stärker wurden, habe ich einen Spezialisten aufgesucht.

⁶⁵ Arthur Rosenberg: *Why Should Jews Have a Political Program*. In: *Avukah Cooperative Summer School, Summary of Lecture*. Unpubliziertes Manuskript. In: NYPL. Research Libraries.

⁶⁶ Arthur Rosenberg: *The War Situation*. *Ebenda*.

Dieser sagte mir, eines meiner Beine sei ernsthaft geschädigt und würde die umliegenden Organe des Körpers angreifen. Ich muß mich einer langwierigen Röntgenbehandlung unterziehen. Trotz meiner Krankheit werde ich versuchen, soweit dies irgend möglich ist, meinen akademischen Verpflichtungen nachzukommen. Sie wissen, wie teuer eine solche Röntgenbehandlung ist, und ich weiß zur Zeit nicht, wie ich mir das leisten kann. Ohne die Behandlung muß ich in naher Zukunft meine akademische Tätigkeit aufgeben. Bitte informieren Sie das Komitee über diese neue Lage. Ein Stipendium ist deshalb dringender denn je zuvor.⁶⁷

Am 1. Februar 1943 wurde Rosenberg in das Long Island College Hospital in Brooklyn eingeliefert. Dort starb er sechs Tage später. Sein Freund und Kollege Hans Rosenberg, der nicht mit ihm verwandt war, konnte erreichen, daß das Brooklyn College der Familie die einmalige Summe von 2000 Dollar zukommen ließ. Eine kurze Mitteilung an die Familie hielt fest, das Geld werde »aufgrund einer Verzögerung nicht vor Mai eintreffen«.⁶⁸ Der Nachruf des Colleges hob hervor, die Studenten »liebten stets« ihren Lehrer Arthur Rosenberg »und strömten geradezu in seine Seminare und Vorlesungen. Er war immer ein Freund und ein Gelehrter. Er brachte Geschichte zum Leben«.⁶⁹

In seinem letzten zu Lebzeiten veröffentlichten Aufsatz suchte Rosenberg, so der Titel der Abhandlung, 1940 die Frage zu beantworten: »Was bleibt von Karl Marx?« Er betonte: »Marx war niemals ein »radikaler« Prinzipienreiter. In großen revolutionären Krisen forderte er ein rücksichtslos entschlossenes Auftreten des Proletariats, aber in andern Perioden war Marx auch mit friedlichen Reformen innerhalb des Kapitalismus einverstanden, wenn sie die Lage der Arbeiterschaft real verbesserten ... Bei aller Anerkennung für die historische Aufgabe des Proletariats im Zeitalter der Großindustrie, hat Marx doch nie aus der Industriearbeiterschaft einen Fetisch gemacht. Marx hat einen großen Teil seines Lebenswerkes dem Studium der Agrarfrage und der Bewegungen der Bauernschaft gewidmet ... Die heutige Generation kann aus den Schriften

67 Arthur Rosenberg an Bity Drury, 4. November 1942. In: NYPL. MAD. Emergency Committee. Box. Nr. 30.

68 Ebenda.

69 Brooklyn College Vanguard. 1943. Nr. 1. S. 1 und 8. Weitere Nachrufe befinden sich in: »New York Times« vom 9. Februar 1943, »New Yorker Staatszeitung« und »Herald« vom 10. Februar 1943, »Aufbau« vom 19. Februar 1943 (Hans Rosenberg) und »Avukah Student Action« vom Mai 1943.

von Marx keine Wunderrezepte und wunderbaren Prophezeiungen entnehmen, sondern nur das Vorbild, wie man die stets sich wandelnden Tatsachen kritisch erfassen und daraus die notwendigen Schlüsse zu ziehen hat.

Der politische Bankrott der Parteien der Zweiten und Dritten Internationale wird gewöhnlich als Beweis für die Wertlosigkeit des Marxismus hingestellt. Aber die Voraussetzung dieser Kritik ist falsch ... Wenn Parteien, die mit dem Marxismus nichts mehr gemein hatten als ein paar Äußerlichkeiten, besiegt werden, so kann eine objektive Kritik darin wahrlich kein Versagen des Marxismus erblicken.⁷⁰ An anderer Stelle schrieb Rosenberg: »Die Zukunft des Sozialismus liegt also bei den demokratischen und geistig unabhängigen Parteien des Westens.«⁷¹

⁷⁰ Arthur Rosenberg: *Was bleibt von Karl Marx?* In: *Maß und Wert*. 1940. Nr. 3. S. 389. Wiederabdruck in: *Rosenberg: Demokratie und Klassenkampf*. S. 136f.

⁷¹ Rosenberg: *Socialist Parties*. S. 220. Wiederabdruck in: *Rosenberg: Demokratie und Klassenkampf*. S. 155.

AUTOREN

JENS BECKER, geb. 1964, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Geschichtswissenschaften der Universität Frankfurt am Main. Wichtigste Veröffentlichungen: *Der Widerstand der KPD-O im Faschismus*, Mainz 1992; *Das erste Tribunal. Das Moskauer Parteiverfahren gegen Brandler, Thalheimer und Radek*, Mainz 1993 (mit Theodor Bergmann und Alexander Watlin); *Heinrich Brandler. Eine politische Biographie*, Hamburg 2001.

DIETER ENGELMANN, geb. 1937, war Professor für Geschichte der Arbeiterbewegung an der Universität Leipzig. Wichtigste Veröffentlichungen: *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1917–1945*, Berlin 1982 (mit Heinz Niemann u. a.); *Zwischen Spaltung und Vereinigung. Die USPD in den Jahren 1917–1922*, Berlin 1993; *Hugo Haase. Lebensweg und politisches Vermächtnis eines streitbaren Sozialisten*, Berlin 1999 (beide mit Horst Naumann).

WLADISLAW HEDELER, geb. 1953, ist Vorsitzender des Vereins »Helle Panke« und Redakteur der Zeitschrift »Initial« in Berlin. Wichtigste Veröffentlichungen: *Nikolai Bucharin. Leben und Werk*, Mainz 1993 (mit Ruth Stoljarowa); *Nikolai Bucharin: Bibliographie*, Mainz 1993; *Stalin, Trotzki, Bucharin*, Mainz 1994; *1940. Stalins glücklichstes Jahr*, Berlin 2001 (mit Nadja Rosenblum); Herausgeber der *Gefängnisschriften Nikolai Bucharins*, Berlin (seit 1996) sowie u. a. des Bandes *Stalinscher Terror. Eine Forschungsbilanz*, Berlin 2002.

HARALD JENTSCN, geb. 1959, ist Doktorand an der Universität Frankfurt am Main. Wichtigste Veröffentlichung: *Die politische Theorie August Thalheimers 1919–1923*, Mainz 1993. Die Dissertationsschrift über Thalheimer erscheint demnächst.

MARIO KESSLER, geb. 1955, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung und Privatdozent an der Universität Potsdam. Wichtigste Veröffentlichungen: *Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus*, Mainz 1993; *Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897–1933*, Berlin 1994; *Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz*, Berlin 1995; *Heroische Illusion und Stalin-Terror*, Hamburg 1999; *Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik*, Köln 2001; *Exil und Nach-Exil*, Hamburg 2002.

HEINZ NIEMANN, geb. 1936, war Professor für Geschichte der Arbeiterbewegung an der Universität Leipzig und der Humboldt-Universität Berlin. Wichtigste Veröffentlichungen: *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1917–1945*, Berlin 1982 (Leiter des Autorenkollektivs); *Auf verlorenem Posten? Zur Geschichte der Sozialistischen Arbeiterpartei*, Berlin 1991 (mit Helmut Arndt); *Vortlesungen zur Geschichte des Stalinismus*, Berlin 1991; *Meinungsforschung in der DDR*, Köln 1993; *Hinterm Zaun. Politische Kultur und Meinungsforschung in der DDR*, Berlin 1995.

ALEXANDER WATLIN, geb. 1962, Professor für Neuere Geschichte an der Lomonossow-Universität Moskau. Wichtigste Veröffentlichungen in deutscher Sprache: *Die Komintern 1919–1939*, Mainz 1993; *Das erste Tribunal. Das Moskauer Parteiverfahren gegen Brandler, Thalheimer und Radek*, Mainz 1993 (mit Jens Becker und Theodor Bergmann); *Kaderpolitik und Säuberungen in der Komintern*, in: Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hrsg.), *Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953*, Paderborn 1998.

JÖRG WOLLENBERG, geb. 1937, war Professor für Weiterbildung an der Universität Bremen. Wichtigste Veröffentlichungen: *Richelieu. Staatsräson und Kircheninteresse*, Bielefeld 1977 (auch französisch); »Niemand war dabei und keiner hat's gewußt«. *Die deutsche Öffentlichkeit und die Judenverfolgung 1933–1945*, München/Zürich 1989 (Hrsg.; auch englisch); *Erfahrungen und konkrete Utopie*, Nürnberg 1992; *Den Blick schärfen. Gegen das Verdrängen und Entsorgen*, Bremen 1998; *Arensbök. Eine Kleinstadt im Nationalsozialismus*, Bremen 2001.

DISKURS
STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS

- Heft 1: Fanal und Trauma. Beiträge zu Geschichte und Wirkung der russischen Revolution von 1917. Leipzig 1997. 52 S.
ISBN 3-92-9094-07-6.
- Heft 2: Irrtum – Einsicht – Handeln. Beiträge zu Ideologie und Geschichte in linker Politik. Leipzig 1997. 58 S. ISBN 3-932725-10-7.
- Heft 3: KLAUS KINNER: »Die verlorene Zukunft«. Skizzen zu einer Geschichte des deutschen Kommunismus. Leipzig 1998. 70 S.
ISBN 3-932725-12-3.
- Heft 4: Linkes Denken im 20. Jahrhundert. Eine Auswahl (I). Leipzig 1999. 66 S. ISBN 3-932725-94-8.
- Heft 5: Linkes Denken im 20. Jahrhundert. Eine Auswahl (II). Leipzig 2000. 122 S. ISBN 3-89819-027-7.
- Heft 6: VOLKER CAYSA: Kritik als existentielle Praktik. Leipzig 2001. 54 S.
ISBN 3-89819-068-4.
- Heft 7: Linkes Denken im 20. Jahrhundert. Eine Auswahl (III). Leipzig 2001. 62 S. ISBN 3-89819-076-5.
- Heft 8: ERNSTGERT KALBE: Streit um Georgi Dimitroff. Zum Erscheinen der »Tagebücher Georgi Dimitroffs«. Leipzig 2001. 48 S.
ISBN 3-89819-078-1.
- Heft 9: EVA MÜLLER: Das Volkseigentum in der DDR – Was es war und was daraus wurde. Leipzig 2001. 54 S. ISBN 3-89819-100-1.
- Heft 10: SIEGFRIED WOLLGAST: Der utopische Sozialismus – Ewiger Traum und Unwirklichkeit. Leipzig 2001. 71 S. ISBN 3-89819-101-X.
- Heft 11: Linkes Denken im 20. Jahrhundert. Eine Auswahl (IV). Leipzig 2002. 83 S. ISBN 3-89819-117-6.
- Heft 12: HELMUT BOCK: Die fatale Alternative. Von Krieg und Frieden. Leipzig 2002. 105 S. ISBN 3-89819-130-3.
- Heft 13: KLAUS KINNER: Die verkaufte Niederlage. KPD und Komintern im Jahre 1933. Leipzig 2003. 45 S. ISBN 3-89819-145-1.